G 1800 EX

Blätter für deutsche und internationale Politik

Gerhard Stuby
Zum Thema KSZE und Menschenrechte

Dieter Teufel
Die Kernkraftwerke und ihre Überwachungsbehörden

Reinhard Bispinck und Klaus Wilhelm
Krise der Sozialpartnerschaft

Frank Deppe
Gewerkschaftspolitik im Zeichen der Krise (II)

Boris Ponomarjow
Zur Politik der Sozialistischen Internationale

Guido Grünewald
Rechtstendenzen in der Bundeswehr

Gert Meyer
Zur gesellschaftlichen Stellung der Frau in der UdSSR

BBU: Vierzig Fragen zur Energiepolitik

2'77

Februar 1977 Einzelheft 3,50 DM Im Abonnement 3,80 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 3,30 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Februar 1977

CHRONIK DES MONATS JANUAR 1977 129

KOMMENTARE UND BERICHTE

Zum Thema KSZE und Menschenrechte ..... *Gerhard Stuby* 132

Die Kernkraftwerke und ihre Überwachungsbehörden ..... *Dieter Teufel* 135

HAUPTAUFSÄTZE

Krise der Sozialpartnerschaft. Die „Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel" und ihre politisch-ideologische Bedeutung *Reinhard Bispinck und Klaus Wilhelm* 141

Integration und Autonomie. Gewerkschaftspolitik im Zeichen der gesellschaftlichen Krise (II) ..... *Frank Deppe* 150

Vor einer historischen Wahl. Zur Politik der Sozialistischen Internationale ..... *Boris Ponomarjow* 174

Rechtstendenzen in der Bundeswehr ..... *Guido Grünewald* 182

Zur gesellschaftlichen Stellung der Frau in der UdSSR ..... *Gert Meyer* 196

Konzentrationsprozeß und Überkapazitäten als Gefährdung der Nahversorgung. Die volkswirtschaftliche Bedeutung des mittelständischen Unternehmens ..... *Hans Rondi* 214

Der Nachlaß des Maoismus und die gegenwärtige Entwicklung der VR China (II) ..... *Bettina Gransow und Frank Suffa-Friedel* 228

MEDIENKRITIK

Phantom-Lyrik ..... *Günter Giesenfeld* 237

BÜCHER

Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 238

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Wirtschafts- und sozialstatistische Daten ..... *Jörg Goldberg* 239

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V.: Vierzig Fragen zur Energiepolitik (Wortlaut) 242

Kommuniqué des Weltforums der Friedenskräfte in Moskau vom 14.–16. Januar 1977 (Wortlaut) 252

„Beendet das Wettrüsten" – Aufruf des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (Wortlaut) 256

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Zweiundzwanzigster Jahrgang · Heft 2/1977

Herausgegeben von

WILFRIED FRHR. V. BREDOW
HELGA DEPPE-WOLFINGER
JÖRG HUFFSCHMID
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
JUTTA MENSCHIK
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HELMUT RIDDER
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY

Mitbegründet von

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Vorgebirgstraße 115

Chronik des Monats Januar 1977

1. 1. – E G. Die neue Kommission der Europäischen Gemeinschaften übernimmt in Brüssel die Amtsgeschäfte für vier Jahre (vgl. „Blätter", 12/1976, S. 1319). Der Kommission gehören 13 Mitglieder an: Roy Jenkins (Großbritannien) als Präsident, Francois-Xavier Ortoli (Frankreich), Wilhelm Haferkamp (BRD), Finn Olav Gundelach (Dänemark), Lorenzo Natali (Italien) und Henk Vredeling (Niederlande) als Vizepräsidenten sowie Claude Cheysson (Frankreich), Guido Brunner (BRD), Raymond Vouel (Luxemburg), Antonio Giolitti (Italien), Richard Burke (Irland), Etienne d'Avignon (Belgien) und Christopher Tugenhat (Großbritannien).

– D D R. Für den Tagesaufenthalt von Ausländern in der Hauptstadt der DDR treten neue Bestimmungen (Visapflicht) in Kraft; Einzelheiten enthält die 13. Durchführungsbestimmung zum Paßgesetz der DDR vom 30. Dezember 1976. Ein Sprecher des Außenministeriums erklärt dazu, Behauptungen bestimmter Kreise und westlicher Massenmedien, daß damit ein „Vier-Mächte-Status" verletzt werde, entbehrten jeglicher Grundlage. Berlin sei „bereits seit Gründung der DDR integraler Bestandteil und Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik". Es sei bekannt, daß seit dieser Zeit ein „Vier-Mächte-Status" nicht mehr existiere. Das Vierseitige Abkommen vom 3. September 1971 (Text in „Blätter", 10/1971, S. 1091 f.) „regelt ausschließlich Westberlin betreffende Angelegenheiten". – Am 7. 1. heißt es in einer Stellungnahme der Botschaften der USA, Großbritanniens und Frankreichs in Bonn, die Maßnahmen erweckten den Eindruck, „daß die DDR durch einsei-

tige Schritte unter Verletzung des Vier-Mächte-Abkommens vom 3. September 1971, das auf ganz Berlin Anwendung findet, den Status von Großberlin verändern könnte".

2. 1. – A f r i k a. Auf seiner Sondierungsmission im südlichen Afrika (vgl. „Blätter", 1/1977, S. 3) verhandelt der britische Vorsitzende der Genfer Rhodesien-Konferenz, Botschafter Ivor Richard, mit dem rhodesischen Regierungschef Smith. In Presseberichten heißt es, Smith habe den Vorschlag zurückgewiesen, die Macht an eine Übergangsregierung unter einem von Großbritannien (als ehemalige Kolonialmacht) bestellten Vorsitzenden zu übertragen. – Am 11. 1. teilt der britische Außenminister Crosland im Unterhaus mit, die für den 17. 1. geplante Wiederaufnahme der Konferenz müsse auf unbestimmte Zeit verschoben werden. – Am 24. 1. erklärt Botschafter Richard nach erneuten Gesprächen in Salisbury, er sehe keinen Sinn mehr in der Wiedereinberufung der Genfer Konferenz. Für das Scheitern seiner Mission macht Richard die rhodesische Seite verantwortlich.

4. 1. – S p a n i e n. Führende Vertreter der Oppositionsparteien beraten in Madrid über ihr weiteres Vorgehen und benennen eine gemeinsame Kommission zu Verhandlungen mit der Regierung. Auf der Zusammenkunft sind die Sozialistische Volkspartei (PSP), die Sozialistische Arbeiterpartei (PSOE), die Sozialdemokratische Partei, die Kommunistische Partei, die Christlichen Demokraten, die Liberalen sowie Regionalparteien aus Katalonien, dem Baskenland und Galicien vertreten. Mitglieder der Kommission sind Felipe Gonzales (PSOE), Joacquin Satrusteegui (Liberale Allianz), Julio Jauregui (Baskische Nationalistenpartei) und Anton Canyellas (Christliche Demokraten).

5. 1. – U N O. Die sowjetische Regierung teilt in einem Schreiben an UN-Generalsekretär Waldheim mit, sie werde den auf 16,5 Mill. Dollar festgesetzten Beitrag zum Unterhalt der Friedenstruppe der Vereinten Nationen im Nahen Osten (UNEF) nicht in voller Höhe zahlen. Die UdSSR fühle sich nicht für die Kosten aus dem ägyptisch-israelischen Sinai-Abkommen von 1975 verantwortlich, das auf einer separaten Grundlage und durch Umgehung der Genfer Friedenskonferenz entstanden sei. – Am 14. 1. verurteilt der Sicherheitsrat den Überfall rhodesischer Truppen auf das benachbarte Botswana. Der Rat nimmt in seiner Resolution „Kenntnis von den speziellen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, denen sich Botswana als Ergebnis der gebieterischen Notwendigkeit gegenübersieht, Mittel . . . für Zwecke bisher ungeplanter und nicht budgetierter Sicherheitserfordernisse abzuleiten, was durch das dringende Erfordernis der Verteidigung gegenüber Angriffen und Drohungen des illegalen Regimes Südrhodesiens notwendig wird". Für die Resolution stimmen 13 Ratsmitglieder, darunter die Bundesrepublik. Die USA und Großbritannien enthalten sich der Stimme.

– I s r a e l. Das Parlament beschließt formell die Auflösung und die Ausschreibung von Neuwahlen (vgl. „Blätter", 1/1977, S. 3). Der Antrag wird von der regierenden Arbeiterpartei, der Nationalreligiösen Partei sowie von der Likud-Opposition eingebracht. – Am 12. 1. kündigt Verteidigungsminister Peres an, er werde im Falle eines Wahlsieges der Arbeiterpartei gegen Ministerpräsident Rabin für das Amt des Regierungschefs kandidieren.

6. 1. – U S A. Der Kongreß bestätigt die Wahl James (Jimmy) Earl Carters zum 39. Präsidenten der Vereinigten Staaten (vgl. „Blätter", 12/1976, S. 1317f.) und stellt das offizielle Wahlergebnis fest: 297 Stimmen für Carter, 240 für Gerald Ford und 1 Stimme für Ronald Reagan. – Am 12. 1. trägt Ford dem Kongreß seine letzte „Botschaft über die Lage der Nation" (State of Union Message) vor und gibt darin einen Rückblick auf die 30 Monate seiner Amtszeit (vgl. „Blätter", 9/1974, S. 883). – Am 20. 1. legen Carter und sein Vizepräsident Walter Mondale vor dem Obersten Richter Warren Burger den Amtseid ab. Carter beruft den Stab des Weißen Hauses sowie ein neues Kabinett, dem u. a. Cyrus Roberts Vance (Außenminister) und Harold Brown (Verteidigungsminister) angehören. Zbigniew Brzezinski übernimmt die Leitung des Nationalen Sicherheitsrates (National Security Council). – Am 21. 1. verfügt Präsident Carter als eine seiner ersten Amtshandlungen eine allgemeine Amnestie für Vietnam-Kriegsdienstverweigerer; „Deserteure" sind nicht einbezogen. – Am 23. 1. unternimmt Vizepräsident Mondale im Auftrag von Präsident Carter eine zehntägige Konsultationsreise durch Westeuropa und nach Japan. Mondale besucht Brüssel, Bonn, Westberlin, Rom, London, Paris und Tokio. Vor dem Berliner Abgeordnetenhaus bekräftigt Mondale die amerikanischen Garantien für Westberlin. Im Vatikan wird der Vizepräsident von Papst Paul VI. empfangen.

9. 1. – W a r s c h a u e r V e r t r a g. Zum neuen Oberkommandierenden der Truppen des Warschauer Vertrages wird der sowjetische Armeegeneral Viktor Kulikow ernannt. Kulikow tritt die Nachfolge des im November 1976

verstorbenen Sowjetmarschalls Iwan Jakubowski an.

15. 1. – Naher Osten. In Amman und Kairo wird ein Kommuniqué über ein dreitägiges Treffen von Präsident Sadat und König Hussein von Jordanien in der ägyptischen Hauptstadt veröffentlicht. Hussein und Sadat setzen sich darin für eine baldige Wiedereinberufung der Genfer Nahost-Konferenz ein und befürworten die Bildung eines unabhängigen Palästinenserstaates. Die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) müsse in Genf den gleichen Status erhalten, wie die übrigen beteiligten Staaten. – Am 16. 1. veröffentlicht die Londoner Zeitung „Sunday Telegraph" ein Interview mit Staatspräsident Sadat. Der Präsident erklärt u. a.: „Was Garantien für Israel angeht, so bin ich bereit, absolut jede Regelung zu akzeptieren, die Israel wünscht, ob bilateral oder international. Auch wenn nach einer Regelung Israel mit den Vereinigten Staaten ein militärisches Verteidigungsbündnis unterzeichnen will und Amerika zustimmt, hätte ich dagegen nichts einzuwenden." – Am 17. 1. spricht sich der syrische Präsident Assad gegenüber dem amerikanischen Nachrichtenmagazin „Time" für die Entsendung einer „vereinigten, einzigen arabischen Delegation" zur Genfer Friedenskonferenz aus, an der auch die PLO teilnehmen könne.

18. 1. – UdSSR. Zwei Tage vor der Amtseinführung des amerikanischen Präsidenten Carter befaßt sich KPdSU-Generalsekretär Breschnew auf einer Kundgebung in Tula ausführlich mit Problemen der Abrüstung und Rüstungsbeschränkung. Breschnew erklärt: „Die Behauptungen, daß die Sowjetunion über die Grenze hinausgeht, die für ihre Verteidigung notwendig ist, daß sie nach rüstungsmäßiger Überlegenheit strebt mit dem Ziel, einen ersten Schlag zu führen, sind absurd und völlig unbegründet." Im Hinblick auf die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen zur Begrenzung der strategischen Rüstungen weist Breschnew auf die Abmachungen von Wladiwostok aus dem Jahre 1974 hin (vgl. „Blätter", 1/1977, S. 3), die zunächst „konsolidiert" werden müßten. Anschließend könne man „sofort neue Verhandlungen" über zusätzliche Maßnahmen einleiten. Für die Stagnation der Wiener Verhandlungen über einen Truppenabbau in Mitteleuropa seien die NATO-Staaten verantwortlich, die auf einer „asymmetrischen" Reduktion beharrten und damit die Staaten des Warschauer Vertrages „übervorteilen" wollten.

– Indien. Ministerpräsidentin Gandhi kündigt überraschend die Auflösung des Unterhauses und Neuwahlen für das Frühjahr 1977 an. Noch im vergangenen Jahr hatte das Parlament seine Legislaturperiode bis zum März 1978 verlängert. – Am 20. 1. werden die seit 18 Monaten gültigen Ausnahmegesetze (vgl. „Blätter", 9/1975, S. 955) im Hinblick auf den beginnenden Wahlkampf aufgehoben.

19. 1. – Niedersachsen. Mit der Vereidigung der beiden FDP-Politiker Rötger Groß (Innenminister) und Erich Küpker (Wirtschaftsminister) erhält das bisherige CDU-Minderheitskabinett unter Ministerpräsident Albrecht eine parlamentarische Mehrheit (vgl. „Blätter", 2/1976, S. 118, und 1/1977, S. 2). Die CDU/FDP-Koalition verfügt über 87 der 155 Mandate.

27. 1. – DDR / BRD. Der stellvertretende Außenminister Nier überreicht Staatssekretär Gaus ein Aide-mémoire, in dem das DDR-Außenministerium seine Kritik an der Tätigkeit der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Berlin wiederholt; der Text wird nicht veröffentlicht. In einer Meldung der Nachrichtenagentur ADN über den Inhalt der Note heißt es u. a.: „In vertrags- und völkerrechtswidriger Weise maßt sie (die Vertretung) sich an, Interessen von Bürgern der DDR wahrzunehmen." Die Vertretung wird aufgefordert, „die Gesetze der DDR strikt zu achten und unverzüglich alle Aktivitäten zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR zu unterlassen". Die DDR-Behörden hatten am 11. 1. vorübergehend Kontrollen der Besucher der Ständigen Vertretung vorgenommen und die Proteste von Staatssekretär Gaus gegen diese Maßnahmen zurückgewiesen. In Bonn nennt Staatssekretär Bölling die Vorwürfe der DDR „unbegründet" und kündigt eine sorgfältige Prüfung des Aide-memoire durch die Bundesregierung an.

– Zypern. Erstmals seit 1963 treffen Präsident Makarios und Rauf Denktasch, der Führer der türkischen Volksgruppe, zusammen. Die Begegnung findet auf „neutralem Boden" im Hauptquartier der Streitkräfte der Vereinten Nationen (UNFICYP) in Anwesenheit des UN-Sonderbotschafters Peres de Cuellar statt.

31. 1. – KSZE. Vertreter von neun neutralen und bündnisfreien Staaten treten in Belgrad zusammen, um das für Juni 1977 in der jugoslawischen Hauptstadt geplante Folgetreffen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) vorzubereiten. Teilnehmer sind das gastgebende Jugoslawien, Schweden, Finnland, Österreich, die Schweiz, San Marino, Liechtenstein, Zypern und Malta.

Zum Thema KSZE und Menschenrechte

Seit einigen Monaten vergeht kein Tag, an dem in den Massenkommunikationsmitteln der Bundesrepublik nicht die KSZE-Schlußakte von Helsinki im Zusammenhang mit behaupteten Menschenrechtsverletzungen in den sozialistischen Ländern erwähnt wird. Das plötzliche Interesse von dieser Seite ist erstaunlich. Denn unmittelbar nach der Unterzeichnung der Schlußakte vor jetzt nahezu 2 Jahren breitete sich bei uns ein großes Schweigen über ihren Inhalt aus. Zur gleichen Zeit wurde in den sozialistischen Ländern und in den kommunistischen Zeitungen Westeuropas der vollständige Text der Akte millionenfach verbreitet. Unsere Massenblätter hingegen schienen das Thema Helsini völlig ausgeklammert zu haben. Ausnahmen, wie der sozialdemokratische „Vorwärts", der in einer Auflage von 100 000 in einem Beiblatt, gefolgt vom Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung im August 1975, den Text veröffentlichte, bestätigen die Regel. Wie alle anderen Unterzeichner hatte sich die Bundesrepublik verpflichtet, „den Text der vorliegenden Schlußakte in jedem Teilnehmerstaat zu veröffentlichen, der ihn so umfassend wie möglich verbreitet und bekanntmacht".

Über die späte Reue und Umkehr könnte man nach dem Motto: Besser spät als gar nicht, hinweggehen, wenn nicht andere Eigenartigkeiten hinzukämen. Nach den Kommentaren und Veröffentlichungen der letzten Monate erhält man den Eindruck, als bestände die Schlußakte lediglich aus einer Menschenrechtserklärung, und zwar in einer Form, wie wir sie aus der Verfassungsdebatte hierzulande kennen, nämlich Garantie bestimmter subjektiver Rechte – hierunter selbstverständlich das Privateigentum – unter Ausblendung der wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechte. Aber auch die in der Schlußakte aufgeführten klassischen politischen Freiheitsrechte scheinen auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Überzeugungsfreiheit im Zusammenhang mit dem „freien" Kultur- und Informationsaustausch reduziert, wie wir es aus der Debatte um den Stellenwert des 3. Korbes in der Konferenzphase selbst kennen. Sogar der Kontext „ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion", in dem diese Freiheitsrechte in der Schlußakte genannt sind, wird in den Kommentaren oft nicht genannt. Die anderen wichtigen völkerrechtlichen Prinzipien, die außer den Menschenrechten und Freiheiten „die Beziehungen der Teilnehmerstaaten leiten sollen" – so in der Überschrift, unter der die Prinzipien aufgeführt sind – (z. B. Souveräne Gleichheit, Achtung der Souveränität innewohnender Rechte, Gewaltverzicht, Unverletzlichkeit der Grenzen, Integrität der Staaten, Nichteinmischung u. a.) erfährt man nur am Rande. Der wichtige Zusammenhang von friedlicher Koexistenz und internationalen Menschenrechten erscheint nur in einer bestimmten Verzerrung, die friedliche Koexistenz als Aufgabe ideologischer Klassenpositionen mißversteht.

Wer weiß schon von den Konsumenten der Fernsehsendungen und von den Lesern der Massenblätter, daß auch die Berufsverbotsgegner sich auf die internationalen Menschenrechte berufen. Zwar ließ sich die Tatsache der Berufsverbote selbst nicht mehr länger verschweigen, auch nicht die Behauptung ihrer Verfassungswidrigkeit, ebenso wenig die nationale und internationale Protestbewegung. Wenig bekannt ist aber die Argumentation der Berufsverbotsbewegung im In- und Ausland, daß die Berufsverbote gegen das Völkerrecht verstoßen und hier wiederum vor allem gegen die Allge-

meine Menschenrechtserklärung von 1948, den Menschenrechtspakt von 1966 und gegen die in der Schlußakte von Helsinki niedergelegten internationalen Menschenrechte. Noch nicht einmal ein zynischer Kommentar ist in den gängigen Blättern zu dieser Problematik zu verzeichnen. Wen erstaunt es daher, daß der Bericht der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen, einer Organisation mit UNO-Status, durch den Fall Charlotte Nieß bei uns mehr als „verfassungsfeindlich" bekannt, an die Menschenrechtskommission über die Berufsverbotspraxis kaum erwähnt wurde?

Nicht mehr eigenartig, sondern schockierend ist aber ein anderer Vorgang. Bei der Abstimmung über die Resolution der UNO-Vollversammlung, die die chilenische Junta verurteilte, enthielt sich die Bundesregierung der Stimme, obwohl sich 95 Staaten für die Resolution aussprachen und nur 12 dagegen waren (25 Enthaltungen). Hier lagen nun eindeutig nachgewiesene massenhafte Menschenrechtsverletzungen vor – und zwar sowohl nach nationalem wie nach internationalem Recht. In diesem Zusammenhang sich der Stimme zu enthalten, ist doch nichts anderes als indirekte Unterstützung eines die primitivsten Menschenrechte mit Füßen tretenden Militärregimes, um es vornehm auszudrücken.

Wird hier nicht die von der chilenischen Junta gerügte „Schwäche und Duldsamkeit gegenüber der kommunistischen Bedrohung der kulturellen Werte des christlichen Abendlandes" als bare Münze genommen und die von ihr beschworene diskriminatorische Behandlung der Menschenrechtsproblematik im umgekehrten Sinne angewandt? Wer die Geschichte der Entwicklung der internationalen Menschenrechte kennt, weiß, daß sie erst mit der Niederlage des Faschismus im Jahre 1945 im Zusammenhang mit der Entwicklung der UNO auf die Tagesordnung kamen. Die Förderung der Menschenrechte als Aufgabe der internationalen Zusammenarbeit der Staaten wurde erstmals in der Charta der Vereinten Nationen formuliert. Auch die weitere Entwicklung der Menschenrechte (Menschenrechtserklärung von 1948, die Pakte von 1966, die verschiedenen Konventionen gegen Rassendiskriminierungen u. a.) hat den engen Zusammenhang von Verwirklichung der Menschenrechte und staatlicher Souveränität, die im Selbstbestimmungsrecht der Völker fundiert ist, nicht aufgehoben. So heißt es in der Schlußakte von Helsinki, daß „die Teilnehmerstaaten die universelle Bedeutung der Menschenrechte und Grundfreiheiten anerkennen, deren Achtung ein wesentlicher Faktor für den Frieden, die Gerechtigkeit und das Wohlergehen ist, die ihrerseits erforderlich sind, um die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen ihnen sowie zwischen allen Staaten zu gewährleisten."

Aber nicht nur der untrennbare Bezug von staatlicher Souveränität und Menschenrechten, der eine Gewährleistung der Menschenrechte unter Überspielen der Staatssouveränität ausschließt, wie es manche Vorstellungen im Westen über einen Internationalen Gerichtshof nahelegen, ist ein Spezifikum der Internationalen Menschenrechte. Der untrennbare Bezug von staatlicher Souveränität und internationalen Menschenrechten muß besonders herausgestellt werden. Er schließt nämlich Gewährleistung der internationalen Menschenrechte unter Umgehung der Souveränität des Staates aus. Ein derartiges Konzept wurde vor einigen Monaten von Außenminister Genscher mit der Forderung nach einem internationalen Gerichtshof zur Gewährleistung der Menschenrechte in die Debatte gebracht. Es hat aber wenig Gegenliebe bei der Mehrheit der UNO-Mitglieder gefunden, die sich einer sog. „humanitären" Intervention widersetzen. Daß eine solche Stoßrichtung des Vorschlages von Außenminister Genscher zwar nicht explizit ausgesprochen, aber dennoch gemeint war, zeigt die Ablehnung der Antiapartheidkonvention durch die Bundesregierung. Für Apartheidverbrechen sieht diese Konvention Strafverfolgung in

jedem Unterzeichnerstaat vor. Außenminister Muller z. B. hätte nach dieser Konvention in der Bundesrepublik verhaftet und bestraft werden können, ohne daß in diesem Fall das sonst übliche Territorialitätsprinzip durchgegriffen hätte. Subsidiär sieht die Apartheidkonvention einen internationalen Gerichtshof vor. In der Ablehnung dieser Konvention durch die Bundesregierung kommt ähnliches zutage wie in ihrem Stimmverhalten bei der UNO-Resolution gegenüber Chile, nämlich daß es ihr gar nicht um die Gewährleistung der internationalen Menschenrechte geht, sondern höchstens um die interventionistische Durchsetzung eines bestimmten Freiheitsbegriffes. Gerade die Voraussetzung einer antinomischen Auffassung von Freiheit und die Ablehnung aller Bestrebungen, diese Antinomie von außen her aufzuheben, sondern diese Aufhebung der inneren gesellschaftlichen Auseinandersetzung jedem Land zu überlassen, ist die Basis der friedlichen Koexistenz.

Ein weiteres Spezifikum der internationalen Menschenrechte gilt es noch festzuhalten.

Im Gegensatz zu den traditionellen Menschenrechtsauffassungen im Sinne bürgerlicher Verfassungen ist die Garantierung des Privateigentums aufgegeben und ein enger Zusammenhang zwischen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechten hergestellt. In den internationalen Menschenrechtsdeklarationen ist nicht mehr die Rede von Privateigentum, sondern vom Selbstbestimmungsrecht der Völker und von der Souveränität des Volkes über seine Naturreichtümer. Die antikolonialistische Ausrichtung der Menschenrechte und ihr qualitativer Unterschied zur Menschenrechtsauffassung der bürgerlichen Epoche und damit ihrer Auslegung hierzulande wird sehr deutlich. Unter diesem Gesichtspunkt wird die Berufung auf diese Rechte mit Blick auf die sozialistischen Staaten oder Staaten der Dritten Welt zumindest in der bei uns üblichen Art fraglich.

Das bedeutet mitnichten, daß die Menschenrechte teilbar seien. Ihre Verpflichtung für alle Unterzeichnerstaaten ist unbestreitbar. Gerade deshalb dürfen diese Normen nicht selektiv angewendet werden. Das fängt schon beim Verfahren und der Sachverhaltsaufklärung an. Jeder Staat, der einem anderen Menschenrechtsverletzungen vorwirft, vor allem, wenn eine Friedensgefährdung behauptet wird, müßte das international rechtlich vorgesehene Verfahren initiieren, hier also die Menschenrechtskommission einschalten, um den behaupteten Sachverhalt zu verifizieren und mögliche Sanktionsmechanismen nach der UNO-Charta in Gang zu setzen. Dies ist aber bislang nur mit Südafrika, Chile und ähnlich gelagerten Fällen geschehen. Wirft dieses Verhalten der Bundesregierung und der anderen Westmächte, das der so lauthals vorgetragenen Propaganda völlig entgegengesetzt ist, nicht ein bezeichnendes Licht auf die Selbsteinschätzung ihrer Glaubwürdigkeit und die Einschätzung der Durchsetzungschancen vor dem Weltforum der Völker?

Die Berufsverbotsgegner haben bis ins einzelne nachgewiesen, daß die Berufsverbote internationalrechtliche Grundsätze verletzen, die über Art. 25 GG unmittelbar in allem anderen Recht vorgehendes innerstaatliches Recht transformiert werden. Zudem ist die Möglichkeit, über eine nichtstaatliche Organisation die Menschenrechtskommission der UNO zumindest aufmerksam zu machen, wahrgenommen worden. Die ausländische Solidarität stützt sich in ihrer Aktivität auf diese Argumentation der Berufsverbotsgegner in der Bundesrepublik. Sie erinnert insofern die politisch Verantwortlichen in der Bundesrepublik nur an die von ihnen selbst eingegangenen Verpflichtungen; ohne eine Gewährleistung von außen zu propagieren, die erst bei einem ganz anderen Grad der Verletzungen, vergleichbar mit Chile und Südafrika, in Frage käme.

Es ist abzusehen, daß auf der Konferenz in Belgrad, wenn Bilanz von Helsinki gezo-

gen wird, die Bundesregierung nicht nur von den sozialistischen Staaten, sondern auch von einigen befreundeten Regierungen im Westen an ihre Verpflichtungen erinnert werden könnte. Ob die Berufung auf die Helsinki-Akte so günstig für sie ausfallen wird, und zwar nicht nur im Bereich der politischen und sozialen Menschenrechte, sondern auch hinsichtlich der Entwicklung zwischenstaatlicher Beziehungen im Sinne der friedlichen Koexistenz, vor allem zur DDR, ist mehr als fraglich. Der Vortrag von Menschenrechtsverletzungen in den sozialistischen Staaten, vor allem, wenn er so unsubstantiiert erfolgt wie in unseren Massenmedien, dürfte kaum Berufsverbote, Grundlagenvertragsurteil des Bundesverfassungsgerichtes, Weinholdurteil etc. auf dem Hintergrund vornehmer Zurückhaltung in Angelegenheiten Südafrikas, Namibias, Chiles u. a. m., die ja massive wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den dort herrschenden Regimes nicht verdekken kann, vor dem europäischen Forum aufwiegen, das nicht nur ein Gremium von Regierungen ist.

Gerhard Stuby

Die Kernkraftwerke und ihre Überwachungsbehörden

Seit die Öffentlichkeit Zweifel an der Umweltfreundlichkeit der Kernkraftwerke zu hegen begann, seit kritische Stimmen von Wissenschaftlern auf gravierende radioökologische Probleme wie zum Beispiel die Anreicherung radioaktiver Stoffe in Nahrungsketten hinwiesen, wurde all diesen Argumenten mit der amtlichen Feststellung begegnet:

1. Die maximale Strahlenbelastung in der Umgebung von Kernkraftwerken liegt unter 1 mrem pro Jahr (nach dem neuesten Jahresbericht „Umweltradioaktivität und Strahlenbelastung" des Bundesinnenministeriums sogar unter 0,1 mrem pro Jahr) und damit weit unterhalb der natürlichen Strahlenbelastung.

2. Bei der amtlichen Umgebungsüberwachung kerntechnischer Anlagen, die in der Bundesrepublik Deutschland vorbildlich ist, wurden bisher Überschreitungen von Grenzwerten nicht festgestellt.

Man konnte es glauben oder nicht. Das Bundesministerium des Innern veröffentlicht jedes Jahr einen zusammenfassenden Jahresbericht über die behördlichen Messungen in der Umgebung von Kernkraftwerken. Dort kann man in endlosen Zahlenkolonnen feststellen, daß nirgends ein Grenzwert überschritten ist, nirgends eine durch ein Kernkraftwerk hervorgerufene größere Strahlenbelastung als 0,1 mrem pro Jahr herrscht.

Man kann es glauben oder nicht. Wir glaubten es nicht. Nicht glauben, sondern überprüfen ist eine der Voraussetzungen für wissenschaftliches Arbeiten.

Im April 1976 begann die Arbeitsgemeinschaft Umweltschutz (AGU) an der Universität Heidelberg eine Untersuchung mit dem Titel „Radioaktive Kontaminationen in der Umgebung kerntechnischer Anlagen – Analyse der amtlichen Umgebungsüberwachung".*) Als Vorbereitung zu dieser Untersuchung wurden an alle Überwachungsbehörden bestehender kerntechnischer Anlagen in der Bundesrepublik Deutschland, meistens die Gesundheits- und Sozialministerien der einzelnen Bundesländer, Briefe versandt mit der Bitte, der AGU die amtlichen Jahresberichte der Umgebungsüberwachung der kerntechnischen Anlagen seit ihrem Bestehen bis heute zuzusenden oder, falls

*) Die Untersuchung „Radioaktive Kontaminationen in der Umgebung kerntechnischer Anlagen – Analyse der amtlichen Umgebungsüberwachung", Arbeitsgemeinschaft Umweltschutz an der Universität Heidelberg, September 1976, 56 S., wurde vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e. V. nachgedruckt. Die Studie kann bezogen werden vom BBU-Info-Versand, Horstackerstr. 24, 67 Ludwigshafen, zum Preis von 2,30 DM plus Porto 0,70 DM (in Briefmarken beilegen).

dies nicht möglich ist, die Einsichtnahme in diese Berichte am Ort der Behörde zuzulassen.

Bereits in diesem Stadium der Untersuchung geschah etwas sehr Erstaunliches (aus heutiger Sicht weniger Erstaunliches): mit Ausnahme einer Behörde verweigerten alle anderen Überwachungsbehörden und Gesundheits- bzw. Umweltministerien die Einsichtnahme in die amtlichen Meßergebnisse. Einige Ministerien verweigerten ohne Angabe von Gründen, andere argumentierten, „die Jahresberichte sind nur für den Dienstgebrauch" bzw. „werden hier nicht veröffentlicht". Nochmalige Schreiben der AGU, in denen die wissenschaftliche Notwendigkeit der Untersuchung dargestellt wurde, blieben entweder unbeantwortet oder wurden mit ähnlichen formalen Argumenten zurückgewiesen.

Eine Ausnahme stellte die Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg dar, die der AGU dankenswerterweise die Jahresberichte der Umgebungsüberwachung des Kernkraftwerks Obrigheim am Neckar und des Kernforschungszentrums mit Versuchswiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe aus den Jahren 1971–1975 zur Verfügung stellte. Die Analyse dieser Jahresberichte wurde unter 3 Fragestellungen vorgenommen:

1. Wie hoch ist die radioaktive Kontamination in der Umgebung dieser Anlagen bei Normalbetrieb?

2. Wurde aufgrund von Störfällen die Abgaberate von Radioaktivität erhöht?

3. Ist die Überwachungsarbeit der Behörde objektiv und zufriedenstellend?

Es soll zunächst auf die ersten beiden Fragen näher eingegangen werden. Die Analyse der Jahresberichte erbrachte das eindeutige Ergebnis, daß die Realität der Belastung der Umwelt durch kerntechnische Anlagen völlig anders aussieht, als von den zuständigen Behörden in der Öffentlichkeit dargestellt wird. Sowohl die Strahlenbelastung als auch die Kontamination (Verseuchung), vor allem durch die Anreicherung von radioaktiven Stoffen, liegt in der Umgebung solcher Anlagen wesentlich höher, als bisher der Öffentlichkeit mitgeteilt wurde. Dies soll an einigen Beispielen näher ausgeführt werden:

Strahlenbelastung in der Umgebung des Kernkraftwerks Obrigheim

Aufgrund der Messungen der Überwachungsbehörde traten in der Vergangenheit in der Umgebung des Kernkraftwerks Obrigheim am Ort der maximalen Belastung folgende Werte von künstlicher Strahlenbelastung auf:

1971	*60 mrem pro Jahr*
1972	*140 mrem pro Jahr*
1973	*250 mrem pro Jahr*
1974	*70 mrem pro Jahr*
1975	*50 mrem pro Jahr*

Es kommt hinzu, daß diese Werte nur die äußere künstliche Strahlenbelastung darstellen. Die Strahlenbelastung durch mit der Nahrung oder der Atemluft aufgenommene Stoffe, über die in den Jahresberichten jedoch keine Angaben gemacht werden, wäre jeweils noch hinzuzuaddieren.

Aus diesen Werten ergibt sich, daß die künstliche radioaktive Strahlenbelastung in der Umgebung dieses kleinen (350 MW) Demonstrationskernkraftwerks zwischen 500- und 2500fach höher liegt, als in den zusammenfassenden Jahresberichten über „Umweltradioaktivität und Strahlenbelastung" der Bundesregierung angegeben wird.

Verseuchung von Fischen im Neckar

Sowohl in Wasserpflanzen als auch in Fischen des Neckars zeigen sich deutliche und starke Anreicherungen radioaktiver Isotope, die mit dem Ab- und Kühlwasser des Kernkraftwerks in den Neckar gelangten. Da es in der Deutschen Strahlenschutzverordnung weder für Pflanzen und Tiere, noch für Boden Konzentrationsgrenzwerte für radioaktive Stoffe gibt, werden die festgestellten Meßwerte hier und im folgenden mit den

existierenden Grenzwerten für die zulässige Konzentration radioaktiver Stoffe in Abwasser bzw. Müll verglichen. So wurden z. B. im Jahr 1974 im Neckar unterhalb des Kernkraftwerks mehrmals Fische gefangen, deren Gehalt an Kobalt-60 (einem radioaktiven Isotop) 2- bis 6fach höher lag als der zulässige Grenzwert der neuen Strahlenschutzverordnung für Kobalt-60 in radioaktiven Abwässern. Dies bedeutet nicht, daß dies ungesetzlich wäre. Ungesetzlich kann der Gehalt radioaktiver Stoffe in Pflanzen und Tieren niemals sein, denn es gibt dafür keine Grenzwerte (!). Es bedeutet jedoch, daß diese Fische in erheblichem Maße durch radioaktive Abwässer des Kernkraftwerks verseucht waren.

Plutoniumverseuchung des Bodens in Karlsruhe

Plutonium ist ein außerordentlich gefährliches radioaktives Element, das in der Natur nicht vorkommt. Durch die oberirdischen Atombombentests kommt es heute in geringen Spuren in der Biosphäre vor. Die Plutoniummessungen der Behörden in Karlsruhe zeigen jedoch erschreckend hohe Plutoniumwerte im Boden. Dort lagen in den Jahren 1972 bis 1974 die Plutoniummeßwerte des Bodens 100- bis 200fach so hoch wie die „normale" Plutoniumverseuchung des Bodens durch Atombombentests der Vergangenheit. In der alten Strahlenschutzverordnung gab es einen Grenzwert für die zulässige Gesamtradioaktivität in normalen Abfällen. Nach den Messungen der Überwachungsbehörde liegt allein der Plutoniumgehalt des Karlsruher Bodens bei 20 bis 40% dieses für die *Gesamtradioaktivität in Abfällen* zulässigen Grenzwertes.

Radioaktivität im Regen

Der Gehalt an Radioaktivität in Regenproben aus Karlsruhe zeigt sehr starke Schwankungen. In der Vergangenheit traten oftmals Konzentrationen (Monatsmittelwerte) auf, die um den Faktor 10 bis 30 über dem *maximalen* Monatsmittelwert der Meßstellen des Deutschen Wetterdienstes an anderen Stellen in Deutschland ohne kerntechnische Anlagen liegen. Die in den Niederschlagsproben gemessenen Aktivitäten lagen während der letzten 5 Jahre etwa während 80% der Zeit zwischen 2- und 50fach über dem entsprechenden Grenzwert.

Kontamination des pflanzlichen Bewuchses

Die amtlichen Messungen der langlebigen β-Aktivität (ohne die natürlichen Nuklide Kalium-40 und Tritium) bei Pflanzenproben von mehreren Probenahmeorten in der näheren und weiteren Umgebung des Kernforschungszentrums zeigt einen deutlichen Einfluß der Karlsruher Reaktoren. Im Vergleich zu dem außerhalb des direkten Einwirkungsbereichs liegenden Probenahmeort Pforzheim lag der Gehalt an langlebiger β-Aktivität in Pflanzen in dem Ort Friedrichstal (ca. 4 km nordöstlich in Hauptwindrichtung) um 160%, auf dem Reaktorge-

Deutsche Volkszeitung

ein demokratisches Wochenblatt – unentbehrlich für den kritischen Zeitgenossen

Probeexemplare unverbindlich und kostenlos durch MONITOR-VERLAG GmbH, Düsseldorf, Oststr. 154, Postfach 5707 – Anforderungskarten liegen dieser Ausgabe bei

lände um 104% (Kamineffekt!) und in Augustenberg (ca. 11 km südöstlich am Hang des Rheingrabens) um 126% höher.

Radioaktivität in Milch

Obwohl die Versuchswiederaufarbeitungsanlage für verbrauchte Brennelemente bereits seit mehreren Jahren in Betrieb ist, erfolgte im Jahr 1975 zum erstenmal die Messung des von dieser Anlage emittierten Jod-129 in Milch. Dabei stellte sich eine außerordentlich hohe Verseuchung der Milch mit diesem Isotop heraus. Es wurden von der Behörde Jod-129-Werte in Milch gemessen, die bei 44% des zulässigen Höchstwertes für Jod-129 in radioaktivem Abwasser liegen! (Auch hier wieder der Vergleich mit den Grenzwerten für Abwasser, da es Konzentrationsgrenzwerte für Milch nicht gibt.) Jod-129 hat eine außerordentlich lange Halbwertzeit von 17 Mio. Jahren! Es reichert sich deshalb nicht nur ökologisch über Nahrungsketten an, sondern bleibt – einmal in die Umwelt freigesetzt – für menschliche Begriffe praktisch ewig in der Umwelt. (Um eine Vorstellung der Halbwertzeit des Jod-129 zu erhalten, sei angeführt, daß die Entwicklung des Menschen von den ersten menschenähnlichen Wesen bis heute ca. 1 Mio. Jahre dauerte.)

Diese Beispiele mögen genügen, einen kurzen Überblick über das Verhältnis von offizieller Darstellung und Realität in diesem Problembereich zu geben. Diese Ergebnisse sind einerseits erschütternd, andererseits aber zunächst kaum glaubhaft; man fragt sich unwillkürlich, wie dies geschehen konnte, warum die Überwachungsbehörde nicht einschritt . . .

Wir kommen damit zur dritten Fragestellung, zu dem Verhalten und der Arbeitsweise der Überwachungsbehörden. Auch hier soll das Ergebnis der Analyse vorweggenommen werden:

Die untersuchten Überwachungsbehörden arbeiteten weder objektiv noch gewissenhaft. Praktisch in allen Fällen, in denen eine erhöhte Radioaktivität feststellbar war, wurde in den Jahresberichten versucht, den Eindruck einer Erhöhung oder eines Problems zu verschleiern. In mehreren gravierenden Fällen ergibt sich der Verdacht auf bewußte und gezielte Manipulation. Auch dies sei wieder an mehreren Beispielen dargestellt.

Leugnung der hohen Strahlenbelastung in Obrigheim

Es wurde bereits vorn dargestellt, daß sich aus den Meßergebnissen der Überwachungsbehörde in der Umgebung des Kernkraftwerks Obrigheim eine außerordentlich hohe künstliche Strahlenbelastung ergibt. Obwohl in jedem der Jahresberichte die Meßergebnisse angegeben werden, aus denen sich ganz klar dieser Sachverhalt ergibt, wird in der Interpretation dieser Meßergebnisse versucht, den Einfluß des Kernkraftwerks glattweg zu leugnen. Als Beispiel sei der Jahresbericht 1973 angeführt. Dort heißt es auf Seite 6: „An 21 Stellen in der Umgebung des Kraftwerkes sind Glasdosimeter ausgelegt. Sie zeigten für die Zeit vom 11. 10. 1972 bis 25. 04. 1973 eine Dosis zwischen 80 und 110 mrem, vom 25. 04. 1973 bis 10. 10. 1973 eine Dosis zwischen 100 und 230 mrem. Diese Werte sind durch die natürliche Umgebungsstrahlung verursacht. In keiner Windrichtung konnte eine auf den Einfluß des Kernkraftwerkes zurückzuführende Dosiserhöhung festgestellt werden." Die Interpretation der Überwachungsbehörde ist eindeutig falsch.

Aufgrund des genauen Sachverhalts (der hier nicht ausführlicher dargestellt werden kann; Interessierte seien auf den umfassenden Untersuchungsbericht verwiesen, s. oben) fällt es schwer, zu glauben, daß die Mißinterpretation aus Unkenntnis geschah. Es wird an diesem und an anderen Beispielen ein im Umweltbereich häufig zu beobachtendes Streben amtlicher Überwachungsbehörden besonders sichtbar, die Überschreitung von Grenzwerten (hier eine 2- bis 8fache Überschreitung des zulässigen Grenz-

werts von 30 mrem pro Jahr), für deren Einhaltung die Behörde die Verantwortung trägt, nicht wahrhaben zu wollen oder herunterzuspielen. Noch deutlicher sichtbar wird dies bei folgendem Beispiel.

Erhöhung der Grenzwerte durch Änderung des Genehmigungsbescheids

Bedingt durch höhere Radioaktivitätsabgaben durch das Abwasser des Kernforschungszentrums, waren im Jahr 1972 durch die Behörde in Oberflächengewässern in der Umgebung des Kernforschungszentrums erhöhte Radioaktivitätswerte festgestellt worden. Die Genehmigungsbehörde reagierte prompt. Aber nicht, wie normaler Menschenverstand erwartet hätte, mit einer Beschränkung der Radioaktivitätsabgaben, sondern mit einer Erhöhung der Grenzwerte. Das Gesundheits- und Sozialministerium stellte für die Radioaktivitätsabgabe mit dem Abwasser einen neuen Genehmigungsbescheid aus, der im Tagesdurchschnitt 10fach höhere Aktivitätskonzentrationen im Gegensatz zu früher zuläßt.

Sowohl die alte als auch die neue Strahlenschutzverordnung räumen der zuständigen Behörde die Möglichkeit ein, die für die Konzentrationen radioaktiver Stoffe in Luft und Wasser normal geltenden Grenzwerte im Einzelfall beliebig zu erhöhen! Diese Möglichkeit der Ausnahmegenehmigung war während des Verfahrens der Novellierung der Strahlenschutzverordnung Gegenstand harter Kritik von seiten der Bürgerinitiativen Umweltschutz. Trotz dieser Kritik wurde diese Regelung in die neue Strahlenschutzverordnung voll übernommen.

Manipulative Änderung des Meßprogramms

Im Jahr 1969 wurden von der Behörde Wasserpflanzen von 3 Standorten ausgemessen: Neckar oberhalb des KKW, Neckar unterhalb des KKW und aus dem Kühlwasserauslauf. Dabei ergab sich bei den Wasserpflanzen oberhalb des KKW keine feststellbare Aktivität, unterhalb des KKW Werte zwischen 3 und 10 pCi pro Gramm, in den Wasserpflanzen des Kühlwasserauslaufs jedoch Werte zwischen 58 und 325 pCi pro Gramm.

Vor allem die letzten Werte zeigten also eine sehr deutliche und starke Anreicherung radioaktiver Stoffe. Da die Anreicherung in den Wasserpflanzen aus dem Kühlwasserauslauf größer war als in den Wasserpflanzen aus dem Neckar unterhalb des KKW, ist dies ein Beweis dafür, daß die Radioaktivität aus dem Kernkraftwerk stammt.

Obwohl mit dieser Messung von Wasserpflanzen aus dem Kühlwasserauslauf ein eindeutiger Beweis der Herkunft der radioaktiven Stoffe getroffen werden konnte, wurden diese Messungen von der Behörde in allen darauffolgenden Jahresberichten nicht mehr durchgeführt. Statt dessen erscheint z. B. im Jahresbericht 1973 in der Zusammenfassung der lapidare Satz: „Eine unzulässige Freisetzung oder eine *Anreicherung* von radioaktiven Stoffen aus dem Kraftwerk konnte in der Umgebung nicht festgestellt werden" (Hervorhebung v. Verf.).

Wenn eine Anreicherung radioaktiver Stoffe nicht festgestellt wird, so kann dies zwei Ursachen haben: Entweder es liegt keine Anreicherung vor, oder die Messungen werden nicht an der Stelle durchgeführt, wo die Anreicherungen stattfinden. Da letzteres der Fall ist, ist die Frage aufzuwerfen, von welchen Motiven sich eine Überwachungsbehörde leiten läßt, die, nachdem sie eine starke Anreicherung radioaktiver Stoffe festgestellt hat, diese Messungen in allen darauffolgenden Jahren nicht mehr durchführt und statt dessen feststellt, es sei nichts festzustellen.

Störfälle

Entgegen den Darstellungen in der Öffentlichkeit geschahen in den untersuchten Anlagen oft Störfälle, bei denen oft um viele Größenordnungen mehr Radio-

aktivität in die Umwelt freigesetzt wurde als bei Normalbetrieb der Anlagen. Das Wesentliche unter dem Aspekt unserer Fragestellung ist, daß die zuständigen Behörden bei jedem analysierten Störfall versuchten, dessen Auswirkungen herunterzuspielen und eine Gefährdung der Umwelt abzustreiten. Als Beispiel sei ein Störfall im Kernforschungszentrum Karlsruhe im Jahr 1967 angeführt, durch den die Niederschläge, die Luft und der Bewuchs in der Umgebung des Kernforschungszentrums längere Zeit durch radioaktiven Wasserstoff stark verseucht wurden. Die Grenzwerte für die zulässige Konzentration von Tritium (radioaktiver Wasserstoff) im Regenwasser waren wiederholt um den Faktor 2000, die zulässige Konzentration von Tritium in Luft wiederholt um Faktoren zwischen 5000 und 100 000 überschritten. Trotz dieser enormen Überschreitung der ohnehin schon viel zu hohen Grenzwerte stellt die Behörde in der Beschreibung dieses Störfalles fest: „Eine Gefährdung der Umgebung des Kernforschungszentrums oder gar der Trinkwasserqualität des Grundwassers war nicht eingetreten."

Es besteht die Befürchtung, daß es zum festen Repertoire des Aktionsablaufs von Überwachungsbehörden gehört, im Falle einer Gefährdung diese zunächst und solange wie möglich zu leugnen. Dies ist im Falle von Radioaktivität gerade dadurch möglich, daß Radioaktivität in der Umwelt mit den Sinnesorganen des Menschen in keiner Weise feststellbar ist und eventuelle Schäden durch freigesetzte Radioaktivität, von sehr schweren Unfällen abgesehen, erst mehrere Jahrzehnte nach der Einwirkung der Radioaktivität eintreten werden.

Diese Beispiele mögen genügen. Weitere in der Zwischenzeit von der Arbeitsgemeinschaft Umweltschutz an der Universität Heidelberg bei den zuständigen Behörden vorgebrachte Bitten zur Einsichtnahme in die Meßergebnisse und Jahresberichte der anderen in der Bundesrepublik Deutschland arbeitenden Kernkraftwerke werden nach wie vor abschlägig beschieden.

Es bleibt dem Leser überlassen, Schlüsse aus dem hier Dargestellten zu ziehen.

Dieter Teufel

Demokratie und Recht

Vierteljahresschrift. Fünfter Jahrgang

1/77

K. J. Bieback: Statusschutz und Mobilitätszwang im Sozialversicherungsrecht – *J. Hallerbach:* Von den Grenzen der Natur zu den Grenzen der Gesellschaft – *E. Schmidt:* Zu den Ausstrahlungen des Radikalenerlasses in das Zivilrecht – u. a.

Kommentare und Berichte
S. Edelman: Zum Verfassungsentwurf der KPF – *U. Günther:* Zum Rechtsschutz bei Kündigungen

Entscheidungen
Bundesarbeitsgericht zum Bildungsurlaub – Berufsverbote

Redaktion: Prof. Dr. Helmut Ridder, Krofdorfer Str. 43, 6301 Biebertal 1 – Einzelheft DM 7,–, im Jahresabo DM 6,–, für Studenten DM 5,–, Bestellung über Buchhandel oder Pahl-Rugenstein Verlag, Vorgebirgstr. 115, 5000 Köln 51 – Probeexemplare beim Verlag

Krise der Sozialpartnerschaft

Die „Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel" und ihre politisch-ideologische Bedeutung

Von Reinhard Bispinck und Klaus Wilhelm

> *„Wenn somit auch nur konkrete gewerkschaftliche Politik den Interessen der Arbeitnehmer gerecht werden kann, so sollten die Arbeitsweise, die Zusammensetzung und die Ergebnisse der ‚Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel' doch sorgfältig und im einzelnen geprüft werden, um die brauchbaren Erkenntnisse zu verwerten und aus Fehlern zu lernen" (Gerhard Leminsky, Gewerkschaftsvertreter in der Kommission).*

Zu Beginn dieses Jahres überreichte die „Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel" in Bonn dem neuen Arbeitsminister, Herbert Ehrenberg, das Ergebnis sechsjähriger Arbeit: ein rund 1200 Seiten starkes Gutachten, das Auskunft über die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Bundesrepublik bis 1985 geben soll. Dem Gutachten liegen 144 Einzelstudien zugrunde, die für rund 13,5 Mio. DM von der Kommission in Auftrag gegeben worden waren und deren Ergebnisse zumindest teilweise in das Schlußgutachten Eingang gefunden haben.

Angesichts dieses außergewöhnlichen personellen, finanziellen und zeitlichen Aufwands war es zumindest erstaunlich, zu beobachten, welch geringe Resonanz das Gutachten der Kommission in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit gefunden hat: Bundesregierung, Opposition, Unternehmerverbände und Gewerkschaften reagierten eher verhalten. Vorbehaltlose Zustimmung kam von keiner Seite, statt dessen beschränkten sich die beteiligten gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen im wesentlichen darauf, einige die eigene politische Position stützende Passagen des Gutachtens hervorzuheben.[1])

Die Kommission, 1971 vom damaligen Bundeskanzler Willy Brandt eingesetzt, ging aus dem Arbeitskreis „Automation" der „Konzertierten Aktion" hervor, der seit dem Jahre 1968 bestand. Sie verdankt ihre Gründung einer Anregung des damaligen Vorsitzenden der IG Metall Otto Brenner. Ihr Vorbild war die „National Commission on Technology, Automation and Economic Progress", die im Jahre 1966 einen vielbeachteten Bericht über die zukünftige technologische Entwicklung in den USA veröffentlicht hatte.

Nicht ohne Bedeutung ist die Zusammensetzung der Kommission: 5 Gewerkschaftsvertreter, 5 Kapitalvertreter und 7 Wissenschaftler fanden sich zu-

1) Probleme der langfristigen Entwicklung, mit denen sich die Kommission vorrangig befaßte, blieben allerdings unberücksichtigt.

sammen, um „ein Gutachten über die mit dem technischen, wirtschaftlichen und sozialen Wandel zusammenhängenden Probleme im Hinblick auf eine Weiterentwicklung der Gesellschaftspolitik zu erarbeiten."[2])

Während mit der „Konzertierten Aktion" die Absicht verfolgt wird, daß sich Arbeitgeber und Gewerkschaften über die ökonomischen Eckdaten (im wesentlichen die Lohnentwicklung) für einen kurzen, überschaubaren Zeitraum einigen, wurde mit der Einsetzung dieser Kommission erstmals der Versuch unternommen, die langfristige wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung zum Diskussionsgegenstand zwischen Kapital und Arbeit werden zu lassen.

Die Kommission begann ihre Arbeit zu einem Zeitpunkt, als die Bundesregierung – aufgrund günstiger ökonomischer Rahmenbedingungen durchaus mit Erfolg – eine Reform- und Planungseuphorie verbreitete und weite Kreise in den Gewerkschaften die Durchsetzung seit langem erhobener Forderungen erwarteten. Aufgabenstellung und Zusammensetzung der Kommission lassen erkennen, daß die Beteiligten sich von diesem Vorhaben zweierlei erhofften: Die langfristige Institutionalisierung eines vom Grundgedanken der Sozialpartnerschaft getragenen Diskussionsforums von Kapital und Arbeit und eine aus diesem Gremium hervorgehende, auf einem breiten Grundkonsens beruhende Konzeption für die zukünftige gesellschaftliche Entwicklung. Dies impliziert die Kanalisierung der aus dem antagonistischen Interessengegensatz von Kapital und Arbeit hervorgehenden Konflikte, indem ein Regelungsmechanismus institutionalisiert wird, der in seiner Wirkung weit über das in der „Konzertierten Aktion" Erreichte hinausgehen soll.[3])

Unsere These lautet: Der Versuch, von einem sozialpartnerschaftlichen Ansatz ausgehend die gesellschaftliche Entwicklung so zu planen und zu gestalten, daß Kapital und Arbeit gleichermaßen davon profitieren, kann als gescheitert angesehen werden, da Analysen und Empfehlungen der Kommission der gesellschaftlichen Realität in der Bundesrepublik nicht gerecht werden.

Zum Nachweis dieser These sollen die Aussagen der Kommission zum gesellschaftlichen Wandel, zur Struktur- und Investitionspolitik und zur sozialen Sicherung untersucht werden

Gesellschaftlicher Wandel

Im ersten Kapitel ihres Gutachtens versucht die Kommission den Ursachen gesellschaftlichen Wandels auf die Spur zu kommen, um daran anschließend auf die nach ihrer Ansicht notwendigen Gestaltungsmaßnahmen hinzuweisen. Dieses Kapitel darf als das ideologische Fundament angesehen werden, auf dem die „Analysen, Überlegungen, Beurteilungen und Empfehlungen

2) Wirtschaftlicher und sozialer Wandel in der Bundesrepublik Deutschland. Gutachten der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, hektographierte Schlußfassung, Bonn 1977 (im folgenden kurz: Gutachten), Kap. A., Ziff. 1.

3) Diese Absicht ist vor dem Hintergrund der Tatsache zu beurteilen, daß auf Gewerkschaftstagen zu dieser Zeit nachdrücklich der Austritt aus der „Konzertierten Aktion" gefordert wurde, um damit gegen die Verpflichtung der Gewerkschaften auf das „Gemeinwohl" Stellung zu beziehen.

hinsichtlich des Wandels in ausgewählten Gesellschaftsbereichen"[4]) aufbauen. Es ist bemerkenswert, daß sich in diesem grundsätzlichen Kapitel lediglich eines der insgesamt 91 Minderheitsvoten findet.[5])

Zentrales Anliegen der Kommission war es, „daß der Kommissionsbericht sein Schwergewicht nicht auf den Nachweis prinzipiell möglicher Handlungsalternativen legt"[6]), sondern sich darauf beschränkt, Konsens zu produzieren. Dem fügte sich die Gewerkschaftsseite im ersten Kapitel bis auf eine Ausnahme widerspruchslos, obwohl es hier um die grundlegenden Vorstellungen von der Veränderbarkeit der Gesellschaft geht. Diese Einmütigkeit versuchte das vom DGB benannte Kommissionsmitglied Gerhard Leminsky unmittelbar nach Veröffentlichung des Gutachtens zu legitimieren: „... auch in der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel spiegeln sich nur die gesellschaftlichen Machtverhältnisse – und die sind zur Zeit nicht günstig für die Gewerkschaften."[7])

Auf eine Analyse der eigentlichen Ursachen und Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung wird folgerichtig im Schlußgutachten der Kommission verzichtet. Statt dessen bleibt es der Erscheinungsebene verhaftet und erschöpft sich in einem Eklektizismus, der die Bestimmungsfaktoren gesellschaftlichen Wandels – ganz im Stil der herrschenden bürgerlichen Soziologie – ungewichtet nebeneinanderstellt. Gesellschaftliche Veränderung werde durch „menschliches Denken und Handeln angestoßen", schreibt die Kommission, und die Wandlungsprozesse hätten sich „im Rahmen von sozialen und wirtschaftlichen Systemen weiterentwickelt, die von Menschen in Auseinandersetzung mit ihrer natürlichen und mitmenschlichen Umwelt (!), im Zusammenhang mit der Verbreitung bestimmter (!) Ideen, in Verbindung mit dem Ringen vielfältiger (!) Interessen und anderem mehr (!) erdacht, erstrebt und durchgesetzt wurden."[8])

Die ursächliche Triebkraft historischer Veränderungen in antagonistischen Klassengesellschaften wird jedoch nicht erkannt, der Hinweis auf die Existenz zweier Klassen und die daraus resultierenden Auseinandersetzungen wird unter „vielfältigen Interessen und anderem mehr"[9]) subsumiert. Es wird zwar davon gesprochen, daß die bundesdeutsche Gesellschaftsordnung durch „charakteristische Interessengegensätze und Konflikte"[10]) geprägt ist, eine exakte Qualifizierung wird allerdings versäumt. So ist es auch möglich, daß diese „Gegensätze" von allen Kommissionsmitgliedern „zum Teil ausdrücklich bejaht (werden), weil man von ihnen ... fruchtbare Impulse für die Weiterentwicklung der Gesellschaft erwartet."[11])

---

4) Gutachten, Kap. B.
5) Das Minderheitsvotum der Gewerkschaftsseite fordert die Einrichtung eines paritätisch besetzten Wirtschafts- und Sozialrats „als institutionelles Forum der Auseinandersetzung zwischen den Langfristkonzepten von Staat und gesellschaftlichen Gruppen". Gutachten, Kap. I, Ziff. 42.
6) Gutachten, Kap. A., Ziff. 9.
7) Gerhard Leminsky, Großer Aufwand für wenig Neuigkeiten, in: „Der Gewerkschafter", 1/1977, S. 23.
8) Gutachten, Kap. I., Ziff. 3.
9) Damit fällt die Kommission sogar hinter Erkenntnisse bürgerlicher Soziologen zurück, die sich nicht scheuten, zuzugestehen, daß der „Klassenkampf (...) sicher ein wichtiges Moment des sozialen Wandels (ist)"; vgl. René König (Hrsg.), Soziologie, Frankfurt/M. 1967.
10) Gutachten, Kap. I., Ziff. 13.
11) Ebd.

Dort, wo die Klassengegensätze in der Bundesrepublik unbestreitbar „negative" Auswirkungen haben, sollen nicht etwa die Ursachen behoben werden, vielmehr empfiehlt die Kommission einstimmig: „Bei der Austragung von Konflikten (sind) sorgfältig alle langfristigen Begleiterscheinungen zu beobachten und im politischen Handeln zu berücksichtigen."[12]) Was damit gemeint ist, bleibt unklar. Es wäre zu erwarten gewesen, daß die Gewerkschaftsvertreter jeder Beliebigkeit in diesem Punkt einen Riegel vorgeschoben hätten. Schließlich dürften sie nicht übersehen haben, daß derartige Formulierungen immer wieder dazu mißbraucht werden, den Arbeitern und Angestellten das Streikrecht abzusprechen und die Gewerkschaften an einer allein ihren Mitgliedern verpflichteten Interessenpolitik zu hindern.[13])

Statt einer konsensfähigen „Theorie" gesellschaftlichen Wandels hätte man ein Minderheitsvotum in Anlehnung an gewerkschaftliche Analysen erwarten können: „Der unermüdliche Kampf der Gewerkschaften um die politische und soziale Gleichberechtigung der arbeitenden Menschen hatte den Erfolg, daß wichtige Teile der gewerkschaftlichen Forderungen als Grundrechte der Bürger heute in den demokratischen Verfassungen und von der öffentlichen Meinung anerkannt werden... Damit werden die Gewerkschaften ... zur unentbehrlichen Kraft für eine demokratische Fortentwicklung auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet", heißt es z. B. im Grundsatzprogramm des DGB von 1963.[14]) Im Gutachten der „Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel" ist dagegen von der Bedeutung der Arbeiterbewegung für den gesellschaftlichen Fortschritt nirgendwo die Rede.

Strukturpolitik und Investitionslenkung

Angesichts der nicht mehr zu leugnenden negativen Auswirkungen des spontanen und krisenhaften kapitalistischen Entwicklungsprozesses äußert die Kommission die Hoffnung, daß „innerhalb der nächsten Jahre ein neuer Ansatz für eine langfristige Zukunftsgestaltung"[15]) gefunden werden könne. Dabei stehen im Zentrum der Überlegungen eine „aktive sektorale Strukturpolitik"[16]) und eine „langfristige Investitionspolitik"[17]). Über die konkrete Ausgestaltung einer „aktiven Strukturpolitik" bestehen in der Kommission jedoch gegensätzliche Auffassungen, die in je einem Minderheitsvotum der Kapital- und der Gewerkschaftsseite ihren Ausdruck finden. Die Kapitalvertreter lehnen „eine umfassende, direkte, imperative Lenkung von privaten Investitionen auf der Grundlage eines Bedarfsplanes"[18]) ab und wehren sich gegen eine indirekte Feinsteuerung („indikative Planung der sektoralen Wirtschaftsstruktur im einzelnen"[19])) des Wirtschaftsprozesses.

Die Gewerkschaftsvertreter halten dagegen eine geplante und koordinierte Strukturpolitik für unerläßlich, wenn die gesellschaftlichen und individuel-

12) Ebd.
13) Vgl. auch die aktuelle Diskussion um die Forderung nach einem Verbändegesetz.
14) Zit. nach Gerhard Leminsky/Bernd Otto, Politik und Programmatik des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Köln 1974, S. 46.
15) Gutachten, Kap. B., zu Kapitel II.
16) Gutachten, Kap. II, Ziff. 175ff.
17) Gutachten, Kap. II, Ziff. 103ff.
18) Gutachten, Kap. II, Ziff. 177.
19) Ebd.

len Bedürfnisse befriedigt werden sollen: „Benötigt wird eine vorausschauende aktive Strukturpolitik. Ihr muß ein gesamtwirtschaftlich orientierter Strukturplan zugrundeliegen."[20]) Außerdem sollten nach Meinung der Gewerkschafter ein „umfassendes Informationssystem" und „paritätisch aus Vertretern der Tarifvertragsparteien gebildete Wirtschafts- und Sozialräte"[21]) geschaffen werden.

Bezüglich einer langfristig ausgerichteten Investitionspolitik vertritt die Mehrheit der Kommission die Auffassung, daß „Investitionsautonomie und staatliche Investitionspolitik in einer Marktwirtschaft keine Gegensätze (sind), sondern einander ergänzen."[22]) Allerdings lehnen die von der Bundesregierung und den Unternehmerverbänden entsandten Wissenschaftler eine staatliche Lenkung und Planung der Investitionen einhellig ab. Diese sollen auch weiterhin „von dem Eigeninteresse derjenigen gelenkt (werden), die in den Unternehmungen Investitionsentscheidungen fällen."[23])

Unter „staatlicher Investitionspolitik" versteht die Kommission in ihrer Mehrheit nichts anderes als eine Verfeinerung des bisherigen Globalsteuerungsinstrumentariums durch unterschiedliche Besteuerung von Konsum und Investition bei unveränderten Eigentumsverhältnissen und Entscheidungsstrukturen. Geplant ist ein System von Gewinnanreizen, von Angeboten an die Unternehmer, die diese annehmen oder ausschlagen könne, ohne auf die Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung Rücksicht nehmen zu müssen.[24]) Allein die gewerkschaftliche Minderheit unter den Kommissionsmitgliedern warnt vor der Fortsetzung der global und undifferenziert geleisteten staatlichen Investitionshilfen und fordert, daß der „Prozeß der Investitionsbegünstigung ... in ein Verteilungs- und Mitbestimmungskonzept eingebettet"[25]) wird.

Unterzieht man jene Passagen des Gutachtens, die sich mit Struktur- und Investitionspolitik befassen, einer kritischen Analyse, so wird man vorweg feststellen müssen: Die von der Regierung und den Unternehmerverbänden verfochteten Positionen haben eine breite und umfassende Darstellung gefunden. Die von den Gewerkschaften entwickelten Konzepte für eine Struktur- und Investitionspolitik im Interesse der arbeitenden Bevölkerung finden sich lediglich ansatzweise oder als Minderheitenposition im Schlußgutachten der Kommission wieder.

Darüber hinaus fehlt jegliche Diskussion des grundlegenden Widerspruchs zwischen privaten Gewinnzielen und gesellschaftlicher Reform in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, auf die der DGB noch während seines 10. ordentlichen Bundeskongresses hingewiesen hat.[26]) Im Gutachten dagegen

20) Ebd.
21) Ebd.
22) Gutachten, Kap. II, Ziff. 109.
23) Gutachten, Kap. II, Ziff. 108.
24) Vgl. Jörg Huffschmid, Effektivierung und Demokratisierung der Wirtschaft, in: „Blätter", 3/1976, S. 249ff.
25) Gutachten, Kap. II, Minderheitsvotum zu den Ziff. 103–118.
26) Vgl. Antrag 59 der IG Metall zu „Strukturpolitik und Investitionslenkung", in dem es heißt: „... Zum anderen ergeben sich Fehlentwicklungen auf gesamtwirtschaftlicher Ebene durch den Gegensatz zwischen privaten Gewinnzielen und gesellschaftlichen Reformzielen im weitesten Sinne. Soweit die Steuerung von Produktion und Absatz durch die Gewinne die Verwirklichung von Reformzielen beeinträchtigt oder gar unmöglich macht, müssen neue Kriterien, Maßstäbe und Lenkungsmechanismen gefunden werden." Zit. nach: 10. ordentlicher Bundeskongreß des DGB, 25. bis 30. 5. 1975, Beschlüsse, „nachrichten-reihe" 1, Frankfurt/M. o. J. (1975), S. 29.

wird unwidersprochen von einem „Basiskonsens" aller gesellschaftlichen Gruppen über die mittel- und langfristigen wirtschaftspolitischen Ziele ausgegangen.[27])

Angesichts der ausführlichen Investitionslenkungsdebatte[28]) und der intensiven Diskussion strukturpolitischer Maßnahmen in der Zeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des DGB[29]) ist die Darstellung gewerkschaftlicher Konzepte im Gutachten der Kommission als dürftig zu bezeichnen. Selbst unter Einbeziehung der Forderung nach paritätisch besetzten, jedoch ohne Weisungsbefugnisse ausgestatteten Wirtschafts- und Sozialräten erschöpfen sich die Empfehlungen in der Verbesserung des Instrumentariums für ein kapitalistisches Krisenmanagement. Sie festigen allenfalls die bestehenden Machtverhältnisse im monopolbestimmten Kapitalismus und verstärken die Abhängigkeit der arbeitenden und lernenden Bevölkerung von den Gewinninteressen der Konzerne, da sie das Profitinteresse für sakrosankt erklären.

Soziale Sicherung

Im relativ kurz gehaltenen Abschnitt über die soziale Sicherung beschäftigt sich die Kommission vor allem mit folgenden Fragen: Alterssicherung für Frauen, Beseitigung von Armut, Altenhilfe- und Gesundheitspolitik.

Sie plädiert für die Schaffung einer eigenständigen sozialen Sicherung der Frau, ohne jedoch ein fertiges Modell zu präsentieren. Zur Schaffung einer „Grundsicherung für alle Staatsbürger" schlägt die Kommission den Ausbau der Sozialhilfe vor, wobei in Zukunft möglicherweise auf Unterhaltsansprüche gegenüber Familienangehörigen weitgehend verzichtet werden soll. Probleme sieht die Kommission vornehmlich im Abbau psychologischer Barrieren bei den zur Inanspruchnahme der Sozialhilfe Berechtigten.[30]) Die Anregungen im Bereich der Altenhilfepolitik gehen über bislang bereits Bekanntes nicht hinaus, die mit Altenpolitik befaßten Hilfe- und Leistungsträger sollen sich zu regionalen Arbeitsgemeinschaften zusammenschließen, um ihre Arbeit besser abzustimmen. Im Bereich des Gesundheitswesens erstrekken sich die Empfehlungen auf Vorschläge zur Effizienzverbesserung bei der medizinischen Versorgung, den Einsatz von Gebührenordnung und Krankenhauspflegesätzen als Steuerungsinstrumente der Kostenentwicklung und die Einrichtung eines von allen Verbänden und Trägern des Gesundheitswesens (einschließlich der Pharmaindustrie und der Apothekerverbände) beschickten Gremiums, das sich um eine größere Transparenz des Arzneimittelmarktes bemühen soll. In einem Minderheitsvotum wenden sich die Kapitalvertreter gegen den Vorschlag, durch die Monopolkommission ein Gutachten über die Machtstrukturen der Pharmaindustrie erstellen zu lassen.[31]) Die

27) Vgl. Gutachten, Kap. II, Ziff. 2.
28) Vgl. Wilfried Höhnen, Grundpositionen zur Investitionslenkung in der wirtschaftspolitischen Diskussion, in: „Gewerkschaftliche Monatshefte", 12/1973, S. 736. Manfred Krüper (Hrsg.), Investitionskontrolle gegen die Konzerne?, Reinbek 1974.
29) Vgl. „WSI-Mitteilungen", 10/11/12/1976.
30) Die Einführung einer Mindestrente für alle Bürger lehnte die Kommission nach kurzer Erörterung des Für und Wider ab.
31) Die Begründung der Unternehmerseite, dieser Vorschlag beinhalte ein offensichtliches Mißtrauen gegenüber der seit kurzem existierenden Transparenzkommission, soll offensichtlich von der Furcht der Kapitalvertreter ablenken, daß ein Gutachten erhebliche Mißstände auf dem Pharmamarkt zutage fördern könnte.

Steigerungssätze der Ärzteeinkommen sollen in Zukunft durch bundesweite Vereinbarungen (mit möglichen regionalen Differenzierungen) festgelegt werden.

Eine kritische Analyse dieses Abschnitts hat bei den einleitenden Bemerkungen anzusetzen, die darauf verweisen, „daß Maßnahmen der sozialen Sicherung ... (den) Leistungsanreiz schwächen" können und daß in dieser Tatsache ein „grundlegendes Dilemma" zu sehen sei. „Wesentlich ist", so formuliert die Kommission ohne Minderheitsvotum weiter, „daß man sich des genannten Dilemmas stets bewußt bleibt. Bei sozialpolitischen Neuerungen sind immer auch die Auswirkungen auf die Leistungsmotivation zu bedenken."[32]) Es sei daran erinnert: Mit ebendiesen Argumenten ordo-liberaler Provenienz lehnten die Arbeitgeberverbände jahrelang die Einführung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für Arbeiter ab.

Angesichts dieser einmütigen Beurteilung kann es nicht mehr verwundern, daß die Kommission einhellig der Auffassung zustimmt, ein gut ausgebautes System der sozialen Sicherung habe die Funktion eines „gesellschaftlichen Ordnungsfaktor(s) ersten Ranges"[33]), ohne daß der sozial-konservative Charakter dieser Einschätzung verdeutlicht wird. Die Sorge vor mißbräuchlicher Inanspruchnahme sozialpolitischer Leistungen führt dann auch – diesmal bei gewerkschaftlichem Widerspruch – zu dem Vorschlag der Kommissionsmehrheit, im Gesundheitsbereich die Selbstbeteiligung der Patienten einzuführen, „um den Betroffenen den Zusammenhang zwischen Kosten und Leistungen erkennbar zu machen."[34]) Aus demselben Grund kann sich die Kommission auch nicht endgültig zu der Empfehlung durchringen, bei der Gewährung von Sozialhilfe auf Unterhaltsansprüche gegenüber Familienangehörigen zu verzichten.[35])

Der Zurückhaltung bei Empfehlungen zum Ausbau des Systems der sozialen Sicherung entspricht die Enthaltsamkeit bei der Suche nach zusätzlichen Finanzierungsmöglichkeiten. Weder der Abbau sozialer Leistungen durch das Haushaltsstrukturgesetz noch die Finanzkrise der Rentenversicherung haben die Phantasie der Kommissionsmitglieder beflügeln können, obwohl andererseits die Begrenzung sozialpolitischer Leistungen durch das wirtschaftlich Mögliche und die finanziellen Restriktionen häufig genug betont werden. Statt dessen hätte man jedoch erwartet, daß die Gewerkschaftsvertreter auf Finanzierungsvorschläge verwiesen hätten, wie sie sich etwa im Alternativgutachten der 41 Wirtschaftswissenschaftler finden.[36])

Die Vorschläge zur Eindämmung des Kostenanstiegs im Gesundheitswesen bleiben an der Oberfläche: Transparenzkommissionen können die Preissetzungsmacht der Pharmakonzerne nicht brechen; die Abstimmung der weitgehend autonom nebeneinander arbeitenden Teilbereiche des Gesundheitswesens bleibt solange ein Tropfen auf den heißen Stein, wie nicht die Durchsetzungskraft der über 1600 gesetzlichen Krankenkassen durch organisatori-

32) Gutachten, Kap. XI, Ziff. 4.
33) Gutachten, Kap. XI, Ziff. 3.
34) Gutachten, Kap. XI, Ziff. 75.
35) Gutachten, Kap. XI, Ziff. 28.
36) Vgl. „Für eine wirksame und soziale Wirtschaftspolitik", in: „Blätter", 11/1975, S. 1287ff.

sche Zusammenlegung gestärkt und die Macht der kassenärztlichen Vereinigungen beschnitten wird.

Das Ausklammern solcher und anderer Streitfragen (wie z. B. die Forderung nach wirklicher Selbstverwaltung der Sozialversicherung durch Vertreter der Beitragszahler) ist kein Zufall, sondern gewollte Selbstbeschränkung: Denn Absicht der Gutachter war es, sich auf jene Fragestellungen zu beschränken, „die sich im Spannungsfeld der in der Kommission vertretenen unterschiedlichen Standpunkte als konsensmöglich erwiesen haben"[37]).

Zusammenfassung

Die bisher geleistete Kritik ersetzt nicht eine umfassende Analyse des Kommissionsgutachtens, zumal sie in einigen der angesprochenen Punkte auf eine ausführliche Argumentation verzichten mußte. Dennoch konnte der inhaltliche Grundtenor des Gutachtens und seine politisch-ideologischen Implikationen verdeutlicht werden, deren Kritik schließlich die Grundlage jeglicher Detailanalyse sein wird.

Die Einsetzung der „Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel" ist bereits charakterisiert worden als der Versuch, den Gedanken der Sozialpartnerschaft auf einer höheren Ebene als bis dahin zu institutionalisieren. Von diesem Versuch konnte schließlich nur die Kapitalseite profitieren, da sie keine wesentlichen Grundpositionen aufgeben mußte und darüber hinaus die Gewerkschaftsvertreter in erheblichem Umfang zu Abstrichen von ihren ursprünglichen Forderungen veranlaßt wurden.

– Die wesentliche Bedingung war durch die von der Bundesregierung der Kommission vorgeschriebene Satzung der Kommission vorgegeben: Die „soziale Marktwirtschaft" als Ordnungssystem wurde von Anfang an in den Datenkranz verbannt und konnte somit nicht mehr in Frage gestellt werden.[38]) Dies implizierte die Tabuisierung der Profitmaximierung als Handlungsmaxime im Wirtschaftsprozeß, mit der Konsequenz, daß die Abwälzung der Krisenlasten auf die arbeitende Bevölkerung vorprogrammiert ist.

– Die Bereitschaft der verantwortlichen Gewerkschaftsgremien, Vertreter in die Kommission zu entsenden, setzt die Verdrängung der grundlegenden Erfahrung der Arbeiterbewegung voraus, daß sozialer Fortschritt nur im aktiven Kampf gegen Unternehmer und Staat durchgesetzt werden konnte.[39])

– Inhaltlich führt der sozialpartnerschaftliche Ansatz dazu, daß Divergenzen nur noch in vielen Einzelfragen zutage treten, während grundlegende Interessengegensätze ausgeklammert wurden oder aber die Gewerkschaftsvertreter darauf verzichteten, sozial-konservativen Auffassungen zu widersprechen.

37) Gutachten, Kap. A, Ziff. 9.
38) Vgl. Gutachten, Kap. 1, Ziff. 1.
39) Daß die Verdrängung des Klassenbewußtseins ganz im Sinn der herrschenden bürgerlichen Meinung ist, macht die Einschätzung des Gutachtens durch einen auf die Marktwirtschaft eingeschworenen Wirtschaftsjournalisten deutlich: „Seine (des Gutachtens; die Verf.) Stärke liegt woanders. Wegen der Zusammensetzung der Kommission ist es ein Bestandteil des Prozesses, mit dem in der Bundesrepublik die Fundamente des sozialen Konsensus intakt gehalten werden." Rudolf Herlt, Sechs Jahre – und kein bißchen weise, in: „Die Zeit", 5/1977, S. 18; vgl. dazu auch die von der Kommission ohne Widerspruch der Gewerkschafter formulierte Behauptung: „Von der Existenz des Basiskonsens legt auch die Arbeit der Kommission ein Zeugnis ab." Gutachten, Kap. II, Ziff. 2.

– Berücksichtigt man die innergewerkschaftlich geführte Debatte um demokratische Alternativen zur herrschenden Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, so stiftet das Gutachten allenfalls Verwirrung, da in der Diskussion um ein neues Grundsatzprogramm die auf Geheiß der Bundesregierung von der Kommission für unantastbar erklärte Wirtschaftsordnung zu Recht längst in Frage gestellt worden ist. „Wer in den letzten Jahren erlebt hat, wie Reformen am Widerstand mächtiger Kapitalgruppen gescheitert sind, wer z. B. die Ohnmacht des Bundeskartellamtes gegenüber den Ölkonzernen nicht vergessen hat, wer nicht daran glauben mag, daß eine Million Arbeitslose von selbst oder durch Steuergeschenke an Unternehmer wieder Arbeit finden – für den gewinnen die klassischen Forderungen nach einer Neuordnung der Wirtschaft erhöhte Aktualität, und zwar unter Einschluß der Eigentumsfrage, also der Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien und markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmen. Was vielleicht vor ein paar Jahren noch als akademische Spielerei einiger Linker anmutete, wird in Zukunft zu einer Lebensfrage unserer Wirtschaft."[40])

Der vergebliche Versuch von sozialpartnerschaftlich orientierten Gewerkschaftskreisen, gemeinsam mit Kapitalvertretern langfristige Zielvorstellungen zu formulieren, muß umso mehr befremden, als sich zur gleichen Zeit die Unternehmer – unterstützt von der Bundesregierung – um die Abwälzung der Krisenlasten auf breite Bevölkerungskreise bemühen. Die Auswirkungen der jüngsten wirtschaftlichen Depression haben aber offensichtlich auch bei gewerkschaftlichen Kommissionsmitgliedern für Ernüchterung gesorgt. So zieht ein Kommissionär das Fazit, „daß man mit Kommissionen keine gesellschaftlichen Realitäten verändern kann", und folgert daraus, daß „nur konkrete gewerkschaftliche Politik den Interessen der Arbeitnehmer gerecht werden kann."[41])

Angesichts dieser Erkenntnis sei nochmals an das Memorandum der 41 Wirtschaftswissenschaftler erinnert, das bisher im Gewerkschaftsbereich nur unzureichend rezipiert worden ist, obwohl es eine Fülle von Ansatzpunkten für eine Politik aktiver gewerkschaftlicher Interessenvertretung liefert.

40) Detlef Hensche, Grundsatzprogramm und Wirtschaftsordnung, in: „Gewerkschaftliche Monatshefte", 11/1976, S. 696.
41) Gerhard Leminsky, a.a.O.

Kleine Bibliothek Politik · Wissenschaft · Zukunft

Neuerscheinungen Anfang 1977

83 *Mayer/Stuby* Das lädierte Grundgesetz. 356 S. DM 14,80
85 *Meyer-Renschhausen* Energiepolitik in der BRD. Ca. 176 S. DM 12,80
86 *Bayertz/Schleifstein* Mythologie der „kritischen Vernunft". Ca. 240 S. DM 14,80
89 *Apel* Umfrage UdSSR. Offener Brief an Sacharow. 176 S. DM 9,80

Pahl-Rugenstein

Integration und Autonomie

Gewerkschaftspolitik im Zeichen der gesellschaftlichen Krise (II)*)

Von Frank Deppe

IV

Die gewerkschaftliche Autonomie wurde durch die sozialökonomischen und politischen Wirkungen der Wirtschaftskrise 1974/75 in ihrer Substanz betroffen. Sowohl die Schutzfunktionen als auch die Gestaltungsfunktionen der Gewerkschaften wurden auf jeweils zwei Ebenen in Frage gestellt: einmal auf der Ebene der direkten Auseinandersetzung mit dem Kapital, zum anderen auf der Ebene der staatlichen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Zwar hat in zahlreichen Fällen – zuletzt beim Arbeitskampf in der Druckindustrie vom Frühjahr 1976 – die Existenz starker Gewerkschaften, ihre Verhandlungsmacht oder auch die Kampfbereitschaft von Belegschaften die Strategien des Kapitals durchkreuzt und das Ausmaß der Abwälzung der sozialökonomischen Krisenlasten auf die lohnabhängige Bevölkerung begrenzt. Gleichwohl bleibt unbestritten, daß die Gesamtkonzeption gewerkschaftlicher Politik, das Bewußtsein von der erfolgreichen Kombinierung der gewerkschaftlichen Schutz- und Gestaltungsfunktionen, das sich bis 1974 herausgebildet und gefestigt hatte, angesichts der realen Defensivposition der DGB-Gewerkschaften zutiefst problematisiert worden ist.

Diese Defensivposition hat zunächst einmal objektive Ursachen[66]). Die Handlungsbedingungen der Gewerkschaften, die sich unter der Voraussetzung eines konjunkturellen Aufschwungs, durch die steigende Nachfrage nach Arbeitskräften, in der Regel verbessern und erweitern, werden durch den Rückgang der Produktion, die Drosselung der Investitionen und durch die hierauf folgende Freisetzung von Arbeitskräften beeinträchtigt:

– Durch Arbeitslosigkeit entsteht eine „Reservearmee". Diese verstärkt die Konkurrenz unter den Lohnabhängigen – sie schafft bei den Beschäftigten Unsicherheit und Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren. So wirkt sie als ein Druckmittel, das die Bereitschaft zur Solidarität und zum gewerkschaftlichen Kampf vermindert.

*) Vgl. Heft 1/1977, S. 37 ff.

66) Wir verzichten auf eine ausführliche Darlegung des allgemeinen und besonderen Zusammenhangs zwischen der kapitalistischen Krise und den Handlungsbedingungen der Gewerkschaften; vgl. dazu W. Müller-Jentsch, Wirtschaftskrise und Gewerkschaftspolitik, in: O. Jacobi u. a. (Hrsg.), Gewerkschaften und Klassenkampf. Kritisches Jahrbuch '75, Frankfurt/M. 1975, S. 10 ff.; Redaktionskollektiv Gewerkschaften, Kapitalistische Krise, Arbeitslosigkeit und Krise der Gewerkschaftspolitik in der Bundesrepublik, in: „Probleme des Klassenkampfes", 19–21/1975, S. 3 ff.; „Marxistische Blätter", 1/1976, 3/1976; J. Goldberg/H. Jung, Die Wirtschaftskrise 1974–1976 in der BRD, Frankfurt/M. 1976; J. Huffschmid/H. Schui (Hrsg.), Gesellschaft im Konkurs? Handbuch zur Wirtschaftskrise 1973–1976, Köln 1976; F. Deppe, Anmerkungen zum 10. ordentlichen Bundeskongreß des DGB, in: „frontal", Nr. 70, Oktober/November 1975, S. 19 ff.; Ders., Die Krise und die Aufgaben der Gewerkschaften, in: „Nachrichten", 1/1976, S. 15 ff.; Ders., Die Auswirkungen der Krise 1974/75 auf die Arbeitnehmer. Herausforderung für die Gewerkschaften, in: „Marburger Blätter", Nr. 8/1976, S. 12 ff.; Ders., Die Krise des modernen Kapitalismus und die Perspektive der Arbeiterbewegung, in: „Sozialistische Theorie und Praxis" (Belgrad), 9/1976, S. 107 ff.; vgl. ferner die in 1/1976 der Zeitung „express" (Offenbach) begonnene Diskussion: Krise und Gewerkschaftspolitik.

– Die Krise und die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, aber auch der soziale und psychische Druck, der die Arbeitslosen, die sich um neue Stellen bewerben, belastet[66a]), werden dazu ausgenutzt, die Arbeit zu intensivieren. Dazu dienen einmal „arbeitsorganisatorische" Maßnahmen, d. h. die Arbeitsleistung wird erhöht, ohne daß technischer Wandel stattfindet[67]). Zum anderen wird in vielen Bereichen die technische Rationalisierung vorangetrieben, wodurch nicht nur Arbeitskräfte freigesetzt werden, sondern von den nicht Entlassenen Lohneinbußen, Dequalifikation, Veränderung der physischen und psychischen Arbeitsbelastung u. a. m. hingenommen werden müssen. Daß heute von Betriebsräten und Gewerkschaftsfunktionären häufig die „Aushöhlung" des durch einen Streik im Jahre 1973 in Baden-Württemberg durchgesetzten Manteltarifvertrags über die Verbesserung der Arbeitsbedingungen beklagt wird, macht nur deutlich, daß auch in diesem Bereich die Krise als eine Kraft gewirkt hat, die selbst tarifvertraglich errungene Rechte der Arbeitnehmer unterläuft und objektiv die Widerstandskraft der Lohnabhängigen schwächt. Vor allem aber wirkt die in der Krise – auch durch staatliche Investitionsbeihilfen – vorangetriebene Rationalisierung entgegen den herrschenden Ideologien als ein mächtiger Hebel zur Steigerung der Arbeitslosigkeit, in erster Linie der von der Konjunkturbewegung relativ unabhängigen, „strukturellen" Arbeitslosigkeit.

– Die Konzentration und Zentralisation des Kapitals wird vorangetrieben, zahlreiche Unternehmen werden aufgekauft, zur Fusion gezwungen oder müssen schließen. Auf diese Weise verstärkt sich noch die wirtschaftliche und politische Macht des Großkapitals, die Konkurrenz einzuschränken, Profite zu seinen Gunsten umzuverteilen, seine Interessen gegenüber dem Staat sowie gegenüber der organisierten Arbeitnehmerschaft durchzusetzen[68]).

– Überschüssiges Kapital fließt ins Ausland[69]). Damit werden die weiteren Beschäftigungsmöglichkeiten eingeschränkt. Zugleich nutzt das Kapital dabei die Konkurrenz der nationalen Arbeiterklassen aus, eignet sich den Vorteil an, daß die Verhandlungsmacht und Kampfkraft der Gewerkschaften auf der internationalen Ebene heute noch weit hinter den nationalen Einflußmöglichkeiten der Gewerkschaften zurückbleibt[70]).

– Die Tätigkeit des Staates wird durch die Krise nachhaltig beeinflußt. Die politische und ökonomische Sicherungsfunktion, die der Staat für die Stabilität des gesamten Reproduktionsprozesses und die Herrschaftsverhältnisse der kapitalistischen Gesellschaftsordnung wahrzunehmen hat, gerät einerseits in den Zusammenhang der unmittelbar ökonomischen Auswirkungen der Krise:

66a) „Eine vom amerikanischen Kongreß in Auftrag gegebene Untersuchung, die sich über 15 Jahre erstreckte, ergab: Ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit um 1 % ließ die Zahl der Selbstmorde um 4,3 % ansteigen und war die Ursache für 4,3 % aller Einweisungen von Männern in psychiatrische Anstalten. Die Erhöhung der Arbeitslosenquote um 1,4 % im Jahre 1970 hat in den USA 51 570 Todesfälle direkt verursacht, darunter mindestens 1500 Selbstmorde und 1700 Morde. „express", 1/1977, S. 2.

67) Vgl. dazu R. Kuda, Langfristige Entwicklungstendenzen von Produktion und Beschäftigung, in: „WSI-Mitteilungen", 10/1976, S. 562 ff., hier S. 566/567; U. Mergner, Veränderungstendenzen der Arbeitsbedingungen, in: Kritisches Jahrbuch '75, a.a.O., S. 142 ff.

68) Ein Ausdruck für diese auch politische Zentralisierung von Kapitalmacht stellt die Tatsache dar, daß H. M. Schleyer inzwischen zum Präsidenten der beiden führenden Unternehmerverbände (BDA und BDI) aufgestiegen ist.

69) Vgl. dazu bes. J. Huffschmid/H. Schui (Hrsg.), a.a.O., S. 116 ff.

70) Vgl. F. Deppe (Hrsg.), Arbeiterbewegung und westeuropäische Integration, a.a.O., S. 212 ff., S. 228 ff.

sinkendes Wachstum bedeutet zugleich auch, daß die materielle Basis für sozialökonomische Interventionen des Staates geschwächt wird. Darüber hinaus wirken strukturelle Bedingungen der Krise – wie z. B. der Inflationsprozeß und die wachsende Verschuldung der öffentlichen Haushalte – als zusätzliche Barriere für „antizyklische" Eingriffe des Staates. Zum anderen unterliegt die Tätigkeit des Staates in der Krise offener und unmittelbarer dem Einfluß des politischen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses der Klassen; d. h. für die BRD, daß die Regierungspolitik den Primat der Sicherung der Kapitalverwertungsbedingungen offen anerkennt und damit selbst zu einem Instrument der Abwehr alternativer Strategien der organisierten Arbeitnehmerschaft wird.

– Schließlich dürfen nicht die ideologisch-politischen Dimensionen des Zusammenhangs von Krise und Gesellschaftspolitik übersehen werden. Hier spiegelt sich insbesondere auch die geschichtliche Vermittlung des Kräfteverhältnisses der Klassen und seiner politischen Organisationsformen wider. In anderen westeuropäischen Ländern hat die Krisenerfahrung sowie die offensichtliche Unfähigkeit der regierenden Parteien, die Krise zu verhindern bzw. nach Maßgabe ihrer gesellschaftspolitischen Programmatik zu überwinden, einen Aufschwung der Klassenauseinandersetzungen, die Entwicklung des Klassenbewußtseins auf breiter Basis, sowie den wachsenden Einfluß der Gewerkschaften und der parteipolitischen Arbeiterbewegung befördert. In der BRD hingegen ist es den organisierten Repräsentanten der Kapitalinteressen gelungen, die – auch historisch bedingte – Schwäche einer klassenbewußten Arbeiterbewegung in der BRD, die strategische Verunsicherung sowohl bei der Masse der Lohnabhängigen als auch bei ihren Organisationen zu einer breit angelegten politisch-ideologischen Offensive auszunutzen. Deren Ziel besteht vor allem darin, jene Erfolge zu revidieren, die durch die gewerkschaftlichen Kämpfe in den Jahren 1969 bis 1973/74 erreicht wurden – und zugleich die programmatischen Ansätze einer demokratischen Gesellschaftsreform in die Defensive zu drängen. Diese Offensive beschränkt sich keineswegs auf die Suggestion einer Kausalität von Krise und gewerkschaftlicher Lohnpolitik. Sie schließt ebenso die Verteufelung der „abenteuerlichen Reformpolitik der Regierung Brandt/Scheel"[71]) und die Beschwörung des „Gewerkschaftsstaates" ein wie eine systematische Anheizung des Antikommunismus, dessen Funktion nicht nur darin besteht, von der – zwar nicht widerspruchsfreien, gleichwohl krisenfreien – Realität in den sozialistischen Ländern abzulenken, sondern zugleich die schwachen politischen Ansätze einer sozialistischen Alternativpolitik in der BRD zu diskreditieren bzw. zu kriminalisieren[72]). Mit dieser Offensive soll aber zugleich – im Hinblick auf eine mögliche Verschärfung der Krise und mögliche kämpferische Reaktionen von seiten der Arbeitnehmerschaft – die Strategie der „repressiven Integration", die weitere Beschränkung der demokratischen Rechte bis hin zur

71) H. Roeper, Die Konjunktur ist nicht so schlecht, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 3. 1. 1977.
72) Vgl. als exemplarische Dokumentation solcher Kriminalisierungsstrategien im Wissenschaftsbereich BdWi-Sektion Marburg, Arbeitnehmerinteresse und Sozialwissenschaft. Zur Auseinandersetzung um den Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Philipps-Universität, Köln 1977.

Ausschaltung gewerkschaftlicher Autonomie[73]) im Massenbewußtsein verankert werden.

Es wäre aber ein verhängnisvoller Fehler, würde die objektive Beeinträchtigung der gewerkschaftlichen Handlungsbedingungen durch die kapitalistische Wirtschaftskrise als eine absolute Schranke, als unaufhebbarer – gleichsam naturwüchsiger – Handlungszwang begriffen. Gewiß bilden die „Reinigungseffekte" der Krise, die den Entsolidarisierungs- und Disziplinierungsdruck auf die Arbeitnehmer einschließen[74]), ein wesentliches Element der kapitalistischen Strategie; denn: die Vernichtung von überschüssigem Kapital auf der einen, die reale Freisetzung von Arbeitskraft auf der anderen Seite, das sind eben mit die wichtigsten Funktionen, die das reinigende „Fegefeuer" der Krise für die Wiederherstellung günstiger Kapitalverwertungsbedingungen wahrnimmt – Funktionen, in denen sich zugleich der besondere gesellschaftliche Charakter dieses Prozesses, die alles beherrschende Rolle des Profits als Brennpunkt und Motor kapitalistischer Entwicklung widerspiegelt. Und doch entscheidet das Kräfteverhältnis der Klassen, das Kampfpotential, das die Arbeiterbewegung gegen solche „Reinigungseffekte" zu mobilisieren vermag, letztlich sowohl über die Durchsetzungsformen der Krise als auch – was vom Standpunkt der „politischen Bewegung" der Lohnabhängigen als der entscheidende Gesichtspunkt erscheint – über die Möglichkeit, in der Krise die ökonomische und politische Macht des Kapitals in die Defensive zu drängen und dabei die Perspektive demokratischer, gesellschaftlicher Strukturveränderungen konkret werden zu lassen. Es handelt sich also, mit anderen Worten, darum, daß nicht nur objektive Handlungsdeterminanten, sondern auch die subjektiven Handlungsdeterminanten der sozialen und politischen Bewegung der Lohnabhängigen den Verlauf, die Auswirkungen sowie die Bedingungen der Überwindung der Krise bestimmen.

Schon auf der Ebene des programmatischen und strategischen Selbstverständnisses zeigt sich jedoch ein fataler Zusammenhang zwischen Theorie und Praxis des gewerkschaftlichen Handelns[75]). Das Grundsatzprogramm von 1963 unterstellte – wie bereits erwähnt – ein Gesellschaftsbild, das zwar noch die Einsicht in den Klassencharakter und die hierdurch definierten Machtstrukturen der kapitalistischen Gesellschaft erkennen ließ, das jedoch zugleich von den Vorstellungen einer krisenfreien – durch politische Programmierung steuerbaren – „Industriegesellschaft" beherrscht war. Auch die in den nachfolgenden Jahren formulierten gesellschaftspolitischen Reformkonzepte gingen noch von der Vorstellung eines tendenziell krisenfreien wirtschaftlichen Wachstums als der materiellen Grundlage für die praktische Einlösung solcher Konzepte aus. Angesichts der Realität der Krisenerfahrung

73) Zur strategischen Konzeption der „repressiven Integration" vgl. F. Deppe, Das „soziale Modell" des H. M. Schleyer, in: „Blätter", 5/1975, S. 577 ff. Inzwischen ist von M. Bangemann für den Bundesvorstand der FDP, einer traditionell gewerkschaftsfeindlichen und kapitalorientierten Partei, der Entwurf eines „Verbändegesetzes" (vgl. Abschnitt 3 im 1. Teil dieses Aufsatzes) vorgelegt worden, in dem die Vorstellungen über die „Verstaatlichung" vor allem der Gewerkschaften, der politischen Kontrolle ihrer inneren Organisationsstruktur und der Einschränkung ihrer Kampfmöglichkeiten präzisiert werden; vgl. FAZ v. 6. 1. 1977.

74) Als exemplarische Ideologisierung solcher „Reinigungseffekte" vgl. H. Roeper, Rezession – eine derbe Lektion, FAZ v. 13. 2. 1976.

75) Wir halten daher die These, daß sich die „Verbandsideologie", das Programm, „als Diskrepanz zwischen programmatischem Anspruch und realer Praxis" konstituiert und daher eine spezifische Funktion gewinnt, für unzutreffend; vgl. J. Bergmann u. a., a.a.O., S. 150/151.

gewinnen daher die folgenden Aussagen aus dem programmatischen Dokument der IG Druck und Papier, das allerdings auch noch nicht auf den Zusammenhang von Kapitalverwertungszwängen und Krise eingeht, eine erhöhte Bedeutung: „Gewerkschaftliche Kampfpraxis und die Konfliktstrategie von Vertrauensleuten, Betriebsräten und Engagierten sind wichtige Mittel der Bewußtseinsbildung. Unverzichtbar ist jedoch die Erkenntnis, daß ohne progressive Theorie keine progressive Praxis möglich ist. Die Praxis braucht eine fortschrittliche Theorie, sonst wäre sie gewerkschaftliche Handwerkelei."[76]) Dem entspricht eine Forderung, die der Vorsitzende der Deutschen Postgewerkschaft (DPG), Ernst Breit, für die Überarbeitung des DGB-Grundsatzprogrammes formuliert hat: „Es wäre aber fatal, gäben wir uns damit zufrieden, die zurückliegende Krise, ihre Ursachen, ihre Wirkungen und Folgen auf und für die Arbeitnehmer und die Ziele ihrer Gewerkschaften als eine Art peinlichen ‚Betriebsunfall' zu erklären, den man nun, da er vorbei ist, auch schnell wieder vergessen sollte. Nein: wir müssen schonungslos nach der Rechtfertigung einer wieder offen zutage getretenen Wirtschaftsverfassung fragen, die den privaten Unternehmer und dessen (Wohl-)Verhalten als Dreh- und Angelpunkt der Wirtschaft begreift. Mit unserer Vergeßlichkeit darf nicht gerechnet werden."[77]) Die programmatische Beantwortung dieser Frage wird sich jedoch kaum auf den Nachweis des Zusammenhangs zwischen der Eigentumsverfassung der Gesellschaft und den Ursachen wie den Folgen der Krise beschränken lassen[78]). Vielmehr schließt ein solcher Nachweis als Konsequenz ein, daß weder der Verteilungskampf noch die Staatsintervention diesen Zusammenhang langfristig aufzulösen vermögen. Insofern verweist diese Erkenntnis auf Ziele und Instrumente der Gewerkschaftspolitik, wie sie schon einmal als Reaktion auf eine langanhaltende ökonomische und politische Krisenperiode des kapitalistischen Systems im „Münchener Grundsatzprogramm" des DGB (1949) festgehalten worden sind[79]).

Ein systematisches „Antikrisenprogramm" als „Anleitung zum Handeln", das die Analyse der gesellschaftlichen Ursachen der Krise mit der Bestimmung gewerkschaftlicher Kampfziele und ihren Durchsetzungsformen verbindet, hat es nicht gegeben. Die verschiedenen Vorschläge und Leitsätze zur Krisenbekämpfung, die der DGB 1974/75 verabschiedete[80]), enthielten vor allem Forderungen an die Politik der Bundesregierung. Die Gewerkschaften hatten zunächst ihre Hauptkritik gegen die restriktive Geldpolitik der Bundesbank sowie gegen die „politische Bremserrolle" der FDP in der Bundesregierung gerichtet[81]) und dabei auch die Formel von der „weltweiten Rezession", die

76) IG Druck und Papier, Rolle und Aufgaben der Gewerkschaften, a.a.O., S. 70.
77) E. Breit, Von den Erfahrungen unserer Mitglieder ausgehen, in: „Gewerkschaftliche Monatshefte" (GeMo), 7/1976, S. 407 ff., hier S. 407/408.
78) Am weitesten fällt in der bisherigen Grundsatzprogrammdebatte der Vorsitzende der IG Chemie, Papier, Keramik, Karl Hauenschild, hinter diesen Erkenntnisstand zurück. Für ihn können heute „. . . technologische Zwänge für die Arbeitnehmer mehr Gewicht haben . . . als die Frage, unter welchen Eigentumsverhältnissen produziert wird". K. Hauenschild, Weder Ersatzpartei noch Parteiersatz, in: GeMo, 8/1876, S. 498 ff., hier S. 499.
79) In diesem Sinne D. Hensche, Grundsatzprogramm und Wirtschaftsordnung, a.a.O., S. 688 ff., bes. S. 694–696.
80) Vgl. dazu W. Krüer-Buchholz, Gewerkschaften in der Defensive, in: J. Huffschmid/H. Schui (Hrsg.), a.a.O., S. 419 ff., hier S. 451 ff.
81) Vgl. z. B. E. Loderer (IGM), Industriegewerkschaften. Grundpfeiler erfolgreicher Interessenvertretung aller Arbeitnehmer. 8. Angestelltenkonferenz der IGM, Februar 1975, Protokoll, S. 27 ff., bes. S. 37 f.; in der Tendenz auch das Hauptreferat des DGB-Vorsitzenden H. O. Vetter zum 10. ordentlichen Bundeskongreß; vgl. dazu F. Deppe, Anmerkungen . . ., a.a.O.

keine analytische, sondern vorab apologetische Funktion wahrnimmt, übernommen. Bei den nachfolgenden Vorschlägen kristallisierten sich dann drei Forderungsschwerpunkte heraus: Zum einen griff die Begründung der gewerkschaftlichen Lohnpolitik immer wieder auf die – schon vor 1933 vertretene – „Kaufkrafttheorie" zurück, derzufolge die Erhöhung der effektiven Nachfrage durch Lohnsteigerungen selbst noch als ein antizyklisch wirksames Instrument der Krisenbekämpfung anzusehen ist. Neben dieser Orientierung auf die „Sicherung des sozialen Besitzstandes" und die Kaufkraftsteigerung gerieten natürlich angesichts steigender Arbeitslosenzahlen Probleme der Beschäftigungspolitik in den Mittelpunkt. Hier wurde wesentlich auf zwei Ebenen argumentiert: Erstens sollen durch eine Verkürzung der Arbeitszeit neue Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnet werden – z. B. durch die Verlängerung des Jahresurlaubs, die Herabsetzung der Altersgrenze und die Verkürzung der Wochenarbeitszeit[82]). Auch die Einführung eines 10. Pflichtschuljahrs könnte – besonders angesichts der Probleme der Jugendarbeitslosigkeit – die Arbeitslosigkeit vermindern. Zweitens soll eine staatliche Beschäftigungspolitik durch Arbeitsbeschaffungsprogramme, die mit einer gezielten Strukturpolitik, der Vergabe öffentlicher Aufträge im Bereich der Infrastrukturpolitik verbunden sind, den Abbau der Arbeitslosigkeit fördern[83]). Schließlich vertraten der DGB und die Einzelgewerkschaften ein ganzes Paket von Forderungen zur staatlichen Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik: von programmatischer Relevanz waren dabei besonders die verschiedenen Vorstellungen zur Entwicklung von Planungsinstrumenten, die die Investitionsbewegung einer Kontrolle unterwerfen, um auf diese Weise sowohl der Überproduktion als auch sektoralen Strukturkrisen sowie der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Diese Vorstellungen sind jedoch bis heute kaum über das Stadium der theoretischen Diskussion hinausgekommen[84]). Auch andere Forderungen – wie z. B. die nach Austritt aus der „Konzertierten Aktion", nach Senkung der Rüstungsausgaben oder nach der Verstaatlichung der Erdölkonzerne, die von Gewerkschaftstagen bzw. von Gruppenkonferenzen erhoben wurden[85]) – blieben vereinzelt und abgehoben gegenüber der gewerkschaftlichen Praxis.

Es soll nicht bestritten werden, daß der Kampf um die Verwirklichung solcher Forderungen ein geeignetes Mittel sein könnte, um die Strategie der Abwälzung der Krisenlasten auf die Arbeitnehmerschaft abzuwehren bzw. zu begrenzen. Gleichwohl zeichnet sich der Katalog gewerkschaftlicher Vorschläge durch einige Schwächen aus: 1. Die einzelnen Forderungen und Vorschläge wurden nicht zu einer organischen Konzeption verschmolzen, die ihrerseits auf einer klaren theoretischen Analyse der Krise beruhte. 2. Die Forderungen wurden fast ausnahmslos appellativ an die Regierung herangetragen, ohne daß die wirtschaftspolitische Orientierung der Regierungspolitik

82) So beschloß der II. Kongreß des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), London, April 1976, daß die Mitgliedergewerkschaften gemeinsam auf eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden hinwirken sollen, um Inflation und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen; vgl. EG-Kommission, „Gewerkschafts-Informationen", Brüssel, Br. 5, Mai 1976, S. 7.
83) W. Krüer-Buchholz, a.a.O., S. 453/454.
84) So zeichnen sich die Beschlüsse des 10. ordentlichen DGB-Bundeskongresses (Hamburg 1975) gerade dadurch aus, daß sie die wichtigen Probleme der praktischen gewerkschaftlichen Reaktion auf die Krise auf die Ebene der Programmdiskussion „abschoben".
85) Vgl. Gewerkschaftsbeschlüsse 1974, „Nachrichten", Sonderdruck, Januar 1975.

und ihrer Berater[86]) mit der Autonomie der gewerkschaftlichen Vertretung von Arbeitnehmerinteressen konfrontiert wurde. 3. Es gelang nicht, die gewerkschaftlichen Konzeptionen einer Antikrisenpolitik mit der Tagespraxis des gewerkschaftlichen Kampfes zu verbinden. Auch die Einsicht des DGB-Vorsitzenden H. O. Vetter, daß unter den Bedingungen des Übergreifens der Wirtschaftskrise auf die staatliche Reformpolitik die „Autonomie der Gewerkschaften" im Bereich der tarifvertraglichen Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Sicherung der Arbeitsplätze an Bedeutung gewinnt[87]), konnte in den Jahren 1975/76 nur vereinzelt in die Praxis umgesetzt werden. Oft endeten dabei betriebliche Kämpfe um die Sicherheit der Arbeitsplätze – wie in Erwitte oder Kallford, die von einer breiten Welle der Solidarität getragen waren – mit Niederlagen oder mit der Verlagerung des Konfliktes auf die Ebene der arbeitsrechtlichen Auseinandersetzung, auf der sich in der Regel die arbeitnehmer- und gewerkschaftsfeindliche Grundhaltung der Arbeitsrechtsprechung in der BRD durchsetzt[88]).

Der Hinweis auf die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Kampfes hat – wie schon die Analyse der veränderten, objektiven Handlungsbedingungen gezeigt hat – nichts mit einem bloß moralischen Appell gemein. Er entspringt vielmehr einer außerordentlich nüchternen Betrachtung jener Auswirkungen, die notwendig aus dem Verzicht auf die Mobilisierung gewerkschaftlicher Gegenmacht hervorgehen. Programmatische Konzeptionslosigkeit, resignative Anpassung oder auch die Vertröstung auf die Krisenüberwindung in der Zukunft führen unausweichlich zur Verschärfung der Krisenlasten für die Lohnabhängigen, zu einer Schwächung der gewerkschaftlichen Position, die von ihren sozialen und politischen Gegnern dazu ausgenutzt wird, den Rahmen ihrer Forderungen ständig auszudehnen. Der Nachweis der Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Kampfes gegen die Strategie der Krisenabwälzung auf die Arbeitnehmerschaft schließt jedoch zugleich als Konsequenz ein, daß der politische Charakter dieser Kämpfe um die unmittelbaren Interessen der Lohnabhängigen offener zutage tritt als in Perioden der Hochkonjunktur. Mit anderen Worten: Die Konfrontation der sozialökonomischen Kräfte und Interessen in der Krise wird dazu führen, daß Fragen nach den grundlegenden Macht- und Herrschaftsstrukturen dieser Gesellschaft in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung geraten. Die Krisenerfahrung zeigt sehr deutlich, daß der Kampf um die unmittelbaren Tagesinteressen mit dem Kampf um die politische Durchsetzung jener Strukturreformen verbunden werden muß, die in

86) Vgl. dazu z. B. J. Priewe, Die beschäftigungstheoretische und -politische Konzeption des Sachverständigenrates in seinem Jahresgutachten 1975/76, in: „WSI-Mitteilungen", 9/1976, S. 511 ff.; H. Schui, Opfer für die Stabilität, in: J. Huffschmid/H. Schui (Hrsg.), a.a.O., S. 347 ff.; A. Sörgel, Stabilisierung der Gewinne, in: ebd., S. 376 ff.

87) „Auf solche Möglichkeiten zu autonomer Aktion müssen wir uns in der Zukunft stärker besinnen, denn dort, wo wir an die elementaren Lebensinteressen unserer Mitglieder anknüpfen, haben wir reale Durchsetzungsmöglichkeiten. Die Vereinbarung eines besseren Kündigungsschutzes für ältere Arbeitnehmer, die verschiedenen Ansätze für einen Bildungsurlaub, der Versuch, die untersten Lohngruppen bei Frauen abzuschaffen, oder die Vereinbarungen der Mitbestimmung in öffentlichen Unternehmen sind weitere Beispiele für die Verbindung tarifvertraglicher Aktionen mit gesellschaftspolitischen Zielsetzungen . . . Solche Wege müssen wir weiter beschreiten." H. O. Vetter, Gewerkschaftspolitik in schwieriger Zeit, in: GeMo, 4/1975, S. 210 ff., hier S. 207.

88) Vgl. dazu W. Krüer-Buchholz, a.a.O., S. 440. Zur Entwicklung der betrieblichen Auseinandersetzungen, die zugleich als ein Indikator für die Kampfbereitschaft gewertet werden können; vgl. Kämpfe gegen die Abwälzung der Krisenlasten, Statistik, in: „Marxistische Blätter", 1/1976, S. 111 ff.; K. Pickshaus, Kämpfe gegen die Abwälzung der Krisenlasten 1975/76, in: ebd., 3/1976, S. 44 ff.

der gewerkschaftlichen Strategiedebatte der vergangenen Jahre formuliert und als Reformen zur Einschränkung kapitalistischer Machtpositionen in Wirtschaft und Gesellschaft begründet worden sind. Gerade in der Krise, in der die Unfähigkeit des Systems zur umfassenden Existenzsicherung und Bedürfnisbefriedigung der Lohnabhängigen sichtbar und erfahrbar wird, entwickeln sich Bedingungen dafür, daß die Notwendigkeit gesellschaftlicher Strukturreformen subjektiv vermittelt und im Bewußtsein der Arbeitnehmer verankert werden kann. Diese Bewußtseinsentwicklung wird sich freilich nicht spontan vollziehen. Die oft beschworene „Unterentwicklung" des gesellschaftlichen Bewußtseins der Lohnabhängigen hat daher, sofern sie den Verzicht auf den Einsatz gewerkschaftlicher Kampfmittel begründen soll, vorwiegend apologetische Funktion. Die Politik der Organisation der Arbeiterbewegung, ihre Strategie und deren Vermittlung in der Organisationspraxis, sind selbst wesentliche Voraussetzungen für die Entwicklung des politischen und gesellschaftlichen Bewußtseins und der Kampfbereitschaft. Insofern besteht immer eine enge Wechselbeziehung zwischen dem Reifegrad der Entwicklung des Klassenbewußtseins und der Kampfbereitschaft auf der einen und der Tradition und der Politik der Arbeiterbewegung eines Landes auf der anderen Seite[89]). Der Verzicht auf die Entwicklung einer autonomen Kampfstrategie gegen die kapitalistische Krise schließt daher stets auch die Fortschreibung eines gering entwickelten Klassenbewußtseins der Lohnabhängigen ein und beinhaltet für die Perspektive der Gewerkschaftspolitik schon im Keim das Scheitern jener Strukturreformen, durch die die gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnisse verändert werden sollen[90]).

Die Geschichte – namentlich die Geschichte der Arbeiterbewegung – kann niemals ein Lehrbuch sein, das exakte Handlungsanweisungen für die Gegenwart vermittelt. Das hat nicht nur darin seinen Grund, daß die Historiker selbst noch ihren „Standpunkt" in die Analyse einbringen und daher letztlich die je konkrete Pluralität der gesellschaftlichen und politischen Interessen in der nachträglichen Betrachtung der Geschichtsschreibung reproduziert wird. Vielmehr verbietet es auch die Spezifik einer jeden Entwicklungsphase der Geschichte, zurückliegende Erfahrungen ungebrochen in die Gegenwart zu übertragen. Und doch vermittelt das Studium von historischen „Brennpunkten" in der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft, der Klassenkämpfe und der Arbeiterbewegung immer auch Erkenntnisse und Erfahrungen, die für das Verständnis aktueller Probleme unabdingbar sind. So liegt es nahe, daß gerade heute z. T. noch zaghafte[91]) erste Schritte unternommen werden, um auch in der gewerkschaftlichen Diskussion die Erfahrungen der Jahre 1929 bis 1933, also der Zeit der Weltwirtschaftskrise und der schweren Nie-

89) In diesem Zusammenhang betrachtet muß daher die Verunsicherung der Lohnabhängigen in der BRD, die durch die Krise noch verstärkt wurde, auch als ein Resultat der geringen Kampferfahrung der DGB-Gewerkschaften in den vergangenen 25 Jahren gewertet werden. Noch stärker hat freilich die Illegalisierung der Kommunistischen Partei und der Transformationsprozeß der SPD in den 50er Jahren bewirkt, daß die klassenbewußten Kräfte in der Arbeiterbewegung fast vollständig von den Massen der Arbeitnehmerschaft isoliert wurden; vgl. dazu W. Abendroth, Ein Leben in der Arbeiterbewegung, Frankfurt/M. 1976, S. 224 ff.

90) Die Entwicklung der Auseinandersetzungen um die qualifizierte Mitbestimmung bis zur Verabschiedung des Gesetzes im Juni 1976, das die Forderungen des DGB in entscheidenden Punkten negiert, könnte daher als ein Modell für das Wirken dieses Mechanismus herangezogen werden.

91) H. Heer (Burgfrieden oder Klassenkampf, Neuwied und Berlin [West] 1970, S. 108) machte darauf aufmerksam, daß eine „Darstellung der Geschichte der freien Gewerkschaften in der Zeit von 1930 bis 1933 . . . von gewerkschaftlicher Seite . . . bis heute nicht vor(liegt)."

derlage der deutschen Arbeiterbewegung gegenüber dem Faschismus, aufzuarbeiten. Dabei gibt es in der Tat einige bemerkenswerte Parallelen zur heutigen Situation: die Erfahrung der Krise, die Strategie der Unternehmerverbände, die Brüning'sche „Sparpolitik" und schließlich die Diskrepanz zwischen den gewerkschaftlichen Programmvorstellungen und der praktischen Anstrengung zu ihrer Durchsetzung. Schließlich hat der Sieg des Faschismus, der die kampflose Kapitulation der Gewerkschaften und ihre Liquidierung einschloß[92]), den Gewerkschaften bis heute die Aufgabe gestellt, aus der Analyse der Versäumnisse und Fehler der damaligen Politik die Einsicht zu gewinnen, daß der entschlossene Kampf gegen alle Formen reaktionärer und faschistischer Herrschaft einen wesentlichen Bestandteil des gewerkschaftlichen Aufgabenkataloges bildet[93]). Dabei stimmen die Historiker weitgehend mit der These vom „Versagen der Gewerkschaftsführung bei der nationalsozialistischen Machtergreifung"[94]) überein. Die Bedingungen wie das Ausmaß dieses „Versagens" werden freilich höchst unterschiedlich interpretiert. Neben dem Insistieren auf der Kritik der reformistischen Politik der „Klassenkollaboration", die unvermeidlich zu Anpassung und Kapitulation geführt habe[95]), steht auf der anderen Seite die These, daß das unterstellte „Abwarten aus Entschlußlosigkeit" . . . „in Wirklichkeit eine durchdachte Strategie hinhaltenden Widerstandes (war), die sich nüchtern an den tatsächlichen Machtverhältnissen orientierte".[96])

Die Wirtschaftskrise nach 1929 hatte katastrophale Folgen für die sozialökonomische Situation der Arbeiterklasse. Die Zahl der – offiziell gemeldeten – Arbeitslosen stieg von knapp 2 Mio. (1929) auf 6,13 Mio. im Februar 1932 – das entsprach einem Anstieg der Arbeitslosenquote von 14,6 auf 44,4 %[97]). Damit ging eine außerordentliche Senkung des Lohnniveaus einher, denn der Index der durchschnittlichen Bruttolöhne in Industrie und Landwirtschaft (1900=100) sank zwischen 1929 (210) und 1932 (175) um 35 Prozentpunkte[98]). Die Reallöhne lagen damit weit unter dem Existenzminimum. Ein Ausdruck der geringer werdenen gewerkschaftlichen Kraft war zunächst die rückläufige Mitgliederzahl der Verbände[99]). Darüber hinaus weist aber die Streik-

92) Vgl. dazu bes. H. G. Schumann, Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung, Hannover/Frankfurt/M. 1958; G. Beier, Das Lehrstück vom 1. und 2. Mai 1933, Frankfurt/M./Köln 1975; Ders., Einheitsgewerkschaft, a.a.O.

93) In diesem Sinne beendete der 1. DGB-Vorsitzende, Hans Böckler, sein Grundsatzreferat vor dem Gründungskongreß des DGB (München 1949) mit dem folgenden Satz: „Ein zweites 1933 darf und wird es nie mehr geben. Darin sind sich die gewerkschaftlich organisierten Männer, Frauen und Jugendlichen einig" (Protokoll, S. 205).

94) H. Limmer, Die deutsche Gewerkschaftsbewegung, München/Wien 1971[4], S. 67. „Es soll nicht verschwiegen werden, daß diese Überlegungen (die Legalität der Organisation zu erhalten) zu verantwortungs- und würdeloser Anbiederung an die zynischen national‚sozialistischen' Sieger in der ‚Gewerkschaftszeitung' vom 29. 4. 1933 geführt haben, und daß einige Gewerkschaftsführer die widerliche Maskerade, in die der internationale Tag der Arbeit am 1. Mai 1933 umgefälscht wurde, als Statisten unterstützten." W. Abendroth, Die deutschen Gewerkschaften, Heidelberg 1954, S. 34.

95) So in der Gesamttendenz H. Heer, a.a.O.; K. Fugger, Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Berlin 1949, S. 179 ff.

96) H. Skrypczak, Krise – Taktik – Strategie. Gewerkschaftspolitische Lehren der Weimarer Endphase, in: GeMo, 7/1975, S. 399 ff., hier S. 403; vgl. auch: Ders., Zur Strategie der freien Gewerkschaften in der Weimarer Republik, in: H. O. Vetter (Hrsg.), Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung. Zum 100. Geburtstag von H. Böckler, Köln 1975, S. 201 ff.

97) Vgl. J. Kuczynski, Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1917/18 bis 1932/33. Berlin (DDR) 1966, S. 197; G. Fülberth/J. Harrer, Die deutsche Sozialdemokratie 1890–1933, Darmstadt und Neuwied 1974, S. 220 ff.

98) Vgl. J. Kuczynski, a.a.O., S. 209.

99) Vgl. die statistischen Angaben bei W. Hirsch-Weber, Gewerkschaften in der Politik, Köln und Opladen 1959, S. 146/147; J. Kuczynski, a.a.O., S. 243.

statistik das Schwinden gewerkschaftlicher Kampfkraft aus: streikten zwischen 1924 und 1929 jahresdurchschnittlich noch 700 000 Lohnabhängige, so waren es zwischen 1930 und 1932 nur noch 200 000 im Jahresdurchschnitt[100]). Auf der Ebene des politischen Einflusses, wie er sich in den Ergebnissen der Reichstagswahlen dokumentierte, ging der Stimmenanteil der Arbeiterparteien SPD und KPD nur geringfügig zurück – von 40,3 % (1928) auf 37,3 % (November 1932). Allerdings verlor die SPD zugunsten der KPD an Gewicht; ihr Anteil sank von 29,8 % auf 20,4 %, während sich der Stimmenanteil der KPD von 10,6 % auf 16,8 % erhöhte[101]).

Die Strategien des Kapitals zur Überwindung der Krise zielten darauf ab, die Schwächung der Position der Arbeiterbewegung – die durch die politische Spaltung, die offene Konfrontation von SPD und KPD und durch das Aufkommen der gegen die Arbeiterbewegung gerichteten faschistischen Massenbewegung noch verstärkt wurde – ökonomisch und politisch voll auszunutzen. Im Mittelpunkt stand dabei – wie schon Ende 1929 in einer Denkschrift des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (RDI) formuliert wurde – die Forderung nach der Verbesserung der Profitsituation des Kapitals: „Ausgangspunkt für alle Maßnahmen der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik ist unter den für die deutsche Wirtschaft gegebenen Umständen die Förderung der Kapitalbildung. Sie ist die Voraussetzung für die Steigerung der Produktion und liegt daher im Interesse aller Schichten des deutschen Volkes. . . Um größtmögliche Wirtschaftlichkeit zu erzielen, neue Arbeitsplätze zu schaffen und den Lebensbedarf der breiten Massen zu befriedigen, muß vor allem die Kapitalbildung gefördert werden."[102]) Um diese Grundorientierung – nach der die Verbesserung der Gewinnsituation die Investitionen belebt und so neue Arbeitsplätze geschaffen werden – in die Praxis umzusetzen, reichte die bloße Reduzierung des Lohnniveaus, wie sie durch den Druck der Massenarbeitslosigkeit erreicht wurde, nicht aus. Denn: es geht dem Kapital in einer Krisensituation, in der die Arbeiterbewegung geschwächt ist, niemals nur um begrenzt ökonomische Interessen – das Kapital als Ausbeutungs– und gesellschaftliches Herrschaftsverhältnis trachtet stets danach, seine gesellschaftlichen und politischen Herrschaftspositionen zu festigen und auszubauen. Insofern wurde die Forderung nach „Förderung der Kapitalbildung" ergänzt durch das Bestreben, auf der einen Seite die letzten sozialen Errungenschaften der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik zu beseitigen und auf der anderen Seite sowohl die Bedingungen für die Expansion des deutschen Kapitals auf dem Weltmarkt als auch für eine „günstige" Lösung der „Reparationsfrage" zu schaffen.

So wurde schon Ende 1929 in der Zeitung „Arbeitgeber" die staatliche Sozialpolitik angegriffen: „Die Sozialpolitik ist ein notwendiges Korrelat der kapitalistischen Wirtschaft; sie ist aber keine Vorstufe zu einer sozialistischen Wirtschaft. Deshalb hat sie ihre Grenzen. Und diese sind da gegeben, wo die Bindungen so stark werden, daß sie den Kapitalismus in seiner Entfaltung hemmen. Das kann einmal auf dem Gebiet der Arbeit der Fall sein, wo die Ge-

100) J. Kuczynski, a.a.O., S. 245.
101) Vgl. J. Milatz, Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik, Bonn 1965, S. 151.
102) RDI, Aufstieg oder Niedergang. Dezember 1929, zit. nach F. David, Der Bankrott des Reformismus, Berlin 1932 (Reprint 1970), S. 163.

fahr besteht, daß sozialpolitische Maßnahmen statt die Arbeitskraft zu erhalten, die Arbeitsintensität herabsetzen, den Arbeitswillen lähmen. Zweitens kann die Sozialpolitik die Kapitalbildung hemmen, was der Ruin jeder Wirtschaft wäre."[103]) Diese Forderungen nach der Beseitigung sozialer Rechte der Lohnabhängigen sowie nach einer drastischen Beschränkung der Staatsausgaben im Bereich der Sozialpolitik wurden freilich schon mit einer massiven ideologischen Propagandawelle verbunden, die nach Form und Inhalt die von der CDU/CSU im vergangenen Bundestagswahlkampf vertretene Losung „Freiheit oder/statt Sozialismus" vorwegnimmt. In der „Deutschen Bergwerkszeitung" vom 28. August 1930 heißt es in diesem Sinne: „Hier Privateigentum, dort offene oder verschleierte Besitzfeindlichkeit, hier freie Wirtschaft, dort Staatssozialismus, hier persönliche Freiheit und Selbstverantwortung, dort Versorgungsstaat, hier Anerkennung von Rente und Kapital, dort Gleichmacherei von Einkommen und Vermögen. Das ist in Wahrheit die Grenzlinie zwischen rechts und links. Klare Entscheidung muß hier verlangt, jedes Ausweichen bekämpft und verhindert werden."[104]) Diese „klare Entscheidung" fiel dann, nachdem es nicht gelungen war, mit Hilfe der Präsidialkabinette den Einfluß der Arbeiterbewegung völlig auszuschalten, zugunsten der Machtübertragung an die Faschisten, zugunsten der Liquidierung des parlamentarisch-demokratischen Systems und zugunsten der terroristischen Liquidierung der gesamten Arbeiterbewegung.

Die letzte parlamentarische Regierung der Weimarer Republik, das Kabinett des sozialdemokratischen Kanzlers Hermann Müller, fiel Anfang 1930 dem Druck der Unternehmerverbände und ihrer politischen Parteien auf die Arbeitslosenversicherung zum Opfer. Danach wurde bis 1932 Heinrich Brüning als Kanzler eingesetzt. Er regierte wesentlich mit dem Notverordnungsartikel 48 der Weimarer Verfassung, konnte dabei allerdings auf die „Tolerierung" seiner Politik durch SPD und ADGB zählen. Diese Politik folgte im Prinzip den Forderungen des RDI, obwohl vereinzelte Maßnahmen den Anschein des Entgegenkommens der Regierung gegenüber der sozialdemokratischen Tolerierungspolitik erwecken sollten. Die Deflationspolitik zielte bewußt darauf ab, die Staatseinnahmen zu verringern sowie die Preise, in erster Linie aber die Löhne zu senken. Die sogenannte „Parallelpolitik" sollte darüber hinaus die öffentlichen Haushalte trotz sinkender Einnahmen im Gleichgewicht halten. Zu diesem Zwecke wurden u. a. Zölle und Steuern erhöht, freilich in erster Linie die Massenkonsumsteuern und die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung. Weiterhin sollte aber durch die staatliche Politik „Sanierung" betrieben werden – und zwar nicht nur durch die „Entlastung der Wirtschaft von Steuerdruck", sondern durch massive Subventionen sowie durch den unmittelbaren Eingriff in den ökonomischen Prozeß zugunsten einzelner Kapitale und der ostelbischen Großagrarier[105]). Diese Politik, die dazu noch von der Zielsetzung der „Lösung der Reparationsfrage" im Interesse des deutschen Kapitals durchdrungen war, entsprach also voll und ganz der Interessenlage des Groß-

103) Zit. n. W. Treue, Der deutsche Unternehmer in der Weltwirtschaftskrise 1929–1933, in: Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reiches 1929–1933. Mit Beiträgen von H. Raupach u. a., Stuttgart 1967, S. 82 ff., hier S. 98/99.
104) Zit. nach ebd., S. 110.
105) Das gilt besonders für die staatlichen Eingriffe während der „Bankenkrise" im Juli 1931; vgl. K. Gossweiler, Großbanken, Industriemonopole, Staat, Berlin (DDR) 1971, S. 372 ff.

Pahl-Rugenstein Verlag

5 Köln 51 · Vorgebirgstraße 115 · Telefon 362501

Modernes Antiquariat

Bücher zu stark herabgesetzten Preisen

Abonnenten der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" können die nachfolgend aufgeführten Buchpakete zu äußerst günstigen Bedingungen beziehen. Bestellen Sie bitte das (die) gewünschte(n) Buchpaket(e) durch Vorüberweisung mittels anhängender Zahlkarte. Bitte vermerken Sie auf der Rückseite des Zahlkarten-Empfängerabschnitts **unbedingt** die **Paket-Nummer.**

Die Lieferung der Bücher erfolgt **porto- und verpackungsfrei.**

Paket 1
Politik · Sozialwissenschaften
Antiquariatspreis DM 50,–
Früherer Gesamtpreis DM 150,–

Deppe/Kievenheim/Leisewitz u. a., Soziale Stellung und Bewußtsein der Intelligenz

Opitz, Der deutsche Sozialliberalismus 1917–1933

Castro, Kampf und Tod Salvador Allendes

Engelhardt/Heise, Der militärisch-industrielle Komplex im heutigen Imperialismus

Matthiessen, Von der Entspannung zur Abrüstung

Casanova/Metzger/Prévost, Intellektuelle und Klassenkämpfe

Matthiessen, Kritik der philosophischen Grundlagen und der gesellschaftspolitischen Entwicklung des Maoismus

Portugal – Bildband (25. April bis 1. Mai 1974)

Autorenkollektiv, Die BRD, Israel und die Palästinenser

Elsner, Die EWG – Herausforderung und Antwort der Gewerkschaften

Granow u. a., Die gegenwärtige Sozialdemokratie. Neue sowjetische Analysen

Autorenkollektiv, Medizin und gesellschaftlicher Fortschritt

Hahn, Theoretische Probleme der marxistischen Soziologie

Postscheckkonto Nr. des Absenders

Empfängerabschnitt

DM | Pf

für Postscheckkonto Nr.
2809 90-503

Absender (mit Postleitzahl) der Zahlkarte bzw. Postüberweisung

---

Zahlkarte/Postüberweisung

DM | Pf

(DM-Betrag in Buchstaben wiederholen)

für **Pahl-Rugenstein Verlag**

in **5 Köln 51**

Ausstellungsdatum

Unterschrift

Postvermerk

PSchA — Postscheckkonto Nr. des Absenders

Absender der Zahlkarte

Die **stark umrandeten Felder** sind nur auszufüllen, wenn ein **Postscheckkonteninhaber** das Formblatt als **Postüberweisung** verwendet (Erläuterung s. Rückseite)

Postscheckteilnehmer

DM | Pf | für Postscheckkonto Nr. **2809 90-503**

Für Vermerke des Absenders

Postscheckkonto Nr. des Absenders

Einlieferungsschein/Lastschriftzettel

DM | Pf

für Postscheckkonto Nr. **2809 90-503** Postscheckamt **Köln**

Pahl-Rugenstein Verlag

in **5 Köln 51** Vorgebirgstraße 115

Postvermerk

Bitte Eintragungen „Für Mitteilungen an den Empfänger" nicht vergessen. Nach Eingang des Kaufbetrages liefern wir die bestellten Titel umgehend porto- und verpackungsfrei.

Paket 2

Soziologie · Philosophie

Antiquariatspreis DM 58,–

Früherer Gesamtpreis DM 171,40

Hahn, Theoretische Probleme der marxistischen Soziologie

Oppolzer, Entfremdung und Industriearbeit. Die Kategorie der Entfremdung bei Karl Marx

Casanova/Metzger/Prévost, Intellektuelle und Klassenkämpfe

Deppe/Kievenheim/Leisewitz u. a., Soziale Stellung und Bewußtsein der Intelligenz

Portugal – Bildband (25. April bis 1. Mai 1974)

Semjenow, Kapitalismus und Klassen

Engelhardt/Heise, Der militärisch-industrielle Komplex im heutigen Imperialismus

Hörz, Marxistische Philosophie und Naturwissenschaft

Tuchscheerer, Bevor „Das Kapital" entstand. Entwicklungsgeschichte der ökonomischen Theorie von Karl Marx

Kuczynski, Wissenschaft und Gesellschaft

Paket 3

Pädagogik · Bildung

Antiquariatspreis DM 48,–

Früherer Gesamtpreis DM 139,60

Suchodolski, Einführung in die marxistische Erziehungstheorie

Petrowski, Allgemeine Psychologie

Hofmann, Allgemeinbildung

Kienitz (Hrsg.), Einheitlichkeit und Differenzierung im Bildungswesen

Lunatscharski, Über die Volksbildung

Neuner, Zur Theorie der sozialistischen Allgemeinbildung

Portugal – Bildband (25. April bis 1. Mai 1974)

Lompscher (Hrsg.), Sowjetische Beiträge zur Lerntheorie. Die Schule P. J. Galperins

Meier, Soziologie des sozialistischen Bildungswesens

Einlieferungsschein/Lastschriftzettel
(nicht zu Mitteilungen an den Empfänger benutzen)

Gebühr für die Zahlkarte: 1,– DM
(wird bei der Einlieferung bar erhoben)

Bei Verwendung als Postüberweisung gebührenfrei

Bedienen Sie sich der Vorteile eines eigenen Postscheckkontos
Auskunft hierüber erteilt jedes Postamt

Feld für postdienstliche Zwecke

Hinweis für Postscheckkontoinhaber:

Dieses Formblatt können Sie auch als Postüberweisung benutzen, wenn Sie die stark umrandeten Felder zusätzlich ausfüllen. Die Wiederholung des Betrages in Buchstaben ist dann nicht erforderlich. Ihren Absender (mit Postleitzahl) brauchen Sie nur auf dem linken Abschnitt anzugeben.

1. Abkürzung für den Namen Ihres Postscheckamts (PSchA) siehe unten
2. Im Feld „Postscheckteilnehmer" genügt Ihre Namensangabe
3. Die Unterschrift muß mit der beim Postscheckamt hinterlegten Unterschriftsprobe übereinstimmen
4. Bei Einsendung an das Postscheckamt bitte den Lastschriftzettel nach hinten umschlagen

Abkürzungen für die Ortsnamen der PSchA:

Bln W = Berlin West	Kln = Köln		
Dtmd = Dortmund	Lshfn = Ludwigshafen am Rhein		
Esn = Essen	Mchn = München		
Ffm = Frankfurt am Main	Nbg = Nürnberg		
Hmb = Hamburg	Sbr = Saarbrücken		
Han = Hannover	Stgt = Stuttgart		
Klrh = Karlsruhe			

Für Mitteilungen an den Empfänger			
Bestell-Nr.	Anzahl	Preis	
Paket 1 50,–			
Paket 2 58,–			
Paket 3 48,–			
B Kaufbetrag			

kapitals und dessen „antietatistischer Position"[106]), wobei freilich dieser „Antietatismus" stets dort aufgegeben wurde, wo der Eingriff des Staates zur Verbesserung der Profitsituation des Gesamtkapitals sowie zur Errettung besonders krisenbedrohter Einzelkapitale gefordert wurde[107]).

Unter dem massiven Druck der sozialökonomischen Auswirkungen der Krise, der Strategie von Regierung und Kapitalverbänden und der schnell anwachsenden faschistischen Massenbewegungen mußten die Gewerkschaften erkennen, „daß in Zeiten politischer und ökonomischer Krisen über den Anteil der Arbeitnehmer am Sozialprodukt und das Geschick sozialpolitischer Maßnahmen auf dem Felde der Wirtschafts- und Konjunkturpolitik mit den Mitteln der politischen Macht und der Herrschaftsverhältnisse über den Produktionsapparat entschieden wird."[108]) Dabei war der ADGB auf einen solchen Lernprozeß nur unzureichend vorbereitet. Die Gewerkschaftspresse sträubte sich zunächst – wohl auch, um die sozialdemokratisch geführte Reichsregierung nicht zu diskreditieren – gegen die Anerkennung der Tatsache, daß die Wirtschaft von einer schweren Krise betroffen war[109]). Der tiefere Grund für diese Zurückhaltung ist jedoch darin zu sehen, daß der ADGB mit der Verabschiedung des Programms der „Wirtschaftsdemokratie" (Hamburg 1928) die – vor allem von Rudolf Hilferding ausgearbeitete – Gesellschaftskonzeption vom „organisierten Kapitalismus" akzeptiert hatte[110]). Diese Theorie beruhte jedoch ihrerseits auf der – durch die Weltwirtschaftskrise gründlich korrigierten – Illusion von der tendenziellen Krisenfreiheit des modernen Kapitalismus. Hinzu kam, daß die Gewerkschaften noch ganz unter dem Eindruck des „Rationalisierungsrausches" der 20er Jahre standen[111]). Noch 1928 hatte der Holzarbeiterführer Fritz Tarnow in seiner Schrift „Warum arm sein?" die Auffassung propagiert, daß durch die „Verbrauchssteigerung", die natürlich Lohnerhöhungen zur Voraussetzung hat, der Segen der Rationalisierung und Produktivkraftsteigerung auch für die Arbeiterschaft nutzbar gemacht werden kann[112]).

Als dann angesichts der Krisenauswirkungen eine gewerkschaftliche Antwort unvermeidlich geworden war, konzentrierten sich die Forderungen des ADGB zur Überwindung der Krise wesentlich auf zwei Bereiche: zum einen auf die Verteidigung der „sozialpolitischen Errungenschaften" der Weimarer Republik, vor allem des Gesetzes zur Arbeitsvermittlung und Arbeitslosen-

106) Vgl. D. Petzina, Hauptprobleme der deutschen Wirtschaftspolitik 1932/33, in: „Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte", 15. Jg., 1967, S. 18 ff., hier S. 30.
107) Die gängige These, daß die Brüningsche Politik an dem Nicht-Wissen über die Möglichkeit einer aktiven, antizyklischen Konjunkturpolitik gescheitert sei (so z. B. H. Sanmann, Daten und Alternativen der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Ära Brüning, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 10. Jg., 1965, S. 109 ff.; W. Fischer, Deutsche Wirtschaftspolitik 1918–1945, Opladen 1968³, S. 39 ff.; G. Kroll, Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur [Berlin 1958]) verschleiert daher diese Funktionalisierung der Brüningschen Politik für die ökonomischen und politischen Interessen des Großkapitals.
108) W. Abendroth, Die deutschen Gewerkschaften, a.a.O., S. 32.
109) So wird erst seit Anfang 1930 der „Konjunkturoptimismus" in der Gewerkschaftspresse aufgegeben; vgl. U. Hüllbusch, Die deutschen Gewerkschaften in der Weltwirtschaftskrise, in: Die Staats- und Wirtschaftskrise . . ., a.a.O., S. 126 ff., hier S. 135 und S. 142.
110) Vgl. dazu als neuere Veröffentlichung H. A. Winkler (Hrsg.), Organisierter Kapitalismus, Göttingen 1974.
111) Vgl. dazu die gerade erschienene, vorzügliche Studie von P. Hinrichs/L. Peter, Industrieller Friede? Arbeitswissenschaft, Rationalisierung und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, Köln 1976, bes. S. 25 ff.
112) Vg. F. Tarnow, Warum arm sein? Berlin 1928; zur Kritik an der Wirtschaftsdemokratie-Konzeption und an der „Kaufkrafttheorie" von Tarnow vgl. auch A. Enderle u. a., Das rote Gewerkschaftsbuch, Berlin (1932), S. 16 ff. und S. 24 ff.

versicherung – das 1927 verabschiedet worden war und das von den Gewerkschaften als ein bedeutender Erfolg angesehen wurde –, zum anderen auf Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Leitlinie der gewerkschaftlichen Argumentation blieb dabei zunächst die „Kaufkrafttheorie", wie sie schon Fritz Tarnow im Hinblick auf die Wirkungen der Rationalisierung formuliert hatte[113]). Demnach sollte sowohl die „Sicherung des sozialen Besitzstandes" als auch die Verkürzung der Arbeitszeit nicht nur die Arbeitslosigkeit vermindern, sondern zugleich durch die Steigerung der Binnennachfrage den Weg aus der Krise weisen. Diese Theorie appelliert jedoch letztlich an eine in der Realität nicht existierende Logik eines kapitalistischen Selbsterhaltungsinteresses. Sie übersieht, daß das Verhalten der Unternehmer durch die Profitsituation ihres Unternehmens bestimmt wird und daß daher jedes Kapital bestrebt ist, die Krise durch die Verminderung (und nicht durch die Erhöhung) der „Kosten", vor allem der Lohnkosten zu überwinden – auch deshalb, um den Einfluß der Arbeiterklasse und der Arbeiterbewegung politisch zu schwächen. Auch der Appell an den Staat, solche Forderungen „im Interesse der Allgemeinheit" per Gesetz durchzuführen, setzt die Fähigkeit und den Willen der Regierung voraus, den hartnäckigen Widerstand des Kapitals gegen eine solche Politik zu brechen, setzt – mit anderen Worten – eine parlamentarische Mehrheit für eine „Arbeiterregierung" voraus. Mit dem Einsatz des Kabinetts Brüning hatte sich jedoch gerade die Linie der politischen Unterstützung der „Förderung der Kapitalbildung" durch die Verminderung der Staatsausgaben wie durch die Senkung der Lohneinkommen durchgesetzt. Da der ADGB mit der SPD-Mehrheit aber auf die Position der „Tolerierung" Brünings übergegangen war, mußte sich die auf die Kaufkrafttheorie gestützte Konzeption der Krisenüberwindung mit staatlicher Hilfe als vollends illusorisch erweisen.

Seit 1930 standen die Forderungen des ADGB vor allem im Zeichen der Losung „Für Arbeitsbeschaffung". Während zunächst noch daran gedacht wurde, solche staatlichen Maßnahmen mit ausländischem Kapital zu finanzieren, konzentrierte sich das „Aktionsprogramm für die Belebung der Wirtschaft" (März 1931) ganz auf innere monetäre Maßnahmen (Preissteigerung, Senkung der Golddeckungsreserven, Kreditverbilligung)[114]). Dem „Krisenkongreß" des ADGB (April 1932) lag dann das um die Jahreswende 1932/33 von W. Woytinski, F. Tarnow und F. Baade verfaßte Arbeitsbeschaffungsprogramm – der nach den Autoren so benannte WTB-Plan – vor. Wiederum wurde die Regierung durch Resolutionen aufgefordert, durch Staatsaufträge öffentliche Arbeiten zu finanzieren. „Die zur Durchführung dieser Arbeiten erforderlichen Geldmittel sollten durch Zusammenfassung der frei werdenden Arbeitslosenunterstützung, der Steuern der Wiederbeschäftigten, der Mehreinnahmen aus Verbrauchssteuern und letztlich durch die Auflage einer Arbeitsbeschaffungsanleihe . . . aufgebracht werden."[115]) Schließlich wurden

113) Vgl. dazu M. Schneider, „Arbeitsbeschaffung" und „Umbau der Wirtschaft". Probleme der gewerkschaftlichen Programmatik in den letzten Jahren der Weimarer Republik, in: GeMo, 11/1976, S. 665 ff.; ausführlicher Ders., Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB. Zur gewerkschaftlichen Politik in der Endphase der Weimarer Republik, Bonn-Bad Godesberg 1975.
114) Vgl. Ders., „Arbeitsbeschaffung" . . ., a.a.O., S. 670.
115) Ebd., S. 672.

diese Forderungen noch im April/Mai 1932 durch die „Richtlinien" des ADGB „zum Umbau der Wirtschaft" ergänzt, in denen weitreichende gesellschaftsverändernde Maßnahmen vorgeschlagen wurden – so u. a. die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, der Energie- und Verkehrswirtschaft sowie der Banken und die Einrichtung eines Kartell- und Monopolamtes[116]).

Dennoch hielt sich der Gang der Geschichte nicht an die abstrakte Logik der vom ADGB in die Öffentlichkeit getragenen Forderungen und Sanierungsprogramme. Das Dilemma dieser Politik wird zwar auf der ideologisch-programmatischen Ebene mit dem Hinweis auf die „Schwierigkeit einer Vermittlung zwischen der auf Systemüberwindung zielenden Programmatik und tendenziell systemstabilisierender Funktion einer an sozialen Erfordernissen orientierten politischen Praxis" einigermaßen zutreffend charakterisiert[117]). Zweifellos lag aber der auch für die spätere politische Entwicklung folgenschwerste Widerspruch dieser Politik darin, daß ein totaler Bruch zwischen der gewerkschaftlichen Praxis (und der Praxis der mit dem ADGB verbundenen SPD) und den theoretisch-programmatischen Diskussionen bestand, daß – mit anderen Worten – die Arbeitsbeschaffungsdebatte einherging mit einem „bis zum Streikverzicht gesteigerten wirtschaftsfriedlichen Verhalten der Vorstände."[118]) Damit haben die Gewerkschaften – wie durch die tatsächliche Entwicklung belegt wird – keineswegs „zur Erhaltung eines Mindestmaßes an Stabilität im deutschen Wirtschaftsleben jener Jahre beigetragen."[119]) Vielmehr hat der Verzicht auf jedweden Ansatz zur praktischen Durchsetzung der gewerkschaftlichen Interessen, der den Verzicht auf die Mobilisierung der gewerkschaftlichen Kampfkraft zur Sicherung der Demokratie einschloß, als ein Faktor der Schwächung ihrer eigenen Kraft und schließlich zur Förderung jener Instabilität beigetragen, die dann wenig später zugunsten der terroristischen Diktatur entschieden wurde.

Daher kann auch die These nicht überzeugen, daß für die „Katastrophe (der Weimarer Republik wie der deutschen Gewerkschaftsbewegung selbst) . . . nicht eine falsche Strategie und letztlich auch nicht die politische Zerrissenheit der Arbeiterbewegung (verantwortlich war). Der tiefere Grund ist in der Unausgereiftheit des ‚objektiven Faktors' zu sehen oder, mit anderen Worten, in der relativen Stabilität des kapitalistischen Systems, das bei allen seinen Anfälligkeiten immer noch die stärkeren Reserven aufbieten und in wirtschaftlichen Krisensituationen zur Gegenoffensive antreten konnte."[120]) Mit dieser Interpretation wird neben einer für die Jahre 1929 bis 1933 völlig unzutreffenden Unterstellung „relativer kapitalistischer Stabilität", die selbst nicht mehr zu begründen vermag, warum für das Kapital die Lösungsform der Etablierung einer faschistischen Diktatur notwendig wurde, eine Hypostasierung des „objektiven Faktors" vorgenommen, wie sie sonst fast nur noch in den geschichtsdeterministischen und -fatalistischen Schriften des alten Karl Kautsky anzutreffen ist. Aber – ganz unabhängig von dieser dogmengeschichtlichen Tradition – hier dient die Überhöhung der objektiven Hand-

116) Vgl. zu diesen Plänen auch H. Heer, a.a.O., S. 31 ff.
117) M. Schneider, „Arbeitsbeschaffung" . . ., a.a.O., S. 677.
118) G. Fülberth/J. Harrer, a.a.O., S. 228.
119) U. Hüllbusch, a.a.O., S. 154.
120) H. Skrypczak, Krise . . ., a.a.O., S. 406.

lungszwänge einer Rechtfertigung eben jener Politik, die in die Katastrophe geführt hat. Sie unterstellt die Alternativlosigkeit nicht nur der konkret historischen Situation, sondern der gewerkschaftlichen Politik schlechthin. Damit wird jedoch dem politischen Lernprozeß, den die Beschäftigung mit der eigenen Geschichte heute in den Gewerkschaften selbst befördern sollte, ein schlechter Dienst erwiesen[121]).

Aus der Geschichte Lehren für die Gegenwart zu gewinnen, kann nicht bedeuten, sich an der Konstruktion abstrakter Alternativen für die je konkrete geschichtliche Etappe der Gewerkschaftsentwicklung zu berauschen. Vielmehr handelt es sich darum, nüchtern – unter Berücksichtigung der objektiven Bedingungen wie der Spezifik der konkrethistorischen Situation – die Bedingungen für die Erfolge bzw. die Niederlagen gewerkschaftlicher Politik zu analysieren. Die Kriterien einer solchen Analyse ergeben sich dabei aus dem Gegenstand selbst; denn letztlich muß die Frage des Erfolgs oder der Niederlage an der Existenzfähigkeit und den Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaften sowie an der Realisierung ihrer eigenen programmatischen Ziele und Forderungen gemessen werden. Der Sieg des Faschismus und das Verbot freier Gewerkschaften bedeuteten insofern eine schwere Niederlage – die schwerste, die die deutsche Arbeiterbewegung in ihrer bisherigen Geschichte erlitten hat. Diese Niederlage kann sicher nicht aus dem persönlichen „Versagen" oder dem „Verrat" der Gewerkschaftsführer hinreichend begründet werden – aber ihre geschichtlichen Ursachen sind doch auch mit Fehlern und Widersprüchen gewerkschaftlicher Politik verbunden, die zum Teil weit in die Zeit vor 1933 zurückreichen. Aus heutiger Sicht sind dabei hauptsächlich die folgenden Probleme zu benennen:

– Die theoretische Klarheit über den Charakter der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, über ihr Krisenpotential, ist eine wichtige Bedingung für die gewerkschaftliche Praxis und die Entwicklung des gesellschaftlichen Bewußtseins der Lohnabhängigen. Zu den theoretischen Unklarheiten, die die Gewerkschaftspolitik der damaligen Zeit beeinflußten, gehörte in diesem Zusammenhang weiterhin, „daß die Gewerkschaftsführung die von 1929 an heraufziehende Gefahr lange Zeit in ihrem furchtbaren Ausmaß nicht erkannte, den wahren Charakter des Nationalsozialismus unterschätzte und allzu sehr auf das weitere Funktionieren der verfassungsmäßig festgelegten demokratischen Ordnung baute, der sich auch die Hitler-Partei unterordnen müßte."[122])

– Der Widerspruch zwischen der gewerkschaftlichen Praxis und den theoretisch-programmatischen Orientierungen muß gerade in einer Krisensituation nicht nur die Kampffähigkeit der Gewerkschaften weiter schwächen, sondern zugleich die Entwicklung des gesellschaftlichen Bewußtseins der Lohnabhängigen behindern. Das heißt: die Trennung zwischen Programmatik und

121) Beispielhaft kann die Umsetzung einer solchen fatalistisch-apologetischen Geschichtsauffassung in die Darstellung der Gewerkschaftsgeschichte bei D. Schuster, Die deutsche Gewerkschaftsbewegung, Düsseldorf 1976[5], verfolgt werden. Diese Schrift wird vom DGB-Bundesvorstand herausgegeben und hat deshalb auf die gewerkschaftliche Bildungsarbeit einigen Einfluß. Hier dominiert bei der Darstellung der Periode 1929–1933 die These von der objektiv bedingten „Machtlosigkeit" der Gewerkschaften (S. 63). Damit wird gerade bei den heutigen Lesern der Eindruck unterstützt, als ob die Gewerkschaftsbewegung in politischen und wirtschaftlichen Krisensituationen unabdingbar zur Passivität verdammt sei.
122) A. Enderle, Die Einheitsgewerkschaft, Düsseldorf 1959 (unveröffentl. Ms.), S. 105/106.

praktischen Durchsetzungsmöglichkeiten produziert Illusionen und Konzeptionslosigkeit. Die Entwicklung des gesellschaftlichen Bewußtseins und der Kampfbereitschaft der Arbeitnehmerschaft vollzieht sich nicht als ein selbständiger, spontaner Prozeß, sondern steht in einem engen Zusammenhang mit der Theorie und Praxis ihrer Organisation. Insofern verstärkt der Verzicht auf die Mobilisierung der gewerkschaftlichen Kampffähigkeit im Bereich der unmittelbaren sozialökonomischen Interessenvertretung ebenso wie im Bereich der politischen Auseinandersetzung mit den Kräften der Reaktion selbst noch die subjektiven Bedingungen für das Scheitern der gesellschaftspolitischen Vorstellungen und Forderungen der Gewerkschaften.

– In Krisenperioden gewinnt das Verhältnis zwischen der Arbeiterbewegung und dem bürgerlichen Staat ein besonderes Gewicht. Der bloß programmatische Appell an die Regierung übersieht die gesellschaftlichen Grundlagen, die Klassenverhältnisse und -interessen, auf die sich das staatliche Handeln bezieht[123]). Die Veränderung des Inahalts der Staatstätigkeit vollzieht sich nicht aufgrund logischer Entscheidungen über die Rationalität alternativer Krisenüberwindungsmodelle, sondern nur aufgrund der Veränderung politischer Machtverhältnisse, die selbst mit dem Ausmaß und dem Bewußtseinsstand der realen Klassenbewegung verbunden sind. Darüber hinaus wird die Arbeiterbewegung in politischen und ökonomischen Krisenperioden des kapitalistischen Systems mit dem Versuch konfrontiert, die demokratischen Rechte und Verfassungsinstitutionen auszuhöhlen bzw. zu liquidieren. Nur in der offenen Auseinandersetzung kann dieser Versuch der Transformation zum autoritäten Staat abgewendet werden.

– Schließlich hat sich stets noch die mangelnde organisatorische und politische Einheit der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung als ein Moment ihrer Schwäche erwiesen. Das Bemühen, durch „Wohlverhalten" und scharfe Abgrenzung nach links Einfluß und die Organisation selbst zu retten[124]), hat bislang immer die sozialen und politischen Kontrahenten der Gewerkschaftsbewegung zur Intensivierung ihrer Offensive gegen die Arbeitnehmerschaft ermutigt. Am 1. Mai 1933, der von den Nationalsozialisten per Gesetz zum „Feiertag der nationalen Arbeit" erklärt worden war – was der ADGB am 15. April noch ausdrücklich begrüßte –, „schrieb Goebbels am Abend lakonisch in sein Tagebuch: ‚Morgen werden wir die Gewerkschaftshäuser besetzen. Widerstand ist nirgend zu erwarten'."[125])

VI

Die gegenwärtige wirtschaftliche Entwicklung in der BRD zeichnet sich durch einen beachtlichen Wiederaufschwung der Konjunktur aus. „Das vergangene

123) Vgl. dazu die ausführliche Analyse von H. Ulrich, Die Einschätzung von kapitalistischer Entwicklung und Rolle des Staates durch den ADGB, in: „Probleme des Klassenkampfs", März 1973, S. 1–70.
124) „Befangen in einem dogmatisch erstarrten Antikommunismus verschwendete sie (die Führung des ADGB, d. Verf.) ihre Kraft darauf, linksgerichtete Gruppierungen organisatorisch auszuschalten, statt alle Energie auf die Regenerierung und Verjüngung des Gewerkschaftsapparates zu verwenden." H. Mommsen, Gegenwartshandeln und geschichtliche Erfahrung. Die Gewerkschaften und die Konsequenzen des Frühjahrs 1933, in: GeMo, 7/1975, S. 393 ff., hier S. 397; vgl. auch B. Engelmann, Der Feind steht rechts, nicht links, in: ebd., S. 407 ff.
125) H. G. Schumann, a.a.O., S. 70.

Jahr (war) mit einem realen Wirtschaftswachstum von 5,5 % (1975 hatten wir einen Rückgang von über 3 %) viel besser, als selbst die größten Optimisten ursprünglich erwartet hatten."[126]) Dennoch sind heute die Stimmen der Konjunkturoptimisten und Wachstumsprognostiker weitgehend verstummt. Vielmehr scheint sich die Schlußfolgerung zu bestätigen, die eine amerikanische Zeitung im Juni 1975 aus den Beratungen einer internationalen Konferenz von Bankiers und Finanzexperten zog: „Genieße die Krise! Der Aufschwung wird schrecklich werden."[127]) Schon während des Tiefpunkts der kapitalistischen Weltmarktkrise war mithin den Führungskräften dieser Ordnung mehr oder weniger bewußt geworden, daß die lange Properitätsperiode nach dem Zweiten Weltkrieg endgültig beendet war. Ein erneuter konjunktureller Aufschwung konnte daher – und diese Ahnung bestimmte schon die pessimistische Grundstimmung der Prognostiker – vorhandene Strukturwidersprüche nicht beseitigen, sondern mußte neue hinzufügen. Die „Reinigungsfunktion" der Krise erschien schon im voraus als fragwürdig, zumal der ökonomische Pessimismus angesichts der Klassenauseinandersetzungen und des politischen Vormarschs antikapitalistischer Kräfte in Portugal, Spanien, Frankreich und Italien noch durch politische Verwirrung und Frustration ergänzt wurde[128]).

Für die Arbeitnehmer und die Gewerkschaften ergeben sich aus diesen Widersprüchen der nationalen und internationalen kapitalistischen Entwicklung zahlreiche neue Probleme, die zugleich die Frage nach der Wirksamkeit klassischer gewerkschaftspolitischer Instrumente sowie nach der Notwendigkeit neuer strategischer Überlegungen aufwerfen.

– An erster Stelle dieses Problemkatalogs steht ohne Zweifel die strukturelle Arbeitslosigkeit. Trotz des beträchtlichen Wachstums von mehr als 5 % im Jahre 1976 ist die Arbeitslosigkeit während dieses Zeitraums nur geringfügig zurückgegangen – im Dezember 1976 wurde schließlich wieder die Millionengrenze überschritten[129]). Daß es sich dabei um einen relativ konjunkturunabhängigen Prozeß handelt, ist schon daran zu erkennen, daß sich die Arbeitslosenquote in den 70er Jahren kontinuierlich erhöht hat. Sie stieg von 0,7 (1970) auf 4,7 % (1975)[130]). Insgesamt gingen zwischen 1973 und der Jahresmitte 1976 ca. 1,3 Mio. Arbeitsplätze in der Gesamtwirtschaft verloren, und zwar fast ausschließlich in der Industrie und im Baugewerbe[131]). Zwar hat sich die Zahl der Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor seit 1970 weiter erhöht (um 1,4 %); dennoch hat diese Umverteilung „nicht mehr ausgereicht, um den anhaltenden Rückgang der Beschäftigtenzahlen in der Landwirtschaft und den hinzugekommenen Beschäftigungsrückgang der Beschäftigungszahlen

126) H. Roeper, Die Konjunktur ist nicht so schlecht, a.a.O.; als international vergleichende Analyse vgl. A. Ahnefeld u. a., Synchroner Konjunkturaufschwung in den westlichen Industrieländern, in: „Die Weltwirtschaft", 1/1976, S. 1–17; G. Fleming u. a., Steiler Konjunkturaufschwung in der BRD, in: ebd., S. 18–33.
127) Zit. nach J. Kuczynski, Wirtschaftsperspektiven des Kapitals, in: „IPW-Berichte", 12/1975, S. 2 ff., hier S. 2.
128) Vgl. als Dokument einer solchen Bewertung der ökonomisch-politischen Entwicklung seit dem Beginn der 70er Jahre A. Baring, Gleichgewicht oder Chaos. Neue Tendenzen in der Weltpolitik, in: „Europa-Archiv", 11/1974, S. 353 ff.
129) Vgl. Zusätzliche Arbeitsplätze – woher nehmen? Der monatliche Konjunkturbericht der FAZ, FAZ v. 20. 1. 1977.
130) R. Kuda, Langfristige Entwicklungstendenzen . . ., a.a.O., S. 563.
131) Vgl. IMSF, „Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse", 4/1976, S. 11.

im produzierenden Gewerbe ganz zu kompensieren."[132]) Diese Erscheinung, die ihrerseits vor allem auf die wachsende Kluft zwischen Arbeitsproduktivität und Kapitalproduktivität zurückgeht, charakterisiert die Beschäftigungsentwicklung in allen hochentwickelten kapitalistischen Ländern. Besonders in den USA steigt der „Sockel" der strukturellen Arbeitslosigkeit, also der Anteil derjenigen Menschen, die in der Regel überhaupt keine Chance mehr haben, in den Produktionsprozeß integriert zu werden, seit Mitte der 60er Jahre beständig an[133]). Angesichts der „Rationalisierungsschübe", die heute aufgrund technologischer Innovation für einzelne Branchen – vor allem im Bereich der Elektrotechnik und Elektronik, die sich aber im gesamten Fertigungs- und Verwaltungsbereich in Form von massiven Freisetzungen auswirken werden – zu erwarten sind, muß damit gerechnet werden, daß sich der Arbeitslosensockel in der BRD in der nächsten Zeit noch erhöhen wird. Nach neueren Berechnungen – die freilich mit allen Unsicherheitsfaktoren mittel- und langfristiger Wirtschaftsprognostik behaftet sind – „muß das Wirtschaftswachstum dauerhaft über 3,5 % pro Jahr hinausgehen, wenn das Arbeitsplatzangebot nicht auf dem Stand des Rezessionsjahres 1975 verharren, sondern wieder zunehmen soll."[134])

– Obwohl der inflationäre Preisanstieg in der BRD – im Vergleich zu anderen hochentwickelten kapitalistischen Ländern – 1976 gebremst und von ca. 6% (1975) auf ca. 3,5 % reduziert wurde, sind die strukturellen Widersprüche, die der Inflation zugrundeliegen und die sowohl die Tätigkeit des Staates als uch die Weltmarktentwicklung beeinflussen, keineswegs überwunden. Der „Übergang von einer Strategie des Mengenwachstums zu einer Strategie des Umsatzwachstums"[135]) wird gerade durch die Beschränkung der Binnennachfrage sowie durch mögliche Absatzeinbußen auf den Auslandsmärkten noch gefördert werden. Nach wie vor wirkt die Inflation als ein Instrument zur Einkommensrückverteilung zugunsten vor allem des monopolistischen Kapitals, als ein Instrument, das im Verteilungskampf zur Realisierung der Gewinnmaximierungsstrategien einen festen Platz hat.

– Die „Krise der staatlichen Steuerungskapazität" ist nicht nur in der Krise 1974/75 evident geworden; sie charakterisiert auch gegenwärtig das Verhältnis von Staatstätigkeit und wirtschaftlicher Entwicklung. Damit wird nicht nur die generelle Unfähigkeit der Wirtschaftspolitik bezeichnet, die Durchsetzung des Krisenmechanismus der kapitalistischen Wirtschaft zu verhindern. Vielmehr steht dabei – auch im Hinblick auf die Gewerkschaftspolitik – die über die unmittelbare Krisenperiode hinauswirkende Umorientierung der staatlichen Wirtschaftspolitik im Mittelpunkt. Angesichts des in der Krise besonders deutlich zutage tretenden „prinzipiellen Konflikts zwischen privatwirtschaftlichem Profitziel und gesellschaftlichem Vollbeschäftigungsziel"[136]) konzentrieren sich die Maßnahmen und Eingriffe der Regierung auf

132) R. Kuda, a.a.O., S. 570.
133) Vgl. die statistischen Angaben in: Autorenkollektiv, Allgemeine Krise des Kapitalismus, Frankfurt/M. 1976, S. 594.
134) Mögliche Auswirkungen der letzten Rezession auf die Arbeitsmarktentwicklung, in: GeMo, 12/1976, S. 738 ff., hier S. 741.
135) R. Kuda, a.a.O., S. 566.
136) Ebd., S. 568.

das Ziel, diese Krise durch die Verbesserung der Gewinnsituation der Unternehmen zu überwinden und dabei nicht nur auf eine antizyklisch wirksame Förderung der Beschäftigung zu verzichten, sondern vor allem die staatlichen Ausgaben im Bereich der Sozial- und Infrastrukturpolitik zu begrenzen. Der Grund für diese Umorientierung lag gewiß zum einen in rückläufigen Staatseinnahmen und dem hierdurch bedingten sprunghaften Ansteigen der Staatsverschuldung durch Kreditaufnahme. Andererseits reflektiert aber dieses Abrücken von den Prinzipien der Keynesschen Konjunktur- und Beschäftigungspolitik und der Rückzug auf das Instrument der Geldpolitik[137]), der schon von einigen als eine Art „wirtschaftspolitischer Revolution" gefeiert wird[138]), natürlich auch neben der allgemeinen gesellschaftlichen Funktion des Staates den Sachverhalt, daß mangelnder politischer Druck von seiten der Arbeiterbewegung auf die staatliche Wirtschaftspolitik eine solche unmittelbare Unterordnung unter die Kapitalverwertungsinteressen noch begünstigt; denn die Verbindung der „fortschrittlichen Elemente der Keynesianischen Wirtschaftsanalyse . . . mit dem politischen Inhalt einer sozialen, an den Interessen der Arbeitnehmer orientierten Zielsetzung"[139]) könnte nur „dann mit Aussicht auf Erfolg betrieben werden, wenn sie den Konflikt mit traditionellen unternehmerischen Verwertungs- und Realisierungsstrategien in Kauf nimmt[140]) Die gewerkschaftliche Politik zur Sicherung und Verbesserung der Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft auf der Ebene der Auseinandersetzung mit der Politik des Staates kann also unter der Voraussetzung Erfolge zeitigen, daß sie diesen notwendigen Konflikt in die Begründung ihrer materiellen und gesellschaftspolitischen Forderungen mit aufnimmt.

– Schließlich muß davon ausgegangen werden, daß die potentielle Labilität der derzeitigen wirtschaftlichen Entwicklung in hohem Maße durch Unsicherheitsfaktoren und Ungleichgewichte in der kapitalistischen Weltwirtschaft bestimmt werden. Die besondere Stärke des BRD-Kapitals auf dem Weltmarkt[141]), die in der Vergangenheit dazu geführt hat, daß „binnenwirtschaftliche Absatzprobleme durch die Eroberung von Exportmärkten" überkompensiert wurden[142]), erweist sich zugleich auch als die „Achillesferse der (westdeutschen) Wirtschaft".[143]) Die Ungleichgewichte der Preisentwicklung in den einzelnen Ländern sowie der Leistungsbilanzen, die zwischenstaatli-

137) Vgl. H. Schui, Ökonomische Stabilisierung durch Monetarismus?, in: „Blätter", 6/1975, S. 632 ff.; J. Huffschmid/H. Schui (Hrsg.), a.a.O., S. 347 ff.
138) Im übrigen eine klassische Wende vom Typus der „konservativen Revolution" (W. Hofmann), wie sie insbesondere durch den Bezug auf die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Konzeptionen von Milton Friedman (oder BRD-Vulgarisatoren wie W. Engels) deutlich wird. Der hier propagierte „Freiheits"-Begriff, der als einziges Kriterium die von Staats- und Gewerkschaftseinfluß „freie" Gewinnmaximierung akzeptiert (vgl. M. Friedman, Kapitalismus und Freiheit, München 1976, S. 175), ist nicht nur nachgerade lächerlich antiquiert, sondern enthält, sofern er als Maxime des politischen Verhaltens begriffen wird, eine zutiefst antidemokratische Dimension. Unter den heutigen Bedingungen der Vergesellschaftung der Produktivkräfte, der Notwendigkeit der staatlichen Intervention zur Sicherung der Reproduktionsbedingungen usw. ließe sich diese „Freiheit" nur auf dem Wege der Ausschaltung der demokratischen Legitimation politischer Herrschaft, d. h. auf dem Wege brutaler Gewaltanwendung verwirklichen. Daß die Konzeptionen der Friedman-Schule gerade im faschistischen Chile praktiziert werden, läßt schon diesen inneren Zusammenhang von Profit-Freiheit und antidemokratischer Gewalt erkennen.
139) So die Bestimmung des „Memorandums der 41", bei J. Huffschmid/H. Schui (Hrsg.), a.a.O., S. 470.
140) R. Kuda, a.a.O., S. 568.
141) Zu den Ursachen dieser Stärke vgl. IMSF, Wirtschaftskrise und Wirtschaftspolitik, a.a.O., S. 45 ff.
142) R. Kuda, a.a.O., S. 569.
143) So L. Julitz, Wider größere Defizite. Die Risiken außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte, FAZ v. 14. 1. 1977.

chen Divergenzen in der Wirtschafts- und Währungspolitik und nicht zuletzt die de facto-Zahlungsunfähigkeit von Ländern wie Italien und Großbritannien, die nur noch durch internationale Kredite teilweise gelindert werden kann – alle diese Erscheinungen des krisenhaften Charakters und der ungleichmäßigen Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft deuten darauf hin, daß schon jetzt die je nationalen Krisenüberwindungsstrategien notwendig zu einer außerordentlichen Verschärfung der ökonomischen und politischen Konkurrenzbeziehungen auf dem Weltmarkt – namentlich zwischen den USA, Japan und den Ländern der EG – führen werden[144]). Diese Konkurrenz, die über die Währungspolitik bis hin zu nationalen Protektionsmaßnahmen sichtbar wird, muß sich allemal als Druck als die privilegierte Position des BRD-Kapitals auf dem kapitalistischen Weltmarkt äußern – ein Druck, dem zweifellos nur in Ausnahmefällen durch kredit- und währungspolitische Zugeständnisse durch die Bundesregierung begegnet werden kann. Darüber hinaus würde eine Intensivierung des Exportes von BRD-Kapital – als Reaktion auf die Verschärfung der internationalen Konkurrenz und auf die Gefahr protektionistischer Abwehrmaßnahmen – nur die binnenwirtschaftlichen Beschäftigungsprobleme vertiefen, d. h. zu einer Erhöhung der Arbeitslosenquote führen.

Die Schlußfolgerungen, die sich aus diesen – trotz des konjunkturellen Aufschwungs – fortbestehenden Widersprüchen für die Gewerkschaftspolitik ergeben, sind vorerst von allgemeinem Charakter. Die Entwicklung des internationalen kapitalistischen Systems seit dem Beginn der 70er Jahre kann nicht mehr nach Maßgabe „normaler" Konjunkturschwankungen begriffen werden. Der Zusammenhang der zahllosen Einzelerscheinungen sozialökonomischer Labilität weist vielmehr darauf hin, daß sich in dieser Entwicklung eine strukturelle Krise des kapitalistischen Gesellschaftssystems reflektiert, die sich keineswegs lediglich auf den Bereich der Ökonomie erstreckt, sondern die alle Bereiche des sozialen, politischen und kulturellen Lebens erfaßt hat[145]). Die Unfähigkeit, mit den herkömmlichen Instrumenten der Wirtschafts- und Sozialpolitik diese offenen Widersprüche zu beseitigen, und – in der Konsequenz – die Umorientierung auf Strategien, die einen umfassenden Angriff auf die Lebensbedingungen der Arbeitnehmerschaft beinhalten, kann daher nur als ein besonders deutliches Zeichen dieser allgemeinen Krise gesehen werden. Die Gewerkschaften sind daher mit der Tatsache konfrontiert, daß sich heute – im Vergleich zu den Jahren 1974/75 – die wirtschaftlichen, vor allem aber die politischen Bedingungen für die gewerkschaftlichen Forderungen und Ziele keineswegs grundsätzlich verändert haben. Angesichts der – durch die Regierungspolitik gestützten – Umverteilungs- und Revisionspolitik der Unternehmerverbände stellt sich daher für die gewerkschaftliche Tarifpolitik die weitere Verhinderung von Reallohnsenkungen als die vordringliche Aufgabe, wobei zu berücksichtigen ist, daß auch dieses Ziel nur

144) Dabei wird vor allem das Bestreben der USA zum Tragen kommen, den Umschlag der Leistungsbilanz von 1975 (Überschuß von 12 Mrd. Dollar) auf 1976 (Defizit von 1 Mrd. Dollar, wobei die Handelsbilanz ein Rekorddefizit von über 10 Mrd. Dollar ausweist, vgl. L. Julitz, a.a.O.) wieder umzukehren.
145) Vgl. dazu als wichtigen Beitrag R. Kühnl, Die geistige Krise der kapitalistischen Gesellschaft, in: „Blätter", 11/1976, S. 1207 ff.

durch die entschlossene Mobilisierung der gewerkschaftlichen Kampfkraft erreicht werden kann[146]).

Gleichwohl kann sich die gewerkschaftliche Verteidigung der Interessen der Lohnabhängigen nicht auf den Bereich der Lohnpolitik beschränken; denn die Arbeitsplatzsicherung und der Abbau der Arbeitslosigkeit sind zu einer gleichrangigen Aufgabe gewerkschaftlicher Interessenvertretung geworden. Die DGB-Gewerkschaften können mit Recht beanspruchen, „berufene Sprecher der Arbeitnehmer und der Belegschaften zu sein."[147]) Die Einheitsgewerkschaft kann sich aufgrund dieser Bestimmung ihrer gesellschaftspolitischen Funktion niemals auf den Status eines „Kartells privilegierter Arbeitsplatzbesitzer" zurückdrängen lassen, wie dies z. T. für das Selbstverständnis und die Praxis der amerikanischen Gewerkschaften kennzeichnend ist. Das schließt aber ein, daß sie mit ihrer Politik einerseits die Interessen der Gesamtheit der Lohnabhängigen – auch der Arbeitslosen –, andererseits die perspektivischen Interessen der beschäftigten Arbeitnehmer an der Sicherung ihrer Arbeitsplätze berücksichtigt. In seinen programmatischen Aussagen – so z. B. im Aufruf zum 1. Mai 1976 – trägt der DGB diesem Anspruch durchaus Rechnung: „Zu den Grundrechten des Menschen gehört das Recht auf Arbeit. Dieses Grundrecht kann nur durch Vollbeschäftigung verwirklicht werden. Die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften werden es niemandem gestatten, mit einem hohen Sockel an Arbeitslosigkeit oder den Rechten der ausländischen Arbeitnehmer Politik zu machen."

Schritte zur Verwirklichung dieser Forderungen können auf drei Ebenen unternommen werden. Unter dem Gesichtspunkt der konkreten Durchsetzungschancen erscheint dabei die Ebene der unmittelbaren Auseinandersetzung mit den Arbeitgebern und ihren Verbänden als die wichtigste; denn: „Im Kampf gegen die Gefährdung des sozialen Besitzstandes und gegen inhumane Arbeitsbedingungen, im Kampf um die Wahrnehmung betrieblicher Rechte und um die Verbesserung unseres Lebensstandards können wir uns auf die eigene Kraft verlassen, auf das Durchsetzungsvermögen unserer Organisation und auf das Engagement von Mitgliedern und Funktionären unserer IG Metall."[148]) Die Tarifpolitik ist also nicht nur Instrument zur Lohnsicherung. Durch die Ausweitung tarifvertraglicher Regelungen, die freilich im Kampf gegen den Widerstand der Unternehmer durchgesetzt werden müssen, kann vielmehr sowohl der Intensivierung der Arbeit als auch dem Beschäftigungsabbau eine Grenze gesetzt werden. Im Geltungsbereich der Tarifpolitik ist davon zur Zeit in erster Linie die Verbesserung des Rationalisierungsschutzes sowie die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit und die Ver-

146) Offensichtlich läuft bei den derzeitigen Tarifverhandlungen in der Metallindustrie die Strategie der Arbeitgeberseite darauf hinaus, die IG Metall zum Streik zu zwingen bzw. zu provozieren. Dabei wird offensichtlich darauf vertraut, die Bundesregierung sowie die – von Kapitalinteressen beherrschte – „öffentliche Meinung" gegen die Gewerkschaften aufzubringen und zugleich die partielle Verunsicherung bei den Beschäftigten, die um ihren Arbeitsplatz fürchten, zur Anheizung von antigewerkschaftlichen Stimmungen zu mißbrauchen. Die Position der Gewerkschaften wird jedoch – auch im Hinblick auf die künftige Entwicklung – entscheidend geschwächt werden, wenn sie sich als nicht fähig erweist, die Reallohnsenkungsstrategie des Kapitals durch die Demonstration gewerkschaftlicher Kampfkraft und Solidarität zum Scheitern zu verurteilen.

147) L. Rosenberg, Sinn und Aufgaben der Gewerkschaften, Frankfurt/M./Wien/Zürich 1974, S. 115. Als Begründung führt Rosenberg u. a. den Sachverhalt an, daß die Kandidaten der DGB-Gewerkschaften bei den Betriebsratswahlen 70–80 % der Stimmen auf sich vereinigen.

148) E. Loderer, Fortschritt durch gewerkschaftliche Interessenvertretung. Referat, 9. Konferenz der IGM für Vertrauensleute, Oktober 1976, Nürnberg, o. O., o. J., S. 1.

längerung des Jahresurlaubs betroffen[149]). Auf der politischen Ebene stellt sich vor allem die Aufgabe, für eine „beschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik" einzutreten, „bei der die Schaffung von Arbeitsplätzen das zentrale Ziel und die Entstehung privater Gewinne eine Begleiterscheinung ist."[150])

Allerdings setzen erfolgreiche Initiativen in diesem Bereich voraus, daß nicht nur detaillierte Pläne und Forderungskataloge ausgearbeitet werden, sondern daß zugleich eine grundsätzliche gesellschaftspolitische Auseinandersetzung mit den wirtschaftspolitischen Grundorientierungen der Bundesregierung mit der Einsicht verbunden wird, daß eine solche beschäftigungsorientierte Politik im Interesse der Arbeitnehmer nur gegen die privatwirtschaftlichen Profitziele durchzusetzen ist. Soll die Forderung nach Verwirklichung des „Rechtes auf Arbeit" in einem kapitalistischen Wirtschaftssystem nicht zu einer illusionären Wunschvorstellung verkommen, müssen Maßnahmen ergriffen werden, die die „Freiheit" der Marktgesetze und der Konkurrenz, und das heißt: die Freiheit der Profitwirtschaft, einschränken. Drittens schließlich besteht gegenwärtig angesichts der Existenz der Europäischen Gemeinschaft die Notwendigkeit wie die Möglichkeit, durch gemeinsame, internationale Gewerkschaftsinitiativen im Rahmen des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) die internationale Strategie des Kapitals mit einer internationalen Gegenmacht der organisierten Arbeitnehmerschaft zu konfrontieren.

Auf allen diesen Ebenen, in allen Auseinandersetzungen ist in der gegenwärtigen Entwicklungsphase der sozialen Auseinandersetzungen die „Verhärtung" der Positionen der Arbeitgeber, ihre Strategie der bewußten Konfrontation und Polarisierung das bestimmende Moment. Gerade die zunehmende Vereinheitlichung der ökonomischen und politischen Strategien der Kapitalverbände, die von dem neuen BDA-BDI-Präsidenten H. M. Schleyer als dem profiliertesten Repräsentanten antigewerkschaftlicher Konfrontationsstrategien forciert wird, schafft jene Polarisierung der sozialen Auseinandersetzungen, der sich auch die Gewerkschaften nicht entziehen können[151]). Die Unternehmerseite führt diese Auseinandersetzungen schon lange in dem Bewußtsein, daß sich seit dem Beginn der 70er Jahre in der BRD hinter allen sozialpolitischen Einzelkonflikten Grundprobleme der künftigen Verfassung der Gesellschaftsordnung verbergen. Sie weiß um die objektive Alternative, die durch den Krisenprozeß des kapitalistischen Wirtschaftssystems, durch den offenen Widerspruch zwischen dem privatwirtschaftlichen Profitprinzip und dem gesellschaftlichen Bedürfnisprinzip auf die Tagesordnung gesetzt werden kann – und in einigen unserer westeuropäischen Nachbarländern ja tatsächlich auf der Tagesordnung steht. Daher nutzen sie jeden Positionsvorteil, den sie durch die Krisenauswirkungen, durch die Regierungspolitik oder auch durch die gewerkschaftliche Zurückhaltung selbst erlangen können, um gesellschaftspolitische Wegemarken zu fixieren, die die Positionen der Ar-

149) Vgl. dazu R. Kuda, a.a.O., S. 573/574.
150) E. Loderer, a.a.O., S. 5.
151) Hierin liegt im Grunde die für die gesamte Gewerkschaftsbewegung der BRD herausragende Bedeutung des „Druckerstreiks" vom Frühjahr 1976, der hier nicht mehr im Detail behandelt werden kann; vgl. dazu jetzt B. Güther/K. Pickshaus, Der Arbeitskampf in der Druckindustrie im Frühjahr 1976, „Nachrichten-Reihe" 5, Frankfurt/M. 1976.

beitnehmerschaft auf Jahre hinaus schwächen müssen. Den Erfolg dieser Strategie vermag unter den gegenwärtigen Bedingungen in der BRD nur eine autonom handelnde Gewerkschaftsbewegung zu verhindern – hierin besteht ihre geschichtliche Aufgabe.

Vor einer historischen Wahl

Zur Politik der Sozialistischen Internationale

Von Boris Ponomarjow

Aus Anlaß des jüngsten Kongresses der Sozialistischen Internationale, der vom 26. bis zum 28. November 1976 in Genf stattfand und Willy Brandt zum neuen Vorsitzenden der Organisation wählte, nahm Boris Ponomarjow, Kandidat des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU, in einem Artikel mit starker internationaler Resonanz zur möglichen Entwicklung des Verhältnisses von Sozialisten und Kommunisten aus sowjetischer Sicht Stellung. In der Bundesrepublik hat dieser Diskussionsbeitrag aus der sowjetischen Parteiführung u. E. bisher keine angemessene Beachtung gefunden. Wir veröffentlichen deshalb nachstehend den Wortlaut des Beitrags erstmals in deutscher Sprache, ergänzt um einen Nachtrag des Autors anläßlich der „Blätter"-Veröffentlichung. D. Red.

Mit dem Eintritt in das letzte Viertel des 20. Jahrhunderts erreichte die Menschheit eine überaus wichtige Etappe. Die Möglichkeiten des sozialen Fortschritts sind enorm gewachsen. „... Die Welt ändert sich, und sie ändert sich zum Besseren", stellte Leonid Breschnew auf dem XXV. Parteitag der KPdSU fest. Gleichzeitig hat sich der Kampf zwischen den Kräften des Fortschritts und denjenigen, die noch wesentlichen Einfluß haben und die Vorwärtsbewegung der Geschichte beharrlich zu bremsen trachten, in allen Bereichen verschärft.

Unter diesen Bedingungen ist die Verantwortung der internationalen Arbeiterklasse besonders groß. Die Bedeutung ihrer Aktivität, ihr Beitrag zur positiven Regelung der vor der Menschheit stehenden Probleme wachsen wie noch nie zuvor. Dieser Beitrag hängt in vielem von der Aktionseinheit der verschiedenen Parteien und Strömungen ab, die in der Arbeiterbewegung, in der demokratischen Bewegung wirken, und vor allem von der Aktionseinheit der Kommunisten und Sozialdemokraten.

Kommunistische Parteien sind in den sozialistischen Ländern regierende Parteien. Allgemein bekannt ist die hervorragende Rolle der sozialistischen Staa-

tengemeinschaft bei der Verhinderung eines neuen Weltkriegs, bei der Gewährleistung der internationalen Sicherheit. Sie ist das Bollwerk der Kräfte, die gegen den Imperialismus, für Demokratie, soziale und nationale Befreiung kämpfen.

Die Kommunisten bilden eine wesentliche gesellschaftliche Kraft auch in vielen kapitalistischen Ländern. Sie spielen eine aktive Rolle in den Gewerkschaften und in den anderen Massenorganisationen der Werktätigen, in verschiedenen gesellschaftlichen Bewegungen.

Sozialistische und sozialdemokratische Parteien stehen in einer Reihe kapitalistischer Staaten an der Spitze der Regierungen, oder sie sind dort die bedeutendsten Oppositionsparteien. Sie verfügen über beträchtliche Möglichkeiten zur Einflußnahme auf die Innen- und Außenpolitik ihrer Länder.

Eine ständige und umfassende Zusammenarbeit zwischen den Kommunisten, Sozialisten und Sozialdemokraten könnte zu einem der entscheidenden Faktoren für die Sicherung des Friedens und des sozialen Fortschritts werden. Sie würde das politische Potential der internationalen Arbeiterklasse und der anderen demokratischen Kräfte im Kampf gegen die Gefahr eines neuen Weltkriegs, gegen das Wettrüsten und gegen die Vorherrschaft der Monopole außerordentlich stark vergrößern.

Auf ihrer Konferenz in Berlin haben die Kommunisten Europas klar und deutlich ihre Auffassung über die vor den Kräften der Arbeiter- und der demokratischen Bewegung, vor allen Volkskräften stehenden erstrangigen Aufgaben dargelegt und konkrete, begründete Vorschläge unterbreitet, die als geeignete Plattform für eine Zusammenarbeit und für ein gemeinsames Handeln dienen könnten. Die Behandlung der heutigen aktuellen Probleme auf dem Berliner Forum war von dem Bestreben getragen, die in der Welt entstandenen neuen Möglichkeiten für die Förderung des Friedens und des sozialen Fortschritts maximal zu nutzen.

Wie die Kommunisten meinen, steht heute der Kampf für die Einstellung des Wettrüstens, für die Abrüstung im Vordergrund. „Heute ist diese Aufgabe aktueller denn je", sagte Leonid Breschnew auf dem XXV. Parteitag der KPdSU. „Die Menschheit ist es müde, auf Bergen von Waffen zu sitzen, während das von aggressiven Kreisen des Imperialismus angeheizte Wettrüsten zunimmt."

In sozialdemokratischen Kreisen wird in diesem Zusammenhang nicht selten Besorgnis geäußert. Zugleich aber sprechen sich viele sozialdemokratische Politiker für eine Erhöhung der Rüstungsausgaben aus und fördern damit das Wettrüsten.

Im Verhalten führender sozialdemokratischer Kreise zur Entspannung läßt sich ein Widerspruch beobachten. Einerseits sprechen sie sich für eine Fortsetzung der Entspannungspolitik als der einzig vernünftigen Alternative aus, andererseits aber zeigen sie sich bei der Lösung konkreter Fragen, von denen die Vertiefung des Entspannungsprozesses abhängt, erschreckend passiv, mitunter handeln sie sogar in konträrer Richtung. Manchmal befürworten sie eine nichtblockgebundene Politik und die gleichzeitige Auflösung der NATO

und des Warschauer Vertrags. Zugleich aber orientieren sie sich in ihrer Außenpolitik vor allem auf die Festigung des Militärblocks der westlichen Länder, und einige schlagen sogar vor, einen weiteren Block – auf der Grundlage des Gemeinsamen Marktes – zu gründen.

Unserer Ansicht nach stellt das Leben die Sozialdemokratie wiederum, genauso wie vor dem Ersten Weltkrieg und in den 30er Jahren, vor eine Wahl. Wird sie sich für einen energischen Kampf gegen die imperialistische Politik der Rüstungen und des Krieges entscheiden oder sich wieder von Kräften mißbrauchen lassen, die potentielle Träger der Kriegsgefahr sind? Unter den sozialdemokratischen Politikern gibt es nicht wenig realistisch denkende Männer. Für die Sozialdemokratie ist es notwendig, stellte die finnische Zeitung „Suomen Sosialidemokraatti" vor kurzem fest, „den Kampf für Frieden und Sicherheit in Europa und in der ganzen Welt zu verstärken". Das ist eine treffende rechtzeitige Mahnung.

Im Programm der SPD für die Jahre 1976–1980 heißt es, daß es keine Alternative zur Entspannungspolitik gibt, daß die Entspannung kein Tribut an die Mode, sondern Ausdruck lebenswichtiger Interessen in einer Situation ist, da es heißt, den dritten Weltkrieg zu vermeiden. Ein einflußreicher Teil der Sozialdemokratie bewertet den Beitrag der UdSSR zur Entspannung positiv. „Für uns ist die Sowjetunion ein Faktor des Friedens", erklärte François Mitterrand.

Es kommt jedoch darauf an, daß man sich mit Worten allein nicht zufriedengibt.

Die Aktivierung der Rechtskräfte angesichts der Krise der kapitalistischen Gesellschaft schafft eine reale und ernste Gefahr für die Demokratie. Der faschistische Militärputsch in Chile mußte alle echten Demokraten beunruhigen. Er mußte – insbesondere bei den Vertretern der älteren Generation – unweigerlich die unheildrohenden Gespenster der 30er Jahre in Erinnerung rufen. Der Kampf gegen die faschistische Reaktion ist die Forderung aller Werktätigen, aller Demokraten. Ein Beweis dafür, daß immer mehr Sozialdemokraten zu dieser Einsicht gelangen, ist ihre Teilnahme an der Bewegung der Solidarität mit den chilenischen Demokraten, darunter auch an gemeinsamen Aktionen mit Kommunisten.

Zugleich nehmen sozialdemokratische Führer einiger Länder auf Schritt und Tritt eine versöhnlichere Haltung gegenüber den Kräften ein, die die Demokratie gefährden. Mitunter greifen sie auch selbst zu autoritären Methoden von der Art des sattsam bekannten Berufsverbotes in der BRD. Man muß sich wundern, daß in Großbritannien, einem Land, in dem die Labour Party regiert, Pressemeldungen zufolge Aufträge für die Seestreitkräfte des Pinochet-Regimes ausgeführt wurden, daß in der BRD, in der ebenfalls die Sozialdemokraten regieren, Militärkader für die faschistische Junta ausgebildet wurden.

Eine aktuelle Aufgabe der Gegenwart ist die Entwicklung einer gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit von Staaten. Die gesamteuropäische Konferenz von Helsinki legte ein konkretes Programm für diese Zusammenarbeit vor. Die Kommunisten fordern zu einer Vertiefung des demokratischen Inhalts

einer solchen Zusammenarbeit auf, sie rufen die Organisationen der Arbeiterklasse und andere Schichten der Werktätigen auf, sich daran aktiver und energischer zu beteiligen. Eine umfassende internationale Zusammenarbeit wird immer notwendiger für die Gewährleistung des Friedens und der internationalen Sicherheit, betonte die Berliner Konferenz.

Einige Sozialdemokraten – sowohl als regierende Parteien wie auch als gesellschaftliche Kräfte – haben in den letzten Jahren einen gewissen Beitrag zur Anbahnung einer Zusammenarbeit zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung geleistet und den Erfolg der gesamteuropäischen Konferenz gefördert. Zugleich widersprechen aber die Versuche mancher sozialdemokratischer Politiker, in den Fragenkreis, der mit den Kontakten zwischen den Menschen und dem kulturellen Austausch verknüpft ist, den Geist des „psychologischen Krieges" hineinzutragen, ihren eigenen Erklärungen zugunsten einer normalen und fruchtbaren internationalen Zusammenarbeit.

Was den Charakter und die Wege des Kampfes für sozialen Fortschritt betrifft, so sind hier die Standpunkte der Kommunisten und Sozialdemokraten, wie bekannt, in vielem unterschiedlich und bilden einen Gegenstand des ideologischen Meinungsstreits zwischen ihnen. Betrachten wir die heutige Situation, so sind die Marxisten-Leninisten der Ansicht, daß die Krise des Kapitalismus, die in den 70er Jahren mit großer Kraft zutage trat, wiederum mit aller Schärfe deutlich gemacht hat, daß die bürgerliche Ordnung sich historisch überlebt hat und ihre Mängel mit Hilfe von zum Teil „kosmetischen Reformen" nicht überwunden werden können.

Wie ist die Haltung der Sozialdemokratie angesichts der historisch notwendigen Aktionseinheit aller demokratischen und Arbeiterkräfte, einschließlich der Kommunisten und Sozialdemokraten?

In dieser Frage haben sich in der sozialdemokratischen Bewegung heute zwei Hauptrichtungen herausgebildet. Die eine erkennt die Notwendigkeit von Kontakten und Verbindungen mit den Kommunisten in dieser oder jener Form an. Die andere wendet sich unter Mißachtung des gesunden Menschenverstands und der Interessen der arbeitenden Bevölkerung hartnäckig dagegen und ist darüber hinaus bestrebt, die Zusammenarbeit dort, wo sie bereits angebahnt worden ist oder angebahnt wird, zu verhindern. Es gibt übrigens auch Sozialdemokraten, die keine bestimmte Haltung eingenommen haben und eine ausweichende, abwartende Linie verfolgen.

Die Frage der Beziehungen zu den Kommunisten löste in der sozialdemokratischen Bewegung wohl noch nie eine derart breite und lebhafte Diskussion aus wie im vergangenen Jahr.

Bei den Kontakten zwischen der KPdSU und einer Reihe sozialdemokratischer Parteien, etwa der Belgischen Sozialistischen Partei, der Sozialdemokratischen Partei Finnlands, der Französischen Sozialistischen Partei und der Labour Party Großbritanniens, wurde die Identität der Standpunkte in einer Reihe wichtiger Fragen festgestellt, darunter in Fragen der Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten.

Viele Tatsachen sprechen dafür, daß die Möglichkeiten für gemeinsame oder parallele Aktionen von kommunistischen und sozialistischen oder sozialdemokratischen Parteien herangereift sind.

Im internationalen Bereich: Am Weltkongreß der Friedenskräfte in Moskau im Herbst 1973 nahmen neben Kommunisten auch Vertreter von 49 sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien und Bewegungen teil. Viele Sozialisten und Sozialdemokraten beteiligten sich an der Arbeit des 1. und 2. Forums der gesellschaftlichen Kräfte für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Zum 2. Forum (1975) entsandten die sozialistischen Parteien Belgiens, Italiens und Frankreichs, die Sozialdemokratische Partei Finnlands und die Labour Party Großbritanniens ihre offiziellen Vertreter.

Es erweitern sich auch die Kontakte zwischen den kommunistischen und sozialdemokratischen Jugendorganisationen. Der internationale Verband der Jungsozialisten gehörte zu den aktiven Teilnehmern von Jugendtreffen.

Im nationalen Bereich verstärkt sich ebenfalls die Tendenz zur Anbahnung gemeinsamer Aktionen von Kommunisten und Sozialdemokraten. Wichtige Erfahrungen wurden in Frankreich in den gut vier Jahren des Bestehens des Blocks der linken Parteien gesammelt, die ein umfassendes gemeinsames Regierungsprogramm beschlossen haben.

Die bereits gesammelten mannigfaltigen Erfahrungen lehren, daß die Beziehungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten dort für die Arbeiterbewegung fruchtbringend und nützlich sein können, wo die Sozialdemokraten sich von den Dogmen des Antikommunismus abgewandt haben oder abwenden, wo sie zur Zusammenarbeit unter Achtung der Eigenart und Selbständigkeit des anderen bereit sind. Die Aktionseinheit kann als Bündnis gleichberechtigter Kräfte auf der Grundlage klar umrissener Bereiche des Gemeinsamen und des Unterschiedlichen aufgebaut werden.

Was die Kommunisten betrifft, so ist ihre Politik der Aktionseinheit mit den Sozialdemokraten kein taktisches Manöver. Wie die in den Dokumenten der internationalen kommunistischen Bewegung und vieler kommunistischer Parteien wiederholt niedergelegten prinzipiellen Leitsätze bekräftigen, betrachten die Kommunisten die Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Parteien auf einer gemeinsamen antimonopolitistischen und demokratischen Plattform als strategischen Kurs. Die Politik der Kommunisten ist ehrlich, offen und auf längere Sicht, bis zur Durchsetzung der sozialistischen Gesellschaft, angelegt.

Die Kommunisten reichen den Sozialdemokraten von alters her die Hand sowohl im Kampf um den Frieden als auch im Kampf für sozialen Fortschritt. Es ist jedoch leider Tatsache, daß in der Sozialistischen Internationale immer noch die ablehnende Haltung zur Zusammenarbeit der linken Kräfte dominiert. „Unter den Sozialdemokraten gibt es noch viele, die ihre ganze Tätigkeit auf den Antikommunismus und Antisowjetismus gründen", stellte Leonid Breschnew auf dem XXV. Parteitag der KPdSU fest.

In letzter Zeit bemüht sich ganz besonders der Vorsitzende der Sozialistischen Partei Österreichs, Kreisky, einer der Führer der Sozialistischen Internationale, seinen Antikommunismus hervorzukehren. Unter dem Vorwand, „westliche Werte der Demokratie" schützen zu wollen, forderte er neuerdings in aller Öffentlichkeit, auf eine Veränderung der Gesellschaftsordnung in den sozialistischen Ländern hinzuarbeiten.

Ein anderes Beispiel von Antikommunismus, der der Sache der Demokratie unmittelbar Abbruch tut, liefert die Haltung zahlreicher Führer sozialdemokratischer Parteien Westeuropas gegenüber Portugal nach dem Sturz des Faschismus. Selbst die seriösen sozialökonomischen Maßnahmen, die auf die Beseitigung der Wurzeln des in Portugal nahezu ein halbes Jahrhundert herrschenden Faschismus abzielten, wurden von ihnen schärfstens kritisiert. Es ging ihnen vor allem darum, den konsequenten Kämpfer gegen die Reaktion, die Portugiesische Kommunistische Partei, zu schwächen und zu isolieren.

Es gibt auch Sozialdemokraten, die meinen, Kontakte zu diesen oder jenen kommunistischen Parteien könnte man zum Kampf gegen die internationale kommunistische Bewegung ausnutzen, um in einigen ihrer Formationen den Geist des Sozialdemokratismus zu verbreiten, um kommunistische Parteien gegeneinander auszuspielen.

Viele rechte Sozialdemokraten beteiligen sich aktiv an Kampagnen gegen kommunistische Parteien sozialistischer Länder, gegen die Kräfte des Sozialismus und des Fortschritts – an Kampagnen, deren Zweck darin besteht, die Politik und die Ideale der Kommunisten in den Augen der Volksmassen zu diskreditieren; die Erfahrungen der Vergangenheit – so auch der Zeiten des Kalten Krieges – haben jedoch anschaulich genug gezeigt: Wer sich so oder so zum Antikommunismus und Antisowjetismus bekennt, beraubt sich selbst der Möglichkeit, im Interesse des gesellschaftlichen Fortschritts Wirkung zu erzielen.

Man sollte nicht vergessen, daß jede Verschärfung des Antikommunismus zwangsläufig mit einer Stärkung der ausgesprochen rechten bürgerlichen Parteien und Gruppierungen einhergeht. Nicht von ungefähr versuchen in letzter Zeit die extrem rechten Kräfte, auf der Woge der antikommunistischen Propaganda eine Offensive nicht nur gegen die Kommunisten, sondern gegen alle demokratischen Linkskräfte, einschließlich der Sozialdemokraten, zu starten. Darum rufen die europäischen Kommunisten alle, die sich zur Demokratie bekennen und in den Reihen der Demokraten stehen, auf, sich gegen den Antikommunismus in all seinen Erscheinungsformen zu wenden, ihn zu isolieren und zu bekämpfen.

Die Berliner Konferenz hob zugleich hervor, daß die kommunistischen Parteien nicht alle, die mit ihrer Politik nicht übereinstimmen oder ihre Tätigkeit kritisch betrachten, als Antikommunisten betrachten. Die Kommunisten prangerten das Sektierertum an und sprachen sich unmißverständlich für einen Dialog und die Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, mit allen demokratischen und friedliebenden Kräften, für die Überwindung des Mißtrauens und der tiefverwurzelten Vorurteile aus, die

den gemeinsamen Kampf der Werktätigen für Frieden, Demokratie und Fortschritt der Gesellschaft erschweren.

In der Tat: Vor der Führung der sozialdemokratischen Parteien erhebt sich in seiner ganzen Bedeutung das Problem, ihre Tätigkeit in Einklang mit den Geboten der Zeit zu bringen.

Bei der Wahl, die sie zu treffen haben, geht es erstens darum, zu entscheiden, ob sie zusammen mit jenen Kräften voranschreiten wollen, die für einen gerechten, demokratischen Frieden im Interesse der Arbeiterklasse, aller Werktätigen, der ganzen Menschheit kämpfen, oder ob sie sich nach wie vor auf die Kräfte orientieren, die an der Forcierung des Wettrüstens, an der Vorbereitung eines verheerenden Weltkriegs interessiert sind.

Es geht bei der Wahl zweitens darum, die Stellung und Rolle des Sozialismus in der Welt von heute unvoreingenommen und nüchtern zu definieren, mit dem Antisowjetismus und den Versuchen Schluß zu machen, die sozialistischen Länder zu spalten.

Die Führer der Sozialdemokraten haben drittens endlich der Wahrheit ins Gesicht zu blicken und einzusehen, daß die Interessen von Arbeit und Kapital unvereinbar sind. Es ist die Zeit gekommen, wo die Massen der Werktätigen auf die Sozialdemokratie blicken, ob sie wirksame Maßnahmen trifft, um einen Ausweg aus der Krise zu Lasten der Monopole, nicht aber zu Lasten der Werktätigen zu finden, oder aber, ob sie den von der Geschichte bereits dem Untergang geweihten staatsmonopolistischen Kapitalismus zu kurieren versuchen wird.

Viertens: Angesichts der tiefgreifenden progressiven Prozesse in Afrika, Asien und Lateinamerika, angesichts des anschwellenden Kampfes der Völker dieses Teils der Erde gegen den Imperialismus müssen sich die Sozialdemokraten entscheiden, ob sie mit den echten demokratischen Kräften in einem Lager kämpfen wollen oder weiter auf der Politik beharren, die den Interessen der Neokolonialisten dient.

Infolge der objektiven Gesetze und Erfordernisse der gesellschaftlichen Entwicklung eröffnen sich der demokratischen und Arbeiterbewegung neue, günstige Möglichkeiten. Man kann mit gutem Recht sagen, daß heute alle Voraussetzungen gegeben sind, einen neuen Weltkrieg zu verhindern, grundlegende gesellschaftliche Veränderungen im Interesse der Werktätigen durchzuführen, die Macht der Monopole zu zügeln, der vom Kapitalismus hervorgebrachten, zum Himmel schreienden sozialen Ungleichheit und Ungerechtigkeit ein Ende zu setzen. Die kommunistischen Parteien kämpfen fest und konsequent für diese Ziele.

Die Lösung der spruchreifen Probleme der gesellschaftlichen Entwicklung hängt in vieler Hinsicht auch von der Haltung der Sozialdemokratie ab und erlegt allen Sozialdemokraten große Verpflichtungen auf. Eines der Probleme, die das Leben selbst stellt, ist die Haltung zur kommunistischen Bewegung, zu den sozialistischen Ländern, die Aktionseinheit zwischen Sozialisten und Kommunisten. Das sei ganz besonders im Zusammenhang mit dem Kongreß

der Sozialistischen Internationale in Genf hervorgehoben. Die Kommunisten Europas haben ihre Vorschläge unterbreitet und ihre Positionen formuliert. Nun haben die Sozialdemokraten das Wort, die ihren internationalen Kongreß in so verantwortungsschwerer Zeit einberufen haben.

*

Nachwort

Dieser Artikel erscheint in deutscher Sprache zweieinhalb Monate nach dem Kongreß der Sozialistischen Internationale in Genf. Dessen Ergebnisse machen auf den Betrachter einen zweideutigen Eindruck.

In der Sowjetunion wurden die Äußerungen einer Reihe prominenter Teilnehmer des Kongresses im Sinne der Erweiterung und Festigung der Entspannung, ihre positive Beurteilung der Konferenz von Helsinki und das zum Ausdruck gebrachte Streben, die Beziehungen zwischen den Staaten auf der Grundlage der Schlußakte von Helsinki auszubauen, mit Interesse zur Kenntnis genommen. Der Kongreß rief dazu auf, das Wettrüsten zu beenden, die Weiterverbreitung von Kernwaffen zu verhindern und alle Kernwaffenversuche einzustellen, die chemischen und biologischen Waffen zu verbieten; er trat für die allgemeine Abrüstung, für den erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR über eine Begrenzung der strategischen Rüstungen, für den Fortschritt der Verhandlungen in Wien ein. Der Kongreß verurteilte die Terrorregime in Lateinamerika und forderte die USA auf, ihr Verhalten gegenüber den Militärdiktaturen zu überprüfen. Diese und einige andere positive Momente fanden auch in den Dokumenten des Kongresses ihren Ausdruck.

Es gab somit unzweideutige Stellungnahmen gegen den Kalten Krieg in den zwischenstaatlichen Beziehungen. Es handelt sich aber darum, daß all dies nicht nur ein Wunschbild bleibt, sondern daß ein ernsthaftes praktisches Bemühen um die Verwirklichung der von der Tribüne verkündeten und in den Dokumenten niedergelegten Linie erkennbar wird. Die Kommunisten sind fest davon überzeugt, daß die volle Realisierung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz in den internationalen Beziehungen, die Beseitigung der Gefahr eines Weltkriegs in nicht geringem Maße von der Beseitigung der Folgen des Kalten Krieges auch in der Arbeiterbewegung abhängt.

In dieser Hinsicht hat der Genfer Kongreß der Sozialistischen Internationale leider nicht das Resultat gebracht, auf das man hätte rechnen können, wenn man die Dringlichkeit und Bedeutung der dort berührten Probleme betrachtet, an deren positiver Lösung die überwiegende Mehrheit der auf der Erde lebenden Menschen interessiert ist. Die feindselige Haltung gegenüber den sozialistischen Staaten, der Antikommunismus und Antisowjetismus in versteckter, aber auch offener und grober Form widerspiegelten sich während der Arbeit des Kongresses deutlich. Deshalb konnte auch der Kongreß, so nehmen wir an, sich nicht entschließen, eine klare, von der Zeit diktierte Antwort auf den Appell der Berliner Konferenz der kommunistischen Parteien Europas zum gemeinsamen Handeln aller demokratischen und friedliebenden Kräfte, zum Dialog und zur Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und So-

zialdemokraten zu geben. Nichtsdestoweniger bleibt dieser Aufruf in Kraft. Es kann sich natürlich nicht darum handeln, die tiefgehenden ideologischen Unterschiede zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten aufzuheben oder zu vertuschen. Es geht um die unter den heutigen Bedingungen maximal mögliche Nutzung der sozialen und politischen Stärke und Autorität der Arbeiterbewegung sowie der ihr nahestehenden anderen demokratischen Kräfte im Interesse des Friedens, der internationalen Sicherheit und des sozialen Fortschritts.

Es bleibt, die Hoffnung zum Ausdruck zu bringen, daß die neue Führung der Sozialistischen Internationale eine in dieser Beziehung konstruktivere Position einnehmen wird als die vorherigen.

Rechtstendenzen in der Bundeswehr

Von Guido Grünewald

I

Die Frage nach der demokratischen Zuverlässigkeit der Bundeswehr ist in der Bundesrepublik nahezu tabuisiert. Seit dem Einschwenken der SPD auf die Adenauersche Verteidigungsstrategie wird in der Öffentlichkeit die offizielle These kaum problematisiert, laut der durch den gesetzlich verankerten Primat der Politik und durch die Konzeption der Inneren Führung die Bundeswehr ein demokratisches Gefüge erhalten habe und voll in die Gesellschaft integriert sei. Das Bekanntwerden bestimmter Vorfälle (Schleiferskandal in Nagold im Juli 1963[1]); der Illustriertenbericht des Wehrbeauftragten Heye im Juni 1964; die konzertierten Angriffe auf die Innere Führung in den Jahren 1969/70 durch die Generale Grashey und Karst sowie die Schnez-Studie und das Hauptmanns-Papier[2]) und die Vorfälle um den Luftwaffengeneral Rall und den Heeresinspekteur Hildebrandt) hat zwar schlaglichtartig deutlich gemacht, daß die offiziellen Verlautbarungen in dieser Form nicht zutreffen, doch hat sich die Reaktion der Massenmedien in den meisten Fällen auf Kritik an den Symptomen beschränkt und die Frage nach dem gesellschaftlichen Standort der Bundeswehr nicht gestellt. Deutlich sichtbar wurde diese Verhaltensweise in der öffentlichen Reaktion auf die Affäre um den ehemaligen Wehrmacht-Oberst und unbelehrbaren Alt-Nazi Hans-Ulrich Rudel, die von

1) In Nagold war die Ausbildungskompanie 6/9 stationiert. Am 25. 7. 1963 erlitt ein Rekrut auf einem Marsch einen Hitzekollaps, an dessen Folgen er einige Tage später starb. Daraufhin wurde in der Öffentlichkeit bekannt, daß es in der Kompanie Fälle des Mißbrauchs der Befehlsgewalt gegeben hatte und die Soldaten Mißhandlungen ausgesetzt gewesen waren. Im Oktober 1963 wurde die Kompanie aufgelöst; einige Ausbilder wurden verurteilt.

2) Zu diesen Vorgängen siehe weiter unten.

dem größten Teil der Massenmedien auf der Ebene einer unentschuldbaren Entgleisung der beiden Luftwaffengenerale Krupinski und Franke behandelt wurde, ohne daß das durch die Einladung Rudels zu einem Traditionstreffen offenkundig gewordene bedenkliche Traditionsverständnis der Bundeswehr problematisiert worden wäre. Dabei weist eine Vielzahl von Vorfällen darauf hin, daß in der Bundeswehr in den letzten Jahren verstärkt reaktionäre und antidemokratische Tendenzen sichtbar werden, die eine effektive öffentliche Kontrolle der Bundeswehr zur Notwendigkeit machen, sollen nicht auch bei uns eines Tages chilenische Zustände eintreten.

Auf dem Gebiet der Traditionspflege wird am deutlichsten sichtbar, daß von einem durchgängig demokratischen Neubeginn der Bundeswehr keine Rede sein kann. Bereits die personelle Kontinuität – nahezu die gesamten Führungskader der Bundeswehr rekrutierten sich aus ehemaligen Wehrmachtsoffizieren[3]) – mußte es der Bundeswehr schwermachen, einen klaren Trennungsstrich zur Tradition deutschen Soldatentums zu ziehen. Infolgedessen blieb ihr Verhältnis zur Tradition der Wehrmacht ambivalent, zumal auch der am 1. Juli 1965 in Kraft getretene Erlaß „Bundeswehr und Tradition" zu diesem Problembereich keine klaren Aussagen enthielt. Von bestimmten Kreisen in der Bundeswehr wurde daher immer wieder der Versuch unternommen, unter Hinweis auf die „soldatischen Leistungen" der Teilnehmer des Zweiten Weltkriegs die Taten der faschistischen Wehrmacht gutzuheißen. Die Häufung derartiger Vorkommnisse in den letzten drei Jahren zeigt, daß es sich keinesfalls um „Mißverständnisse" handelt, wie die verharmlosende offizielle Erklärung auf öffentliche Kritik in vielen Fällen lautet. Sie ist im Gegenteil ein Indiz dafür, daß die reaktionären Kreise in der Bundeswehr offenbar die Zeit für gekommen halten, wieder offen an die alte Wehrmachtstradition anzuknüpfen. Besonders bedenklich sind hierbei die zahlreichen Kontakte zwischen Bundeswehreinheiten und der „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit" (HIAG), dem Traditionsverband der Waffen-SS, die von der Bundeswehrführung wie eine normale Armee behandelt wird[4]). Im folgenden sollen einige der bekanntgewordenen Vorfälle dokumentiert werden, wobei freilich davon auszugehen ist, daß nur ein Teil der vielfältigen Kontakte überhaupt an die Öffentlichkeit gelangt:

Im Juli 1973 nimmt eine Gruppe „Junger Nationaldemokraten", der Jugendorganisation der NPD, als Gast an einer achtstündigen Seeübung der 1. Minensuchflottille in Flensburg-Mürnich teil. Das NPD-Blatt „Deutsche Nachrichten" schrieb dazu in seiner Ausgabe vom 13. Juli 1973: „Dabei kam es zu freundschaftlichen Gesprächen mit der Mannschaft. Man verstand sich sofort"[5]).

3) Von den 217 Generalen der Bundeswehr haben bisher erst drei ihre militärische Karriere nicht unter Hitler begonnen. Vgl. „Der Spiegel", 15/1976.
4) Im Nürnberger Urteil ist über die SS folgendes ausgesagt: „Es ist unmöglich, auch nur einen Teil der SS auszusondern, der nicht an diesen verbrecherischen Handlungen teilnahm. Die Allgemeine SS nahm aktiv an der Verfolgung der Juden teil und wurde als Quelle für die Rekrutierung von Wachmannschaften für die Konzentrationslager benutzt. Einheiten der Waffen-SS nahmen direkt an der Tötung von Kriegsgefangenen und an Grausamkeiten in den besetzten Gebieten teil. Sie stellte Personal für die Einsatzgruppen und hatte Befehlsgewalt über die Wachmannschaften der Konzentrationslager, nachdem die SS-Totenkopfverbände, die diese ursprünglich kontrollierten, von ihr aufgesogen worden waren. Die SS wurde zu Zwecken verwandt, die nach dem Statut verbrecherisch waren..." (aus dem Nürnberger Urteil, Bd. I, S. 305–307, zit. nach: SS-Tradition in der Bundeswehr? Eine Dokumentation der VVN-Bund der Antifaschisten, Frankfurt/M. 1976, S. 6.).
5) „Die Tat", 29/1973.

Im Frühjahr 1973 veranstaltet die HIAG Marburg einen Filmabend mit Tonfilmen aus dem Leben der Bundeswehr, wobei der Bundeswehr-Standortälteste Oberstleutnant Rasmus die Filme erläutert und mit den Teilnehmern diskutiert[6]).

Eine Feier zu Ehren Adolf Hitlers veranstalten acht Maate und ein Zivilist am 19. April 1973 auf dem Marine-Schulschiff „Deutschland". Am Vorabend des Hitler-Geburtstags tragen sie braune Khaki-Hemden und selbstgemachte Hakenkreuz-Binden und hören Nazilieder, Marschmusik und Hitler-Reden. Das Truppendienstgericht Kiel sieht in der Hitler-Feier lediglich eine „geschmacklose Entgleisung" und bestraft die Maate mit Arrest und Ausgangsbeschränkung[7]).

In Aumühle bei Hamburg nimmt am 19. September 1974 eine größere Gruppe von Bundeswehroffizieren in Uniform an einem Empfang für den Hitler-Nachfolger und ehemaligen Nazi-Großadmiral Karl Dönitz teil, der in Nürnberg als Hauptkriegsverbrecher zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt worden war. Der Empfang für Dönitz wird vom „Traditionsverband der U-Boot-Fahrer" und dem aus dem ehemaligen NS-Reichsmarinebund hervorgegangenen „Deutschen Marinebund" gegeben. Beiden Organisationen gehören neben ehemaligen Angehörigen der früheren Kriegsmarine zahlreiche aktive Mitglieder der Bundesmarine an[8]).

Bei ihrer Frühjahrsveranstaltung 1975 kann die HIAG Gießen unter den Gästen den Kommandeur der Territorialverteidigung des Gießener Wehrbereichskommandos, Oberstleutnant Behmcke, Oberstleutnant Hellduser als Organisationsleiter des hessischen Reservistenverbandes der Bundeswehr, Hauptfeldwebel Pfeiff als Vorsitzenden des Reservistenverbandes und Professor Schubert von der Bundeswehrfachschule begrüßen[9]).

An der Einweihung eines Gedenksteins für die Toten der ehemaligen 6. SS-Gebirgsdivision Nord in Buchholz/Hunsrück nimmt am 16. März 1975 als Vertreter des Heereskommandos III in Koblenz Brigadegeneral Pnikwart teil. Für die musikalische Umrahmung sorgt das Heeresmusikkorps V der Bundeswehr[10]).

Offiziere der Bundeswehr und Einheiten des Bundesgrenzschutzes nehmen am 7./8. Juni 1975 an einem Treffen der HIAG Coburg teil, das mit der Jahreshauptversammlung der HIAG Bayern verbunden ist. Zum Abschluß der Veranstaltung erklingt das „Treuelied" der SS[11]).

Gemeinsam mit der neofaschistischen „Wiking-Jugend" nimmt eine offizielle Abordnung der Bundeswehr im Juni 1975 an einer Gedenkfeier am Flieger-Denkmal auf der Burg Staufenberg bei Gießen teil, die von der Traditionsgemeinschaft des ehemaligen Stuka-Geschwaders „Immelmann" veranstaltet wird. Hauptredner ist der ehemalige Wehrmacht-Oberst Rudel, der in

6) SS-Tradition in der Bundeswehr?, S. 6. Die in dieser Dokumentation aufgeführten Beispiele sind dem offiziellen HIAG-Organ „Der Freiwillige" entnommen.
7) „Die Tat", 7/1974.
8) „Berliner Extra-Dienst" v. 21. 9. 1974.
9) SS-Tradition in der Bundeswehr?, S. 6.
10) Ebd., S. 6.
11) Ebd., S. 7.

seiner Rede von dem „ehemaligen Reichsminister" Rudolf Heß spricht, „der unverständlicherweise noch heute im Zuchthaus Spandau schmachten" müsse[12]).

Das Heeresmusikkorps 11 aus Oldenburg, ein Ehrenzug der Göttinger Jägerbrigade 4 sowie Abordnungen des Panzerartilleriebataillons 130 aus Wesel und des Fallschirmjägerbataillons 252 in Nagold nehmen im Oktober 1975 an einer Feierstunde teil, die von der Landsmannschaft Ostpreußen in Göttingen veranstaltet wird. Generalmajor Ewert, Kommandeur der II. Panzergrenadierdivision der Bundeswehr, der ausdrücklich als ehemaliger Offizier der II. Ostpreußischen Infanteriedivision vorgestellt wird, erklärt als offizieller Redner auf der Veranstaltung: „Tradition heißt nicht Bewahren der Asche, sondern Erhalten der Flamme. Ein Staat muß Soldaten haben, wenn er der Erpressung widerstehen will, und diese Soldaten brauchen Vorbilder. Unsere alte II. Infanteriedivision besaß ein Übermaß an Tugenden, und dazu gehörten Ehrfurcht, Zucht und Treue"[13]).

Auf dem ersten Suchdienst- und Divisionstreffen der 8. SS-Kavalleriedivision Florian Geyer, der 22. SS-Kavalleriedivision Maria-Theresia und der 7. SS-Kavalleriedivision Lützow in Bundeswehrräumen in Sonthofen wird in Anwesenheit von Bundeswehroffizieren dem ehemaligen SS-Oberscharführer Friedrich Buck durch den ehemaligen SS-General Gustav Lombard nachträglich das Ritterkreuz verliehen[14]).

Die Ortsverbände Buchenberg und Leubas der Reservisten der Bundeswehr und Oberstleutnant Adler, Kommandeur des Instandsetzungsbataillons 220 in Sonthofen mit einigen Offizieren, beteiligen sich am 18. Juni 1976 an der Sonnwendfeier der HIAG Oberallgäu auf dem Hohenkapf. Zum Abschluß wird das „Treuelied" der SS gesungen[15]).

Eine Gruppe von Bundeswehroffizieren nimmt am 16. September 1976 in Aumühle bei Hamburg in Uniform an einem Empfang zum 85. Geburtstag des Hitler-Nachfolgers und ehemaligen Nazi-Großadmirals Karl Dönitz teil. Ein Sprecher des Verteidigungsministeriums teilt auf Anfrage mit, es könne sich nur um persönliche Einladungen gehandelt haben. Bundeswehrangehörigen sei es freigestellt, solchen Einladungen Folge zu leisten[16]).

Auf Einladung des Kommandeurs der Panzerbrigade 12 der Bundeswehr in Amberg (Oberpfalz) ist die ehemalige „schwere Panzerabteilung" der Waffen-SS zwei Tage lang Gast bei einem sogenannten Tiger-Treffen am 18./19. September 1976. Höhepunkte des Programms sind eine „eindrucksvolle Waffenschau", ein „Kameradschaftsabend im ‚Civil-Casino'" und ein „gemeinsames Mittagessen in der Schweppermann-Kaserne". Besonders erfreulich war laut dem HIAG-Organ „Der Freiwillige", „daß die Kameraden unserer schweren Abteilung ohne Vorbehalte und Vorurteile in gleicher

12) „Die Tat", 24/1975.
13) „Die Tat", 44/1975.
14) SS-Tradition in der Bundeswehr?, S. 9.
15) Ebd., S. 9.
16) „Frankfurter Rundschau" (FR) v. 18. 9. 1976.

Herzlichkeit wie alle Kameraden der Heeresabteilungen aufgenommen wurden"[17]).

II

Tatsächlich bilden die oben aufgeführten Beispiele jedoch nur die Spitze eines Eisbergs. Ständige Kontakte bestehen ebenfalls zwischen Bundeswehreinheiten und den Traditionsverbänden und Kameradenwerken, wie der Monatszeitschrift „Alte Kameraden" zu entnehmen ist, die allein in ihrer Juli-Ausgabe 1976 von sieben Veranstaltungen mit Beteiligung der Bundeswehr berichtet[18]). Symptomatisch für das Traditionsverständnis der Bundeswehr ist auch die Benennung vieler Kasernen nach reaktionären Generalen aus dem Kaiserreich und der Weimarer Republik und ehemaligen Nazi-Generalen. So gibt es allein sieben Hindenburg-Kasernen, vier Lettow-Vorbeck-Kasernen[19]), eine Tirpitz-Kaserne[20]) sowie in Amberg eine Kaiser-Wilhelm-Kaserne. Gleich drei Kasernen sind nach dem Wehrmacht-Idol Rommel benannt, während in Mittenwald die General-Kübler-Kaserne[21]) liegt. Auch Kasernen mit revanchistischer und chauvinistischer Symbolik fehlen nicht: Drei Lüttich-Kasernen, zwei Pommern-Kasernen, eine Deutschorden-Kaserne, eine Langemarck-Kaserne, eine Ostmark-Kaserne und eine Argonnen-Kaserne in Ravensburg[22]) legen Zeugnis für das Traditionsverständnis der Bundeswehr ab[23]). Auf dem NATO-Schießplatz Bergen-Hohne finden Übungen von Bundeswehreinheiten und anderen NATO-Truppen auf Plätzen statt, die Namen von Städten tragen, die heute in der Volksrepublik Polen und in der Sowjetunion liegen. Wie die DKP-Zeitung „Unsere Zeit" in ihrer Ausgabe vom 7. Oktober 1976 enthüllte, tauchen auf der vom niedersächsischen Landesverwaltungsamt und dem Wehrbereichskommando II bearbeiteten Bundeslagekarte Namen wie Gleiwitz, Rastenburg, Königsberg, Danzig, Allenstein, Tilsit und Elbing auf.

Auch im Innern der Kasernen taucht der alte Ungeist wieder auf. In einer Eingabe an den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestags beschreibt der Sanitätssoldat Franz Gajdosch u. a. folgende Aushänge in der Külsheimer Prinz-Eugen-Kaserne: Eine Wandmalerei, die einen Infanteristen der Waffen-SS vom Jahre 1941 zeigt und ein Bild des Generals der Panzertruppe Heinz Guderian, der im Zweiten Weltkrieg einer ihrer Führer war, im 3. Panzerbataillon 364 sowie im 4. Panzerbataillon 364 einen Hut aus dem Krieg in Afrika mit Hakenkreuz sowie Orden und Abzeichen mit Hakenkreuz mit der nebenstehenden Aufschrift: Kampf gegen den Kommunismus in Rumänien[24]). Offiziere des Jagdgeschwaders Richthofen hatten jahrelang ein Bild des Nazi-Reichsmarschalls Hermann Göring in ihrem Casino hängen, wie die

17) „Die Tat", 48/1976.
18) Vgl. den Bericht im „Berliner Extra-Dienst" v. 6. 8. 1976.
19) Lettow-Vorbeck, 1913 bis 1918 Kommandeur der „Schutztruppe" in der Kolonie „Deutsch-Ostafrika", führte während des Kapp-Putsches ein Freikorps gegen die Reichsregierung an.
20) Großadmiral Alfred v. Tirpitz war der Haupttreiber der aggressiven Flottenpolitik des Deutschen Reiches.
21) Der Wehrmacht-General Ludwig Kübler wurde 1947 in Belgrad als überführter Kriegsverbrecher gehenkt.
22) Die Argonnen, ein Gebirge im nordöstlichen Frankreich, waren im Ersten Weltkrieg ein Aggressionsziel des kaiserlichen Deutschland. In diesem Gebiet scheiterte 1914/15 die deutsche Offensive im Kampf um Verdun.
23) Vgl. den Bericht im „Berliner Extra-Dienst" v. 11. 6. 1974 sowie den vom Jugendmagazin „elan" herausgegebenen „Informationsdienst für Soldaten", Ausgaben 11/1975, 12/1975, 3/1976, 7/1976, 8/1976.
24) Eine Kopie der Eingabe lag dem Verfasser vor.

„Süddeutsche Zeitung" berichtete. Die Offiziere begründeten ihre Handlungsweise gegenüber der Zeitung damit, mit dem Bild sei nicht der Nazi-Führer Göring gemeint, sondern der Geschwader-Kommandeur Göring aus dem Ersten Weltkrieg[25]). Bei einer derartigen Raumgestaltung nimmt es denn auch nicht wunder, daß ein Gefreiter aus Borgentreich in der dortigen Truppenbücherei u. a. folgende Titel vorfand: Ahlfen, Der Kampf um Schlesien; Becker, Kampf und Untergang der Kriegsmarine; Carell, Unternehmen Barbarossa; Dwinger, Wenn die Dämme brechen – Untergang Ostpreußens; Gerlach, Die verratene Armee; Grimm, Volk ohne Raum; Hupka, Schlesien; Lettow-Vorbeck, Mein Leben; Kesselring, Schlacht bis zum letzten Tag; Vegesack, Die baltische Tragödie[26]).

Von rechter Tradition zeugt auch das Liedgut der Bundeswehr. Eine Werbeanzeige für die Langspielplatte „Lieder von allen Fronten" mit Wehrmachtsliedern erschien im Mai 1976 in der offiziellen Truppenzeitung „Heer". Auf einen Protest des „Informationsdienstes für Soldaten" antwortete der Mönch-Verlag, an den das Verteidigungsministerium den Brief weitergeleitet hatte, die fragliche Anzeige sei „durch ein technisches Versehen" in den Anzeigenteil der Zeitung „Heer" gelangt. Ob die Wehrmacht aber „faschistisch oder nicht war", darüber stritten sich „sehr ernstzunehmende Historiker aller Nationen (bis auf die des kommunistischen Machtbereichs!)"[27]). Das Heeresmusikkorps 5 der Bundeswehr aus Koblenz produzierte im Sommer 1976 für den Osnabrücker Munin-Verlag die Schallplatte „Deutsche Präsentier- und Parademärsche" mit SS-Märschen, die zumindest in einigen Buchhandlungen vertrieben wird. Kompaniefeldwebel Jansen aus der Koblenzer Gneisenau-Kaserne teilte auf Anfrage mit, er halte das Spielen von SS-Märschen in der Bundeswehr für unbedenklich, da ja auch die „Traditionsverbände erlaubt" seien und das Heeresmusikkorps 5 „ständig dienstlich" zu deren Veranstaltungen beordert würde. Von der SS weiß der Kompaniefeldwebel nur, daß die SS-Verbände „so manchen Verband der Wehrmacht herausgehauen" haben[28]).

Das Schicksal aktiver NPD-Mitglieder in der Bundeswehr ist ein weiteres Indiz dafür, daß im Zeichen des gemeinsamen Antikommunismus auch faschistisches Gedankengut in der Bundeswehr wieder hoffähig wird. 1974 zählten die Herausgeber des Buches „Bundeswehr in der Demokratie" sechs Reserveoffiziere und achtundzwanzig aktive Militärs, darunter ein Oberstleutnant, fünf Majore, drei Hauptleute und drei Oberfeldwebel[29]). Daß ihre neofaschistischen Aktivitäten die Karriere dieser Soldaten beeinträchtigt hätten, ist bisher nicht bekannt geworden, zumal Verteidigungsminister Leber am 11. Februar 1974 in einem Interview mit der „Neuen Rhein-Zeitung" erklärte, daß die NPD-Offiziere, „was die Erfüllung ihrer dienstlichen Aufgaben" anbelange, „keinen Anlaß zu Beanstandungen" gäben[30]). So konnte das inzwi-

25) Zit. nach „Berliner Extra-Dienst" v. 12. 11. 1976.
26) „Die Tat", 18/1973.
27) „Die Tat", 22/1976.
28) „Deutsche Volkszeitung" (DVZ), 39/1976.
29) Moneta/Horn/Hansen, Bundeswehr in der Demokratie – Macht ohne Kontrolle?, Frankfurt/M./Köln 1974, S. 62–66.
30) Zit. nach „Die Tat", 10/1974.

schen zum Oberstleutnant beförderte Mitglied des NPD-Parteivorstands Georg Pemler auf dem NPD-Parteitag 1976 ungerügt erklären, der ehemalige Nazi-Oberst Rudel verdiene „die Achtung und Anerkennung der Bundeswehr". Die demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik beschimpfte der Stabsoffizier als „Lumpensammler, die auf den Misthaufen der Geschichte gehören"[31]).

III

Den Kern der offenkundig reaktionären Traditionspflege in weiten Kreisen der Bundeswehr bildet ein primärer Antikommunismus, der von den Militärs und den sie unterstützenden Politikern dazu benutzt wird, das bewährte Feindbild der aggressiven Sowjetunion aufrechtzuerhalten und so den hohen Militäretat zu rechtfertigen, dessen Notwendigkeit infolge der Entspannungspolitik von größeren Teilen der Öffentlichkeit in Zweifel gezogen wird. Die Entspannungspolitik wird daher von Bundeswehroffizieren immer wieder angegriffen, wie der SPD-Bundestagsabgeordnete Erwin Horn in einem Artikel in der „Frankfurter Rundschau" im Oktober 1973 berichtete: „Ich habe es unzählige Male erlebt, daß vor großen Versammlungen widerspruchslos bei der Bundeswehr die Entspannungspolitik der Bundesrepublik, der Großmächte, insbesondere der USA als Idiotie, als Selbstbetrug, Einfältigkeit und ähnliches bezeichnet wurde. Der Tenor der entsprechenden Aussagen lautete: Aufgabe der Bundesregierung wäre es, gegen diese ‚Entspannungseuphorie' anzugehen und die Westmächte über die sowjetische Gefahr aufzuklären und zusätzliche Rüstungsanstrengungen zu vollziehen und von den anderen zu fordern[32])." Das ungebrochene Feindbild vieler Offiziere wird in einer Rede von Oberstleutnant Wirth anläßlich einer Rekrutenvereidigung in der Marburger Tannenberg-Kaserne am 20. September 1971 deutlich, der u. a. sagte: „Der Sinn Ihres Hierseins basiert auf der Tatsache, daß durch ein Bemühen um politische Entspannung, die ich jederzeit unterstütze und sehnlichst herbeiwünsche, die gefährliche Bedrohung durch den Kommunismus trotzdem nicht beseitigt oder nur verringert wird. Auf den geschichtlichen Endzustand, auf das strategische Endziel nach unverzichtbarer Weltherrschaft und ein kommunistisches Weltparadies arbeiten die Sowjets mit allen Mitteln... Diese Tatsachen (die angebliche sowjetische Hochrüstung, d. Verf.) beweisen, daß die Sowjets nach wie vor die Ausdehnung ihres Machtbereichs anstreben. Unsere Sicherheit und unsere Freiheit sind bedroht, und die Verteidigung dieser unserer Sicherheit und Freiheit ist Aufgabe und Pflicht aller Bürger"[33]). Bundeswehrmajor Wolfram v. Strachwitz, damals Adjutant des Oberbefehlshabers des NATO-Bereichs Europa-Mitte in Breunssum (Holland), schrieb in einem am 24. Mai 1971 in der „Welt" veröffentlichten Leserbrief u.a.: „Die heutige Politik der SPD ist vielleicht nur aus der Person des Kanzlers zu verstehen. Er hat es erreicht, daß man im Lager der Kritiker wieder von vaterlandslosen Gesellen sprechen kann, weil sie einen Kurs ihrer Parteiführung zulassen, der gegen Deutschland gerichtet erscheint.

31) „Die Tat", 48/1976.
32) FR v. 19. 10. 1973.
33) Die Rede ist abgedruckt in: Zwischen Arrestlokal und Verfassung. Antimilitaristische Opposition in der Bundeswehr – am Beispiel Otto Wagner, Antifaschistische Arbeitshefte des Röderberg-Verlags, Nr. 5, Frankfurt/M. 1972, S. 61.

Dem Bundeskanzler kann man es kaum übelnehmen, wenn er keine besondere Vaterlandsliebe für Deutschland in den Grenzen von 1937 hegt." Gegen die vom damaligen Verteidigungsminister Schmidt verfügte Versetzung zum Bundeswehramt in Bonn rief v. Strachwitz den Wehrdienstsenat des Bundesverwaltungsgerichts an, nachdem er in der Zwischenzeit zum Oberstleutnant befördert worden war. Der Wehrdienstsenat kam zu dem Beschluß, die Versetzung sei ungerechtfertigt gewesen, da der Inhalt des Leserbriefs eine „rechtmäßige politische Meinungsäußerung" darstelle. Bereits zuvor hatte das Truppendienstgericht v. Strachwitz mit der Begründung freigesprochen, der Leserbrief habe nicht die Grenzen überschritten, die einem Offizier gesteckt seien[34]). Keine Schwierigkeiten hatte auch der Eutiner Oberstleutnant Werner Witt, damals Pressereferent der NPD Ost-Holstein, der in einem NPD-Propagandaschreiben folgenden Vergleich anstellte: „Dem derzeitigen Bundeskanzler Brandt-Frahm-Martin-Flamme (oder wie er sonst noch heißen mag) wird der Friedensnobelpreis verliehen, während eine Persönlichkeit wie der 79jährige Rudolf Heß, der im Kriege durch seinen Flug nach England den Frieden für das deutsche Volk erringen wollte, seit über 30 Jahren in Spandau hinter Gittern schmachtet"[35]). Das Truppendienstgericht sprach Witt im Juli 1974 mit der Begründung frei, der Oberstleutnant bewege sich mit den inkriminierten Äußerungen lediglich „am Rande eines Dienstvergehens"[36]).

Ein Teil der Militärs fühlt sich jedoch nicht nur berufen, durch Widerstand gegen die Entspannungspolitik die Frontstellung des Kalten Krieges aufrechtzuerhalten, sondern versteht sich auch als Ordnungsfaktor im Inneren. Deutlich wird die reaktionäre Stoßrichtung an der bereits oben zitierten Rede des Marburger Oberstleutnants Wirth: „Aber auch in unserem Staat machen sich mehr und mehr Kräfte breit, vom Osten eingeschleust und unterstützt, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zerstören wollen. Es sind dies die Anarchisten, Anti-Autoritäre, Kommunisten und Maoisten sowie rote Zellen, die sich die Ideen des Marxismus und Leninismus zu eigen gemacht haben. Wirtschaft und Industrie sind bereits unterwandert. In Universitäten, Schulen, Gerichten und Behörden sitzen diese Kommunisten bereits in einflußreichen Positionen. Auf kommunistischen Parteischulen und Akademien der DKP in unseren Großstädten werden diese Kräfte für ihre subversive Tätigkeit geschult, um als nützliche Idioten für den Kommunismus in unserem Staate Wegbereiter zu sein"[37]). Die Wochenzeitung „Die Zeit" zitierte 1969 folgenden Ausspruch eines Hauptmanns: „Machen wir uns nichts vor. Die Bundeswehr ist ein Machtfaktor. Sollte es einmal links putschen, dann sind wir da, mit oder ohne Notstandsgesetz"[38]). Und der SPD-Abgeordnete Hansen berichtet, auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Mülheim, auf der er den Begriff „freiheitlicher Sozialismus" erläutert habe, habe ihm ein Offizier erwidert: „Wenn Sie einen freiheitlichen Sozialismus in der Bundesrepublik einführen wollen, müssen wir uns als Bundeswehr überlegen, ob wir

34) FR v. 18. 12. 1973 und v. 13. 2. 1974.
35) FR v. 12. 11. 1973.
36) FR v. 23. 7. 1974.
37) Zwischen Arrestlokal und Verfassung, S. 61.
38) „Die Zeit" v. 14. 5. 1969, zit. nach: Bundeswehr in der Demokratie, S. 46.

nicht von unserem Recht auf Widerstand Gebrauch machen"[39]). Auf dem Landesparteitag der SPD Schleswig-Holstein im November 1973 erklärte der damalige Bundestagsabgeordnete und General a.D. Friedrich Beermann den Putsch der Militärjunta in Chile für berechtigt, da ein „Beschluß des chilenischen Parlamentes, das aus freien Wahlen hervorgegangen" sei, „in einer Aufforderung an die Streitkräfte des Landes" bestanden habe, „die verfassungsmäßigen Zustände in Chile wiederherzustellen". Beermann führte weiter aus: „Die Identifizierung mit Allende könnte bedeuten, daß wir, die SPD, uns mit einem Mann gleichschalten, der eben nicht im Rahmen der Verfassung gehandelt hat, sondern sie gröblichst verletzt hat und wir uns daher dem Vorwurf aussetzen, unsere eigene Verfassung hier nicht ernst zu nehmen"[40]).

Auch aktive Bundeswehroffiziere sehen im Putsch der chilenischen Militärjunta eine gerechte Sache, wie im Februar 1974 sichtbar wurde, als in der Öffentlichkeit bekannt wurde, daß mindestens zwanzig Reserve- und aktive Offiziere der Bundeswehr, unter ihnen der Inspekteur der Bundesmarine, Vizeadmiral Heinz Kühnle, Mitglieder des in Bonn ansässigen „Deutsch-Chilenischen Freundeskreises" sind, der um Unterstützung für die Junta warb und im November 1973 dem Junta-General Mendoza in Santiago demonstrativ einen Scheck in Höhe von 25000 DM überreichte[41]). Lebhaften Beifall von Offizieren der Bundeswehr erhielt auch der chilenische Oberstleutnant Kraushaar, der in einem Vortrag an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg den Putsch der chilenischen Militärs verteidigte. Die Volksfrontregierung, so der Oberstleutnant, habe einen „Massenmord an Offizieren und Oppositionellen" geplant. „Raub, Diebstahl und Mord" seien „an der Tagesordnung" gewesen. Heute dagegen sei in Chile die Ordnung wiederhergestellt: „Ordnung und Recht sind wiedererlangt worden. Niemand hat Angst um sein Leben oder um seine Habe"[42]). Das DGB-Organ „Welt der Arbeit" sah sich jedenfalls in seiner Ausgabe vom 2. November 1973 veranlaßt, auf eine drohende „politische Kraftmeierei" im Offizierkorps der Bundeswehr hinzuweisen, „die eines Tages verfassungsfeindliche Formen" annehmen könne. „So etwas beginnt ja meist mit Kasinogerede zu vorgerückter Stunde", schrieb die Zeitung weiter, „etwa mit der unter manchen Offizierskameraden recht beliebten Frage, wie lange die 15. Brigade wohl brauche, um von Koblenz nach Bonn zu marschieren und da Ordnung zu machen. Solche Sprüche werden heute in den Streitkräften massenweise kolportiert"[43]). Eine Reihe in den letzten Jahren bekannt gewordener Notstandsübungen zeigt, daß ein innerer Einsatz der Armee für die Bundeswehrführung durchaus Realitätscharakter besitzt, wobei die Übungspläne in mehreren Fällen den verfassungswidrigen Einsatz gegen Demonstrationen und legale Streiks vorsahen[44]).

---

39) Ebd., S. 109.
40) Protokoll des SPD-Landesparteitags Schleswig-Holstein v. 10. 11. 1973, zit. nach: Bundeswehr in der Demokratie, S. 20.
41) „Die Tat", 8/1974.
42) „Der Spiegel", 29/1976.
43) Zit. nach: „Die Tat", 45/1973.
44) Eine Liste bekanntgewordener Notstandsübungen findet man in der „antimilitarismus-information", 4/1975, I-33/34, sowie in der Broschüre des „Arbeitskreises Bundeswehr und Kriegsdienstverweigerung", „Bundeswehr probt den Notstand", Koblenz 1975.

IV

Sind die angeführten Beispiele Indizien dafür, daß reaktionäre Tendenzen in der Bundeswehr auf dem Vormarsch sind, so zeigt andererseits die Repression gegen entschieden demokratisches und antifaschistisches Engagement von Soldaten sowie die wiederholten Übergriffe von Vorgesetzten gegen das auch durch das Soldatengesetz nicht eingeschränkte Grundrecht der Informationsfreiheit, daß die Grundsätze der Inneren Führung nur mehr eine dekorative Fassade darstellen. Bereits 1964 bezweifelte der damalige Wehrbeauftragte Hellmuth Guido Alexander Heye in einer Artikelserie in der Illustrierten „Quick", daß sich die Mehrheit des Offizierkorps überhaupt zur „demokratischen Einrichtung des Wehrbeauftragten" bekenne. Heye schrieb damals: „Wenn wir das Ruder jetzt nicht herumwerfen, entwickelt sich die Bundeswehr zu einer Truppe, wie wir sie nicht gewollt haben. Der Trend zum Staat im Staate ist unverkennbar"[45]). Einige Jahre später sahen die Militärs dann die Zeit gekommen, zum Generalangriff auf die Innere Führung zu blasen. Der damalige Generalinspekteur des Heeres, Generalmajor Grashey, nannte die Innere Führung in einem Vortrag an der Führungsakademie der Bundeswehr im Frühjahr 1969 eine Maske, „die wir uns damals vorgehalten haben" und die man nun endlich ablegen müsse[46]). Brigadegeneral Heinz Karst, damals Inspekteur des Erziehungs- und Bildungswesens im Heer und heute Präsident der rechtsradikalen Deutschland-Stiftung, bezeichnete im gleichen Jahr die Baudissinsche Konzeption als einen Widerspruch in sich selbst, „da sie eine unsoldatische Armee konstruieren wollte". Heute „käme es darauf an, den richtigen Ansatz zu retten und endlich eine soldatische Armee aufzubauen"[47]).

In der sogenannten Schnez-Studie, die formell von dem damaligen Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Albert Schnez, verantwortet wurde, tatsächlich aber unter Mitarbeit fast der gesamten Führungsspitze des Heeres entstanden war, forderten die Militärs eine „Reform an Haupt und Gliedern", wozu insgesamt drei Artikel des Grundgesetzes und dreißig Bundesgesetze geändert werden sollten[48]). Dreißig Hauptleute der Bundeswehr stellten schließlich im Dezember 1970 in dem sogenannten Hauptmanns-Papier eine „bedrohliche Politisierung" der Bundeswehr fest. Notwendig sei eine „tiefgreifende Reform", wobei insbesondere die „Bedrohung" aus dem Ostblock „richtig bewertet" werden und eine „auf die Erfordernisse der militärischen Einsatzbereitschaft und Schlagkraft abgestimmte Wehrgesetzgebung" gehören müsse[49]). Heute sieht der 1967 aus dem aktiven Dienst ausgeschiedene General Wolf Graf Baudissin das von ihm geschaffene Leitbild des „Staatsbürgers in Uniform" in Gefahr: „Dieses Leitbild sollte zu einer ständigen politischen Diskussion in der Truppe motivieren. Heute ist dieses Konzept zu einem Unterricht des Kompanieführers für seine Leute abgemagert. Die militärische

45) Zit. nach: Bundeswehr in der Demokratie, S. 41.
46) Zit. nach: Hans-Helmut Thielen, Der Verfall der Inneren Führung, Frankfurt/M. 1970, S. 201/202.
47) „Hamburger Morgenpost" v. 26. 4. 1969, zit. nach: Thielen, S. 203.
48) Die Studie ist im Wortlaut abgedruckt in: „Blätter", 3/1970, S. 301 ff.
49) Die Studie ist im Wortlaut abgedruckt in: Militär, Gehorsam, Meinung. Dokumente zur Diskussion in der Bundeswehr. Zusammengestellt von Klaus Heßler, Berlin (West)/New York 1971, S. 115 ff.

Hierarchie hat in der Auseinandersetzung mit diesen Fragen versagt. Das gilt um so mehr, je höher man nach oben geht"[50]).

Zahlreiche Beispiele von Repressionen gegen demokratische und antifaschistische Aktivitäten engagierter Soldaten können Baudissins pessimistische Einschätzung bestätigen. Fünf Tage Arrest erhielt der Wehrpflichtige Holger Griebner von der 5. Kompanie des Panzergrenadierbataillons 182 in Bad Segeberg, weil er 1974 in Uniform an der Mai-Kundgebung des DGB in Hamburg teilgenommen hatte[51]). Wegen des gleichen „Vergehens" wurde der Kanonier Rainer Pfefferling aus der 4. Kompanie des Panzerartilleriebataillons 65 in Stadt-Allendorf/Hessen zu sieben Tagen Arrest verurteilt, während in Wetzlar siebzehn Soldaten vom Militärischen Abschirmdienst verhört wurden, die sich an der Wetzlarer Maikundgebung in Uniform beteiligt hatten. Gegenüber der Presse gab Brigadegeneral Horst Scheibert als Begründung an, durch das Verteilen provokatorischer Flugblätter durch Maoisten wenige Tage vor der Kundgebung vor der Kaserne sei deutlich geworden, daß die Veranstaltung „nicht mehr den Statuten des DGB entsprochen" hätte[52]). Geradezu spitzfindig ist die Begründung für eine Disziplinarbuße in Höhe von 50 DM, die der Gefreite Peter Hildebrandt aus der ABC-Abwehrkompanie 30 für seine Teilnahme an der Maikundgebung des DGB in Göttingen 1976 erhielt: „Er hat am 1. 5. 1976 in Göttingen an einer Maikundgebung des DGB in Uniform teilgenommen, ohne dafür Sorge zu tragen, daß sein Erscheinen den für Soldaten der Bundeswehr gültigen Bestimmungen entsprochen hat, indem sein Kopfhaar entgegen dem ihm in diesem Punkt bekannten Erlaß des BMVgFü SI 3 vom 13. 5. 72 Uniform und Hemdkragen berührt hat und er seinen Anzug entgegen den Forderungen der ZDv 37/10 Nr. 1120 dadurch selbständig verändert hat, daß er an der rechten Brusttasche eine rote Nelke, am linken Rockaufschlag ein rotes Abzeichen befestigt hat"[53]).

Vierzehn Tage verschärfte Ausgangsbeschränkung erhielt ein Soldat der 2. Kompanie des Fernmeldebataillons in Murnau, der im Herbst 1974 in Uniform an einer von der bayrischen DGB-Jugend veranstalteten Demonstration teilgenommen und ein Transparent mit der Aufschrift „Nie wieder Krieg – Nie wieder Faschismus" getragen hatte[54]). Bestraft werden auch Soldaten, die sich in Uniform an der Internationalen Mahn- und Gedenkveranstaltung für 65000 ermordete sowjetische Kriegsgefangene in Stukenbrock bei Bielefeld beteiligen: Der Gefreite Wilhelm Meinke aus der Rommel-Kaserne in Augustdorf wurde 1974 mit achtzehn Tagen Arrest bestraft, während Rolf Kassing von der 1. Kompanie des Panzerbataillons 214 ein Jahr später drei Wochen verschärfte Ausgangsbeschränkung erhielt[55]). Insgesamt vierunddreißig Tage Arrest und eine Geldbuße von 210 DM brachte fünf Soldaten ihre Teilnahme an der antifaschistischen Kundgebung anläßlich des 30. Jahrestages der Befreiung am 10. Mai 1975 in Frankfurt ein. Die Beschwerde des Sanitätssoldaten Norbert Pflüger wies das Truppendienstgericht Mitte mit der Be-

50) Zit. nach: „stern", 47/1976.
51) „Die Tat", 39/1974.
52) „Die Tat", 21/1974.
53) „Berliner Extra-Dienst" v. 9. 7. 1976.
54) „Die Tat", 47/1974.
55) „Die Tat", 40/1974 sowie 42/1975.

gründung ab, der verhängte Disziplinararrest sei „zur Aufrechterhaltung der militärischen Ordnung erforderlich" gewesen[56]). Strafen ziehen auch Proteste gegen die Ausbildung von Offizieren aus faschistischen Armeen in der Bundeswehr nach sich. Während der Beifall der Bundeswehroffiziere für die Putschpropaganda des chilenischen Offiziers Kraushaar für die Beteiligten ohne Konsequenzen blieb, wurde der Pionier Uwe Haese mit fünf Tagen Arrest bestraft, weil er am Weihnachtsabend 1975 in Uniform zusammen mit Mitgliedern des Chile-Solidaritätskomitees vor dem Lübecker Dom Geld für Chiles Kinder gesammelt hatte[57]). Einen Verweis bzw. einen strengen Verweis erhielten der Stabsunteroffizier Malte Douglas und der Oberfeldwebel Martin Müller, die zusammen mit vierzig Zivilisten durch ihre Unterschrift gegen die Ausbildung Kraushaars in der Hildesheimer Mackensen-Kaserne protestiert hatten. Der Kommandeur des Sanitätsbataillons 1 in Hildesheim, Oberstleutnant Günther Noseck, befand, das sei „verleumderisch und diffamierend" gegen Kraushaar gerichtet gewesen. „Das Absehen von einer Disziplinarstrafe", so der stellvertretende Kommandeur der 1. Panzergrenadier-Division, Brigadegeneral Wolfram v. Eichel-Streiber, „hätte unabsehbare Folgen für die Disziplin der Truppe" gehabt[58]).

Unwirsch reagieren viele Offiziere auf engagierte Vertrauensmänner. Unbequeme Vertrauensmänner müssen damit rechnen, aus „dienstlichen Gründen" an einen anderen Standort versetzt zu werden. In anderen Fällen verzichten die Vorgesetzten auf derartige Vorwände und nennen unverhohlen das demokratische Engagement der Betroffenen als Grund ihres Vorgehens. So forderte der Kommandeur der 3. Panzerdivision in Buxtehude im Oktober 1973 die Kompaniechefs auf, ihm alle Kandidaten für das Amt des Vertrauensmannes vor der Wahl namentlich bekanntzugeben[59]). Als Vertrauensmann abgesetzt wurde in Koblenz der Gefreite Heinz Colligs aus der Panzerpionier-Kompanie 140, der mit fünf Tagen Arrest dafür bestraft worden war, daß er in einem Offenen Brief an Verteidigungsminister Leber die Entlassung von General Hildebrandt gefordert hatte, der im Mai 1975 bei einem Besuch in Madrid an der Parade zur Erinnerung an den faschistischen Sieg über die spanische Republik teilgenommen hatte[60]). Abgesetzt als Vertrauensmann wurde auch Norbert Arndt von der 2./195 in Münster, der im März 1976 als Mitinitiator des Forderungspapiers „Mehr Rechte für Vertrauensmänner" aufgetreten war[61]).

Zweierlei Maß legt die Bundeswehrführung auch im Bereich der freien Meinungsäußerung an. Während reaktionäre und revanchistische Äußerungen hoher Offiziere ungerügt blieben, wurde die Diskussion der Wehrpflichtigen-Studie „Soldat 74" von der Bundeswehrführung verboten. Sechsunddreißig Soldaten wurden in diesem Zusammenhang mit Arrest oder Geldbußen bestraft, fünf wurden vorzeitig aus der Bundeswehr entlassen[62]). Auf eine Verfügung des Truppendienstgerichts Karlsruhe hin wurden in der Ulmer

56) „Die Tat", 26/1975, 27/1975, 29/1975 und 32/1975.
57) „Berliner Extra-Dienst" v. 23. 1. 1976.
58) „Der Spiegel", 30/1976.
59) „Informationsdienst für Soldaten" v. 12. 12. 1973.
60) „Die Tat", 41/1975.
61) „Informationsdienst für Soldaten" v. April 1976.
62) Vgl. die „Dokumentation Soldat 74" des „Informationsdienstes für Soldaten".

Wilhelms-Kaserne aus dem Spind des Soldaten Manfred Heinrichs u.a. folgende Zeitungen als „wehrkraftzersetzendes Material" beschlagnahmt: „ÖTV-Wehrreport", „Der Gewerkschafter", „Metall" sowie das DGB-Jugendmagazin „ran"[63]). Die Bundeswehr schrickt auch vor rabiaten Methoden nicht zurück, wenn es darum geht, die Soldaten vor kritischen Informationen zu schützen. In Stetten am kalten Markt versuchte der stellvertretende Offizier der Wache im Mai 1976 mit gezogener Pistole, zwei Verteiler der Soldatenzeitung „Gegen-Druck" festzunehmen. Erst auf Eingreifen der anwesenden Polizei hin ließ er von den Verteilern ab[64]). Auf Befehl des ehemaligen NPD-Aktivisten und Sicherheitsoffiziers Major Gustav Niggemann gingen Soldaten mit geladenem Gewehr gegen mehrere junge Leute vor, die vor der Westfalen-Kaserne in Ahlen Flugblätter mit kritischen Berichten über Offiziere aus der Kaserne verteilen und das Jugendmagazin „elan" verkaufen wollten. Niggemann forderte die herbeigerufene Polizei auf, die Namen der Verteiler festzustellen und Rapport an den Verfassungsschutz zu erstatten[65]).

V

Die angeführten Beispiele zeigen deutlich, daß sich in der Bundeswehr in besorgniserregendem Maße reaktionäre und antidemokratische Tendenzen ausbreiten und daß es sich bei den Kontakten zwischen Bundeswehrstellen und Alt- bzw. Neonazis und den Repressalien gegen demokratisch engagierte Soldaten keinesfalls um „Mißverständnisse" oder „Entgleisungen" einzelner Offiziere handelt. Um so bedenklicher ist die Reaktion der politischen Führung, die derartige Vorfälle zu verharmlosen sucht, wenn sich vereinzelte Kritik in der Öffentlichkeit regt. Nahm schon Verteidigungsminister Leber die Bundeswehr anläßlich des kritischen Artikels des SPD-Abgeordneten Horn im Oktober 1973 pauschal mit der Bemerkung in Schutz, die Bundeswehr stehe zu 99,9% zu unserer Verfassung[66]), so spielte der Pressereferent des Verteidigungsministeriums, Arnim Halle, das Spielen von SS-Märschen in der Bundeswehr gegenüber Journalisten mit der Bemerkung herunter, ihm sei „schnurzpiepegal", was in der Bundeswehr gespielt werde. Gespielt werden dürfe „alles, was gefällt", denn das Spielen von SS-Märschen stelle kein „Bekenntnis" zum Faschismus dar[67]). Auf eine Anfrage wegen eines Truppenbesuchs der neofaschistischen „Wiking-Jugend" beim Fallschirmjägerbataillon 251 in Calw antwortete Dr. Graf Schweinitz vom Informations- und Pressestab des Verteidigungsministeriums folgendermaßen: „Truppenbesuche dienen der politischen Bildung, und diese haben gerade junge Menschen auf radikalen Abwegen nötig. Für ihr künftiges politisches Verhalten kann es wichtig sein, zu lernen, wie eine Armee im demokratischen Sinne funktioniert. Solche Vorgänge sollte man deshalb nicht doktrinell, sondern aus staatsbürgerlicher Verantwortung heraus entscheiden"[68]). Verteidigungsminister Leber schließlich gab den Jungsozialisten des Unterbezirks Neuwied-Altenkirchen

63) „Die Tat", 51/52/1973.
64) „Die Tat", 22/1976.
65) DVZ, 38/1976.
66) Verteidigungsminister Leber im Deutschen Bundestag am 26. 10. 1973, zit. nach: Der Putsch in Chile – Vorbild oder Warnung für die Bundesrepublik?, Schriftenreihe des „Pressedienstes Demokratische Aktion", Nr. 17, S. 31.
67) „Berliner Extra-Dienst" v. 15. 10. 1976.
68) „Die Tat", 45/1976.

zu verstehen, die kritisierten, das von der Bundeswehr finanziell getragene „Haus der Begegnung" in Koblenz sei ständiges Tagungsheim der HIAG, daß er von den vielfältigen Kontakten zwischen Bundeswehrstellen und der HIAG weiß und sie durchaus billigt. Durch den Büroleiter Rottach des Parlamentarischen Staatssekretärs Schmidt-Würgendorf ließ er den Jungsozialisten folgendes mitteilen: „Der Bundesminister der Verteidigung ist über die Aktivitäten der Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Waffen-SS HIAG ausreichend informiert und sieht diese Hilfsgemeinschaft dementsprechend differenziert. Es wäre falsch, alle ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS allein wegen ihrer Zugehörigkeit zur HIAG schon zu verurteilen. Dafür haben Sie sicher Verständnis"[69]).

VI

Als Fazit dieses Überblicks kann festgehalten werden, daß der innere Zustand der Bundeswehr entgegen offiziellen Verlautbarungen Anlaß zur Sorge bietet. Die angeführten Beispiele legen die Annahme nahe, daß die Innere Führung „nicht mehr als die Fiktion einer Reform"[70]) war und daß ihre Grundsätze zwar nach außen hin als gültige Leitsätze deklariert werden, tatsächlich aber größtenteils nur mehr Fassade sind[71]). Da sich zugleich die Institution des Wehrbeauftragten immer mehr von einer Kontrollinstanz der Armee in ein Hilfsorgan der Bundeswehrführung verwandelt hat[72]) und außerdem der Primat der Politik durch die kürzliche Entscheidung Verteidigungsministers Leber, den bisherigen NATO-Oberbefehlshaber im Bereich Europa-Mitte, Karl Schnell, zum Nachfolger des ausgeschiedenen Rüstungsstaatssekretärs Siegfried Mann zu berufen, weiter durchlöchert worden ist, sind Zweifel durchaus berechtigt, ob die „civil control" über die Bundeswehr auch in Krisenzeiten funktioniert. Zwar ist es sicherlich falsch, in der Bundeswehr pauschal ein Sicherheitsrisiko für die Demokratie in der Bundesrepublik zu sehen, doch darf angesichts der aufgezeigten reaktionären und antidemokratischen Aktivitäten nicht übersehen werden, daß sich ein Teil des Offizierkorps als innere Eingreifreserve versteht. Unterstützung erhalten die reaktionären Kräfte in der Bundeswehr von den Gegnern der Entspannungspolitik, die im Zeichen des gemeinsamen Antikommunismus deren Versuche unterstützen, durch Anknüpfen an die Tradition der faschistischen Wehrmacht das bewährte Feindbild von der Sowjetunion aufrechtzuerhalten und den gerade unter den Bedingungen der Wirtschaftskrise notwendigen Übergang von der Entspannung zur Abrüstung zu verhindern[73]). Kein Anlaß zur Beruhigung kann je-

69) Eine Kopie des Schreibens lag dem Verfasser vor.

70) Wilfried v. Bredow, Die unbewältigte Bundeswehr. Zur Perfektionierung eines Anachronismus, Frankfurt/M. 1973, S. 93.

71) Daß die Innere Führung an Stellenwert verloren hat, zeigen auch Berichte im „Spiegel" und im „stern", wonach an der Schule für Innere Führung in Koblenz nur noch Speziallehrgänge für Personaloffiziere stattfinden und dem bisherigen Leiter der Abteilung Innere Führung in der Luftwaffe – einem Brigadegeneral – jetzt nur ein Oberst nachfolgen soll. („Der Spiegel", 46/1976, und „stern" 47/1976.)

72) Vgl. dazu Wilfried v. Bredow, Die unbewältigte Bundeswehr, S. 135ff.

73) Deutlich wird diese Verknüpfung am Verhalten des CDU-Wehrexperten und Kandidaten für das Amt des Verteidigungsministers Manfred Wörner, der sich am 26. 1. 1976 in einem Brief an den Inspekteur der Luftwaffe, Generalleutnant Limberg, für die Einladung des ehemaligen Nazi-Oberst Rudel zum Traditionstreffen des Aufklärungsgeschwaders 51 Immelmann in Bremsgarten eingesetzt hatte. Wörner schrieb in diesem Brief u.a.: „Die Einladung galt eindeutig dem ‚Soldaten a.D.' Rudel. Daher könnte eine solche Einladung nur von Böswilligen als eine politische Geste mißdeutet werden. Auf Böswillige aber braucht die Bundeswehr keine Rücksicht mehr zu nehmen. 30 Jahre nach Kriegsende sollten wir endlich die innere Freiheit, die Unbefangenheit und den Mut aufbringen, soldatischen Leistungen der deutschen Kriegsteilnehmer den schuldigen Respekt zu zollen und davon den politischen Mißbrauch zu scheiden, der mit diesen Leistungen getrieben wurde." Der Brief Wörners ist abgedruckt in: FR v. 11. 11. 1976.

denfalls die Tatsache sein, daß Deutschland keine Tradition *erfolgreicher* Militärputsche aufzuweisen hat, da die politische Struktur „hierzulande meist so konservativ oder reaktionär" war, „daß ein Eingreifen aus eigenem Antrieb für das Militär gar nicht nötig wurde"[74]). Gefährlich ist die Politik von Verteidigungsminister Leber, sich mit den Generalen der Bundeswehrführung einfach zu verbünden, anstatt sie zu kontrollieren. Soll die Gefahr beseitigt werden, daß sich die Armee erneut zu einem Staat im Staate entwickelt, müssen die politisch bewußten Kräfte in den Koalitionsparteien und die demokratische Öffentlichkeit darauf drängen, daß die Bundeswehr endlich wirksam kontrolliert wird. Notwendig ist dabei vor allem eine Überarbeitung des geltenden Traditionserlasses, die einen klaren Trennungsstrich zur Tradition der Wehrmacht zieht und eine Orientierung der Bundeswehr an antidemokratischen Leitbildern ausschließt.

Zur gesellschaftlichen Stellung der Frau in der UdSSR

Von Gert Meyer

Die Diskussionen um die gesellschaftliche Gleichberechtigung der Frau haben den Blick auch auf die Verhältnisse in den sozialistischen Ländern gelenkt, wobei von dem Gedanken ausgegangen wird, daß „in einer gegebenen Gesellschaft der Grad der weiblichen Emanzipation das natürliche Maß der allgemeinen Emanzipation ist"[1]). Während bereits verschiedene Veröffentlichungen zum Problem der sozialen Stellung der Frau in der DDR vorliegen[2]), fehlen bislang entsprechende Untersuchungen über die UdSSR. Um solche anzuregen, werden im folgenden einige sozialstatistische Materialien ausgebreitet, die die historische Entwicklung (I) und den aktuellen Stand (II) der gesellschaftlichen Lage der Frau umreißen sollen. Sicherlich erschöpft sich die Frage der Gleichberechtigung und Emanzipation nicht in diesen relativ

74) Bundeswehr in der Demokratie, Vorwort v. Immanuel Geiss, S. VIII.

1) Diese Äußerung Charles Fouriers in der „Theorie der vier Bewegungen und der allgemeinen Bestimmungen" wird von Friedrich Engels in der „Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft" zitiert; vgl. Marx/Engels, Werke (MEW), Bd. 19, Berlin (DDR) 1969, S. 189–228, hier S. 196.

2) H. Deppe-Wolfinger/J. v. Freyberg, Materialien zur sozialen Lage der Frauen in BRD und DDR, in: BRD–DDR, Vergleich der Gesellschaftssysteme, Köln 1971, S. 318–342; J. Menschik/E. Leopold, Gretchens rote Schwestern. Frauen in der DDR, Frankfurt/M. 1974; Die Frau in der DDR. Fakten und Zahlen, Berlin (DDR) 1975.

trocken dargebotenen Angaben; sie kann aber auch nicht unabhängig von ihnen behandelt werden.

I

Unmittelbar nach der Oktoberrevolution wurde die aus dem Zarismus überkommene und auch von der Provisorischen Regierung nicht aufgehobene Rechtsungleichheit der Frau durch verschiedene Dekrete beseitigt. Nach dem früher gültigen Recht war die Frau vielfach benachteiligt worden. Sie besaß kein Wahlrecht, verfügte über keinen eigenen Paß und war laut Gesetz „verpflichtet, ihrem Mann als dem Familienoberhaupt zu gehorchen, in Liebe zu ihm, in Achtung und unbegrenzter Folgsamkeit zu verharren, ihm als Hauswirtin jede Gefälligkeit und Anhänglichkeit zu erweisen. Die Frau schuldet vorzugsweise Unterwerfung unter den Willen des Gatten; sie wird aber dabei von den Verpflichtungen in bezug auf ihre Eltern keineswegs befreit"[3]).

Nach der Revolution erlangte die Frau im Dekret über das Land vom 8. November 1917 das Recht auf Verfügung über Grund und Boden[4]). Wenig später wurde die Zivilehe anstelle der früher rechtlich verbindlichen kirchlichen Trauung eingeführt und die Ehescheidung auf Antrag eines der Eheleute oder beider ohne Abwicklung größerer Formalitäten ermöglicht. Diese Grundsätze fanden Eingang in den Zivilstands-, Ehe-, Familien- und Vormundschaftskodex vom 22. Oktober 1918, der die völlige rechtliche Gleichstellung der Eheschließenden, die Gütertrennung in bezug auf das vor der Ehe erworbene Eigentum sowie die Gleichstellung von ehelichen und unehelichen Kindern aussprach. Am 18. November 1920 wurde der Beschluß der Volkskommissare für Gesundheitsschutz und für Justiz „Über den Gesundheitsschutz der Frauen" veröffentlicht, der die Schwangerschaftsunterbrechung legalisierte, wenn sie von ausgebildeten Ärzten in staatlichen Krankenhäusern durchgeführt wurde; sie war dann kostenlos auszuführen. Der Beschluß verstand sich auch als Maßnahme gegen die bislang heimlich von geldgierigen Quacksalbern vorgenommenen Abtreibungen, die oftmals zu schweren Erkrankungen und in etwa 4% der Fälle zum Tod der Frau geführt hatten. Die Entschließung hob die Notwendigkeit der Aufklärungsarbeit unter den Massen hervor, da die Schwangerschaftsunterbrechung nicht als die optimale Lösung des Problems anzusehen sei. – In der ersten Verfassung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) vom 10. Juli 1918 wurde die rechtliche Gleichstellung der Frau unterstrichen. Wahlberechtigt waren alle Frauen und Männer, die nicht zur Erzielung von Gewinn Lohnarbeit in Anspruch nahmen, als Privathändler lebten oder sich als Angehörige der zaristischen Polizei kompromittiert hatten. Der Kodex der Arbeitsgesetze vom Dezember 1918 sicherte den Frauen die gleichen Arbeitsrechte wie dem Mann

3) Zit. nach dem immer noch grundlegenden Buch von F. W. Halle, Die Frau in Sowjetrußland, Berlin/Wien/Leipzig 1932, S. 156. In einem Erlaß war es untersagt, Frauen in staatlichen Kanzleien oder Institutionen zu beschäftigen; vgl. V. E. Vavilina, Vysokoja sud'ba, Moskau (Profizdat) 1975. – Nach der Volkszählung von 1897 arbeiteten 55% der Frauen, die in einem Lohnverhältnis standen, als Hausgehilfin, 25 als Magd, 13 in Betrieben oder auf Baustellen und 4% in Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen; vgl. Narodnoe chozjajstvo SSSR v 1974 g., Moskau (Statistika) 1975, S. 87.

(besonders wichtig waren der Achtstundentag[4]) und die gleiche Entlohnung für gleiche Arbeitsleistung) und räumte bestimmte Vergünstigungen ein, wie die Arbeitsbefreiung 8 Wochen vor und 8 Wochen nach der Geburt unter Fortzahlung des vollen Arbeitslohns und Gewährung kostenloser ärztlicher Betreuung, Stillpausen, Verbot der Arbeit in besonders gesundheitsgefährdenden Produktionszweigen und zur Nachtzeit[5]).

Durch diese Dekrete wurde die gesetzliche Gleichberechtigung der Frau und gleichzeitig ein Niveau sozialer Sicherungen erreicht, das in zahlreichen anderen Ländern, auch wenn ihre Produktivkraftentwicklung weiter fortgeschritten war, noch nicht existierte. Aber die weitreichenden Veränderungen der Rechtsnormen bedeuteten noch keine faktische ökonomische, soziale und politische Gleichstellung, die nach Auffassung der Bolschewiki nur möglich war, wenn die Frauen von der abstumpfenden Mühsal der täglichen Hausarbeit durch deren „massenhafte Umgestaltung zur sozialistischen Großwirtschaft"[6]) befreit wären, wenn sie ihr Bildungsniveau erhöhen und in verstärktem Umfang an der gesellschaftlichen Produktion und der Leitung der öffentlichen Einrichtungen teilnehmen würden. Ohne die Mitarbeit der Arbeiterinnen und der Frauen des Dorfes könne es keine wesentlichen Fortschritte beim Aufbau des Sozialismus geben.

Tatsächlich hatten Teile des weiblichen Proletariats, dessen Anteil an der gesamten Arbeiterklasse im Verlauf des Weltkriegs beträchtlich angewachsen war[7]), während der Revolution von 1917 (die am 8. März, dem Internationalen Frauentag, durch Demonstrationen der Petrograder Arbeiterinnen für vermehrte Brotzuteilung und den Sturz der zaristischen Autokratie eingeleitet wurde) und des Bürgerkriegs, in der Produktion, beim Aufbau von Speisehallen, Kindergärten, Gesundheits- und Erziehungseinrichtungen, bei der Intensivierung der Arbeit der Gewerkschaften und der neuen Staatsorgane, bei der Unterstützung der Roten Armee und teilweise auch unmittelbar in den Kämpfen mit der Gegenrevolution eine außerordentliche Aktivität gezeigt, obwohl

4) Dekret über das Land: Sobranie uzakonenij i rasporjaženij rabočego i krest'janskogo pravitel'stva, Jg. 1917, Nr. 1, Art. 3; Einführung der Zivilehe: ebd., Nr. 11, Art. 160; Dekret über die Ehescheidung: ebd., Nr. 10, Art. 152; Zivilstandskodex: ebd., Jg. 1918, Nr. 76–77, Art. 818; Beschluß „Über den Gesundheitsschutz der Frauen": ebd., Jg. 1920, Nr. 90, Art. 471; Verfassung der RSFSR: ebd., Jg. 1918, Nr. 51, Art. 582; Kodex der Arbeitsgesetze: ebd., Jg. 1918, Nr. 87–88, Art. 905. Die wesentlichen Inhalte dieses Arbeitskodex sind in seine zweite Fassung vom 9. 11. 1922 eingegangen; vgl. Internationales Arbeitsamt, Gesetzesreihe Jg. 1922, Russ. I, S. 1–29. – Die am 27. Juni 1968 verabschiedeten, heute gültigen „Grundlagen für die Ehe- und Familiengesetzgebung der UdSSR und der Unionsrepubliken" sind wiedergegeben in: Familiengesetze sozialistischer Länder, Berlin (DDR) 1971, S. 12–29. – Die Bestimmungen über das Recht auf Schwangerschaftsunterbrechung von 1920 wurden 1936 durch ein Dekret außer Kraft gesetzt, das Abtreibungen nur noch aus medizinischen Gründen gestattete, worauf die Zahl der illegalen Eingriffe zunahm. 1955 erließ das Präsidium des Obersten Sowjets eine Verfügung, die dieses Dekret aufhob und somit den Rechtsstand von 1920 wiederherstellte. Zu Einzelheiten vgl.: Die Gleichberechtigung der Frauen in der UdSSR. Schriftmaterial des Internationalen Seminars in Moskau, 15. 9. – 1. 10. 1956, Moskau 1957, S. 216–225; W. Hofmann, Die Arbeitsverfassung der Sowjetunion, Berlin 1956, S. 74 ff.

5) Nach Angaben der Fabrikinspektion arbeitete 1913 fast die Hälfte der Industriearbeiter 12 Stunden pro Tag; während des Krieges wurde der Arbeitstag oftmals auf 15 und 16 Stunden verlängert; vgl. L. S. Gaponenko, Rabočij klass Rossii v 1917 godu, Moskau (Nauka) 1970, S. 200.

6) W. I. Lenin, Die große Initiative (1919), in: Ders., Werke, Bd. 29, Berlin (DDR) 1971, S. 419; vgl. ebenso die Artikel „Die Sowjetmacht und die Lage der Frau", „An die Arbeiterinnen" und „Zum internationalen Frauentag" (Werke, Bd. 30, S. 104–107, 362–363, 400–401) sowie „Der internationale Frauentag" (Bd. 32, S. 159–161).

7) In der metallverarbeitenden Industrie stieg der Anteil der Arbeiterinnen zwischen 1914 und 1917 von 7,0 auf 15,6%, in der Textilindustrie von 56,3 auf 65,0%, in der Lederindustrie von 17,7 auf 31,8%. Vor dem Krieg belief sich der Anteil der Arbeiterinnen in der der Fabrikinspektion unterstellten Großindustrie auf 31,1% und Anfang 1917 auf 40,1%; siehe E. G. Gimpel'son, Sovetskij rabočij klass 1918–1920 gg., Moskau (Nauka) 1974, S. 96–97, und auch L. S. Gaponenko, a.a.O., S. 83.

die Lebensbedingungen in den Zentren der Revolution sehr schwer waren[8]). Aber nach wie vor war nur ein relativ kleiner Teil der Frauen in die gesellschaftliche Produktion einbezogen; es existierte ein erheblicher Rückstand gegenüber dem Bildungsniveau und dem politischen Organisationsgrad der männlichen Bevölkerung.

Im Jahr 1922 waren ein Viertel aller Arbeiter und Angestellten Frauen. Sie konzentrierten sich – wie bereits vor der Revolution – im wesentlichen auf die Textil-, Lebensmittel-, Papier- und Chemieindustrie. Bis 1926 sank der Frauenanteil an der Gesamtzahl der Arbeiter und Angestellten auf 23%, da angesichts der geringeren beruflichen Qualifikation der Frauen und der verbreiteten Arbeitslosigkeit (die vor allem eine Folge der „überschüssigen" Bevölkerung des Dorfes war, die hier keine Beschäftigung fand und in die Städte abzog) in Industrie und Verwaltung in erster Linie Männer eingestellt wurden[9]). Unter den 1,07 Mio. Arbeitslosen, die am 1. Oktober 1926 registriert waren, gab es 48,5% Frauen[10]), die erst im Verlauf des ersten Fünfjahrplans in die Volkswirtschaft eingegliedert werden konnten. Die erwerbstätigen Frauen besaßen eine kürzere Berufserfahrung und geringere Qualifikation als die Männer. Nach der Berufszählung in Moskau 1920 betrug der durchschnittliche Qualifikationsgrad der Männer innerhalb einer achtstufigen Skala 6,13, der Frauen 4,25[11]).

Von der Last des Analphabetentums waren Frauen bedeutend stärker betroffen als Männer. Nach der Volkszählung von 1926 konnten von 100 Männern im Alter von 9 bis 49 Jahren 71,5 lesen und schreiben – von 100 Frauen aber nur 42,7 (in den Städten waren es 73,9, auf dem Lande 35,4). Hinter diesen Zahlen verbargen sich erhebliche regionale Unterschiede. In der RSFSR konnten von 100 Frauen dieser Altersstufe 46,4 lesen und schreiben, in der Ukraine 47,2, in Grusinien 44,6, in Turkmenistan aber nur 8,8, in Usbekistan 7,3 und in Tadžikistan 0,9[12]). Obwohl bereits in den ersten Jahren nach der Revolution erhebliche Anstrengungen unternommen wurden, um Mädchen und Jungen in der Schule dieselbe Ausbildung zu vermitteln, gelang es zunächst nicht, den Abgang der Mädchen in den höheren Klassen aufzuhalten. Besonders in den Landschulen sank ihr Anteil bei den Schulkindern über 11 Jahre beträchtlich, da die Eltern eine weitergehende Bildung ihrer Töchter für unnötig hielten. In den städtischen Schulen der UdSSR betrug Ende der

8) Einzelheiten bei F. W. Halle, a.a.O., S. 145 ff. und in den gesammelten Aufsätzen und Reden von A. M. Kollontaj: Izbrannye stat'i i reči, Moskau 1972; von dieser Autorin ist auch eine Schallplatte mit Reden aus dem Jahre 1919 erschienen. – Bereits in der Revolution von 1905 waren 25 Arbeiterinnen in den ersten Sowjet der Stadt Ivanovo-Voznesensk als Deputierte gewählt worden; vgl. Socialističeskij trud, Jg. 1975, Nr. 12, S. 48. – Lenin äußerte sich 1920 gegenüber Clara Zetkin: „In Petrograd, hier in Moskau, in Städten und Industriezentren draußen im Lande haben sich die Proletarierinnen in der Revolution prächtig gehalten. Ohne sie hätten wir nicht gesiegt, oder auch kaum gesiegt. Das ist meine Meinung. Stellen sie sich all die Leiden und Entbehrungen vor, die sie tragen. Und doch halten sie aus, weil sie die Sowjets behaupten wollen, weil sie die Freiheit, den Kommunismus wollen." C. Zetkin, Erinnerungen an Lenin, Berlin (DDR) 1961, S. 60.

9) Ženščiny v SSSR. Statističeskij sbornik, Moskau (Statistika) 1975, S. 27; E. G. Gimpel'son, a.a.O., S. 94–100; Trud v SSSR. Spravočnik 1926–1930, Moskau 1930, S. 10.

10) Trud v SSSR, a.a.O., S. 36.

11) S. G. Strumilin, Izbrannye proizvedenija v pjati tomach, t. 1, Moskau 1963, S. 254.

12) Narodnoe chozjajstvo SSSR 1922–1972 gg., Moskau (Statistika) 1972, S. 35, 500, 516, 544, 569, 669 und passim.

20er Jahre der Anteil der Mädchen an den 14jährigen Schülern 40%, in den Dorfschulen nur mehr 19,5%[13]).

Auch die gesellschaftliche und politische Aktivität der Frauen war vielerorts weniger entwickelt als die der Männer. In den Gewerkschaften waren die Frauen entsprechend ihrem Anteil an der Gesamtzahl der Arbeiter und Angestellten repräsentiert: von den 10,4 Mio. Gewerkschaftsmitgliedern im Jahr 1927 waren 2,7 Mio. (26%) Frauen[14]). In der Kommunistischen Partei gab es 1920 jedoch nur 7,5% und zehn Jahre später 13,1% Frauen. Nach der Parteizählung von 1922 entfielen auf je 1000 männliche Stadtbewohner 29,8 Kommunisten, auf je 1000 weibliche Stadtbewohner 2,93 Kommunistinnen (in der Stadt Moskau betrugen die entsprechenden Daten 49,7 und 8,4); auf dem Lande entfielen auf je 1000 Männer 3,79 Kommunisten, auf je 1000 Frauen 0,17 Kommunistinnen. Auf 1000 Industriearbeiter kamen 42 und auf 1000 Industriearbeiterinnen 17 Mitglieder der Kommunistischen Partei (das Qualifikationsniveau der Kommunistinnen lag über dem der weiblichen, aber unter dem der männlichen Industriearbeiter)[15]). Ende der 20er Jahre waren 14,8% der männlichen und 6,4% der weiblichen Industriearbeiter in der Partei; dieser Anteil war in den Industriezentren bedeutend höher und betrug beispielsweise in der Leningrader metallverarbeitenden Industrie bei Arbeitern 24,7 und bei Arbeiterinnen 23,8%[16]).

In den Sowjets der Gouvernementsstädte gab es 1924 14 und 1925 21,6% Frauen, in den Sowjets der Kreisstädte 12,3 bzw. 16,5%[17]). In den Dorfsowjets stieg der Anteil der Frauen von 1% (1922) auf 2,1 (1923) und 8,6% (1924/25), in den Exekutivkomitees der ländlichen Amtsbezirke in demselben Zeitraum von 0,3 auf 0,5 und 6,8%[18]). In den unteren Leitungsorganen der Landwirtschaftsgenossenschaften waren Frauen zum 1. Oktober 1927 mit 1,1% vertreten[19]). Zu der traditionellen russischen Dorfversammlung (schod), auf der Fragen der Landverteilung, der Fruchtfolge, des Wegebaus usw. entschieden wurden, hatte die Frau keinen Zutritt; war der Familienvorstand abwesend, ging nicht die Bauersfrau, sondern der Sohn auf die Versammlung, auch wenn er erst 13 oder 14 Jahre alt war[20]). Dabei war die Arbeitsbelastung der Frau im Dorf durch die Summierung von Produktions- und Haushaltsarbeit größer als

13) U. Zänker, Industrialisierung und Qualifizierung. Produktivkraftentwicklung und schulische Qualifizierung am Beispiel der UdSSR (1927–1930), Marburg 1976, S. 291–292. Vgl. auch die Rede des Volkskommissars für das Volksbildungswesen vom Oktober 1927 über die „Bildung und die gesellschaftlich tätige Frau": „In keinem Land der Welt gibt es einen so großen Unterschied in der Lese- und Schreibkundigkeit zwischen Männern und Frauen, obwohl wir die Frauen schneller unterrichten als die Männer." A. W. Lunatscharski, Über die Volksbildung, Köln 1973, S. 146.
14) Trud v SSSR, a.a.O., S. 65. In den gewerkschaftlichen Leitungsgremien waren die Frauen weniger stark repräsentiert; so waren auf dem IV. Gewerkschaftskongreß 1921 nur 5,5% der Delegierten Frauen. Soviet Women. Some Aspects of the Status of Women in the USSR, Moskau (Progress) 1975, S. 53.
15) S. G. Strumilin, a.a.O., S. 232, 234, 247, 254.
16) Trud v SSSR, a.a.O., S. 34.
17) C. Zetkin, Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. III, Berlin (DDR) 1960, S. 301; etwas abweichende Angaben in dem Band Soviet Women, a.a.O., S. 46 und 60.
18) Sel'sovety i volispolkomy, Moskau/Leningrad 1925, S. 48.
19) Vsja kooperacija SSSR, Moskau 1928, S. 315.
20) A. M. Bol'šakov, Sovetskaja derevnja (1917–1925 gg.), Leningrad 1925, S. 167; vgl. auch E. H. Carr/R. W. Davies, Foundations of a Planned Economy 1926–1929, Vol. 1, Harmondsworth 1974, S. 112 ff.; Y. Taniuchi, The Village Gathering in Russia in the Mid-1920's, Birmingham 1968.

die des Bauern. Zeitbudgetuntersuchungen sowjetischer Statistiker versuchten, diese Überbelastung zahlenmäßig zu erfassen[21]):

Zeitbudgets russischer Bauern (1923)

	Zeitverausgabung in Stunden pro Jahr	
	Bauer	*Bäuerin*
Arbeit	*3234*	*4342*
davon:		
Produktionsarbeit	*2256*	*1926*
Hausarbeit	*622*	*2279*
Wege zur Arbeit, zum Markt, zu Ämtern	*356*	*137*
Erholung	*2590*	*1637*
davon:		
Nichtstun, nichteingeteilte Zeit	*1668*	*627*
Essen	*516*	*576*
Vergnügen, Zerstreuung	*285*	*261*
Religion	*121*	*173*
Schlaf	*2936*	*2781*
Insgesamt	*8760*	*8760*

Auf dem Lande, wo in den 20er Jahren immer noch vier Fünftel der Bevölkerung der UdSSR lebten und die mit altertümlichen Produktionsinstrumenten ausgestattete bäuerliche Kleinwirtschaft dominierte, hatte die Revolution noch keinen Umschwung in den patriarchalischen Lebensverhältnissen bewirkt. Die im Dorf verbreiteten Sprichwörter („Lange Haare, kurzer Sinn"; „Ein Huhn ist kein Vogel, ein Weib ist kein Mensch"; „Nie krähe die Henne wie der Hahn, nie befehl' das Weib dem Ehemann"; „Schlag die Frau, dann wird die Suppe besser" usw.) umrissen den Platz, den die traditionale Gesellschaft der Frau zuwies[22]).

Schwerer noch als in den russischen Gebieten war die Lage der weiblichen Bevölkerung in den orientalischen Landesteilen Zentralsiens, wo auch nach der Revolution die Frauen in Häusern eingesperrt waren, die zur Straße hin fensterlos waren, der Prügelstrafe unterzogen wurden und sich nur mit Erlaubnis des Mannes und verschleiert in der Öffentlichkeit zeigen durften. Die Geburt einer Tochter wurde nicht selten als Strafe Gottes angesehen; Frauen hatten teilweise eine besondere Kleidung zu tragen, die ihre Gesundheit zer-

21) A. M. Bol'šakov, a.a.O., S. 166. Untersucht wurden die Zeitbudgets von 228 Personen in 5 Kreisen des Gouvernements Voronež. Weitere Zeitbudgetanalysen von Arbeitern, Angestellten und Bauern aus der ersten Hälfte der 20er Jahre finden sich bei S. G. Strumilin, a.a.O., t. 3, S. 167–249.
22) A. M. Bol'šakov, a.a.O., S. 165 ff.; F. W. Halle, a.a.O., S. 39–40; Die Gleichberechtigung der Frauen in der UdSSR, a.a.O., S. 34 und 57.

störte, und wurden nach ihrem Tod in eine tiefere Grube gelegt als der Mann, weil sie nicht als gleichrangig angesehen wurden. Schon im Alter von 9 Jahren wurden Mädchen an einen ihnen unbekannten Mann gegen ein Brautgeld (kalym) verkauft, worauf sie dessen Eigentum wurden, über das er frei verfügen konnte. Versuchte die Frau, aus diesen in Jahrhunderten verfestigten Verhältnissen auszubrechen, indem sie sich gegen die Polygamie wandte, die Scheidung einreichte, unverschleiert auf die Straße ging oder sich der Gewerkschaft anschloß, wurde sie nicht selten verfolgt; allein in Usbekistan wurden 1928 203 Frauen aus solchen Gründen erschlagen[23]).

So konnte die gesellschaftliche Gleichstellung der Frau nur in einem längerfristigen Prozeß durchgesetzt werden, wobei erhebliche Widerstände (teilweise auch bei rückständigeren Schichten der weiblichen Bevölkerung selbst) zu überwinden waren. Nachdem Mitte der 20er Jahre die durch Weltkrieg, Intervention und Bürgerkrieg tiefgehend zerrüttete Wirtschaft sich wieder konsolidiert hatte, konnten in größerem Umfang Mittel für den Aufbau medizinischer und kultureller Einrichtungen bereitgestellt werden, mit deren Hilfe die Lage der Frau verbessert wurde. So wurde die Säuglingssterblichkeit (Zahl der Todesfälle von Kindern bis zu 1 Jahr je 1000 Lebendgeborenen) von 269 (1913) auf 174 (1926) gesenkt und die durchschnittliche Lebenserwartung der Frau von 33 (1896/97) auf 47 Jahre (1926/27) erhöht[24]). Bei Partei und Gewerkschaften wurden Frauenabteilungen eingerichtet, die ebenso wie die Arbeiter- und Bauernfakultäten, die Frauenklubs, Mütterberatungsstellen, Kindergärten, Kantinen und Lesehütten die Einbeziehung der Frau in die gesellschaftliche Produktion erleichtern sollten. In der wachsenden Beteiligung der Frau an der gesellschaftlichen Produktion sahen die Bolschewiki eine unabdingbare Voraussetzung für die Verbreiterung der sozialen Basis der Sowjetmacht durch eine zahlenmäßige Stärkung der Arbeiterklasse und für die Durchführung der zentralen Aufgabe der Übergangsperiode – der Industrialisierung, mit deren Hilfe wiederum die Mittel für die weitere Vergesellschaftung der herkömmlichen Haus- und Erziehungsarbeit gewonnen werden sollten. Bereits im ersten Fünfjahrplan verdoppelte sich die Zahl der weiblichen Arbeiter und Angestellten von 3,1 Mio. (1929) auf 6,7 Mio. (1933)[25]). In den dreißiger Jahren vergrößerte sich der weibliche Anteil an den Arbeitern und Angestellten von 27 (1929) auf 39% (1940), wobei auch mit schwerer körperlicher Arbeit verbundene Tätigkeiten in der Produktionsmittelindustrie und im Bausektor sowie ausgefallene und traditionelle „Männerberufe" – wie

23) Die Gleichberechtigung der Frauen in der UdSSR, a.a.O., S. 278 ff.; V. E. Vavilina, a.a.O.; Soviet Women, a.a.O., S. 167–169; G. J. Massell, The Surrogate Proletariat: Moslem Women and Revolutionary Strategies in Soviet Central Asia 1919–1929, Princeton (N.Y.) 1974; B. Pal'vanova, Oktjabr' i ženščiny Turkmenistana, Ašchabad (Turkmenistan) 1967; Istorija Sovetskogo Turkmenistana, Teil 1, Ašchabad 1970, S. 214 ff. – Im Januar 1927 belief sich der Anteil der Frauen an den Mitgliedern und Kandidaten der Kommunistischen Partei in der UdSSR auf 12,1%, in der RSFSR auf 14,1, in der Ukraine auf 11,5, in Usbekistan auf 7,6, in Turkmenistan auf 6,3 und im Transkaukasus auf 6,0%; berechnet nach: Itogi desjatiletija sovetskoj vlasti v cifrach (1917–1927), Moskau o. J., S. 19.

24) 1972 lag die Säuglingssterblichkeit bei 24,7 und die durchschnittliche Lebenserwartung der Frau in der UdSSR bei 74 J. Vestnik statistiki, Jg. 1976, Nr. 1, S. 95; Narodnoe chozjajstvo SSSR 1922–1972 gg., Moskau 1972, S. 40; Narodnoe chozjajstvo SSSR v 1974 g., Moskau 1975, S. 44.

25) S. L. Senjawski/W. B. Telpuchowski, Die Arbeiterklasse der UdSSR, Berlin (DDR) 1974, S. 114; A. I. Vdovin/V. Z. Drobižev, Rost rabočego klassa SSSR 1917–1940 gg., Moskau (Mysl') 1976, S. 128–139.

Sprengmeister, Lokomotivführer, Piloten, Metallurgen oder Geologen – vor allem von jüngeren Frauen erobert wurden[26]).

Um für die mittelasiatischen Regionen einen Stamm von Industriearbeiterinnen heranzubilden, wurde eine größere Zahl Frauen jener Regionen in Betrieben Zentralrußlands geschult. Während des Zweiten Weltkriegs, als diese Gebiete eine verstärkte wirtschaftliche Bedeutung erlangten, vergrößerte sich der weibliche Beschäftigtenanteil weiter. Im Zuge der Arbeitskräftemobilisierungen wuchs der Anteil der Frauen zwischen Anfang 1941 und Ende 1942 bei Dampfkesselheizern von 6 auf 27%, bei Schweißern von 17 auf 31%, bei Verladearbeitern von 17 auf 40%[27]). Sowohl in den Frontgebieten wie im Hinterland mußte die Produktion von den Frauen unter extrem schweren Arbeitsbedingungen und größten Entbehrungen aufrechterhalten werden.

Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Arbeiter und Angestellten verschiedener Wirtschaftsbereiche (in %)[28])

	1928	1940	1945	1950	1965	1975
Volkswirtschaft insgesamt	24	39	55	47	49	51,5
Industrie	26	38	51	46	46	49
Landwirtschaft	24	30	57	42	44	44
Bauwesen	6	24	32	32	29	29
Verkehrswesen	7	21	40	28	24	24
Handel, Kantinen, materiell-techn. Versorgung	19	44	69	57	72	76
Gesundheitswesen	63	76	85	84	86	84
Bildung	55	59	75	69	71	73
Wissenschaft	40	42	54	43	44	50
Staats-, Wirtschafts-, Genossenschaftsverwaltung	19	34	57	43	55	64

Im Zusammenhang mit der Umstellung der Wirtschaft auf Friedensproduktion und der Rückkehr der demobilisierten Soldaten in die Produktion, dem Ausscheiden von älteren Arbeiterinnen und von jungen Frauen, die nun weiterlernten, ging zwischen 1945 und 1950 der weibliche Beschäftigungsanteil in den meisten Branchen zurück, verblieb jedoch über dem Vorkriegsniveau[29]).

26) 1939 arbeiteten 60 000 Frauen als Dreher, 24 000 als Fräser, 40 000 als Schlosser, 14 000 als Werkzeugmacher, 30 000 als Presser; vgl. S. L. Senjawski, a.a.O., S. 253; und auch N. T. Dodge, Women in the Soviet Economy. Their Role in Economic, Scientific, and Technical Development, Baltimore 1966, S. 32 ff.
27) N. Voznesenskij, Voennaja ėkonomika SSSR v period otečestvennoj vojny, Moskau 1948, S. 111; Ju. A. Prichod'ko, Vosstanovlenie industrii (1942–1950), Moskau (Mysl') 1973.
28) Vestnik statistiki Jg. 1976, Nr. 1, S. 85; S. L. Senjawski, a.a.O., S. 252. Die absolute Zahl der weiblichen Arbeiter und Angestellten wuchs von 1,56 Mio. (1922) auf 2,79 Mio. (1928), 13,19 Mio. (1940), 15,92 Mio. (1945), 19,18 Mio. (1950), 37,68 Mio. (1965) und 52,65 Mio. (1975); Vestnik statistiki, ebd., S. 84. Vgl. auch: Die Arbeiterklasse der Sowjetunion, Frankfurt/M. 1976, „Marxismus-Digest", Nr. 27.
29) Der Einschnitt des Zweiten Weltkriegs in das Bevölkerungsgleichgewicht ist bis heute nicht überwunden: 1975 stellten die Frauen 53,6, die Männer 46,4 Prozent der Gesamtbevölkerung. Vestnik statistiki, Jg. 1976, Nr. 1, S. 80.

II

Nach Berechnungen des Internationalen Arbeitsamts[30]) ist die UdSSR gegenwärtig das Land mit dem höchsten Anteil der erwerbstätigen Frauen an der gesamten Erwerbsbevölkerung: er belief sich diesen Angaben zufolge 1975 auf 49,3% (die Vergleichszahlen lauten für Osteuropa 42,2, für Westeuropa 34,6, für Nordamerika 35,0, für Afrika 30,9, für Lateinamerika 19,6%). Die weibliche Erwerbsquote, der Anteil der berufstätigen Frauen an der Gesamtzahl der Frauen, betrug 1975 48,0% (gegenüber 44,2 Prozent in Polen, 31,6 Prozent in der BRD, 29,0% in Frankreich und Großbritannien, 27,9% in den USA). In der UdSSR betrug die weibliche Erwerbsquote für die Altersgruppe der 15–19jährigen 50,4, der 20–24jährigen 79, der 25–44jährigen 81,7, der 45–54jährigen 73,8, der 55–64jährigen 44,1 und der über 65jährigen 21,6%.

Im Jahr 1975 arbeiteten von den als Arbeiter und Angestellte tätigen sowjetischen Frauen 31,7% in der Industrie, 16,9% im Bildungs-, Kultur- und Wissenschaftsbereich, 12,8% im Handel und Gaststättenwesen, 9,3% im Gesundheitswesen[31]). 1973/74 waren 71% aller Lehrer allgemeinbildender Schulen, 28% aller Direktoren von Mittelschulen, 70% aller Ärzte, 65% aller Ökonomen, 33% aller Ingenieure und 38% aller Agronomen und Veterinäre Frauen; die Zahl der weiblichen Spezialisten mit höherer Bildung belief sich auf 4,6 Mio. und mit mittlerer Fachbildung auf 8 Mio.[32]). Nach einer Umfrage vom November 1973 stellen die Frauen in der sowjetischen Industrie 86% der Ökonomen, Planfachleute und Statistiker, 53 Prozent der Hauptbuchhalter, 49% der Ingenieure, 24% der Meister, 10% der Stellvertretenden Direktoren und Chefingenieure und 9% der Betriebsdirektoren[33]). Der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Industriearbeiter betrug 1974 48% (in der Konfektionsindustrie 86, der Textilindustrie 72, der Lebensmittelindustrie 58 und im Maschinenbau 42%). Der Anteil der Frauen an den Kolchosbauern ist von 59% (16,1 Mio.) im Jahr 1950 auf 49% (7,7 Mio.) 1974 zurückgegangen[34]). Während 1926 von allen arbeitenden Frauen 98,2% mit überwiegend körperlicher und nur 1,8% mit überwiegend geistiger Arbeit beschäftigt waren, hat sich diese Relation aufgrund der veränderten Inhalte industrieller Arbeit und des Ausbaus der Dienstleistungsbereiche im Jahr 1970 auf 67,9 zu 32,1 verändert[35]).

Die Arbeitsbedingungen für die weiblichen Arbeiter und Angestellten werden durch die unter Beteiligung der Gewerkschaften ausgearbeiteten „Grundlagen der Arbeitsgesetzgebung der UdSSR und der Unionsrepubli-

30) Vgl. zum folgenden: Internationales Arbeitsamt (Hrsg.), Internationale Arbeitskonferenz. 60. Tagung 1975. Bericht VIII: Chancengleichheit und Gleichbehandlung der berufstätigen Frau, Genf o. J., S. 4, 6, 8, 10 f. und passim.
31) Vestnik statistiki, Jg. 1976, Nr. 1, S. 86.
32) Ebd., S. 87–88; Ženščiny v SSSR, Moskau 1975, S. 78.
33) Ženščiny v SSSR, a.a.O., S. 80.
34) Ebd., S. 38 und 39.
35) Ebd., S. 27. Von den erwerbstätigen Männern waren 1970 77,5% vorwiegend mit körperlicher und 22,5% vorwiegend mit geistiger Arbeit beschäftigt. In den Städten waren 41,1% und auf dem Lande 17,7% der erwerbstätigen Frauen mit überwiegend geistiger Arbeit beschäftigt (die entsprechenden Angaben lauten für Männer 27,8 bzw. 14,1%). Itogi vsesojuznoj perepisi naselenija 1970 goda, Bd. VI, Moskau 1973, S. 6–7.

ken" vom 15. Juli 1970 geregelt[36]). Danach haben Frauen das gleiche Recht auf Arbeit, Entlohnung, Erholung und Sozialversicherung wie Männer. Besonders schwere und gesundheitsschädigende Arbeiten (z. B. untertage) sind unzulässig; Nachtarbeit ist nur in Ausnahmefällen und mit Zustimmung der Gewerkschaften erlaubt. Schwangere Frauen, stillende Mütter und Mütter mit Kindern bis zu 1 Jahr dürfen keine Arbeit zur Nachtzeit, keine Überstunden und keine Arbeit an freien Tagen verrichten oder Dienstreisen unternehmen; sie erhalten eine leichtere Arbeit zugewiesen, wobei der bisherige Durchschnittslohn fortgezahlt wird. Ohne ihre Einwilligung dürfen Frauen mit Kindern bis 8 Jahren keine Überstunden leisten oder Dienstreisen übernehmen. Für die Zeit des Schwangerschafts- und Mutterschaftsurlaubs (jeweils 56 Tage vor und nach der Entbindung) wird der bisherige Lohn aus der staatlichen Sozialversicherung weitergezahlt. Berufstätige Frauen mit Kindern bis zu 1 Jahr erhalten zusätzlich Stillpausen, die als Arbeitszeit gelten und entsprechend entlohnt werden. Auf Antrag wird ein zusätzlicher unbezahlter Urlaub gewährt, bis das Kind ein Alter von 1 Jahr erreicht hat, wobei der Frau der Arbeitsplatz erhalten bleibt; es ist geplant, einen Teil des Lohnes während dieses Jahres weiterzuzahlen[37]). Untersagt ist, Frauen aus Gründen, die mit der Schwangerschaft oder dem Stillen des Kindes zusammenhängen, nicht einzustellen, niedriger zu entlohnen oder zu entlassen. Werden Kinder unter 14 Jahren krank, erhält die Mutter (oder der Vater) einen bezahlten Urlaub (7 bis 10 Tage) zu ihrer Pflege. Frauen erhalten Altersrenten mit 55 Jahren und 20 Dienstjahren (Männer mit 60 Jahren und 25 Dienstjahren), in einigen Fällen (wenn schwere körperliche Arbeit geleistet worden ist oder mehrere Kinder großgezogen worden sind) 5 bis 10 Jahre früher. Die Beiträge für die – von den Gewerkschaften verwaltete – staatliche Renten- und Sozialversicherung werden nicht vom Lohn abgezogen, sondern vom Betrieb abgeführt.

Das Bildungsniveau der Frauen konnte seit den Anfangsjahren der Sowjetmacht wesentlich gehoben werden. Das Analphabetenproblem ist auch auf dem Lande und in den orientalischen Gebieten gelöst worden. Der formale Bildungsstand der weiblichen Beschäftigten unterscheidet sich nicht mehr von dem der männlichen. Auf 1000 Beschäftigte entfielen 1975 750 Männer und 752 Frauen mit höherer und mittlerer Bildung[38]) (s. Tab. S. 206).

Größer als der Bildungsabstand zwischen Männern und Frauen ist der zwischen Frauen in der Stadt und auf dem Land und Frauen, die mit körperlicher oder geistiger Arbeit beschäftigt sind. 1975 verfügten von 1000 weiblichen

36) Vgl. G. Meyer (Hrsg.), Das politische und gesellschaftliche System der UdSSR. Ein Quellenband, Köln 1976, S. 201–248, bes. S. 230–232; Spravočnik profsojuznogo rabotnika, Moskau (Profizdat) 1976, S. 114–117. – In der UdSSR führen 440 Institutionen Forschungen auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes durch, über 50 von ihnen arbeiten Maßnahmen zur Gesunderhaltung der berufstätigen Frau aus. Auch die Gewerkschaften leiten eigene Arbeitsschutzinstitute. – Zu den Personen, die 5 Jahre früher Altersrenten beziehen können, gehören u. a. Telefonistinnen und Textilarbeiterinnen; Ärzte bestimmter Fachrichtungen, Apparatefahrer der Chemieindustrie und einige andere Berufsgruppen beziehen 10 Jahre früher Renten. Es ist den Rentnern freigestellt, auch nach Erreichen dieser Altersgrenzen weiterzuarbeiten. – Die Leistungsnormen für Frauen, die in der Landwirtschaft als Traktoristinnen oder Führerinnen von Mähdreschern arbeiten, sind um 10% reduziert. Vgl. weitere Einzelheiten zur Berufstätigkeit der Frau in der Schrift der Sekretärin des Zentralsowjets der Gewerkschaften der UdSSR A. Birjukowa, Die werktätige Frau in der UdSSR, Moskau (Profizdat) 1975.

37) M.-E. Ruban, Die Hebung des Lebensstandards, in: Osteuropa, Jg. 1976, Nr. 8/9, S. 719–726, hier S. 726; Pravda v. 26. 10. 1976, S. 1.

38) Ženščiny v SSSR, Moskau 1975, S. 61.

Stadtbewohnern über 10 Jahre 642 über eine höhere oder (vollständige oder unvollständige) mittlere Bildung, wohingegen es auf dem Lande nur 321 waren; in dieser Differenz findet die kürzere Schulzeit besonders der älteren Landfrauen ihren Niederschlag[39]). Von 1000 vorwiegend mit körperlicher Arbeit beschäftigten Frauen besaßen nach der Volkszählung des Jahres 1970 504 eine höhere oder mittlere Bildung, während es bei den überwiegend mit geistiger Arbeit beschäftigten Frauen 962 waren[40]).

Auf 100 Beschäftigte entfielen Personen mit	*höherer Bildung*		*vollständiger oder unvollständiger mittlerer Bildung (Schulbildung von 8 bis 10 Kl.)*	
	Männer	*Frauen*	*Männer*	*Frauen*
1939	*16*	*9*	*120*	*95*
1959	*34*	*32*	*400*	*399*
1970	*68*	*62*	*586*	*589*
1975	*88*	*80*	*662*	*672*

Der Prozentsatz der Frauen an den Hochschulstudenten[41]) ist von 28 (1927/28) auf 50 (1974/75) gestiegen. Er betrug 1974/75 bei den Landwirtschaftlichen Hochschulen 32, den Hochschulen für Industrie, Bauwesen und Transportwesen 40, den Hochschulen für Medizin und Körperkultur 57, den Hochschulen für Ökonomie und Recht 62 und den Hochschulen für Erziehung, Kunst und Kinematographie 68%. Von den Aspiranten (examinierten Studenten, die an Kandidatendissertationen arbeiten) waren 1974 27,9% Frauen, von den Kandidaten der Wissenschaften 27%, den Doktoren der Wissenschaften 13,9%, den Wissenschaftlichen Assistenten 49,4%, den Dozenten 22,3%, schließlich von den Professoren, Mitgliedern und Korrespondierenden Mitgliedern von Akademien 10,2%. Im Jahr 1974 betrug der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Wissenschaftler der UdSSR 39,7% (gegenüber etwa 16% in England, 9% in Frankreich und 5% in den USA).

Nach Zeitbudgetuntersuchungen, die in der zweiten Hälfte der 60er Jahre in verschiedenen Ländern vorgenommen wurden, hat ein relativ großer Teil der sowjetischen Frauen neben der Berufstätigkeit in Fern- oder Abendstudien seine Qualifikation erhöht und hierfür erhebliche Zeit aufgewendet. Die entsprechenden Zeitaufwendungen waren geringer als bei sowjetischen Männern, aber höher als bei Männern und Frauen anderer Länder[42])(s. Tab. S. 207).

Auch die Zeitaufwendungen sowjetischer Frauen und Männer für den Besuch von Theatern, Kinos und Museen sowie für die Lektüre war diesen Untersu-

39) Ebd., S. 60.
40) Ebd., S. 57.
41) Zum folgenden: ebd., S. 69, 81, 84; Narodnoe chozjajstvo SSSR v 1974 g., Moskau 1975, S. 143, 144, 699; Vestnik statistiki, Jg. 1976, Nr. 1, S. 90; M. N. Rutkevič, Die Frau in der Wissenschaft, in: Sowjetfrau, Jg. 1976, Nr. 10, S. 12.
42) N. P. Piščulin, Proizvodstvennyj kollektiv, čelovek i svobodnoe vremja, Moskau (Profizdat) 1976, S. 112. Siehe auch: V. D. Patrušev, Das Zeitbudget der städtischen Bevölkerung in sozialistischen und kapitalistischen Ländern, in: R. Ahlberg (Hrsg.), Soziologie in der Sowjetunion, Freiburg 1969, S. 199–213; V. D. Patrušev, Socio-economic Problems of Spare Time under Socialism, in: Soviet Sociological Association (Hrsg.), Sociology and the Present Age, Moskau 1974, S. 185–206.

chungen zufolge größer als in anderen Ländern. Nach Erhebungen sowjetischer Soziologen lasen Ende der 60er Jahre 77,2% der Frauen (86,8% der Männer) regelmäßig Tageszeitungen; 65,9% der Frauen (73,8% der Männer) lasen mehrmals in der Woche Bücher; 64% der Frauen (70% der Männer) besuchten regelmäßig Theater, Kinos und Museen. Über die Hälfte der Besucher von Volkshochschulen waren Frauen[43]).

Anteil der Personen, die ihre allgemeine und berufl. Bildung erhöhten

Städte (Länder)	*Zeitverausgabung in % zur Zahl der Untersuchten*		*Zeitverausgabung in Stunden pro Woche*	
	Männer	*Frauen*	*Männer*	*Frauen*
Pskov (UdSSR)	*26,0*	*12,6*	*4,9*	*3,5*
Kazanlyk (Bulgarien)	*5,3*	*3,4*	*1,4*	*0,7*
Györ (Ungarn)	*12,2*	*6,8*	*2,8*	*1,4*
Toruń (Polen)	*12,8*	*9,9*	*2,8*	*2,1*
Maribor (Jugoslawien)	*8,3*	*4,9*	*1,4*	*0,7*
Jackson (USA)	*4,7*	*3,4*	*0,7*	*0,7*
Osnabrück (BRD)	*3,8*	*3,7*	*0,7*	*0,7*
Frankreich (6 Städte)	*6,2*	*4,9*	*0,7*	*0,7*
Belgien (nation. Durchschn.)	*3,4*	*3,7*	*0,7*	*0,7*

Die Mitarbeit der Frauen in gesellschaftlichen und politischen Organisationen ist, nach den verfügbaren statistischen Unterlagen zu urteilen, in der vergangenen Zeit größer geworden. Fast jede Arbeiterin und Angestellte ist Mitglied der Gewerkschaft. In die Fabrik-, Betriebs- und Ortskomitees der Gewerkschaft sind 1975 2,5 Mio. Frauen (58,5% der Gesamtzahl) gewählt worden, bei den entsprechenden Revisionskommissionen waren es 1,3 Mio. (70,3%). In das oberste Gewerkschaftsorgan, den Zentralsowjet der Gewerkschaften der UdSSR, sind 171 Frauen (34,6% der Gesamtzahl) als Mitglieder oder Kandidaten gewählt worden; die Zentrale Revisionskommission setzt sich zu einem Drittel aus Frauen zusammen. In die Zentralkomitees und die obersten Revisionskommissionen der Einzelgewerkschaften sind 1975 1804 Frauen (44,8%) gewählt worden. In der von den Gewerkschaften geleiteten Unionsgesellschaft der Erfinder und Rationalisatoren waren 1964 0,5 Mio. Frauen (17%) und 1973 1,4 Mio. (21%) tätig[44]). Es sind offensichtlich besonders Frauen mit einem mittleren und höheren Bildungsniveau, die sich an dieser Form der gesellschaftlichen Aktivität beteiligen.

In die örtlichen Sowjets wurden bei den Wahlen des Jahres 1975 1,06 Mio. Frauen (48% der Gesamtzahl der Deputierten) gewählt; bei den Wahlen zu den Obersten Sowjets der Unionsrepubliken waren es 1975 2158 Frauen (35%) und den Wahlen zum Obersten Sowjet der UdSSR 1974 475 Frauen (31% der Deputierten)[45]). In der Kommunistischen Partei sind gegenwärtig

43) Soviet Women, a.a.O., S. 128–133.
44) Ženščiny v SSSR, a.a.O., S. 49–50; Profsojuzy SSSR, Bd. 5, Moskau (Profizdat) 1974, S. 199.
45) Vestnik statistiki, Jg. 1976, Nr. 1, S. 83.

knapp ein Viertel, im Kommunistischen Jugendverband etwas über die Hälfte der Mitglieder Frauen[46]):

Mitgliedschaft in der KPdSU und im Komsomol

	Kommunistinnen		*Mädchen im Komsomol*	
	Absolut	*%*	*Absolut*	*%*
1920	*45 297*	*7,4*	*38 915*	*15,0*
1940	*490 844*	*14,4*	*3,37 Mio.*	*32,9*
1960	*1,69 Mio.*	*19,4*	*8,05 Mio.*	*44,2*
1975	*3,65 Mio.*	*23,8*	*17,60 Mio.*	*52,1*

Der Anteil der Frauen an den Neuaufnahmen (Kandidaten) der KPdSU hat sich von 25,7% im Durchschnitt der Jahre 1966–1970 auf 29,5% 1971–1975 erhöht[47]). Auf dem XXV. Parteitag der KPdSU vom Februar/März 1976 waren ein Viertel der Delegierten Frauen. In den von diesem Kongreß gewählten Leitungsgremien waren sie jedoch in weitaus geringerem Umfang repräsentiert: 15,3% der Mitglieder der Zentralen Revisionskommission, 4,3% der Kandidaten und 2,8% der Mitglieder des Zentralkomitees waren Frauen. Unter den 22 Mitgliedern und Kandidaten des Politbüros und den 11 Sekretären des Zentralkomitees waren Frauen nicht vertreten[48]).

Der große Abstand in den Lebensverhältnissen der zentralasiatischen Republiken zum russischen Gebiet hat sich im Zuge der beschleunigten wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung jener Territorien bedeutend verringert, ist aber noch nicht beseitigt[49]). 1970 besaßen von jeweils 1000 Russinnen im Alter von über 10 Jahren 487 eine höhere oder – vollständige oder unvollständige – mittlere Bildung (die Vergleichszahl von 1939 lautete: 99), während von 1000 Turkmeninnen 378 (1939: 4) diesen Bildungsstand erreicht hatten. Von 1000 weiblichen Beschäftigten hatten 1975 in der RSFSR 86 eine höhere Bildung, in Usbekistan 69 und in Turkmenistan 50. 1973 bezifferte sich in der UdSSR der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der in der Volkswirtschaft beschäftigten Spezialisten auf 52% (in Estland und Lettland sogar auf 57, in der RSFSR auf 55%), aber in Turkmenistan nur auf 37%, in Azerbajdžan auf 36%. Die regionalen Bildungsdifferenzen werden sich perspektivisch verringern, wenn sich der allgemeine Übergang zur zehnklassigen Mittelschulbildung auswirkt. Bereits 1974/75 lag der Anteil der Mädchen in den Klassen 9 und 10 der allgemeinbildenden Schulen in keiner der 15 Unionsrepubliken unter 50%.

Der Anteil der Frauen an der Zahl der Volksrichter belief sich Anfang 1975 im Unionsdurchschnitt auf 32,5%, in Estland auf 57,1%, in Usbekistan hingegen nur auf 19,8%, in Grusinien auf 16,0, in Azerbajdžan auf 14,6 und in Armenien auf 11,4%. Der Prozentsatz von weiblichen Beisitzern zu Volksgerichten be-

46) Ženščiny v SSSR, a.a.O., S. 51. – Am 1. Januar 1976 waren 24,3% der Parteimitglieder Frauen.
47) Osteuropa, Jg. 1976, Nr. 8/9, S. 635–636.
48) Ebd., S. 626–631; XXV. Parteitag der KPdSU. Dokumente und Resolutionen, Moskau (APN) 1976, S. 295–296. Vgl. auch G. W. Lapidus, Zur Rolle der Frau in der sowjetischen politischen Elite, in: Osteuropa, Jg. 1976, Nr. 7, S. 513–527.
49) Die folgenden Daten sind dem Band Ženščiny v SSSR, a.a.O., S. 63–75, entnommen.

trug im Unionsmaßstab 50,7 und lag in keiner der Einzelrepubliken unter 36[50]). Auch unterschritt der Anteil der Frauen an den Deputierten lokaler Sowjets in keiner Republik 44% und an den Deputierten der Obersten Sowjets der Unionsrepubliken nirgendwo 34%[51]).

In den Republiken Zentralasiens – und teilweise auch Transkaukasiens – existieren aufgrund des niedrigeren sozialökonomischen und kulturellen Ausgangsniveaus und der Überreste traditioneller Anschauungen über die soziale Rolle der Frau größere Hindernisse für die Durchsetzung ihrer gesellschaftlichen Gleichberechtigung als etwa in den russischen oder baltischen Gebieten. In diesem Zusammenhang spielt auch der Umstand eine Rolle, daß die Familien (und dementsprechend die Belastungen der Frau) in Mittelasien größer sind als im Gesamtdurchschnitt: eine Familie umfaßte 1970 in der RSFSR durchschnittlich 3,5 Personen, in Usbekistan aber 5,3 und in Tadžikistan 5,4 Personen[52]). In diesen Republiken stellen die Frauen auch einen geringeren Anteil an der Gesamtzahl der Arbeiter und Angestellten als im Gesamtdurchschnitt[53]):

Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Arbeiter und Angestellten 1974

	Anzahl der Geburten	
	in %	*pro 1000 Einwohner 1974*
UdSSR	*51*	*18,0*
Rußland (RSFSR)	*53*	*15,6*
Ukraine	*52*	*15,1*
Lettland	*54*	*14,2*
Usbekistan	*42*	*34,2*
Turkmenistan	*40*	*34,3*
Tadžikistan	*39*	*37,0*

Nach der Volkszählung von 1970 hatten in der UdSSR Frauen mit einem geringeren Bildungsstand mehr Kinder als solche mit einem höheren; Kolchosbäuerinnen hatten eine größere Familie als Arbeiterinnen, diese eine größere als Angestellte[54]).

Aus diesen Angaben wird deutlich, daß die Rolle der Frau als Mutter und Hausfrau noch in einem gewissen Widerspruch zur Berufstätigkeit und zum Bildungserwerb steht. Wenn – was die Regel ist – Berufstätigkeit und Hausarbeit kombiniert werden, führt dies oft zu einer Mehrbelastung der Frau, die nach der Arbeit im Betrieb, besonders wenn sie eine größere Familie hat, noch eine „zweite Schicht" zu Hause absolvieren muß, wodurch ihre freie Zeit zum Teil empfindlich eingeschränkt wird. Zahlreiche Zeitbudgetuntersuchungen haben aufgewiesen, daß die Männer in der UdSSR über einen deutlich größeren Fonds an disponibler Zeit verfügen, den sie für aktive oder passive Erho-

50) Ebd., S. 48.
51) Ebd., S. 46.
52) Ebd., S. 90–91. In den Städten der RSFSR hatten 0,3% der Familien 5 und mehr Kinder, in den Dörfern Azerbajdžans besaßen 36,2% diese Kinderzahl (ebd., S. 92–93). Vgl. auch V. A. Belova, Čislo detej v sem'e, Moskau (Statistika) 1975.
53) Ženščiny v SSSR, a.a.O., S. 35; Narodnoe chozjajstvo SSSR v 1974 g., Moskau 1975, S. 46–47.
54) Vgl. die Angaben in dem Band „Das politische und gesellschaftliche System der UdSSR", a.a.O., S. 372.

lung, für Weiterbildung oder für gesellschaftliche und politische Aktivität verwenden können. Eine zwischen 1965 und 1968 von L. Gordon und E. Klopow vorgenommene Analyse von Zeitbudgets in Arbeiterfamilien verschiedener russischer und ukrainischer Industriezentren ergab folgende quantitative und qualitative Differenzen in der Zeitverausgabung[55]):

Zeitaufwendungen der befragten Arbeiter (in Stunden und Minuten pro Woche)

Tätigkeitsarten	*Frauen*	*Männer*
Arbeit in der gesellschaftlichen Produktion	*39,40*	*40,10*
Unmittelbar mit der Produktion zusammenhängende Tätigkeit	*9,50*	*13,00*
Arbeit im Haushalt	*27,20*	*11,40*
Betreuung und Erziehung der Kinder	*5,50*	*6,00*
Umgang außerhalb der Familie mit anderen Menschen	*3,50*	*6,30*
Tägliche Teilnahme am geistig-kulturellen Leben	*11,50*	*19,50*
Schlaf, Mahlzeiten, Körperpflege, passive Erholung	*60,30*	*66,30*
Sonstiges	*9,10*	*4,20*
Zusammen	*168,00*	*168,00*

Die durchschnittlich für Hausarbeiten verwandte Zeit betrug somit bei Frauen mehr als das Doppelte als bei Männern.

In der UdSSR werden jährlich über 100 Mrd. Arbeitsstunden für Hausarbeit verausgabt (dies entspricht dem Arbeitszeitfonds von annähernd 40 Mio. Menschen), von denen der größere Teil auf die Frauen entfällt[56]). Zwar beträgt das für die Haushaltsarbeit verwendete Zeitvolumen in einer Arbeiterfamilie im Wochendurchschnitt nur mehr 45 bis 50 Stunden gegenüber 80 bis 90 Stunden in den 20er Jahren (ein solcher Umfang der Hausarbeit konnte damals nur dadurch bewältigt werden, daß die meisten Frauen in Arbeiterfamilien nicht an der gesellschaftlichen Produktion teilnahmen), aber auch dieser Anteil muß immer noch als zu hoch angesehen werden, da er etwa die Hälfte der Zeit umfaßt, die nach der Arbeit im Betrieb und der Befriedigung physiologischer Grundbedürfnisse wie Schlaf, Mahlzeiteinnahme usw. verbleibt und zudem ungleich zwischen den Geschlechtern verteilt ist[57]). Die Mehrbelastung durch die Haushaltsarbeit und Kindererziehung behindert die Weiterqualifikation der Frau, die in der Sowjetunion beim Eintritt in das Berufsleben noch über mindestens die gleiche Qualifikation verfügt wie der

55) L. Gordon/E. Klopow, Der Mensch in seiner freien Zeit. Soziale Probleme der Freizeitgestaltung. Nach Materialien der Zeitbudgetforschung innerhalb verschiedener Großstadtarbeitergruppen im europäischen Teil der UdSSR. Moskau (Progress) 1976, S. 309. Zu ähnlichen Ergebnissen gelangen die Untersuchungen von V. D. Patrušev (a.a.O.), A. G. Chartschew/S. I. Golod (Berufstätige Frau und Familie, Berlin (DDR) 1972), N. P. Piščulin (a.a.O., S. 106), B. T. Kolpakov, G. A. Prudenskij, G. T. Žuravlev (Sociologija v SSSR, t. II, Moskau (Mysl') 1965, S. 209–261), P. I. Suprun (Bjudžet vremeni trudjaščichsja, Moskau (Ekonomika) 1972) u. a.
56) A. G. Chartschew/S. I. Golod, a.a.O., S. 157; noch größere Zahlen bei S. A. Jankowa, Die Persönlichkeitsentwicklung der Frau in der sowjetischen Gesellschaft, in: Sowjetwissenschaft – Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Jg. 1976, Nr. 6, S. 619–628, hier S. 624.
57) L. Gordon/E. Klopow, a.a.O., S. 296.

Mann, dann aber vergleichsweise geringere Fortbildungsmöglichkeiten besitzt. Dies ist für sie um so mißlicher, als unter den modernen Produktionsbedingungen die Kenntnisse der Arbeitenden ständig erweitert werden müssen. Aufgrund der geringeren Qualifikation sowie der Tatsache, daß Frauen seltener in der Bauwirtschaft und der Grundstoff- und Schwerindustrie arbeiten, wo überdurchschnittliche Löhne gezahlt werden, liegt das Lohnniveau der Frau – gerade weil in der gegenwärtigen Etappe der gesellschaftlichen Entwicklung die Prinzipien: „Jedem nach seiner Leistung" und „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit" Gültigkeit haben sollen – in den meisten der mit körperlicher Arbeit verbundenen Berufe unter dem des Mannes[58]). Durch die Mehrbelastung ist der Frau zudem die Möglichkeit eingeschränkt, in der freien Zeit zu lesen, kulturelle Einrichtungen zu besuchen oder sich der – oftmals sehr zeitaufwendigen – gesellschaftlichen und politischen Arbeit zu widmen. In dem Zeitmangel wird auch der wesentliche Grund dafür zu sehen sein, daß die sowjetischen Frauen in Leitungspositionen oft weniger stark vertreten sind und beispielsweise auch längere Zeit für den Erwerb wissenschaftlicher Grade benötigen als ihre männlichen Kollegen. In einer Leningrader Untersuchung wurde festgestellt, daß die Durchschnittsfrist, die zwischen Hochschulabschluß und dem Beginn einer Kandidatendissertation liegt, bei Männern und Frauen annähernd gleich ist. Die Unterschiede beginnen erst später: von den wissenschaftlichen Aspiranten verteidigen 40% der Männer und 26% der Frauen ihre Kandidatenarbeit in der festgelegten Frist, und für die Erlangung des höchsten Grades (Doktor der Wissenschaften) benötigen Männer durchschnittlich 11,5 Jahre, Frauen 16,5 Jahre nach Verteidigung der Kandidatendissertation[59]).

Die existierenden Widersprüche zwischen Berufstätigkeit, Bildungserwerb und Hausarbeit der Frau sollen und können nicht durch eine Reduzierung der erstgenannten Faktoren aufgelöst werden. Weitaus die meisten sowjetischen Frauen würden soziologischen Untersuchungen zufolge die Berufstätigkeit auch fortsetzen, wenn sie finanziell nicht hierauf angewiesen wären. Der Wunsch, gesellschaftlich nützliche und vom Inhalt her interessante Arbeit zu leisten, in einem Arbeitskollektiv zu wirken und mit der beruflichen Qualifikation den eigenen Gesichtskreis zu erweitern, ist ein zentrales Motiv für die Teilnahme an der gesellschaftlichen Produktion[60]).

Die Mehrbelastung der Frau soll einmal durch die unmittelbare Vergesellschaftung verschiedener besonders kraft- und zeitraubender Elemente der häuslichen Alltagsarbeiten reduziert werden. Der beschleunigten Entwick-

58) A. G. Kharchev, Women's Career Work and Family, in: Sociology and the Present Age, a.a.O., S. 172–184; S. A. Jankowa, a.a.O., S. 621–622; Problemy razvitija social'noj struktury obščestva v Sovetskom Sojuze i Pol'še, Moskau (Nauka) 1976, S. 93–96. Womöglich wird diese Differenz teilweise dadurch verringert, daß Frauen die gesellschaftlichen Konsumtionsfonds (Zahlungen und Leistungen für die Pflege erkrankter Kinder, kostenlose ärztliche Betreuung, Schwangerschaftsurlaub, Erholungsaufenthalte usw.) stärker in Anspruch nehmen als Männer. Zu diesen Fonds vgl. N. Rimaschewskaja u. a., Die Struktur der persönlichen und der gesellschaftlichen Konsumtion in den sozialistischen Ländern, in: Sowjetwissenschaft – Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Jg. 1976, Nr. 8, S. 826–839; Arbeit und Arbeitslohn in der UdSSR, Berlin (DDR) 1976, S. 301–326.
59) M. N. Rutkevič, a.a.O.
60) S. A. Jankowa, a.a.O., S. 620–621; A. G. Chartschew/S. I. Golod, a.a.O., S. 168 f. und passim. Ebenso B. Jancar (Zur Rolle der Frau in der kommunistischen Gesellschaft, in: Osteuropa, Jg. 1976, Nr. 7, S. 528–548, bes. S. 540 f.); gleichwohl wird die Auffassung vertreten, daß „sowohl die Führung als auch die Frauen in den kommunistischen Ländern noch ein durchweg geschlossenes, konservatives Bild von der Rolle der Frau haben" (S. 548).

lung der Leicht- und Konsumgüterindustrie, der wesentlichen Verbesserung und Effektivierung der öffentlichen Dienstleistungsbetriebe (chemische Reinigung, Waschanstalten usw.) und Handelseinrichtungen, der Erweiterung der betrieblichen Gemeinschaftsverpflegung, der Verdichtung des Gaststättennetzes, dem Verkauf von Fertig- und Halbfertiggerichten, der Verbesserung der Kundendienste soll in diesem Zusammenhang eine vorrangige Bedeutung zukommen[61]). Da diesen Bereichen aufgrund der einseitigen Prioritätensetzung der Industrialisierungspolitik der 30er Jahre und der Folgen des Zweiten Weltkriegs lange Zeit zu wenig Mittel zugeflossen sind und die Vergesellschaftung der verschiedenen Elemente der Haushaltsarbeit langsamer verlief als die Einbeziehung der Frau in die gesellschaftliche Produktion, besteht hier, wie auch auf dem XXV. Parteitag hervorgehoben worden ist, immer noch ein deutlicher Nachholbedarf. Auch das Netz der Vorschuleinrichtungen soll erweitert werden. 1974 besuchten 37% aller Kinder im Alter bis zu 7 Jahren Kinderkrippen und Kindergärten, wobei dieser Anteil in den Städten bedeutend größer war[62]). Besonders in neuen Industriezentren und Stadtteilen mit überwiegend junger Bevölkerung ist jedoch die Zahl der Kindergartenplätze noch nicht ausreichend. Im X. Planjahrfünft (1976–1980) sollen für 2,5 bis 2,8 Mio. Kinder Vorschuleinrichtungen neu geschaffen werden; auch ist vorgesehen, die Ganztags- und Internatsschulen, die Kinder- und Jugendlager für die Erholung in den Ferien auszubauen[63]). Zur Finanzierung dieser Einrichtungen sollen die gesellschaftlichen Konsumtionsfonds im Verlauf des X. Fünfjahrplans um 28 bis 30% und somit schneller wachsen als die in Geldform ausgezahlten Löhne der Arbeiter und Angestellten (ihr geplantes Wachstum beträgt 16 bis 18%) und die Einnahmen der Kolchosbauern aus der genossenschaftlichen Wirtschaft (deren projektiertes Wachstum sich auf 24 bis 27 Prozent beläuft); somit „wird der Trend des vorrangigen Wachstums des gesellschaftlichen Verbrauchs gegenüber dem individuellen Verbrauch beibehalten"[64]).

Neben der unmittelbaren soll die indirekte Vergesellschaftung der Haushaltstätigkeiten den Fonds an freier Zeit vergrößern. Die Ausweitung und Qualitätsverbesserung der in der gesellschaftlichen Produktion erzeugten Geräte und Maschinen soll die traditionellen Hausarbeiten mechanisieren und erleichtern. Ende 1974 entfielen auf 100 sowjetische Familien 56 Kühlschränke, 62 Waschmaschinen, 60 Nähmaschinen und 16 Elektrostaubsauger[65]). In dem 1976 begonnenden Fünfjahrplan soll der Einzelhandelsumsatz des staatlichen und genossenschaftlichen Handels um 27 bis 29% gesteigert und die Produktion von Kultur- und Haushaltswaren sogar um 57% ausgeweitet werden. Auch die Produktionsmittelindustrie ist angehalten, vermehrt Güter des täglichen Bedarfs als Nebenprodukt herzustellen[66]). Weiter soll die Hausarbeit durch eine Verbesserung der Wohnverhältnisse und des Woh-

61) S. A. Jankova, a.a.O.; V. Alešin u. a., Planirovanie bytovogo obsluživanija naselenija, in: Voprosy ėkonomiki, Jg. 1976, Nr. 4, S. 37–48; V. Rutgajzer, Perspektivy razvitija sfery uslug, in: Planovoe chozjajstvo, Jg. 1976, Nr. 2, S. 17–25.
62) Ženščiny v SSSR, a.a.O., S. 103.
63) XXV. Parteitag der KPdSU, a.a.O., S. 261. Etwa ein Fünftel der Gesamtkosten eines Kindergartenplatzes wird von den Eltern getragen; vgl. A. Birjukowa, a.a.O., S. 43.
64) M.-E. Ruban, a.a.O., S. 726.
65) SSSR v cifrach v 1974 godu, Moskau (Statistika) 1975, S. 191.
66) XXV. Parteitag der KPdSU, a.a.O., S. 171, 231–233, 260–263.

nungskomforts erleichtert werden. Obwohl die UdSSR hinsichtlich des Wohnungsbaus (in absoluten Größen gemessen) von allen Ländern an erster Stelle steht und im vergangenen Planjahrfünft 56 Mio. Einwohner ihre Wohnsituation verbessern konnten, wohnen noch viele Menschen in beengten Verhältnissen; 1973 verfügte ein Stadtbewohner in der UdSSR über durchschnittlich 11,6 qm Wohnnutzfläche. Im kommenden Fünfjahrplan sind 545 bis 550 Mio. qm neuer Wohnfläche zu bauen[67]).

Damit diese projektierten Maßnahmen tatsächlich zu einer Erleichterung der täglichen Arbeitslast der Frau führen, ist es auch notwendig, gewisse, von den sowjetischen Soziologen immer noch aufgespürte patriarchalische Reststrukturen in der Familie zurückzudrängen. Bislang beschränkte sich die Hausarbeit des Mannes in der Regel auf Einkaufen, Reparaturen, Kindererziehung oder – in kleineren Siedlungen – Gartenarbeiten, während die oftmals unangenehmeren Tätigkeiten Domäne der Frau blieben. Diese Tendenz ist offensichtlich in kleineren Städten, in Familien mit einem geringeren Bildungsniveau und solchen, die vor noch nicht langer Zeit aus dem Dorf in die Stadt gezogen sind, schließlich auch in älteren Ehen relativ stärker ausgeprägt[68]).

Durch vermehrte aufklärerische Arbeit in der Öffentlichkeit, in den Medien und in der Schule soll versucht werden, die überkommene ungleiche Arbeitsverteilung zu beseitigen, wobei die zunehmende Verwendung von Haushaltsmaschinen als ein Mittel angesehen wird, die vielfach beobachtete männliche Zurückhaltung gegenüber der Hausarbeit zu überwinden. Gleichzeitig ist durch die weitere Erhöhung des Bildungsniveaus auch bei den Frauen das Interesse an einer rationelleren Zeiteinteilung, an dem Einsatz von Geräten, an Weiterqualifikation und gesellschaftlicher Tätigkeit zu fördern. Beobachtungen haben ergeben, daß mit steigendem Bildungsniveau der Frauen und Männer die Haushaltslasten gleichmäßiger verteilt werden. Ziel ist jedoch nicht, die unschöpferischen und Routinearbeiten nur gleichmäßiger zu verteilen, vielmehr sollen sie durch zunehmende direkte und indirekte Vergesellschaftung perspektivisch auf ein Minimum reduziert werden, damit die schöpferischen und produktiven Elemente des häuslichen Zusammenlebens entwickelt und Konflikte, die die Beziehungen der Menschen belasten, verringert werden können[69]).

So ist gegenwärtig die Entwicklung der gesellschaftlichen Gleichheit der Frau in der UdSSR, die durch ihre juristische Gleichberechtigung bereits unmittelbar nach der Revolution eingeleitet worden ist, noch keineswegs abgeschlossen. Die noch bestehenden Widersprüche zwischen der beruflichen, gesellschaftlichen, erzieherischen und häuslichen Tätigkeit sollen auf der Grundlage der Planung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Pro-

67) Ebd., S. 263; Das politische und gesellschaftliche System der UdSSR, a.a.O., S. 398. Die Kosten für Mieten und kommunale Dienstleistungen übersteigen in der UdSSR nicht 5% des Familienbudgets; vgl. A. Birjukowa, a.a.O., S. 49, und Narodnoe chozjajstvo SSSR v 1974 g., Moskau 1975, S. 605.
68) Vgl. die Einzelheiten in den Studien von L. Gordon/E. Klopow und A. G. Chartschew/S. I. Golod sowie in dem Band Soviet Women, a.a.O., S. 180.
69) S. A. Jankowa, a.a.O. – 1974 entfielen auf 1000 Einwohner 10,3 registrierte Eheschließungen und 2,9 registrierte Scheidungen; Narodnoe chozjajstvo SSSR v 1974 g., Moskau 1975, S. 48.

zesse[70]) durch vermehrte Anstrengungen in den Dienstleistungs- und Konsumgüterbereichen sowie durch erzieherische Einwirkungen verringert werden.

Konzentrationsprozeß und Überkapazitäten im Einzelhandel als Gefährdung der Nahversorgung

Die volkswirtschaftliche Bedeutung des mittelständischen Unternehmens

Von Hans Rondi

Innerhalb kurzer Frist mußten zwei Einzelhandelsriesen aufgeben: Neckermann und „mehr Wert". Hinzu kommen einige Mittelgroße, wie das Elektrokaufhaus Biebermann, Frankfurt, einer der Größten seiner Branche. Sie alle waren sogenannte Billig-Läden, die, nachdem sie die kleinen Einzelhändler drastisch dezimiert hatten, den traditionellen Warenhauskonzernen, hinter denen die Großbanken stehen, die Preise und Gewinne zu verderben drohten. Nicht zu Unrecht sieht die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) darin ein „Symptom"[1]), und das „Hamburger Abendblatt" meint: „Mit Sicherheit werden die Banken andere Billig-Märkte, die ja ebenfalls mit Krediten arbeiten, künftig strenger unter die Lupe nehmen."[2])

I

Der Konzentrationsprozeß im Einzelhandel hat sich auf zweifache Weise durchgesetzt: Die Warenhauskonzerne Karstadt, Horten, Hertie, Kaufhof,

70) Auf der Ebene des Einzelbetriebs kommt den von Betriebsleitung und Gewerkschaftskomitee ausgearbeiteten jährlichen Kollektivverträgen und längerfristigen sozialen Entwicklungsplänen eine besondere Bedeutung für die Schaffung der materiellen Voraussetzungen der sozialen Gleichstellung der Frau zu. Diese Verträge und Pläne projektieren u. a. Maßnahmen zur Erhöhung des beruflichen und allgemeinen Bildungsniveaus der Frauen, zur Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen, zur Einrichtung betrieblicher Kindertagesstätten und zur Entwicklung der Dienstleistungen (z. B. durch den Verkauf von vorbestellten Gegenständen des täglichen Bedarfs im Betrieb, die Einrichtung von Annahmestellen der Wäschereien und von Reparaturwerkstätten in der Nähe der Arbeitsstätte usw.). Die Ausführung der Pläne wird von den Gewerkschaften und ihren Frauenausschüssen kontrolliert. Vgl. Spravočnik profsojuznogo rabotnika, a.a.O., S. 49–53; A. Birjukowa, a.a.O., S. 51; F. Adler, Planung sozialer Prozesse, Berlin (DDR) 1974.

1) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 9. 8. 1976.

2) „Hamburger Abendblatt" v. 9. 8. 1976.

Textilriesen wie C & A Brenninkmeyer und einige andere haben bei einem insgesamt hohen Preisniveau und einzelnen Sonderangeboten jene erheblichen Kosten für Grundstückskäufe in den Stadtkernen der Großstädte – und seit wenigen Jahren auch der Mittelstädte – aufgebracht, die notwendig waren für die Ausdehnung ihrer Häuser. Je mehr die Grundstücks- und andere Kosten in die Höhe schnellten, um so höher mußten sie ihre Gewinne halten.

Die Selbstbedienungswarenhäuser, als „newcomer" verschrieen, lockten mit niedrigen Preisen die Käufer aus den Stadtkernen. Sie setzten auf immer schnellere Expansion, auf das Wachstum der Märkte. Die stagnierende Nachfrage führte dabei zu immer rüderen Methoden im Konkurrenzkampf der Großen. Das mußte sich schließlich zum Nachteil jener Einzelhandelsriesen auswirken, die mit niedrigen Preisen hohe Gewinne nur beim Wachsen der Märkte erzielen konnten. Die kleinen Einzelhändler wurden dabei zerrieben.

Die Großbanken als Hauptanteilseigner der Warenhauskonzerne – die Deutsche und die Commerzbank besitzen jeweils über 25% der Karstadt-Aktien – versuchten zunächst, mit gewissen „Regeln" den Konzentrations- und Verdrängungsprozeß im Einzelhandel zu lenken.

Der Bundesverband der Deutschen Industrie, die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, der Zentralverband des Deutschen Handwerks und andere Unternehmerverbände stellten denn auch vor einigen Monaten mit einer „Gemeinsamen Erklärung" eine Art Kodex auf für Kartellabsprachen und Umgang mit Lieferanten.

Als einziger Unternehmerverband weigerte sich der Bundesverband der Selbstbedienungswarenhäuser, den Spielregeln zu folgen und der „Gemeinsamen Erklärung" beizutreten. Sein Präsident, Erich Wolf, von der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels als „Pirat des Wettbewerbs" bezeichnet, zahlte die Unbotmäßigkeit mit dem Ruin: Ihm, dem Chef der Handelsgruppe SB „mehr Wert", wurden die Kredite gesperrt.

Damit deutet sich auch zugleich an, daß der Konzentrationsprozeß jetzt auch im Einzelhandel einen Grad erreicht hat, der es den Großen mehr und mehr erlaubt, dem Verbraucher Monopolpreise zu diktieren. Neckermann, der seine Mission darin gesehen hatte, als „billiger Jakob" Preisbrecher der Nation zu sein, wurde ein Opfer seiner eigenen Devise: „Wer nicht mit der Zeit geht, der *geht* mit der Zeit."

Vor 40 Jahren ging es schon einmal den Billiganbietern an den Kragen. Hitler hatte den städtischen Mittelstand mit dem Versprechen geködert, die Warenhauskonzerne entmachten zu wollen. Aber Karstadt und Tietz hatten nichts zu befürchten, denn Hitler lud ihnen die lästige Konkurrenz Epa vom Hals. Epa hieß Einheitspreis-AG und bot 3000 Artikel des täglichen Bedarfs in vier Preislagen zu 10, 25, 50 und 100 Pfennig an. In wenigen Jahren erreichte Epa mit 5100 Mitarbeitern einen Jahresumsatz von 111 Mio. Reichsmark. Hitler verbot das Einheitspreissystem, und Epa mußte sich fortan Kepa – das heißt einfach „keine Epa" – nennen. Aber erst 1950 wurde Kepa von Karstadt endgültig geschluckt und zu einer Tochtergesellschaft.

II

Die Fusion Karstadt-Neckermann zeigt, daß die Konzentrationswelle munter weiter geht und der „Spiegel" völlig daneben traf, als er noch kurz zuvor den neuen Kartellamtspräsidenten Wolfgang Kartte fragte: „Ist es nicht vielmehr so, daß die großen Fusionen bereits abgeschlossen wurden? Nehmen Sie zum Beispiel den Fall Thyssen-Rheinstahl oder Veba-Gelsenberg."[3])

Vom Kartellamt war nicht zu erwarten, daß es gegen diese Machtausweitung vorgehen würde. Der Aufsichtsratspräsident von Neckermann, Rechtsanwalt Kreifels, „hatte bereits vorher das grundsätzliche ‚Ja' der Berliner Kartellwächter eingeholt."[4]) Kartellamtschef Kartte wollte denn auch nur Nebenbereiche wie Touristik und Ferienhäuser analysieren. „Was am Ende herauskommt, kann niemand heute sagen." Und er entschuldigte sich: „Gerade im Handel ist Marktbeherrschung nur schwer nachzuweisen, weil die Märkte bisher stets warenbezogen, produktbezogen definiert wurden. Der Anteil von Neckermann oder Metro am Verkauf von Nudeln ist beispielsweise lächerlich gering."[5]) Das Instrumentarium des Kartellrechts in seiner bisherigen Form soll der Machtausweitung und dem Konzentrationsprozeß auch keinesfalls Einhalt gebieten (große Bereiche der Wirtschaft wie Banken (!), Versicherungen, Bausparkassen, Versorgungsunternehmen, Verkehrswirtschaft, Landwirtschaft sind ausdrücklich aus dem Wirkungsbereich des Kartellgesetzes ausgeklammert), sondern bestenfalls dem Mißbrauch der Macht.

„Die Unternehmen beherrschen den Markt, sie dürfen den Wettbewerb beschränken, der Staat gewährt ihnen Privilegien, nur eines dürfen sie nicht: die ihnen bereitwillig zugestandene Macht auch noch ‚mißbrauchen'", stellt die FAZ klar[6]).

Ein Machtmißbrauch aber kann nach dem Instrumentarium des Kartellamtes nur dann vermutet werden, wenn Marktbeherrschung vermutet wird. Laut § 22, Absatz 3, „wird vermutet, daß ein Unternehmen marktbeherrschend ist, wenn es ... einen Marktanteil von mindestens einem Drittel hat ... oder drei oder weniger Unternehmen zusammen einen Marktanteil von 50 % oder mehr haben."

Trotz der Vernichtung Tausender kleiner Einzelhändler besteht eine solche „Vermutung" bei den Handelsriesen nicht. Denn bei den Untersuchungen wird stets der Gesamtmarkt zugrundegelegt. Und in der Tat erscheinen dann die Marktanteile aller Warenhäuser zusammen mit 11,5 % 1974 und aller Verbrauchermärkte zusammen mit 10,3 % nicht überwältigend. Die Besonderheit des Einzelhandelsmarktes besteht aber in der Praxis aus einer Vielzahl von Regionalmärkten unterschiedlicher Größe. Diese Regionalmärkte können zwar durch Entwicklung des Verkehrs- und Kommunikationswesens tendenziell vergrößert, wegen der Dezentralisierung der Konsumenten aber nicht aufgehoben werden. Um den deswegen notwendigen differenzierten Untersuchungen der regionalen Marktverhältnisse entgegenzutreten, polemisiert

3) „Der Spiegel", 29/1976.
4) „Wirtschaftswoche", 28/1976.
5) „Der Spiegel", 29/1976.
6) FAZ v. 26. 2. 1974.

denn auch der Horten-Manager Seydaack: „In einem Zeitalter der immer größer werdenden Märkte könne der für eine etwaige Fusionskontrolle relevante Markt für den Handel jedenfalls nicht die Grenzen mittelalterlicher Stadtmauern sein."[7]) In der Tat besitzen die Warenhauskonzerne in den Großstädten Marktanteile von 25–30 %, die sich durchschnittlich auf 3–4 Konzerne verteilen, die aber nicht der Kartellamtskontrolle unterliegen.

Zudem haben die Unternehmerverbände bei der Novellierung des Kartellgesetzes 1973 durch die „Bagatellklausel", durch Zwischenschalten des Berliner Kammergerichts und des Bundesgerichtshofes als Berufungsinstanzen dafür gesorgt, daß der Konzentrationsprozeß nicht begrenzt, sondern nur geregelt wird. Und als letzte „Sicherung" wurde das Machtwort des Bundeswirtschaftsministers zum Gesetz erklärt, denn, so „Die Zeit": „Sicher nicht alle Unternehmer, aber doch deren Verbände und die der Industrie nahestehende Presse sahen im Kartellgesetz ein Knebelungswerkzeug, das mit ihrer Auffassung von freier Marktwirtschaft unvereinbar war."[8]) Gegen alle Entscheidungen eines Fusionsverbots im konkreten Fall kann die Regierung „aus nationalen Interessen" eingreifen. So gab Bundesminister Friderichs denn auch aus eben solchen Gründen grünes Licht für die Mammut-Fusion Veba-Gelsenberg. Seitdem fusionierte Veba bereits wieder mit nicht weniger als 51 Unternehmen.

Die SPD-FDP-Regierung enttäuschte die Verbandsgewaltigen Sohl und Schleyer nicht: in die Schranken gewiesen werden regelmäßig die Jusos mit ihren Vorstellungen von einer „Investitionslenkung", nicht aber die Machtansprüche von Großindustrie und Großfinanz.

In den Rang eines nationalen Ereignisses ist denn auch die Fusion Karstadt-Neckermann gerückt worden. Die „Wirtschaftswoche" weiß zu berichten: „Herrenreiter Neckermann gibt sich ... nationalbewußt: Die Hereinnahme einer ausländischen Beteiligung wäre gegen das Image dieses Unternehmens gewesen." Und Karstadt-Deuss assistiert: „Eine nationale Institution, wie sie Neckermann darstellt, kann man nicht fallenlassen."[9])

Hier kehrt sie wieder, die Anmaßung, die eigenen Interessen mit denen der Nation gleichzusetzen, wie sie vor 2 Jahren im Grundsatzpapier der BdA entwickelt worden war: „Der Unternehmer nützt der Gesellschaft, indem er sich selbst nützt. Es wird eine Fehlleistung bleiben, zu meinen, man könne demgegenüber wirtschaftliche Prozesse mit ebenso geringen Reibungsverlusten ingangsetzen und dennoch auf die marktwirtschaftliche Ordnung oder gar auf den Unternehmer verzichten." Und um Zweifel auszuräumen, daß nicht der kleine und mittlere Selbständige gemeint ist: „Daraus folgt für die freiheitlichen Staaten..., daß die Großunternehmen in der privaten Eigentumsordnung verbleiben müssen"..., denn „die Gesellschaft, die ihre menschlichen Lebensqualitäten verbessern will, benötigt daher künftig mehr als jemals zuvor den Erfindungs- und Schöpfungsreichtum einer Unternehmerschaft..."[10])

7) „Handelsblatt", 93/1970.
8) „Die Zeit" v. 9. 7. 1976.
9) „Wirtschaftswoche" v. 9. 7. 1976.
10) Erklärung zu gesellschaftspolitischen Grundsatzfragen der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände 1974, S. 31–33.

III

Den nationalen Interessen aber läuft es zuwider, wenn der Verdrängungswettbewerb im Einzelhandel zu echter Unterversorgung der Bevölkerung führt. „Die Nahversorgung ist gefährdet und die freie Konsumwahl bedroht", stellt die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE) in der Präambel ihres 28. Arbeitsberichts (erschienen 1976) fest. Die Angaben über die Zahl der Gemeinden ohne ein einziges Einzelhandelsgeschäft schwanken zwischen 4000 und 5000. Jedenfalls nennt das „Handelsblatt" die Zahl von 1 Million Verbraucher, die nicht mehr in der Lage sind, sich zu Fuß zu versorgen[11]).

Alle Mittelstandsprogramme der im Bundestag vertretenen Parteien wie auch die Regierungsrichtlinien in Bund und Ländern „zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen"[12]), die in Vorwahlzeiten wie Pilze aus dem Boden schossen, gehen jedoch nicht von der volkswirtschaftlichen, also der nationalen, Notwendigkeit der Existenz des Mittelstandes aus, sondern ausschließlich von der Leistungsfähigkeit des einzelnen Unternehmens. Leistungsfähig aber müssen im Interesse der Großindustrie und der Einzelhandelsgroßunternehmen jene Betriebe sein, die als Zulieferer zu Tausenden die Existenz und die Gewinnexpansion der Großunternehmen zu garantieren haben.

Welches sind nun die Kriterien, die es notwendig machen, kleine und mittlere Unternehmen aus volkswirtschaftlichen Überlegungen leistungsfähig zu erhalten?[13])

Erstens: Sicherung der Nahversorgung

Nicht nur auf dem Lande ist, wie weiter oben erwähnt, die Versorgung der Bevölkerung heute schon nicht mehr gewährleistet. Der Einsatz der „rollenden Läden", von denen es in der Bundesrepublik bereits 10000 gibt, ist dabei kein vollwertiger Ersatz, zumal der hohe Kostenaufwand – 12 % des Umsatzes verschlingt der Spezialtransporter[14]), dessen Anschaffungspreis zwischen 50000 und 500000 DM beträgt – vom Kleinhändler nicht zu verkraften ist. Auch in den Städten machen sich Versorgungslücken bemerkbar. In dem Hamburger Neubauviertel Steilshoop kommen auf 18000 Einwohner 1 Bäcker (gegenüber 2600 Einwohnern in Hamburg-Eppendorf) und 1 Schuhmacher (gegenüber 2000 Einwohnern in Hamburg-St. Georg), um nur zwei Beispiele zu zitieren[15]).

Eine Förderung zur Existenzerhaltung kleiner Handwerks- und Handelsunternehmen liegt somit im Interesse der Volkswirtschaft.

---

11) „Handelsblatt" v. 15. 3. 1976.
12) Bundestagsdrucksache VI/1666 v. 29. 12. 1970 und Ergänzung Frühjahr 1975 sowie „Richtlinien der Bundesregierung zur angemessenen Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen in Handwerk, Handel und Industrie bei der Vergabe öffentlicher Aufträge..." in: Sonderdruck der Beilage zum Bundesanzeiger Nr. 111 v. 16. 6. 1976, Seite 6.
13) Protokoll des Mittelstandstages '76 der DFU, Köln 1976.
14) ppa-Dokumentation v. 15. 12. 1975.
15) „Bilanz", 2/1976.

Zweitens: Sicherung der Arbeitsplätze

Nach wie vor sind zwei Drittel aller Arbeitnehmer in der privaten Wirtschaft in mittelständischen Unternehmen beschäftigt. Staatliche Subventionen erhalten jedoch in erster Linie die Konzernunternehmen. Ein Beispiel für viele: Im SPD-regierten Hamburg erhielt allein der amerikanische Aluminium-Konzern Reynolds in den letzten Jahren über 1/2 Mrd. DM Steuergelder, wovon eine Aluminiumhütte mit nur 2000 Arbeitsplätzen geschaffen wurde, die zudem wegen akuter Umweltschädigung ständig vor Gericht zitiert werden muß. In der gleichen Zeit kehrten 171 konzernungebundene Unternehmen wegen mangelnder Unterstützung des Staates Hamburg den Rücken und hinterließen 20000 Arbeitslose[16]).

Jeder neu errichtete Verbrauchermarkt oder jedes neue Selbstbedienungswarenhaus ruiniert durchschnittlich 60 mittelständische Existenzen, analysierte das Ifo-Institut. Zusammen mit den mithelfenden Familienangehörigen und den Angestellten treibt es damit rund 200 Arbeitssuchende vors Arbeitsamt, während nur ca. 50, maximal 100 neue Arbeitsplätze durch einen Supermarkt geschaffen werden.

Die in der ersten Hälfte des Jahres 1975 gewährte Investitionszulage sollte ausdrücklich der Beschaffung von Arbeitsplätzen dienen. Helmut Schmidt vor dem Bundestag: „Wir gewähren also im Ergebnis den Unternehmen diesen zeitweiligen Vorteil nur für die Gegenleistung der Auslösung zusätzlicher Beschäftigung."[17]). Aber nur soweit mittelständische Unternehmen in der Lage waren, in den Genuß der Zulage zu kommen, wurden direkt oder indirekt Arbeitsplätze geschaffen, z. B. durch Neuanschaffung eines Pkw oder Kleintransporters, was dann auch kräftig auf die Automobilindustrie durchschlug, die nahtlos von Kurzarbeit zu Überstunden überging.

Die Großindustrie, die den weitaus größten Teil dieses Programms erhielt, schuf keine Arbeitsplätze im Lande, sondern orderte die Investitionen zumeist im Ausland. So die norddeutschen Reeder, in der Mehrzahl nur noch ausführende Organe der multinationalen Konzerne: In der ersten Hälfte 1975 orderten sie Schiffsneubauten auf ausländischen, zumeist japanischen Werften in Höhe von weit über 1 Mrd. DM und kassierten aus den Investitionszulagen über 80 Mio. DM Steuergelder, ohne auch nur einen einzigen Arbeitsplatz in der BRD zu schaffen. Besonders jene Reedereien, die ihre Schiffe unter fremder Flagge fahren lassen und sich damit gleichzeitig den deutschen Finanzämtern entziehen, taten sich hervor. So bestellten die nach Liberia ausgeflaggten Reeder Oldendorff und Bolten bei Watanabe in Japan 6 Frachter für 60 Mio. DM, die nach Singapur ausgezogenen Reeder Bernhard Schulte und Berndt Leonhardt ebenfalls 6 Massengutfrachter in Japan und die unter Panama-Flagge fahrende Hapag-Lloyd 3 Schiffe in Brasilien für 125 Mio. DM. Den Gipfel der Raffinesse jedoch erklomm der US-Multi Exxon. Er ließ seinen Ableger Deutsche Esso in Japan einen Großtanker für 125 Mio. DM in Auftrag geben, der unter deutscher Flagge fahren soll. Dafür kassiert Esso nicht nur

16) Staatliche Pressestelle Hamburg, Antworten des Senats v. 14. 5. 1976.
17) „Deutsche Volkszeitung", 2/1976.

7,5% Investitionszulage, sondern auch noch weitere Millionen aus dem „Tankersonderprogramm" der Bundesregierung.

Dabei muß darauf hingewiesen werden, daß die kleinen und mittleren Handelsunternehmen schon beim 1969 erlassenen Investitionszulagegesetz doppelt benachteiligt worden waren: einmal gegenüber den Großunternehmen im Handel und dann überhaupt gegenüber dem produzierenden Bereich, denn das Handelskapital besitzt keineswegs die gleichen Privilegien im Wirtschaftssystem wie das Großkapital in der materiellen Produktion: „Bei der regionalen Wirtschaftsförderung ist der Einzelhandel sehr häufig unberücksichtigt geblieben, weil er angeblich keinen sogenannten Primäreffekt für die Entwicklung der Region leiste."[18]) Und die Zeitschrift „Textil-Wirtschaft" konstatiert, daß „der in den Förderungsgebieten ortsansässige Fachhandel kaum an diesem Investitions-Füllhorn wird partizipieren können".

Der Effekt der Arbeitsplatzsicherung und -beschaffung geht verloren, wenn der mittelständische Bereich im produzierenden Sektor und mehr noch im Sektor der Distribution von der Investitionsförderung ausgeklammert bleibt. Wegen des unverhältnismäßig hohen Anteils des fixen Kapitals in der Großindustrie können Investitionshilfen sowieso auf den Beschäftigungssektor kaum durchschlagen, abgesehen davon, daß diese Unternehmen die gegenteilige Absicht haben. So Peter von Siemens: „Bei einer Kapazitätsauslastung von etwa 70% würden vor allem Rationalisierungsmaßnahmen durchgeführt werden."[19])

Drittens: Sicherung der Ausbildungsplätze

Die zum Teil schlechten Ausbildungsbedingungen in manchen mittelständischen Unternehmungen in Handwerk, Handel und Gewerbe, zu Recht kritisiert von den Gewerkschaften und Jugendverbänden, dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Mehrzahl der Fachkräfte immer noch in diesen Bereichen ausgebildet wird. Der von der Großwirtschaft vorgebrachte Hinweis auf vorbildliche Lehrwerkstätten, die im übrigen vom Handwerk in den Großstädten auch aufzuweisen sind, hat nur eine Alibi-Funktion angesichts der Tatsache, daß die Industrie die Fachkräfte nicht entsprechend ihrem Bedarf ausbildet, sondern aus dem mittelständischen Sektor abwirbt. Genannter Aluminium-Konzern Reynolds z. B. schuf nicht *einen* Ausbildungsplatz.

Während die Zahl aller registrierten Ausbildungsverhältnisse sich von 1973 zu 1974 um 1% verringerte, konnte allein im Handwerk eine Zunahme von 19000 Ausbildungsplätzen nachgewiesen werden. In den Berufen Verkäufer und Einzelhandelskaufmann – zumeist von mittelständischen Unternehmen des Handels angeboten – betrug der Rückgang im gleichen Zeitraum 5,6%, in den Ausbildungsberufen, die von der Großwirtschaft bereitgestellt werden – bei Industriekaufmann, Bankkaufmann und Versicherungskaufmann – betrug der Rückgang jedoch 26%[20]).

18) „Fachblatt für Selbstbedienung", 4/1970, S. 34.
19) „Der Spiegel", 48/1975.
20) Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE), 28. Arbeitsbericht, S. 64.

Im großwirtschaftlichen Sektor sind Ausbildungsplätze also rigoros vernichtet worden; der – geringere – Rückgang im mittelständischen Facheinzelhandel dürfte nicht zuletzt auf den Aufruf zum Ausbildungsboykott des Drogisten-Fachverbandes zurückzuführen sein, in dem der wegen Korruption aus dem Verkehr gezogene Pinochet-Freund und CDU-Bundestagsabgeordnete Heinrich Gewandt den Ton angibt. Die mangelnde Ausbildungsbereitschaft der Großindustrie hat heute bereits zu dem unerträglichen Widerspruch geführt, daß trotz einer Arbeitslosenquote von mehr als 1 Million ein ausgesprochener Facharbeitermangel herrscht.

Viertens: Förderung der Friedensproduktion statt der Rüstungsindustrie

Um die Jahrhundertwende war die Produktion von Rüstungsgütern Domäne einzelner ausgewählter Konzerne und Industriebetriebe, der sogenannten Waffenschmieden. Heute sind alle nationalen und multinationalen Konzerne direkt oder indirekt an der Rüstungsproduktion beteiligt. Die Subventionierung dieser Bereiche kommt deshalb in irgendeiner Form dem unproduktiven Rüstungssektor zugute und hat schon deshalb inflationstreibenden Charakter.

Demgegenüber sind das Handwerk und der Kleinhandel hauptsächlich in der Produktion oder Verteilung von Waren des Konsumbedarfs und im Dienstleistungsbereich tätig und somit unmittelbar von der Kaufkraft der Bevölkerung abhängig. Das eröffnet die Möglichkeit, diese Kreise in den Kampf gegen das Wettrüsten einzubeziehen.

Charakteristische Tendenz des militärisch-industriellen Komplexes ist demgegenüber, sich alle Bereiche der Volkswirtschaft unterzuordnen. So legt ein Erlaß des Verteidigungsministeriums die Berücksichtigung des mittelständischen Bereichs – Handwerk und Industrie – bei der Vergabe von Rüstungsaufträgen fest[21]). Auch die jährliche Notstandsübung, nach der Lastkraftwagen, Planierraupen und Baumaschinen privater Firmen zur „Ergänzung der Verteidigungsbereitschaft" bereitgestellt werden müssen, dient der Integration dieser Schichten; bezeichnenderweise wird die Aufwandsentschädigung dabei recht großzügig gehandhabt. In einer Stellungnahme des Arbeitskreises für Mittelstandsfragen der DFU heißt es dazu: „Hier wird ein gefährliches Spiel betrieben. Und ein teures dazu. Denn diese Kriegsübungen kosten viel Geld, das für nützliche Zwecke nötig wäre, zum Beispiel zur Hilfe für die Bauwirtschaft und zur Erholung der Massenkaufkraft, womit dem Mittelstand und den Arbeitnehmern geholfen wäre, statt den Generälen, der Militärbürokratie und den Rüstungsinteressenten der Industrie und Großbanken."

Die breite Protestbewegung gegen die Stationierung amerikanischer „Ledernacken" in der Garlstorfer Heide bei Bremen, an der sich viele Angehörige des Mittelstands beteiligen, versucht man zu unterlaufen durch die Darstellung zu erwartender Bauaufträge für das Bauhandwerk und die zu erwartenden Mehreinnahmen im Gaststättengewerbe. Die Forderung nach Hilfestellung für die Friedensproduktion im mittelständischen Bereich liegt dagegen im Interesse der Bevölkerungsmehrheit.

21) Erlaß des Verteidigungsministeriums v. 15. 2. 1972.

Fünftens: Aus Gründen der Wohnkultur und der Verkehrsstruktur

Fern vom teueren Pflaster der Innenstädte bauen Discounter, Einkaufszentren, Verbrauchermärkte, SB-Warenhäuser oder C&C-Märkte ihre Lagerhallen. Nach Berechnungen der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels erzielten die SB-Warenhäuser und Verbrauchermärkte außerhalb der Stadtzentren von 1968–1974 eine Flächenzuwachsrate von 255 %, die traditionellen Warenhauskonzerne von 55 %, der Facheinzelhandel aber nur von 17 %[22]). Seit dem Einzug der SB-Warenhäuser Anfang der 60er Jahre schnellten deren Umsätze von Null auf 22 Mrd. hoch, und heute fließen mehr als 10 % des gesamten Einzelhandelsumsatzes in ihre Kassen[23]). Der Anteil des Facheinzelhandels (fast ausschließlich kleine Familienunternehmen) ging von 71 % im Jahre 1966 auf 56 % 1975 zurück[24]).

Die Errichtung der großen Verbrauchermärkte „auf grüner Wiese" hat jetzt auch die Stadtplaner mobil gemacht. Der Deutsche Städtetag, geleitet vom Sozialdemokraten Hans Koschnick, hat „sich die Befürchtungen der HDE voll zu eigen gemacht", so Vizepräsident des Städtetages Hauser. „Die Expansion von Einkaufszentren muß im Interesse der Bevölkerung unter Kontrolle gebracht werden."[25]) Wenn in den letzten 10 Jahren 90000 Einzelhändler ihre Rolläden für immer heruntergelassen haben – allein 1976 sollen es nach Schätzungen der HDE weitere 10000 sein –, so ist daran die Verkaufsflächenexpansion der Großläden in erster Linie schuld. Die Innenstädte veröden. Hannovers Stadtplaner zur Nedden: „Ohne ausreichende Versorgung der in der Stadt wohnenden Menschen, die kein Auto haben, werden die Wohngebiete unattraktiv. Die Leute wandern dann nach außen ab."[26]) Der „Spiegel" beschreibt das Verkehrschaos bei der Eröffnung eines neuen Massa-Marktes in Nordenstadt vor den Toren Wiesbadens: „Schon eine Stunde später waren die 1500 Parkplätze des 12. Massa-Marktes besetzt, die Zufahrtswege zu den Äckern verstellt und die Autobahnabfahrt Frankfurt–Wiesbaden gesperrt."

So argumentiert denn auch die HDE: „Mit der Eskalation von Einzelhandelsgroßprojekten auf der grünen Wiese wird zusätzliches Verkehrsaufkommen erzeugt, das bis zum Verkehrschaos führen kann. Mithin werden jede vernünftige Infrastrukturpolitik, nicht zuletzt auch notwendige städtebauliche Sanierungsmaßnahmen in Frage gestellt."[27])

IV

Wer zieht nun auf die grüne Wiese? Es ist weniger das Handels- als Teile des Industriekapitals. Schon vor Jahrzehnten wies der Sozialist R. Hilferding darauf hin, daß die Konzentration des industriellen Kapitals zu der Tendenz führt, „die Selbständigkeit des Handels völlig aufzuheben."[28]) „In einer Reihe von Branchen", so stellt auch das „Handelsblatt" fest, „erfordert die zunehmende

22) HDE, 28. Arbeitsbericht, S. 24.
23) „Die Zeit", 28/1976.
24) ppa-Dokumentation v. 15. 12. 1975.
25) „Wirtschaftswoche" v. 2. 7. 1976.
26) „Die Zeit", 28/1976.
27) HDE, 28. Arbeitsbericht, S. 26.
28) Hilferding, Das Finanzkapital, Berlin (DDR) 1955, S. 311.

Kompliziertheit der Erzeugnisse ein stärkeres Engagement der Hersteller im Vertrieb."[29])

In zunehmendem Maße gehen bestimmte Industriekonzerne zur sogenannten Diversifikation über und legen ihr Kapital in verschiedenen, keinesfalls immer organisch verbundenen Zweigen an, beispielsweise gleichzeitig in der Investitionsmittel-Industrie und im Konsumgüterhandel – ein Prozeß übrigens, der umgekehrt nicht funktioniert. Wegen der Trennung von der wertschaffenden materiellen Produktion sind die Warenhauskonzerne nicht in der Lage, in die Industriekonzerne einzudringen. Lediglich die mittelständische Industrie – wie noch zu zeigen sein wird – gerät in Abhängigkeit der Warenhauskonzerne. Seit Karstadt 1931 (kurz vor einem Konkurs, vor dem es die Deutsche und die Commerzbank retteten) seine Möbel-, Textil- und Fleischfabrikation aufgeben mußte, hat dieser Warenhauskonzern – wie auch die anderen Großen der Branche – die Produktion von Konsumgütern nicht wieder aufgenommen.

Als Ende der 50er Jahre die multinationalen Mineralölgesellschaften mit dem billigen Öl der Entwicklungsländer die Kohlekonzerne vom Energiemarkt zu verdrängen begannen, kassierten die Kohlebarone Stillegungsprämien aus Steuergeldern für jede stillgelegte Zeche. Diese Abermillionen wanderten zu einem beachtlichen Teil branchenfremd in die Super- und C&C-Märkte. In nur einem Dutzend von Jahren setzten sie 1200 große Discounter auf die grünen Wiesen.

Während der Ruhr-Konzern Haniel hauptsächlich in den Großhandel eingestiegen ist und die Metro-Großmärkte aufzog, stiegen die Hugo-Stinnes AG und die Raab-Karcher AG – beides juristisch selbständige Tochterunternehmen des Veba-Konzerns – auch in den Einzelhandel ein. „Mit 50 % ist Raab-Karcher an der ‚Deutschen Selbstbedienungs-Kauf GmbH' beteiligt, die 16 Divi-SB-Warenhäuser und 7 Agros-SB-Großmärkte betreibt. Immerhin machte der DSKB-Umsatz schon 14 % der inländischen Gruppe (von Raab-Karcher) aus."[30])

So gedeckt von Teilen der Großindustrie, traten sie den traditionellen Warenhauskonzernen entgegen – teils von den Großbanken, die schließlich in beiden Bereichen ihre Interessen wahrzunehmen suchten, ermuntert, teils, wie in der jüngsten Zeit, gebremst –:

Erstmals in der Geschichte der BRD mußte ein großes Kaufhaus Ende 1975 schließen: Horten in Wuppertal; und im holsteinischen Geesthacht gab vor einigen Wochen Hertie sein erst 7 Jahre altes Haus auf, nachdem sich im Umkreis 20 Supermärkte eingenistet hatten. Die 25000 Geesthachter können sich auf 16000 qm Verkaufsfläche ihre Waren aussuchen. Die seit 1972 geschaffene Überkapazität an Verkaufsfläche bei krisenbedingt stagnierender Kaufkraft der Bevölkerung errechnete die HDE für das Bundesgebiet mit 4,3 Millionen qm[31]).

---

29) „Handelsblatt", 186/1969.
30) „Die Welt" v. 20. 5. 1976.
31) HDE, 28. Arbeitsbericht, S. 25.

Mehr das Interesse der Warenhäuser im Auge als das der Verbraucher, ruft der HDE-Präsident, CDU-Mann Conzen, nach dem Staat, der bei Investitionen lenkend eingreifen soll.

Die CDU-Regierung von Baden-Württemberg legte in einem Erlaß fest, daß der Errichtung von Verbrauchermärkten „in der Regel nicht entsprochen werde, wenn Einzelhandelsgroßprojekte nicht innerhalb eines Ortes errichtet werden."[32]) Die „Stuttgarter Zeitung" meinte, daß es sich „eindeutig um Formen der Investitionslenkung" handele, und höhnte: „Sollte Filbinger ein getarnter Juso sein?"

In der Tat fällt auf, daß häufig dann, wenn die öffentliche Hand die Ansiedlung eines Verbrauchermarkts verhindern will, ein Warenhauskonzern dahintersteckt. So kündigt Karstadt-Deus für die nächsten Jahre weitere 200000 qm Verkaufsfläche seines Konzerns in den Cities an. Mit dem SPD-Stadtdirektor von Detmold, Johann Kross, traf er eine Vereinbarung: „Die Stadt Detmold verpflichtet sich, die Ansiedlung von weiteren Verbrauchermärkten oder Einkaufszentren nicht zuzulassen." Infolgedessen lehnte die Stadt die Errichtung eines Marktkaufladens ab mit der Begründung „erheblicher Beeinträchtigung der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs" – jetzt wird Karstadt dort sein hundertstes Haus errichten. Ebenso erging es „mehr Wert", lange vor der Pleite, als es in Berenbostel bei Hannover für 1,6 Mio. DM Boden kaufte. Als durch die Gebietsreform der Ort an Garbsen fiel, wurde die Genehmigung widerrufen, weil „erhebliche wirtschaftliche Schwierigkeiten bei den bereits bestehenden Handelsbetrieben" befürchtet wurden. Jetzt errichtet Karstadt dort ein Einkaufszentrum.

Doch die in den Handel drängenden Töchter einiger Industriekonzerne des Energiebereichs kämpfen ebenfalls mit harten Bandagen: Obgleich die CDU-Landesregierung in Kiel in einem Runderlaß vom 14. Juli 1974 die Errichtung von Verbrauchermärkten über 1000 qm Verkaufsfläche genehmigungspflichtig machte[33]) und Flensburgs Stadtväter einem Cash-and-Carry-Markt den Einzug verweigerten und eine Bürgerinitiative mit 2000 Unterzeichnern wirksam diese Haltung honorierte, kaufte dieser insgeheim privaten Boden und baute ohne Genehmigung. Vor soviel Frechheit kapitulierte der Stadtrat und erteilte die Genehmigung im nachhinein[34]).

Soweit Regierungen und Verwaltungen ihren Interessen entsprechen, ist für die Warenhauskonzerne ein „lenkendes Eingreifen" durchaus korrekt, doch ein Zuviel könnte auch ihnen gefährlich werden. So nimmt Helmut Thoma, Kaufhof-Vorstandsmitglied und Präsident der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe", Stellung gegen „jene dirigistischen Eingriffe in das Wirtschaftsleben, die unter dem Deckmantel des Schutzgedankens darauf abzielen, bestimmte Gruppen in ihren herkömmlichen Strukturen zu erhalten und sie vor Anpassungszwängen zu bewahren".

32) Erlaß über Einkaufszentren, Verbrauchermärkte und andere Einzelhandelsgroßprojekte, Stuttgart, Plansatz 2. 1. 22.
33) HDE, 28. Arbeitsbericht, S. 33.
34) Verlautbarung des DFU-Arbeitskreises für Mittelstandsfragen, Schleswig-Holstein.

Damit ist niemand anders als der die Nahversorgung garantierende Facheinzelhandel gemeint.

V

Zur „Anpassung" gezwungen werden auch die Produzenten und Lieferanten. Im Gegensatz zum Frühstadium der Entwicklung verfügen die Warenhauskonzerne und Supermärkte nicht mehr über eigene umfangreiche Produktionsstätten. Der Verzicht auf eigene Produktion ergibt sich daraus, daß sie gegenüber ihren Lieferanten aus Handwerk und mittlerer Industrie „allein alle erstrebten Bedingungen durchsetzen können", wie es der Konzentrationsbericht der Bundesregierung schon vor 12 Jahren formulierte[35]). Zur Großindustrie unterhalten die Einzelhandelsriesen kaum ökonomische Beziehungen.

Während sich die Unterdrückung des Mittelstands im Bereich des Handels durch die Großen der Branche in erster Linie über die Expansion der Standorte und Verkaufsflächen vollzieht – von den „Preisunterbietern", denen jetzt der Garaus gemacht wird, abgesehen –, erfolgt sie gegenüber dem Mittelstand im produzierenden Bereich über den Preis. „Den Lieferfirmen bleibt keine andere Wahl", schreibt der „Spiegel"[36]), „als sich dem Diktat zu unterwerfen und die in der Branche als ‚Wegelagerergebühr' bezeichneten Prozente zu bezahlen". So diktierte Karstadt bereits 1968 23000 Lieferanten die Preise[37]).

Über 20 Beispiele des Diktats von Preisen, Rabatten, Regalmieten, Einstandsgebühren, Personalbereitstellungen hat das Bundeswirtschaftsministerium Ende 1974 auf 42 Seiten zusammengestellt. Dieser als „Sündenregister" bezeichneten Dokumentation hielten dann die so angesprochenen Handelsriesen sogleich (April 1975) ein „Sündenregister II" entgegen, in dem sie den Nachweis zu erbringen suchten, daß alle angesprochenen Beispiele „auf Initiative aus dem industriellen Bereich", also der betroffenen Unternehmen, zustande kamen. Sünden dieser Art gelangen selten vor Gericht. Die „Wirtschaftswoche" berichtet vom Prozeß eines Markenartikel-Herstellers gegen den Verbrauchermarkt-Unternehmer Kuhn vor dem Oberlandesgericht Frankfurt, der den Lieferanten ein „armes Würstchen" genannt hatte, weil er sich weigerte, einen Einstandspreis von 5000,– DM zu zahlen.

Das Preisdiktat der Handelsmonopole auf der Einkaufsseite hat in nicht unbedeutendem Maße die relative Rückständigkeit bestimmter Bereiche der Konsumgüterindustrie zur Folge, der systematisch Akkumulationsmittel entzogen werden. Auch von dieser Seite her zeigt es sich, daß die Praktiken der Handelsriesen den Interessen der Volkswirtschaft zuwiderlaufen. Als besonders rüde auf dem Sektor des Preisdiktats gilt Westdeutschlands größtes Textil-Einzelhandelsunternehmen C&A Brenninkmeyer, das ein ganzes Team von Wissenschaftlern nur zu dem Zweck beschäftigt, herauszufinden, welche Produzenten von Oberbekleidung in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten sind und welches Preisdiktat gerade noch zumutbar ist, um sie am Leben zu

35) Bundestagsdrucksache IV/2330, S. 32.
36) „Der Spiegel", 12/1971.
37) „Der Volkswirt", 26/1969.

erhalten und sie in ständige Abhängigkeit zu bringen. Nicht zuletzt diese Praxis hat dazu geführt, daß der Konzern trotz allgemein schwachen Textilabsatzes im Krisenjahr 1975 gegenüber 1974 den Rohertrag um 14 % und den Jahresüberschuß um 12% erhöhen konnte[38]).

So wie der Machtkampf der Giganten in Handel und Industrie auf den Schultern der Verbraucher und kleinen Einzelhändler und des Handwerks ausgetragen wird, so muß auch der mittelständische Großhandel dran glauben.

Cash-and-Carry-Märkte sind Großmärkte für Wiederverkäufer mit breitgefächertem Warensortiment – und oft mit Geldern der Industrie-Konzerne errichtet –, die den in Einkaufskontoren horizontal nach Branchen zusammengeschlossenen Grossisten bereits weithin den Garaus gemacht haben und nun die „freiwilligen Handelsketten" aufs Korn nehmen – vertikale Zusammenschlüsse kleiner Einzelhändler unter Führung eines oder mehrerer Grossisten, die keineswegs so „freiwillig" zusammenkommen. Die bekanntesten Ketten sind Spar mit 12 000 Einzel- und 52 Großhändlern, A&O, ebenfalls 12 000 Einzel- und 60 Großhändler, und VIVO (10 000 Einzel- und 51 Großhändler)[39]).

Für den Endverbraucher bedarf es kaum eines Tricks, um in den Genuß eines Einkaufsausweises zu gelangen. Mit Lockangeboten und verlängerter Öffnungszeit (bis 21 oder 22 Uhr) wird der Kunde vom Einzelhändler fortgelockt. In einem Grundsatzurteil im vergangenen Jahr hat das Hanseatische Oberlandesgericht in Hamburg gegen das führende Unternehmen dieser Branche CeCenetto entschieden, das gegen das Ladenschlußgesetz, gegen die Preisangaben-Verordnung und gegen Verordnungen über den Verkauf an Letztverbraucher laufend verstößt, doch hat sich nichts geändert: „Eine Verminderung der Mißbräuche läßt sich jedoch noch nicht feststellen", konstatiert die HDE[40]).

VI

Schon mit dem Aufkommen der ersten Warenhäuser begannen die kleinen Einzelhändler, sich in Genossenschaften zu organisieren, um so gemeinsam den Kampf ums Überleben zu führen.

1882 legte der Kaufmann Hermann Tietz in Gera den Grundstein für den heutigen Hertie-Konzern. Im Jahre 1933 verfügte Hertie bereits über ein Warenhaus-Imperium, in dem 14 000 Menschen beschäftigt waren. Aus der einstigen mecklenburgischen Tuchmanufaktur Rudolph Karstadt ging 1920 der jetzige Konzern hervor, der 1930 bereits einen Umsatz von 300 Mio. Mark machte.

Bereits 1907 schlossen sich 13 Einkaufsgenossenschaften von Kolonialwarenhändlern zu einer Zentraleinkaufsgenossenschaft zusammen. Dies war die Keimzelle des heutigen EDEKA-Verbandes. Die Revisionsgemeinschaft Westkauf (REWE) entstand 1926. Bereits 1936 gehörten diesen beiden wesent-

38) „Die Welt" v. 23. 7. 1976.
39) Kleinen, Die Expansion mittelständischer Handelsbetriebe durch Großzusammenschlüsse, Köln, S. 64.
40) HDE, 28. Arbeitsbericht, S. 71.

lichen Genossenschaften zusammen 34 000 kleine Lebensmittelhändler an[41]). Nach 1945 nahmen diese Genossenschaften einen schnellen Aufstieg. Der Höhepunkt ihrer Entwicklung war 1963 zu verzeichnen. In diesem Jahr waren bei der EDEKA 42 382 und bei REWE 13 683 Lebensmitteleinzelhändler organisiert[42]).

Doch diese Genossenschaften blieben keine demokratischen Inseln im rücksichtslosen Kampf der Stärkeren gegen die Schwächeren. Waren es ursprünglich gerade die kleinsten Händler, die, um zu überleben, sich organisierten, so wurden von der sich verselbständigenden und nach den Prinzipien kapitalistischen Managements arbeitenden Leitung von der Mitte der 60er Jahre an die Kleinhändler durch Entzug von Rabatten und anderen Sonderkontingenten aus der Genossenschaft hinausgedrängt. Die Entwicklung der Umsatzzahlen je Einzelhandelsmitglied gibt darüber Aufschluß. Durchschnittsabsatz bei EDEKA: 1958 – 126 800 DM, 1964 – 192 800 DM; bei REWE: 1960 – 184 000 DM, 1964 – 246 000 DM[43]). Heute werden von der EDEKA-Zentrale Mitglieder unter einem Jahresabsatz von 360 000,– DM nicht mehr beliefert[44]).

Ende der 60er Jahre begann die EDEKA-Zentrale mit der Errichtung eigener Verbrauchermärkte und konkurrierte damit die eigenen Genossenschaftsmitglieder nieder. Die Mitgliederzahl ging denn auch von 42 097 Einzelhändlern im Jahre 1965 auf 35 801 im Jahre 1970 zurück[45]). Die Umwandlung in eine kapitalistische Aktiengesellschaft am 1. Januar 1971 war dann nur eine folgerichtige Erscheinung.

Die Entwicklung des Genossenschaftswesens im Einzelhandel macht zweierlei deutlich: Einerseits erkennt der generell individualistisch eingestellte Kleinhändler, daß er, auf sich allein gestellt, Opfer des Verdrängungskampfes wird, andererseits zeigt die Entwicklung der Genossenschaften, daß die soziale Schicht der Kleinhändler sich allein selbst in organisierter Form nicht durchsetzen kann und deshalb Umschau halten muß nach anderen Bevölkerungsschichten, die ebenfalls dem Machtstreben der Großwirtschaft ausgesetzt sind.

Eine gewisse Sonderstellung nimmt hier die Genossenschaft der Arbeitnehmer, die Konsumgenossenschaft, ein, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann, doch zeigt ihre Entwicklung, daß auch sie sich von den Praktiken der Privatwirtschaft nicht ausschließen kann.

Trotz des Massensterbens der Kleinhändler – bei 10 000 im Jahr 1976 ist der Ausdruck wohl gerechtfertigt – drängen jedoch jährlich Tausende bisher unselbständig Beschäftigte danach, eine Marktlücke für ein Boutique-Geschäft oder eine Imbißstube zu erspähen und sich selbständig zu machen, nach der Devise „Und ist der Handel noch so klein, er bringt doch mehr als Arbeit ein", die, wenn überhaupt jemals, seit Jahrzehnten nicht mehr stimmt. Der relativ geringe Kapitalbedarf für die Gründung und der relativ leicht zu erreichende

41) Paul König, Der Wareneinkauf bei den Einzelhandelsgenossenschaften, Stuttgart 1938.
42) Kleinen, a.a.O., S. 56–59.
43) Ebd.
44) Beitrag Willi Duggen in: Materialien des Mittelstandstages '76 der DFU, Köln 1976.
45) „Selbstbedienung und Supermarkt", Heft 1/1971, S. 32.

Qualifizierungsnachweis begünstigen diese Entwicklung und tragen – trotz rapide vor sich gehendem Konzentrationsprozeß – zu immer noch vorhandener Dezentralisierung bei, die auch wegen des regional begrenzten Marktes nie ganz überwunden werden kann.

Aber nicht nur von ihrer Herkunft her bleiben diese Kräfte objektiv eng verbunden mit den unselbständig Beschäftigten. Ihre Existenz hängt nicht zuletzt von deren Kaufkraft ab. Hinzu kommt, daß durch die individuelle Bedienungsweise sie besser als andere Selbständige über die Probleme der Lohnabhängigen informiert sind. Bekanntlich stellen Gastwirte in harten Tarifauseinandersetzungen ihre Räume Streikkomitees zur Verfügung. So vereinzelt Beispiele für das Zusammenwirken der Selbständigen in Kleinhandel und Handwerk mit den unselbständig Beschäftigten und ihren Organisationen auch sind, zeigen sie doch, daß Gemeinsamkeiten vorhanden sind.

Der Nachlaß des Maoismus und die gegenwärtige Entwicklung der VR China (II)*)

Von Bettina Gransow und Frank Suffa-Friedel

Dachai und Daqing als Modelle des sozialistischen Aufbaus

Dachai ist der Name einer landwirtschaftlichen Produktionsbrigade – einer Untereinheit der gleichnamigen Volkskommune. Zum nationalen Vorbild erhoben wurde sie, weil ihre Mitglieder – trotz ungünstiger Umstände und ohne Einkommensstimulierung oder verbesserte Produktionsmittel – eine ständige Steigerung der Produktion erzielt haben. Im Unterschied zu anderen Produktionsbrigaden mit besseren objektiven Voraussetzungen werden die Erfolge der Bauern von Dachai allein ihrem hohen politischen Bewußtsein zugeschrieben; sie besäßen die revolutionären Tugenden der harten Arbeit für die Revolution, der Selbstlosigkeit und Selbstaufopferung[35]). Außerdem zeichnet sich diese Brigade durch einen höheren Zentralisierungsgrad des Eigentums und der Planungskompetenzen als in Brigaden anderer Volkskommunen aus, in denen die Hauptentscheidungsebene zumeist die der Brigade untergeord-

*) Vgl. Heft 1/1977, S. 68ff.
35) Tachai – Standard Bearer in China's Agriculture, Peking 1972.

nete Produktionsgruppe ist. Das Muster Dachai basiert auf dem Prinzip der größtmöglichen ökonomischen und finanziellen Unabhängigkeit von den örtlichen, regionalen und staatlichen Stellen, d. h. der weitestgehenden Selbstversorgung mit allen notwendigen Konsumtions- und Produktionsmitteln. Um dies zu gewährleisten, erfolgte im Rahmen der Brigade der Aufbau kleiner und kleinster Handwerksbetriebe für die Herstellung einfacher landwirtschaftlicher Geräte und sonstiger Arbeitsmittel, von Baumaterialien für Wohnungs- und Investbau sowie für die Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Produkte. Der außenwirtschaftliche Kontakt der Mitglieder von Dachai besteht hauptsächlich in der Ablieferung ihrer landwirtschaftlichen Erzeugnisse an den Staat. Sie verfahren dabei nach dem Prinzip „dreierlei viel" und „dreierlei nicht fordern", d. h.: möglichst hohe Ablieferung an den Staat, dagegen vom Staat kein Geld, keine Materialien und kein Saatgut verlangen.

Wie in der Landwirtschaft Dachai, so gilt für den Sektor der auf regionaler Ebene aufzubauenden oder neu zu erschließenden Industrieprojekte das Ölfeld von Daqing als im ganzen Land propagiertes Modell. Die wesentliche Eigenart Daqings besteht darin, daß nur die von seinen Mitgliedern nicht selbst erzeugbaren technisch hochentwickelten Produktionsinstrumente von staatlicher Seite zur Verfügung gestellt werden, während von den Mitgliedern der Brigade neben ihrer hauptberuflichen industriellen Tätigkeit zusätzliche Arbeit in Form von einfacher Hausarbeit geleistet wird, mit der sowohl die agrikolen als auch alle anderen handwerklichen Erzeugnisse für ihre individuelle Konsumtion produziert werden. Auf diese Weise sollen die Widersprüche zwischen Stadt und Land aufgehoben werden: „Das Ölfeld Daqing hat sowohl städtisches Gepräge als auch dörflichen Anstrich. Hauptsächlich mit industrieller Tätigkeit beschäftigt, nehmen die Arbeiter auch am Ackerbau und an Nebengewerben teil; ihre Familienangehörigen hingegen beschäftigen sich hauptsächlich mit landwirtschaftlicher Arbeit und Nebengewerben, was sie jedoch nicht daran hindert, auch kleine Fabriken zu betreiben. Das Ölfeld Daqing hat dadurch das Aussehen eines städtischen Dorfes wie auch einer dörflichen Stadt... Man bezeichnet sie als Arbeiter-Bauern-Dörfer."[36])

Für beide Formen gilt
– eine hohe Ausdehnung des Arbeitstags, da für die Befriedigung der notwendigen Bedürfnisse in der kleinen Hauswirtschaft bzw. Parzelle zusätzliche Arbeit von geringer Produktivität geleistet werden muß;
– ein niedriger Stand auch der Lebensverhältnisse, da eine Entlohnung nach geleisteter Arbeit nur eingeschränkt stattfindet – statt dessen gilt das Prinzip der „rationell niedrigen Arbeitslöhne": das erzeugte Mehrprodukt wird vom Staat ohne gleichwertige Gegenleistung abgeschöpft.

Vorbild für dieses System sich selbst versorgender Produktionseinheiten waren die größtenteils voneinander abgeschnittenen Rätegebiete und kommunistischen Stützpunkte im Norden Chinas zur Zeit der Einkreisung und Blokkade durch die japanischen und Guomindang-Truppen, besonders das sogenannte „Neuerschließungsgebiet von Nanniwan", in dem Mao Tsetung seine Untersuchungen durchführte.

36) Datjing – ein rotes Banner an Chinas industrieller Front, Peking 1972, S. 16 f.

„Als wir nach Dachai kamen, schien es, als seien wir nach Yenan zurückgekehrt. Wie wir sehen, wird hier dem revolutionären Geist von Yenan sein vollster Ausdruck verliehen."[37]) Die wirtschaftliche Selbstversorgung der Rätegebiete war notwendiges Resultat ihrer vollständigen Einkreisung.

Da es weder ausgebildete Fachleute für ökonomische Fragen noch Techniker oder auch nur genügend Handwerker gab, mußten Partei und Armee, um ihre „große Produktionskampagne" erfolgreich durchführen zu können, einen besonderen Arbeitsstil praktizieren: „Die Partei mußte auf Notbehelfsmaßnahmen vertrauen, entdeckt und einander beigebracht durch das Volk selbst, und mußte die Bevölkerung dazu animieren, Experimente zu unternehmen und neue Techniken auszuprobieren. Viele organisatorische Einfälle wurden angewandt ... der Einsatz von menschlicher Arbeitskraft anstelle von Maschinen, die Anwendung der Armee zu Produktionsaufgaben und zu Landurbarmachung ... die Angestellten der Regierung, die Truppen und die Studenten hacken den Boden, schneiden Feuerholz, machen Kleidung, spinnen Wolle, nehmen am Handel teil und zerstören die Grenze zwischen geistiger und körperlicher Arbeit."[38])

Auch als man Anfang der 60er Jahre auf diesen Arbeitstil zurückgriff, stand das Land vor ernsten ökonomischen Problemen: die wirtschaftlichen Rückschläge des Großen Sprungs Nach Vorne und die Auswirkungen einer dreijährigen Dürreperiode hatten die Lebensmittelversorgung soweit verschlechtert, daß das Land wieder von Hungersnöten bedroht war. So gesehen, könnte der Rückgriff auf in Yenan gemachte Erfahrungen verständlich erscheinen; die Propagierung der Modelle Dachai und Daqing war jedoch keine vorübergehende Maßnahme: erst nachdem sich die Wirtschaft des Landes wieder stabilisiert hatte, wurden sie verstärkt hervorgehoben und gelten noch heute als Vorbild.

Als Modelle mit einer langfristigen Perspektive für die Errichtung einer modernen sozialistischen Wirtschaftsform allerdings weisen sie zahlreiche Hemmnisse auf: Da Dachai keine Hilfe seitens der höherentwickelten staatlichen Industrie zur Modernisierung und Mechanisierung der Produktion erhält, bleibt die Arbeit der landwirtschaftlichen Produzenten im wesentlichen in ihren traditionellen Formen belassen; eine Weiterentwicklung wird dadurch erschwert, daß die Scheidung des Handwerks von der Landwirtschaft ebenso wie die Entwicklung von Arbeitsteilung, Qualifizierung und Spezialisierung ausbleibt. Das einzige zur Verfügung stehende Mittel zur Produktivkraftsteigerung ist die einfache Kooperation, die allerdings, einmal durchgesetzt, schnell an ihre Grenzen stößt und nicht weiter entwickelt werden kann.

Das Modell Daqing beinhaltet mit der Beschäftigung im Nebengewerbe und der damit verbundenen Verlängerung des Arbeitstags die extensive Nutzung der vorhandenen Reserven an lebendiger Arbeit als Hauptfaktor der ökonomischen Entwicklung, nicht aber die Erhöhung des Organisationsgrades der Arbeit, da auch hier der Prozeß der gesellschaftlichen Arbeitsteilung aufge-

37) Ch. Johnson, Chinese Communist Leadership..., a.a.O., S. 432.
38) Ebd. S. 423.

halten wird. Die sich aus der landwirtschaftlichen Nebenproduktion ergebende Form des Wohnens in Stadt-Dorf-Siedlungen stellt de facto ein künstliches Festhalten an vorübergehenden Zwischenformen dar.

Die ländliche Kleinindustrie und ihre Wirkungen auf die Entwicklung der Sozialstruktur

Das Prinzip der gleichzeitigen Entwicklung kleiner, mittlerer und großer Betriebe, das ursprünglich die Beschäftigung der großen Arbeitskraftreserven der ländlichen Gebiete in kleinen, aus lokalen Mitteln finanzierten Betrieben der Leichtindustrie ermöglichten sollte, ging von der Begrenztheit der materiellen Ressourcen für den Aufbau einer modernen Industrie und dem Mangel an qualifizierten technischen Kadern aus.

In der gegenwärtigen Etappe der Volksrepublik China hätten wirtschaftlich und historisch rückständige Kleinformen der Produktion durchaus noch eine positive Rolle spielen können: zur Beschleunigung des Absonderungsprozesses des Handwerks von der Landwirtschaft, zur Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, zur Schaffung von breiteren Möglichkeiten der Weiterbildung und Eingliederung der Bauern in den Arbeitsprozeß und nicht zuletzt zur Verhinderung des Einströmens der Bauern in die Städte[39]).

Da die Maosche Konzeption jedoch nicht auf eine Stimulierung der Qualität und Intensität des sozialistischen Warentauschs gerichtet war, blieb die Wirkung der kleinen Betriebe auf enge Grenzen beschränkt und konnte die Schranken des ökonomischen Regionalismus nicht sprengen. Vielmehr bildete sich auf diese Weise eine Spaltung des Wirtschaftssystems in ein zentrales System industrieller Großbetriebe und in ein örtliches Industriesystem sich selbst versorgender handwerklicher Komplexe heraus. Mit diesem Prozeß wurden praktisch nicht nur zwei historisch verschiedene Entwicklungsstufen der Produktivkräfte festgeschrieben und konserviert, sondern auch die Grundlage für neue Formen von sozialer Ungleichheit geschaffen. „Das zentrale System umfaßt etwa 15 bis 18 Millionen Industriearbeiter, die in modernen industriellen Großbetrieben, in Bau- und Montageorganisationen, im Eisenbahn-, See- und Luftverkehrswesen konzentriert sind. Im örtlichen System sind etwa 12 bis 15 Millionen Arbeiter beschäftigt. Sie arbeiten vorwiegend in Industriebetrieben vom Typ der Manufaktur. Etwa 20 bis 30 Millionen Menschen arbeiten in handwerklichen Werkstätten, kleinen Gruben und Erzbergwerken, die der Leitung der Kreise und Kommunen unterstehen."[40]) Die im lokalen Industriesystem beschäftigten Arbeiter hatten nicht die Perspektive der Qualifizierung ihrer Arbeitskraft, meist waren sie in den kleinen Betrieben nur saisonal beschäftigt, nach dem Prinzip, „sowohl Arbeiter als auch Bauer sein".[41]) Da die Bezahlung und die soziale Lage dieser Arbeiter-Bauern unter der der vollbeschäftigten Arbeiter liegt, hat zwar die Anwendung dieses

39) Vgl. V. G. Gelbras, „Fragen der Entwicklung der Arbeiterklasse in der VR China", in: Klassen und Klassenbeziehungen in der VR China, Sonderheft „Deutsche Außenpolitik", Berlin (DDR) 1973, S. 107.
40) Ebd. S. 108.
41) Vgl. E. A. Sirikowa, „Sowohl Arbeiter als auch Bauer" – ein System der Organisation der Arbeit in der Volksrepublik China, in: Klassen und Klassenbeziehungen..., a.a.O.

Systems formell zu einer zahlenmäßigen Stärkung der Arbeiterklasse geführt, aber auch zu einer Verstärkung ihrer sozialen Heterogenität.

Keineswegs konnte jedoch auf diese Weise dem Ziel der Aufhebung der Klassenunterschiede zwischen Arbeitern und Bauern nähergekommen werden, konnte eine Konzeption realisiert werden, nach der letztlich die Aufhebung der Klassenunterschiede der Entwicklung ihrer eigenen materiellen Bedingungen vorausgehen kann.

Der hier enthaltene Begriff von Klassenentwicklung als einer unabhängig von der Produktivkraftentfaltung zu verwirklichenden sozialen Ausgleichung ist nicht zuletzt vor dem Hintergrund der objektiven Schwierigkeiten zu sehen, die dem überhaupt erst in den 20er Jahren dieses Jahrhunderts begonnenen Herausbildungsprozeß eines marxistischen Klassenbegriffs in China entgegenstanden und die nicht ohne Auswirkungen auf die Maosche Sozialismus-Konzeption blieben. Einige wichtige Faktoren waren:

– die schwere Durchschaubarkeit der unter den halbkolonialen Bedingungen deformierten und instabilen Sozialstruktur in China selbst;
– das Fehlen wissenschaftlicher Traditionen im Bereich allgemeiner Gesellschaftstheorie;
– die Vermischung von utopischen und marxistischen Sozialismusströmungen mit dem in der chinesischen Tradition verankerteten Gesellschaftsbild der sozialen Gliederung als etwas Statischem [42]).

Ohne auf den gegenwärtig gültigen Klassenbegriff in der VR China hier näher eingehen zu können, sei nur noch kurz auf den Umstand hingewiesen, daß beispielsweise trotz des bereits abgeschlossenen Kollektivierungsprozesses in den 60er Jahren wieder Massenorganisationen der armen und unteren Mittelbauern gegründet wurden.

Die Massenlinie

Als ein die ökonomische Dezentralisierung notwendig ergänzendes Prinzip auf politischem Gebiet wird die sogenannte Massenlinie als adäquate Ausdrucksform des demokratischen Zentralismus propagiert. Sie wurde als fundamentale politische und organisatorische Linie der KPCh ebenfalls in Yenan entwickelt.

Da die revolutionären Truppen im Guerillakampf darauf angewiesen waren, von den allerbreitesten Bevölkerungsteilen unterstützt zu werden, wurden alle Bedürfnisse und Forderungen der Bevölkerung aufgegriffen, solange sie nur nicht den elementaren Interessen des Widerstandskrieges entgegenstanden.

Die Anwendung der Massenlinie ergab sich nicht nur aus den äußeren Bedingungen des Kriegs, sondern auch aus der sozialen Situation innerhalb dieser Gebiete: Die KP traf auf eine seit Jahrhunderten ausgebeutete und unterdrückte Landbevölkerung, die in den elendsten Verhältnissen lebte und

42) Vgl. R. Müller, Beiträge ..., a.a.O., S. 188/189.

durch Großgrundbesitzer und warlords eingeschüchtert war. Um diese Bauernmassen wachzurütteln und zu handelnden Subjekten zu erziehen, mußten die Mitglieder der Partei alle Sorgen, Wünsche und Interessen sammeln, vereinheitlichen, systematisieren, ihnen eine klare politische Stoßrichtung geben und sie schließlich – in Form einer Massenkampagne – zur Mobilisierung der Bevölkerung zurücktragen. Die Massenlinie war während des Volkskriegs also die Methode der umfassenden Mobilisierung der Bevölkerung in einer Kampagne, die einem militärischen strategischen Hauptziel untergeordnet war.

Da in den Befreiten Gebieten der Aufbau von Massenorganisationen als politischer Institutionen der Volksmacht noch nicht voll entfaltet werden konnte, hatte die Massenlinie dort eine weitere Funktion zu erfüllen – sie war das Hauptmittel der Demokratie für die Volksmassen. In der Volksrepublik hätte diese Funktion nach und nach zurücktreten müssen: die gesellschaftlichen Massenorganisationen waren aufgebaut, der institutionelle Rahmen für die Ausübung sozialistischer Demokratie geschaffen; sie hätten zu einem der Hauptmittel der demokratischen Machtausübung des Volkes werden können, wobei auch klassen- und schichtspezifische Interessen hätten zum Tragen kommen können.

Die Anwendung der Massenlinie aber als einer der undifferenzierten Masse des Volkes gegenüberstehenden Form hat ihre mangelhafte Wirksamkeit gerade in den Auseinandersetzungen der jüngsten Vergangenheit wieder bestätigt: Einerseits fanden schwerwiegende Entscheidungen innerhalb der Führungsspitze der KPCh statt, die keineswegs das Ergebnis eines breiten demokratischen Willensbildungsprozesses waren und für die das zentrale Mittel der Dazibaos (Wandzeitungen) nurmehr im nachhinein zur Legitimation diente; andererseits hat sich aber auch gezeigt, daß die jeweils aktuellen politischen Orientierungen der gerade führenden Linie bereits auf der Ebene der Provinzen schon gar nicht mehr in jedem Fall konkret umgesetzt wurden.

Gleichgewicht und Sprünge im Maoschen Konzept

Als ein Aspekt der Konflikte, die sich notwendig bei der Übertragung der Yenaner Erfahrungen ergeben mußten, sei auf die traditionellen chinesischen Sozialismus-Auffassungen hingewiesen, die sich – unabhängig vom Prozeß der Produktivkraftentfaltung – in den Begriffen „Gleichgewicht" und „Selbstlosigkeit" konzentrieren und die durchaus gewisse Anknüpfungspunkte für die in der Maoschen Konzeption enthaltene Forderung nach sozialer und wirtschaftlicher Ausgleichung bieten. Diese traditionellen Maximen konnten sich unter den harten Lebensbedingungen und den Aufgaben der Beseitigung des äußeren sozialen und ökonomischen Ungleichgewichts im nationalen Befreiungskampf noch verhältnismäßig einfach und bruchlos einfügen; in ihrer durch das Maosche Konzept auf die Volksrepublik übertragenen Form bedeuteten sie jedoch immer wieder unnötige Härten für die Bevölkerung und die Festschreibung wirtschaftlicher Disproportionen, wie sie etwa aus der folgenden Charakterisierung des sozialistischen Planungsprozesses bei Mao Tsetung hervorgeht:

„Jedes Jahr stellt unser Land einen Wirtschaftsplan auf und legt richtige Proportionen zwischen Akkumulation und Konsumtion fest, um ein Gleichgewicht zwischen Produktion und Bedarf zu erzielen. Das Gleichgewicht ist eine zeitweilige und relative Einheit der Gegensätze. Am Ende eines Jahres ist ein solches Gleichgewicht als Ganzes durch den Kampf der Gegensätze gestört, die Einheit verändert sich, mit dem Gleichgewicht ist es vorbei, mit der Einheit ebenfalls, und für das nächste Jahr müssen wieder Gleichgewicht und Einheit angestrebt werden. Darin zeigt sich die Überlegenheit unserer Planwirtschaft."[43])

Die praktische Realisierung des so gedachten Planungsprozesses kollidierte immer wieder mit den Erfordernissen des sozialistischen Aufbaus[44]) und führte wiederholt zu wirtschaftlichen Rückschlägen. Die jahresdurchschnittlichen Wachstumsraten der chinesischen Volkswirtschaft zeigen insbesondere für die Phase des Großen Sprungs und der Kulturrevolution starke Einbrüche. (Rückgang des Bruttosozialprodukts von einem Wachstum um 7 % in der Zeit von 1953–57 auf –3 % in der Zeit von 1958–61; von 13 % in der Zeit von 1962–65 auf 4 % in der Zeit von 1966–69.)[45])

Besonders das Problem der Ertragssteigerung der Landwirtschaft ist in China keineswegs gelöst. Abgesehen von den kurzfristigen Rückschlägen ist auch das langfristige Wachstum der landwirtschaftlichen Bruttoproduktion nur mäßig (4% für den Zeitraum von 1970–74) und bleibt trotz der „Simultanstrategie" in der Wirtschaftspolitik hinter den entsprechenden industriellen Wachstumsraten zurück (10% für denselben Zeitraum)[46]).

Das Konzept Chou Enlais – Produktivkraftentwicklung und Maoismus

Vor diesem Hintergrund sind die jüngsten Linienkämpfe in der KPCh zu sehen. Im Unterschied zu den Versuchen der „linken Fraktion", mit neuerlichen politisch-ideologischen Massenkampagnen, ansonsten aber wirtschaftspolitischer Ignoranz die Produktion zu stimulieren, leitete die Gruppe um Chou Enlai eine wirtschaftspolitische Umorientierung ein, den sogenannten Großen Plan Chou Enlais, einen Versuch zur „allseitigen Modernisierung der Volkswirtschaft". Das von Deng Xiaoping unterstehenden Wirtschaftsfachleuten ausgearbeitete Konzept ist bislang nicht vollständig veröffentlicht worden und nur soweit bekannt, wie es von seinen Kritikern zitiert wurde[47]). Es beinhaltet in wesentlichen Punkten ein Abgehen von den wirtschaftspolitischen Positionen, die seit der Kulturrevolution überwiegend propagiert wurden; diese Punkte sind:

---

43) „Über die richtige Behandlung...", a.a.O., S. 26.
44) Diese Konflikte wurden von der Wang-Chang-Jiang-Yao-Gruppe selbst noch als spezifische „vom Vorsitzenden Mao aufgedeckte objektive Gesetzmäßigkeit" hervorgehoben: „Große Unordnung im ganzen Land führt zu großer Ordnung. Und so wiederholt es sich alle sieben oder acht Jahre. Die Teufel und Dämonen kommen von selbst hervor. Ihre Klassennatur bedingt, daß sie bestimmt auf den Plan treten." Wang Hongwen, Bericht über die Abänderung des Parteistatuts, in: Der X. Parteitag der KPCh. Dokumente, Peking 1973, S. 52.
45) Vgl. Kosta/Meyer, a.a.O., S. 290.
46) Ebd.
47) Vgl. etwa „Peking Rundschau", Nr. 18, 19, 34, 35/1976.

– Zentralisierung und Vereinheitlichung der Leitung der Schlüsselunternehmen, die dem ganzen Lande dienen und der organisierten Koordination im Landesmaßstab bedürfen;
– Import moderner und hochqualifizierter Technologien und Anlagen zur Beschleunigung der technischen Umgestaltung der Industrie und zur Steigerung der Arbeitsproduktivität;
– verstärkte Einführung materieller Anreize;
– Betonung der Qualifizierung der Arbeit und der wirtschaftlichen Leitung der Betriebe durch Experten;
– Betonung der wissenschaftlichen Grundlagenforschung, des Primats von Wissenschaft und Technik zur notwendigen Entwicklung der materiellen Basis des Sozialismus.

Trotz dieser gegenüber der Maoschen Konzeption veränderten Prioritätensetzung, in der der Produktivkraftentwicklung vorrangige Bedeutung beigemessen wird und die in der Kontinuität der Kritik Liu Shaoqis und Deng Xiaopings an den Übertreibungen des Großen Sprungs und ihrer Konsolidierungspolitik in der ersten Hälfte der 60er Jahre steht, wird auch in diesem Konzept – wenn man von den Formulierungen Chou Enlais auf der I. Tagung des IV. Nationalen Volkskongresses im Jahre 1975 ausgeht – an den Maoschen Leitlinien der „Generallinie" (mehr, schneller, besser, wirtschaftlicher den Sozialismus aufbauen), des „auf zwei Beinen Gehens" und des „Vertrauens auf die eigene Kraft" festgehalten. Gerade auch der örtlichen Industrialisierung der ländlichen Gebiete, die in den 60er Jahren fast völlig zurückgegangen war, wird gegenwärtig wieder erhebliche Aufmerksamkeit zugewandt. „1974 entfielen 50% bzw. 75% der Stickstoff- und Phosphatdüngerproduktion, 50% der Zementproduktion, 30% der Kohleproduktion, 15–20% der Stahl- und Eisenproduktion sowie 5% der Erzeugung von Elektroenergie und der überwiegende Teil der Produktion von einfachen landwirtschaftlichen Geräten auf Kleinbetriebe."[48])

Im Rahmen dieser neuerlichen Anregung der ländlichen Kleinindustrie ist auch die von Hua Guofeng auf der staatlichen Landwirtschaftskonferenz im Herbst 1975 vorgetragene nachdrückliche Propagierung der Brigade von Dachai als Modell für die ganze Nation zu sehen: durch die Übertragung der Entscheidungskompetenzen von den Produktionsgruppen auf die Brigaden sollen adäquatere Voraussetzungen für die Entwicklung der ländlichen Infrastruktur und der lokalen Kleinindustrie geschaffen werden.

Die Frage, ob die ländliche Kleinindustrie innerhalb dieses neuen Konzepts langfristig ihre positiven Potenzen für den sozialistischen Aufbau Chinas wird entfalten können, wird in erster Linie von den konkreten Schwerpunktsetzungen und Ausformungen der künftigen chinesischen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik abhängen. Die neue Konzeption mit ihrem Zusammenspiel von Betonung der Produktivkraftentwicklung einerseits und Festhalten an den Maoschen Leitlinien andererseits wird im Zusammenhang eines verstärkten Industrialisierungsprozesses insbesondere anhand der Verteilung der Investitionen auf die einzelnen gesellschaftlichen Bereiche konkretere

48) Ebd., S. 194, 257 (Zitat), 292 (Tabelle V).

Gestalt annehmen; die Entwicklung des hochindustrialisierten Militärkomplexes wird hier ein wichtiger Indikator sein.

Die divergierenden Aspekte, die in dem Konzept Chou Enlais enthalten sind, sind nicht als beliebig zu koordinierende zu verstehen, vielmehr bedeutet die Orientierung auf eine verstärkte Entfaltung der gesellschaftlichen Produktivkräfte die Ankurbelung von ökonomischen und sozialen Entwicklungen, die notwendig den Maoschen Maximen zuwiderlaufen müssen: die Effektivierung und Zentralisierung der Produktions- und Planungsprozesse, die Entwicklung von Wissenschaft und Technik erfordern eine entsprechende Qualifikationsstruktur und Bildungspolitik; der gesamte Prozeß der verstärkten Industrialisierung bedeutet gleichzeitig eine objektive Stärkung der Arbeiterklasse und ein Anwachsen der wissenschaftlich-technischen Intelligenz.

Wie sich bereits in den letzten Jahren gezeigt hat, lassen sich diese Entwicklungstendenzen nicht ohne entsprechende Außenhandelsbeziehungen fördern, womit einerseits gegen das Maosche Prinzip „aus eigener Kraft" verstoßen werden muß und andererseits auch außenpolitische Anknüpfungspunkte in einem neuen Licht erscheinen könnten: Während sich im Handel mit den westlichen Industrienationen erste Verschuldungstendenzen andeuten[49]), wird gegenwärtig von seiten der UdSSR unmittelbar auf das von Chou Enlai vorgestellte Programm Bezug genommen und unter Verweis auf die Erfahrungen der früheren Zusammenarbeit die Möglichkeit von intensiveren Wirtschaftsbeziehungen hervorgehoben[50]).

Wenngleich gegenwärtig in der VR China die ökonomischen und gesellschaftlichen Bedingungen noch nicht geschaffen sind, die die Entstehung und Durchsetzung neuer Formen von nichtproletarischen Entwicklungskonzeptionen für den sozialistischen Aufbau ausschließen könnten, so zeigt doch das Konzept Chou Enlais und Deng Xiaopings neue und weitergehende Perspektiven auf, um die objektiven materiellen Voraussetzungen für eine moderne sozialistische Gesellschaftsordnung in China zu festigen und voranzutreiben.

49) Vgl. Udo Weiß, Die Vereinten Nationen..., a.a.O., und Kosta/Meyer, Die VR China, a.a.O., S. 293 (Tabelle VI).
50) „Vor einer Kurskorrektur...", a.a.O.

Neu zum Thema Berufsverbote

Horst Bethge (Hrsg.)
Gewerkschaften gegen Berufsverbote
Dokumentation von Gewerkschaftsbeschlüssen, Stellungnahmen aus der Gewerkschaftspresse und von Gewerkschaftern. – 48 Seiten, DM 4,–

Nicht zufällig hat der größte Arbeitgeber, die „öffentliche Hand", in dem Augenblick zur Politik der Berufsverbote gegriffen, als unter den Intellektuellen die Einsicht wuchs, daß sie sich stärker gewerkschaftlich organisieren müßten, und als sie, insbesondere in den meinungsbildenden Bereichen, ihre traditionelle Rolle als ideologische Stütze der Unternehmerherrschaft zunehmend aufzugeben begannen. Das sich anbahnende Bündnis zwischen organisierter Arbeiterschaft und sich zunehmend gewerkschaftlich organisierender Intelligenz ist nun aber für die Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik zur Durchsetzung ihrer Forderungen langfristig von großer Bedeutung. Die von Horst Bethge, Mitglied des GEW-Landesvorstandes Hamburg, zusammengestellte Dokumentation informiert darüber, daß und wie die Gewerkschaften sich der Herausforderung durch die Berufsverbote zu stellen begonnen haben.

Pahl-Rugenstein

Medienkritik

PHANTOM-LYRIK

„Mit den Augen eines Phantom-Piloten gesehen, erhalten oft gesehene Dinge des täglichen Lebens einen ganz anderen Wert." So beschreibt der Autor Benton Claus Lombard seine Absichten bei der Realisierung des Fernsehspiels „Überflug", das die ARD am 25. Januar sendete. Ungefähr eine Stunde dauert es, bis ein „Phantom"-Jagdbomber die Bundesrepublik einmal von Norden nach Süden überfliegt – und so lange dauert auch das Fernsehspiel, das derweil „Dinge des täglichen Lebens" zeigt, Wirklichkeitsausschnitte, die sich lose an der Route des „Phantom"-Fluges orientieren.

Ihre Auswahl ist, so scheint es, rein zufällig. Aber natürlich gibt es in einem Fernsehspiel keinen Zufall; der die möglichen Ausschnitte sichtende Autor ist verantwortlich für seine „Momentaufnahmen". Seine Aufmerksamkeit scheint sich zunächst auf in irgendeiner Wiese auffällige „Menschen wie Du und Ich" (Readers-Digest-Formulierung) zu richten: ein Vogelkundler an einsamem Posten wird gezeigt und eine uralte, aber rüstige Zeitungszustellerin; außergewöhnliche Berufe werden vorgestellt. Aber dann kommt auch Ernsthafteres: Gespräche in einer psychotherapeutischen Gruppe, in einer Schulklasse ein Planspiel über die Meinungen der Parteien zum § 218. Die meisten dieser sich zeitgleich ereignenden Geschichten haben den Charakter von Fernseh-features, aneinandergereiht durch die immer wieder (drohend?) am Himmel vorüberhuschende Silhouette und das ohrenbetäubende Fluggeräusch der „Phantom". Verbunden sind sie außerdem durch die Anteilnahme vortäuschende Interesselosigkeit des „Phantom"-Piloten, der seine Kommentare äußert: „12.38 u x18" (Kernwerk Brunsbüttelkoog). Die Kraft des Atoms mästet die Frage der Zeit, / die Frage nach dem ‚größten anzunehmenden Unfall' / in einem Land, so fern wie Kanaan."

Zu den Geschichten fällt ihm eigentlich immer etwas ein, dem Piloten Major Jochen Mißfeldt, wenn er mit 833 km/h über allem weg dahin fliegt: „Wir holen jeden ein." Bei der Loreley muß er an Heine denken, und von Radikalenerlaß hat er auch schon gehört, und, daß die Kommunisten in der DDR den preußischen Stechschritt bei ihren Paraden übernommen haben. Er fragt sich, „ob hier mehr erzählt werden kann als eine alltägliche banale deutsche Geschichte". Aus seiner Perspektive ist das alles sowieso Kleinkram: „Die Ängste der Erde addieren sich mit unseren Ängsten zu einer Konstanten. / Die Summe aller Ängste ist gleich. / Verstanden? / Kapiert?"

Dieses Ich, das da im Vietnam-kampferprobten Kriegsgerät sitzt und sich philosophische Gedanken erlaubt, ist aber keine Fiktion. Der Nachspann des Films weist darauf hin, daß die Texte, die er spricht, von ihm selber sind: „Phantom"-Lyrik des Majors Jochen Mißfeldt vom Aufklärungsgeschwader 52 der Bundes-Luftwaffe, der für ihre Hilfe bei den Dreharbeiten gedankt wird. Der Major (jung, trocken – er sieht nicht so aus, trotzdem fällt einem Charles Bronson ein) überfliegt die deutsche Provinz, Nachdenken über sich selbst und seine Aufgabe kommt wegen mangelnder Fragwürdigkeit nicht auf, das ist erledigt: „Wir müssen auskommen mit dem Rest / einer kläglichen Hoffnung. / Es ist die Illusion unserer Zeit: / Eine bessere Welt wird es nicht geben."

Der Autor der Sendung geht auf keine erkennbare Distanz zu den von ihm übernommenen Äußerungen des dichtenden Piloten. Ein Werbefilm für die Bundeswehr?

Sollte diese gefährliche Mischung aus selbstgefälliger Untergangsphilosophie und technokratischem Zynismus repräsentativ sein für die Ideologie der Bundeswehr-Intelligenz, dann müßte uns angst und bange werden.

Günter Giesenfeld

Wirtschafts- und sozialstatistische Daten

Zur Entwicklung der Reallöhne im Jahre 1976

Zahlen und Daten über Einkommen und Einkommensverteilung gehören zu dem Bereich statistischer Informationen, der am stärksten unmittelbar politischen Manipulationen unterliegt. Klassengegensätze werden besonders deutlich in Auseinandersetzungen um die Verteilung – dort spiegelt sich auch am deutlichsten der interessengebundene Charakter statistischer Informationen wider. Informationen über die Einkommensentwicklung werden in dem Maße zu Waffen in den Auseinandersetzungen, wie die Unternehmer ihre privaten Interessen erfolgreich unter dem Mantel „volkswirtschaftlicher Vernunft" als Gemeininteressen darstellen können. Die Profitinteressen erhalten so die Gestalt scheinbar objektiver „Datenkränze", gegen die zu verstoßen angeblich ähnliche Auswirkungen haben soll wie das Nichtbeachten von Naturgesetzen.

In der Gestalt solcher „Projektionen" erhalten statistische Informationen über die Lage der Arbeiterklasse ein eigenes Gewicht auch gegenüber den konkreten und persönlichen Erfahrungen der Betroffenen. Mag der Arbeiterhaushalt auch die Erfahrung machen, daß er sich von seinem Haushaltseinkommen heute weniger kaufen kann als vor einem Jahr – trotzdem wird sein Verhalten auch von der in allen Massenmedien verbreiteten Behauptung des Sachverständigenrates beeinflußt, daß „dem einzelnen Arbeitnehmer ein Reallohnzuwachs von 3,0 vH" geblieben ist. (Jahresgutachten 1976/77, Ziffer 117)

Es ist daher auch für die praktische Politik notwendig, sich auf der Ebene der offiziellen statistischen Informationen mit dem Charakter solcher Zahlen zu beschäftigen.

Vorausgeschickt werden muß, daß der Reallohn noch keinen vollständigen Rückschluß auf die Lebenslage der Lohnabhängigen zuläßt. Berücksichtigt werden müssen für eine vollständige Darstellung sowohl materielle Aspekte wie das Kindergeld oder die Qualität und Quantität von Sozialeinrichtungen als auch nicht zahlenmäßig erfaßbare Merkmale wie soziale Sicherheit oder Mitbestimmungsmöglichkeiten.

Zudem muß auf die Kategorien der existierenden Statistik zurückgegriffen werden, die selbst schon ideologiebehaftet sind. So verwischt z. B. die zentrale Größe „Löhne und Gehälter", mit der hier gearbeitet wird, die Unterschiede zwischen dem Lohn eines Industriearbeiters und den Bezügen des Vorstandsmitglieds eines Konzerns, die nicht nur quantitativ sind: die Bezüge der Manager sind zu einem erheblichen Teil an den Ertrag des Unternehmens gekoppelt, der um so höher ist, je niedriger die „Lohnkosten" sind.

Einkommen nach der Berechnung des Sachverständigenrats[1])

	Veränderung 1976 in %
Bruttolohn- und -gehaltssumme	*+6,9*
Zahl der abhängig Beschäftigten	*−0,7*
Einkommen je Beschäftigten	*+7,7*
Verbraucherpreise[2])	*+4,6*
Bruttorealeinkommen je Beschäftigten	*+3,1*

1) Die Zahlen sind Schätzungen des Sachverständigenrats vom November 1976 und unterscheiden sich daher von den vorläufigen Endergebnissen, die weiter unten verwendet werden.
2) Lebenshaltungskosten der Arbeitnehmerhaushalte.
Quelle: Jahresgutachten des Sachverständigenrats 1976/77.

Gegen die Rechnung des Sachverständigenrats lassen sich – auch im Rahmen der offiziellen Daten – zwei Einwände vorbringen: einmal kann die Entwicklung der Bruttoeinkommen keinen Aufschluß über die Einkommenssituation geben, da sie die ständige Umverteilung der Steuerlasten zuungunsten der Löhne und Gehälter ignoriert.

Nettoeinkommen der abhängig Beschäftigten 1976

	Mrd. DM	*Veränderung in % gegenüber 1975*
Bruttolohn- und -gehaltssumme	*510,8*	*+6,5*
Nettolohn- und -gehaltssumme	*361,4*	*+3,9*
Beschäftigte (1000)	*21 275* [1])	*–0,7*
Nettoarbeitseinkommen je Beschäftigten (DM)	*16 987*	*+4,6*
Verbraucherpreise	–	*+4,6*
Realeinkommen je Beschäftigten	–	*0,0*

1) Schätzung des Sachverständigenrats.
Quelle: „DIW-Wochenbericht", Nr. 3–4/1977 v. 20. 1. 1977, Jahresgutachten 1976/77 des Sachverständigenrates, S. 50; eigene Berechnungen.

Die Pro-Kopf-Einkommen der Beschäftigten sind also 1976 real nicht gestiegen. Da aber die Preissteigerungen für die unteren Einkommensschichten über dem Durchschnitt lagen und die Größe „Nettolohn- und -gehaltssumme" auch die gewinnabhängigen Managereinkommen einbezieht, dürfte für die Mehrheit der Beschäftigten das reale Arbeitseinkommen 1976 gesunken sein.

Der zweite Einwand gegen die Berechnung des Sachverständigenrates bezieht sich auf die Tatsache, daß dort und auch bei der letzten hier aufgeführten Tabelle nur die beschäftigten Teile der Arbeiterklasse gezählt werden. Tatsächlich aber ist die Einkommenssituation der Arbeiter und Angestellten ganz entscheidend von ihrem Beschäftigungsgrad abhängig. So sinkt z. B. der Lebensstandard und das reale Einkommen eines Arbeiterhaushalts drastisch, wenn ein Familienmitglied arbeitslos wird. Es sinkt noch einmal, wenn das Anrecht auf Arbeitslosengeld – das längstens ein Jahr gilt – erlischt: dann entfällt jegliche Unterstützung, wenn im Haushalt noch ein Verdiener existiert.

Eine auch nur einigermaßen aussagefähige Realeinkommensberechnung müßte also auch die Lage der Arbeitslosen mitberücksichtigen, die nun auf eine Art „Lohnersatz" in Form von Arbeitslosengeld bzw. Arbeitslosenhilfe angewiesen sind.

Das gilt auch für die Kurzarbeiter. Der Abbau von Kurzarbeit erhöht die Lohn- und -gehaltssumme ganz erheblich. Da aber das Kurzarbeitergeld entfällt, ist die effektive Einkommensverbesserung für den Kurzarbeiter wesentlich geringer – wie auch der effektive Einkommensverlust bei Beginn der Kurzarbeit geringer war als es im Rückgang der Löhne und Gehälter zum Ausdruck kam.

Die Einbeziehung der Arbeitslosen wirft jedoch ein neues Problem auf. So weist die Statistik zwar den Umfang der Arbeitslosenunterstützungen auf – allerdings werden dabei die vom Arbeitsamt übernommenen Krankenkassenbeiträge mitgezählt –, die Zahl der registrierten Arbeitslosen aber ist keinesfalls identisch mit dem Umfang der wirklichen Arbeitslosigkeit. Gerade die Gruppe von Arbeitslosen, deren Anspruch auf Unterstützung erloschen ist, deren Lage sich also ganz besonders drastisch verschlechtert hat, läßt sich oft nicht mehr als arbeitssuchend registrieren, erscheint daher nicht mehr in der Statistik. Diese „stille Reserve", wie sie in der Sprache des Sachverständigenrates heißt, kann nur geschätzt werden.

Einkommen der Lohnabhängigen 1976

	Mrd. DM	*Veränderung in % gegenüber 1975*
Nettolohn- und -gehaltssumme	*361,4*	*+ 3,9*
Arbeitslosenunterstützungen [1]	*9,4*	*–12,1*
Gesamteinkommen	*370,8*	*+ 3,4*
Registrierte Arbeitslose (1000)	*1 060*	*– 1,3*
Arbeitsmarktreserve (1000) [2]	*558*	*+59,9*
Lohnabhängige insgesamt (1000)	*22 893*	*+ 0,2*
Nettoeinkommen je Lohnabhängigen (DM)	*16 197*	*+ 3,1*
Verbraucherpreise	–	*+ 4,6*
Realeinkommen je Lohnabhängigen	–	*– 1,5*

1) Einschließlich Krankenkassenbeiträgen; für das 4. Quartal geschätzt.
2) Nach Schätzung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg.
Quellen: „DIW-Wochenbericht", Nr. 3–4/1977; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Nr. 1/1977; „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung", Nr. 2/1976; eigene Berechnungen.

Die Pro-Kopf-Realeinkommen sind also 1976 im Durchschnitt aller Lohnabhängigen real gesunken. Der Effekt der Preissteigerungen dürfte hier noch stärker unterzeichnet sein, da die Arbeitslosen mit ihren besonders niedrigen Bezügen von den überproportional gestiegenen Mieten und Nahrungsmittelpreisen in besonderem Maße getroffen wurden.

Allerdings kann auch diese Berechnung nicht ganz befriedigen, da sie immer noch einige Mängel aufweist. So wurden bei den Einkommen nicht die stark gestiegenen Leistungen der kommunalen Sozialhilfe berücksichtigt, auf die z. B. arbeitslose Berufsanfänger angewiesen sind.

Auf der anderen Seite enthalten die Arbeitslosenunterstützungen auch die Krankenkassenbeiträge, so daß die Nettobezüge der Arbeitslosen tatsächlich etwas niedriger liegen.

Darüber hinaus ist auch die schon erwähnte Beschränkung auf die Arbeitseinkommen bzw. auf die Arbeitslosenunterstützungen sicherlich ein Mangel. So sind z. B. die Kindergeldzahlungen je Kind 1976 real im Ausmaß der spezifischen Preissteigerungsrate für Kinder gesunken. Auch eine Reihe von Sozialleistungen – wie z. B. das „Bafög" für Studenten –, die an die Höhe der Nominaleinkommen gekoppelt sind, dürfte nominal und real gesunken sein. Denn die nominalen Mehrverdienste der Arbeiter und Angestellten werden innerhalb bestimmter Grenzen auf diese Leistungen angerechnet, so daß jede Lohnerhöhung – auch wenn sie noch nicht einmal den Reallohn sichert – zu einer Kürzung des „Bafög" führt. Schließlich sind 1976 etwa 200 000 ausländische Arbeiter aus der Bundesrepublik abgewandert. Da über ihre soziale Lage keine ausreichenden Informationen vorliegen und zudem anzunehmen ist, daß sie in der Mehrzahl die Bundesrepublik endgültig verlassen haben, wurden sie ebenfalls nicht berücksichtigt.

Trotz dieser Mängel – die vor allem auf die unzureichende statistische Grundlage zurückzuführen sind – gibt die letzte Tabelle ein im großen und ganzen realistisches Bild der Entwicklung der Einkommensverhältnisse. Sie zeigt vor allem, daß das „Aufschwungsjahr" 1976 für die Masse der Arbeiter und Angestellten merkliche Einkommensverluste mit sich brachte. Die Tarifvereinbarungen, die meist in der Größenordnung zwischen 5,3 und 6% gelegen hatten, konnten also die Realeinkommen nicht sichern. Sie sind gesunken, obwohl die Zahl der Arbeitstage und der Arbeitsstunden je Beschäftigten zugenommen hat und zudem auch mehr Überstunden geleistet wurden.

Jörg Goldberg

Dokumente zum Zeitgeschehen

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V.: Vierzig Fragen zur Energiepolitik

(Wortlaut)

Bisher, und dieser Fehler scheint sich heute bereits zu rächen, wurden die Fragen der Energiepolitik lediglich aus der Richtung der Wirtschaft gesehen und – falls überhaupt – beantwortet. Nicht nur der Schutz der Umwelt war hierbei zweitrangig; demokratische, soziale und ethische Fragen wurden in diesem Zusammenhang nicht gestellt. Immer mehr zeigt es sich – man denke an den Produktionszuwachs des vergangenen Jahres bei Verringerung der Arbeitsplätze –, daß eine übertriebene Energiebereitstellung Arbeitsplätze wegrationalisiert. Noch immer ist Energie ein billiger Ersatz für menschliche Leistung. Wirtschaftstechnokraten werden solange Arbeitsplätze abbauen, als es die Gesetze der bei uns geltenden „sozialen" Marktwirtschaft, d. h. die Gesetze einer „Wegwerfgesellschaft" fordern.

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz hat 1976 seine „Fragen zur Energiepolitik" zusammengestellt. Er hat sie Politikern und Wirtschaftsunternehmen zur Stellungnahme übersandt. Tatsache ist, daß außer von einem führenden Vertreter der Mineralölwirtschaft keine Antwort eintraf. Schweigen zu wichtigen Fragen ist nicht nur das Symptom unserer Politik, sondern auch unserer Wirtschaft. *Hans-Helmuth Wüstenhagen*

1. Energie-Bedarfsprognosen

Sind nicht alle langfristigen Energiebedarfsprognosen suspekt und unwissenschaftlich, da technologische Entwicklungen, Strukturwandel, Änderung der Energiepreise, Wertvorstellungen und politische Konstellationen usw. bei Zeiträumen, die fünf Jahre überschreiten, mit so großen Unsicherheiten belastet sind, daß sie prinzipiell auch nicht annähernd richtig berücksichtigt werden können?

Wenn dem so ist, sind dann nicht die aufgrund heutiger Wachstumsraten erstellten Energie-Bedarfsprognosen normative Vorgaben einer expertokratischen Minderheit ohne politische Legitimation?

Werden nicht durch die aufgrund der fragwürdigen langfristigen Energiebedarfsprognosen erstellten Energieprogramme Sach- und Handlungszwänge geschaffen, die schließlich zu self-fulfilling prophecies führen müssen?

Wenn aber Energie-Bedarfsprognosen verkappte Steuerung bedeuten, sollten sie nicht durch offene und bewußte normative Festsetzung künftigen Energiebedarfs im politischen Entscheidungsprozeß ersetzt werden (d. h., „wieviel Energie wollen wir eigentlich haben?"), wobei die möglichen Konsequenzen bestmöglichst berücksichtigt werden müssen?

2. Verbrauchselastizität

Welche Zusammenhänge bestehen zwischen den Preisen für die verschiedenen Energieträger und dem Verbrauch?

Welche Steuerungsmöglichkeiten ergeben sich damit über die Energietarife?

Was sind notwendige und unverzichtbare Mindestverbräuche? Wo beginnt die Verschwendung?

Wie werden Verbräuche durch Technologien, durch Verbraucheraufklärung, durch Gewohnheiten, durch Werbung usw. beeinflußt?

3. Energie und Lebensqualität

Welcher Zusammenhang besteht eigentlich zwischen Energiebedarf und Lebensqualität?

Machen wir nicht einen schwerwiegenden Fehler, wenn wir Lebensqualität am Bruttosozialprodukt messen?

Initiative „Weg mit den Berufsverboten“ – Arbeitsausschuß –

Spendenaufruf

5 Jahre Kampf gegen Berufsverbote – 5 Jahre Kampf für Demokratie

In der BRD ist die Frage der Berufsverbote zu einem der wichtigsten innenpolitischen Probleme geworden: Am 28. 1. 1977 war der 5. Jahrestag des Ministerpräsidentenbeschlusses. In den nunmehr 5 Jahren sind mehr als 3000 direkte Berufsverbotsmaßnahmen und über 800 000 Überprüfungen zu registrieren. Gesinnungsschnüffelei und Duckmäusertum haben unerträgliche Ausmaße angenommen und drohen als Bestandteil einer umfassenden antikommunistischen Hysterie grundlegende gesellschaftliche Auseinandersetzungen und die politische Diskussion zu ersticken. Für die direkt Betroffenen bedeuten diese Maßnahmen im günstigsten Fall, lange Zeiten der Ungewißheit zu ertragen, Unsicherheit, ob der Beruf, auf den man sich lange vorbereitet hat, überhaupt je ausgeübt werden kann, in jedem Fall aber, neben starken psychischen Belastungen, eine unerträgliche soziale und finanzielle Situation. Die vor fünf Jahren geäußerten Befürchtungen sind eingetreten: Die Berufsverbotsmaßnahmen haben zuerst Kommunisten getroffen und wurden im Verlauf der fast fünf Jahre immer mehr auf Sozialdemokraten, Liberale, Parteilose, Gewerkschaftler und selbst Kriegsdienstverweigerer ausgedehnt. Mittlerweile sind alle Berufsgruppen des öffentlichen Dienstes betroffen, Beamten, Arbeiter und Angestellte. Und immer häufiger werden Nichteinstellungen und Entlassungen aus politischen Gründen im Bereich der privaten Wirtschaft mit dem staatlichen „Vorbild“ begründet und legitimiert.

Von Anfang an haben immer größer werdende Teile der Bevölkerung der BRD diese Politik bekämpft. Auf Tausenden von Protestversammlungen, Beratungen von Parteien und Gewerkschaften ist Kritik geäußert worden. Viele hunderttausend Bürger der BRD und des Auslandes haben durch ihre Unterschrift protestiert. Die vielfältigen in- und ausländischen Proteste haben das Eingeständnis der Bundesregierung erreicht, sich mit dem Ministerpräsidentenbeschluß geirrt zu haben, haben den Versuch der Legalisierung der Berufsverbotepolitik durch sondergesetzliche Regelungen verhindert. Doch das genügt nicht. Die neuen Verfahrensregelungen ändern am Kern der Sache nichts. Die Berufsverbotepolitik muß endlich aufgegeben werden.

Es sind in diesen 5 Jahren durch eine immer stärker und breiter werdende Bewegung Erfolge erzielt worden. Viele Betroffene mußten nach breiten Solidaritätsaktionen eingestellt werden, die Mauer des Schweigens, die von den Massenmedien um die Opfer und die Bewegung gelegt werden sollte, ist durchbrochen, das Thema Berufsverbote ist aus der innenpolitischen Diskussion nicht zu verbannen. Jetzt geht es darum, den Kampf zu verstärken. Wir müssen erreichen, daß

– Schluß gemacht wird mit der Schnüffelei des Verfassungsschutzes und der massenhaften Überprüfung demokratischer Bürger
– alle Erlasse, Verordnungen, Richtlinien, die Berufsverbote begründen, aufgehoben und endlich im öffentlichen Dienst eine verfassungskonforme Einstellungspraxis hergestellt wird
– alle vom Berufsverbot Betroffenen eingestellt werden.

Darum wenden wir uns heute an die demokratische Öffentlichkeit der Bundesrepublik, diesen Kampf auch durch finanzielle Unterstützung zu stärken und zu erweitern.

Um diesen 5. „Jahrestag“ herum werden überall in der BRD große Demonstrationen und öffentliche Veranstaltungen stattfinden, wir werden unsere Aufklärungsarbeit verstärken, Flugblätter und Broschüren herstellen – alles das kostet viel Geld. *Deshalb appellieren wir* auch an die materielle Solidarität im Kampf gegen die Berufsverbote und danken allen, die bisher schon und auch weiterhin durch ihren finanziellen Beitrag diese Arbeit ermöglicht haben.

Spenden erbeten auf das Konto: 14 9955 7700, Bank für Gemeinwirtschaft, Hamburg, Ingrid Kurz

Ist der beobachtbare, ziemlich starre Zusammenhang zwischen Energieverbrauch und Bruttosozialprodukt nicht einfach eine Konsequenz der eingesetzten Technologien und Prozesse? Würde er sich durch Einsatz anderer, energiesparender Technologien und Prozesse nicht erheblich ändern können?

D. h., ließen sich gleiches Bruttosozialprodukt oder gleicher Lebensstandard oder gleiche Lebensqualität nicht auch bei vermindertem Energieeinsatz erreichen?

4. Expertokratie

Lassen sich für energiepolitische Fragen überhaupt „unabhängige" Gutachter finden? Treten hier nicht laufend ernste Interessenkonflikte auf?

Werden die eigentlichen Entscheidungen nicht indirekt durch Gutachter gemacht, da politische Entscheidungsträger deren Analysen nicht nachvollziehen können und die Empfehlungen notgedrungen übernehmen müssen?

Wo bleiben dann aber politische Legitimierung und Verantwortlichkeit der Experten?

Sind Analysen durch Experten nicht oft gerade deshalb fragwürdig, weil Experten *wegen* ihres vertieften Wissens die größeren systemaren Zusammenhänge nur von einseitiger Warte überschauen können?

Sollten Gutachter nicht dazu verpflichtet werden, auch komplexe Sachverhalte für intelligente Laien verständlich und nachvollziehbar darzustellen? Wie weit ist das überhaupt möglich?

Wird expertokratischer Weihrauch nicht oft genug – bewußt oder unbewußt – als Nebelwand zur Verdeckung von Manipulationen benutzt?

Wenn sich auch technologische Sachverhalte oft genug mehr oder weniger objektiv klären lassen, so ist das doch bei soziologischen (z. B. Änderung der Wertvorstellungen), ökonomischen (z. B. Preiselastizitäten), außenpolitischen (z. B. Importsicherung), innenpolitischen (z. B. Strukturwandel) usw. fast überhaupt nicht der Fall. Muß aber nicht gerade dann die Extrapolation aus der Vergangenheit, auf der man heute z. B. Energieprognosen aufbaut, ernsthaft infrage gestellt werden?

Wer „begutachtet eigentlich die Gutachter?"

5. Transparenz der Planung

Muß nicht in einem demokratischen Rechtsstaat alle Planung von Anfang an unter voller Einbeziehung und Mitarbeit aller Betroffenen durchgeführt werden? (Ausnahme: Fragen der unmittelbaren Staatssicherheit.)

Verlangt das nicht eine volle Transparenz der Planungsprozesse, ständigen Informationsaustausch, die Feststellung und Abstimmung der Entscheidungskriterien (samt der ihnen zugemessenen Gewichte) aller betroffenen Parteien, die volle Durchleuchtung expertokratischer Nebelwände und u. U. eine unabhängige Schiedsinstanz?

6. Subjektives und Normatives

Täuschen wir uns nicht ganz gewaltig, wenn wir glauben, bei energiepolitischen Problemen „sachlich" und „objektiv" zu entscheiden? Beginnt das nicht schon mit der unkritischen Übernahme der *nur* subjektiv ermittelbaren Prognosen des zukünftigen Energiebedarfs?

Erhalten derlei Prognosen durch Übernahme in offizielle Energieprogramme nicht sofort normativen Charakter?

Sollten wir uns nicht um Planungs- und Entscheidungsverfahren bemühen, die alle subjektiven und normativen Eingaben so klar wie möglich von anerkannt objektiven trennen, um dann die Diskussion auf Subjektives und Normatives zu konzentrieren?

Muß nicht alles Normative dort entschieden werden, wo die Legitimation dazu vorliegt, nämlich in Regierung und Parlament, und nicht in der Expertokratie?

7. Entscheidungskriterien und ihre Gewichte

Welche Kriterien werden eigentlich bei energiepolitischen Entscheidungen berücksichtigt und mit welchen Gewichten? Welche werden von den Experten bei ihren Empfehlungen angewandt? Welche wenden Bürgerinitiativen verschiedener Couleur an?

Sollten nicht diese Kriterien und ihre Gewichte, die ja die Entscheidung völlig bestimmen, sehr klar von allen betroffenen Seiten herausgestellt und diskutiert werden?

Muß neben den Kriterien: Kosten, Energiesicherung, Unabhängigkeit, Umweltschutz, Sicherheit, Verwundbarkeit usw. nicht besonders das Kriterium Zukunftssicherung berücksichtigt werden? Welche Zeithorizonte und Gewichte sollen verwendet werden?

Müssen wir uns nicht zuerst überhaupt über die Richtung einig werden, in die wir gehen wollen? Gehört dazu nicht zunächst einmal eine Diskussion der Werte, die wir erhalten oder verwirklichen wollen?

8. Berücksichtigung der Zukunft

Inwieweit dürfen wir – oder wollen wir – über die Lebensbedingungen unserer Kinder und Kindeskinder und der Menschen entscheiden, die Jahrhunderte und Jahrtausende nach uns leben werden?

Dürfen wir nicht höchstens dann auf Kosten unserer Nachkommen leben, wenn unsere Existenz gefährdet ist?

Da in unserem Land von einer Gefährdung der Existenz durch langsameren Anstieg des Energieangebots nicht die Rede sein kann, können wir die weitgehenden Eingriffe in die Rechte zukünftiger Generationen durch z. B. den „zügigen Ausbau der Kernenergie" verantworten?

9. Flußbetten

Die natürliche, mehr oder weniger ungestörte Entwicklung hält sich auch an gewisse „Flußbetten", aus der sie manchmal leicht, manchmal aber auch nur schwer in andere Bahnen zu lenken ist. Was wäre das voraussichtliche Flußbett nach der vollen Einführung der Kernenergie? In welche Moraste und welche Wasserfälle könnte es führen?

Bleibt die Möglichkeit bestehen, die Entwicklung bei Bedarf noch in ein anderes Flußbett umzuleiten?

Bestehen vielleicht noch andere, bisher wenig beachtete, aber langfristig günstigere Flußbetten?

10. Verhältnis privater und öffentlicher Güter

Wie weit geht das Recht des Einzelnen auf ineffiziente Energienutzung (Einzelheizungen, Privatschwimmbäder, Schwerstautos)?

Wie weit darf Energieeffizienz durch integrierte öffentliche Anlagen getrieben werden, ohne Rechte des Einzelnen auf individuelle Entfaltung zu beschneiden?

11. Optionen offen halten

Mit jeder neuen Großtechnologie, die in unsere Infrastruktur eingeführt wird, legen wir uns auf Jahrzehnte und evtl. auf Jahrhunderte fest. Oft werden irreversible Vorgänge eingeleitet (Ressourcenabbau, Eingriffe in die Ökologie, Abgabe von Abfallstoffen an die Umwelt usw.). Sind die Alternativen voll bedacht worden?

Muß man sich nicht – da wir über zukünftige Entwicklungen zu wenig wissen – prinzipiell immer für *die* Lösung entscheiden, die auch in der Zukunft die meisten Möglichkeiten offen hält?

Bedeutet das nicht gleichzeitig auch eine Entscheidung zugunsten der besseren Ressourcennutzung, der Bescheidenheit, der Mehrfachnutzung, der integrierten technologischen Systeme, des technologischen Pluralismus (und gegen die „Patentlösung") *der* Systeme, die auch noch unter ganz anderen Bedingungen zuverlässig funktionieren können?

12. Energiemodelle

Dürfen energiepolitische Entscheidungen überhaupt noch ohne gründliche Vorbereitung durch das Studium umfangreicher Simulationsmodelle getroffen werden?

Müssen in diese Modelle außer der Darstellung des Energieversorgungssystems nicht auch wirtschaftliche, innen- und außenpolitische, ja soziologische und vor allem sozialpsychologische Gesichtspunkte (Änderung der Wertvorstellungen!) mit aufgenommen werden?

Wie können diese Modelle dann aber für den Entscheidungsträger und die Betroffenen (d. h. den Bürger) überschaubar und verständlich dargestellt werden?

Wie kann also eine Expertokratie auf der Modellebene vermieden werden?

Wie kann sichergestellt werden, daß objektive Zusammenhänge (z. B. Energieflüsse) von subjektiven (z. B. Prognosen des Energieverbrauchs) sauber getrennt werden, um zu vermeiden, daß Subjektives als Ergebnis „wertfreier und objektiver Wissenschaft" deklariert und geglaubt wird und damit normativen Charakter erhält?

13. Szenarien

Je weiter man in die Zukunft denkt, um so breiter wird der Fächer der Möglichkeiten zukünftiger Entwicklung. Jede Prognose und jede auf sie sich stützende Entscheidung wird damit durch die Annahmen über die Zukunft bestimmt, d. h. durch Szenarien. Aber: Haben wir uns nicht bei allen energiepolitischen Überlegungen bis jetzt vor allem durch das Szenarium „Fortschreibung des Status quo" leiten lassen?

Und: würde diese Tatsache nicht auch einer *Festschreibung* des Status quo gleichkommen?

Haben wir uns die langfristigen Möglichkeiten, Grenzen und Konsequenzen einer solchen Festschreibung eigentlich gründlich überlegt?

Sollten wir uns nicht gründliche Gedanken auch über Alternativszenarien machen, vor allem im Hinblick auf ihre langfristigen Konsequenzen?

Sollten wir nicht klar unterscheiden zwischen dem einfachen, aber langfristig gefährlichen Szenarium der Fort- und Festschreibung, den vielen technologisch und sozioökonomisch machbaren und den gesellschaftlich wünschbaren Szenarien?

Sollten wir uns nicht zunächst über das langfristig Wünschbare unterhalten, selbst wenn wir hier kaum auf Einigkeit hoffen dürfen?

Wir haben uns in der Vergangenheit daran gewöhnt, daß das technisch Machbare auch meist wünschbar war. Wird es im Hinblick auf die langfristigen Konsequenzen nun nicht Zeit, damit aufzuhören, uns dem technischen Fortschritt anzupassen, sondern den Fortschritt nach unseren langfristigen Bedürfnissen zu steuern?

14. Langfristige Konsequenzen

Haben wir die Zwänge bedacht, die sich aus einem starken Ausbau der Kernenergie ergeben?

Haben wir die möglichen Konsequenzen für die Generationen nach uns bedacht?

Haben wir bedacht, daß die Gegebenheiten und Zwänge eines einmal gewählten Weges auch die Wertvorstellungen prägen – und damit zukünftiges Verhalten?

Muß nicht damit gerechnet werden, daß die Sanktionierung weitgehender Energieverschwendung durch die jetzt vorliegende kernenergetische Lösung zu fast irreparablen Einstellungsänderungen (in bezug auf Konsum, Rohstoff- und Nahrungsmittelverbrauch, sozialem Verhalten, Verhalten gegenüber ärmeren Ländern und kommenden Generationen usw.) führen muß, die langfristig gefährlich sind?

15. Alternativen

Wie weit und wie gründlich sind bei der Erstellung der Energieprogramme der meisten Industriestaaten eigentlich Alternativen der besseren Nutzung, der Verbrauchssteuerung (z. B. Stromtarife), von kleintechnologischen Lösungen (z. B. kleine Heiz- und Kraftaggregate), der Nutzung alternativer Energiequellen (Sonne, Erdwärme, Biostoffe) bedacht worden, insbesondere im Hinblick auf Langfristkonsequenzen? Die Antwort ist aus den Forschungsbudgets der Regierungen zu ersehen: fast gar nicht!!

Sollten nicht gründliche Untersuchungen dieser Art durchgeführt werden, *bevor* man sich auf bestimmte Technologien festlegt, die vielleicht aus mehr oder weniger zufälligen Gründen mehr Fürsprecher und damit mehr Förderungsmittel fanden, die aber langfristig schwerwiegende Konsequenzen haben?

16. Steuernde Rolle der Energiepreise

Inwieweit werden Energieverbräuche wirklich durch Preise beeinflußt?

Was läßt sich aus den Folgen der Ölpreiserhöhung lernen?

Wie ließe sich durch Abänderung der Stromtarife der Elektrizitätsverbrauch beeinflussen?

Bei welchen Heizölpreisen könnte mit allgemeiner Einführung besserer Isolierung und damit einer Energieeinsparung gerechnet werden?

Bei welchen Energiepreisen werden so investitionsintensive Verfahren wie Wärmekoppelung und Fernwärme wirtschaftlich interessant und damit schneller einführbar?

Sollten solche Umstellungsprozesse nicht vielleicht durch entsprechende Anhebung der Energiepreise beschleunigt herbeigeführt werden?

17. Strukturwandel

Entspricht das gegenwärtige Kernenergiekonzept überhaupt dem abzusehenden Strukturwandel zur Dienstleistungsgesellschaft, oder wird nicht hier vielmehr die Geschichte der vergangenen 20 Jahre mit ihrem Schwergewicht auf der industriellen Produktion fortgeschrieben?

Sollten wir es zulassen, daß durch nicht hinterfragte Fortschreibung und Festschreibung der Vergangenheit und Schaffung entsprechender Sachzwänge notwendiger und natürlicher Strukturwandel aufgeschoben wird und dann später nur unter hohen Kosten und mit unerfreulichen Begleiterscheinungen nachgeholt werden kann?

18. Nettoenergie

Muß nicht bei jeder energiepolitischen Planung und bei jeder Investitionsentscheidung der Energieaufwand für die Erstellung und den Betrieb einer Technologie oder Anlage (energetische Investition) verglichen werden mit der Energie, die die Anlage im Lauf ihrer Betriebszeit bereitstellen oder einsparen wird? D. h., sollte nicht zunächst der Energiegewinnfaktor genau bestimmt werden?

Wie hoch sind die Energiegewinnfaktoren von Kernkraftwerken und Kohlengruben, von Hausisolierung und Fernheizung und von anderen energetischen Prozessen?

Stimmt es, daß die Energiegewinnfaktoren von Kernkraftwerken relativ klein sind, so daß die erforderliche Nutzung uranarmer Erze gegen Ende dieses Jahrhunderts energetisch unsinnig wird?

19. Investitionsbedarf

Ist das für Bau und Betrieb von Kernkraftwerken und das für den Ausbau des erforderlichen Elektrizitätsverteilungsnetzes – im vorläufig für die nächsten Jahrzehnte noch geplanten Umfang – erforderliche Kapital überhaupt verfügbar?

Müssen wir uns nicht hier u. U. in gesellschaftlich fragwürdige Zwänge und Abhängigkeiten begeben? (Vgl. die Studie der Dresdner Bank vom Dezember 1974.)

Läßt sich die erforderliche Energiedienstleistung nicht u. U. mit wesentlich geringerem Investitionsbedarf z. B. durch bessere Nutzung oder Klein- und Mitteltechnologien unter Fortfall eines umfangreichen Verteilungsnetzes sicherstellen?

20. Klein-, Mittel-, Großtechnologien

Obwohl Großanlagen im allgemeinen kostengünstiger abschneiden als kleinere Anlagen: Kann es nicht sein, daß kleinere und mittelgroße technologische Lösungen aus Gründen geringerer Energieverteilungskosten, besserer Anpassung an die jeweiligen Verbraucher, die Möglichkeit integrierter Auslegung zur Abfall- und Abwärmenutzung, geringere Störanfälligkeit des Gesamtsystems durch dezentrale und technologisch pluralistische Lösungen, geringere Umweltbeeinflussung usw. zu insgesamt für die Gesellschaft weit günstigeren Ergebnissen führen können als die großtechnische Lösung mit wenigen Nuklearparks und Verteilungsschienen sehr hoher Leistung?

Sollte nicht besonders dem Gesichtspunkt der Systemverwundbarkeit durch großtechnische Lösungen besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden?

Sind für einen demokratischen Staat nicht alle Lösungen abzulehnen, die nur durch Aufbau eines größeren Sicherungsapparates vor ernsten Systemschäden durch menschliches Versagen oder Sabotage bewahren können?

21. Beschäftigungslage

Da wir doch Sättigungserscheinungen im Produktionsbereich beobachten, die Industrie noch weiterhin den Energiebedarf je Produkteinheit verringert und der steigende Dienstleistungsanteil der Volkswirtschaft weit weniger energieintensiv ist als der sinkende Produktionsanteil: schaffen denn neue Kernkraftwerke wirklich neue Arbeitsplätze?

Könnten nicht vielmehr weit mehr neue Arbeitsplätze bereitgestellt bzw. vorhandene gesichert werden durch die relativ arbeitsintensiven Aufgaben besserer Energienutzung (insbesondere Isolierung von Gebäuden, Heiz- und Lüftgeräte, Umrüstung in der Industrie), die besonders dem Handwerk und der Mittel- und Kleinindustrie zugute kämen?

Gilt nicht das gleiche auch für klein- und mitteltechnologische Lösungen für die Energieversorgung?

22. Nutzen und Unnutzen

Wiegt der Unnutzen ständig wachsenden Energieangebots (Kosten, Umweltbeeinflussung, Eingriffe in Ökologie und Klima, Konsumanheizung, Ressourcenabbau, steigende Abhängigkeit, steigende Systemverwundbarkeit, Sicherheitsrisiko, Verdrahtung der Landschaft usw.) nicht längst schwerer als sein Nutzen (in der BRD nur noch marginale Erhöhung des Komforts, die sich aber auch durch bessere Energienutzung gleichermaßen erreichen ließe)?

Wenn dem so sein sollte (was viele intuitiv bestätigen würden), wird es dann nicht Zeit, unsere bisherigen Annahmen neu zu überprüfen?

23. Suboptimierung

Sollten wir nicht immer versuchen, mit den uns zur Verfügung stehenden Ressourcen bestmöglichst hauszuhalten?

Obwohl aber drei Viertel unserer Sekundärenergiemenge zur Wärmeerzeugung benötigt wird: warum denken wir erst seit kurzem ernsthaft daran, die gewaltigen Abwärmemengen der Elektrizitätswerke als Fern- und Prozeßwärme zu nutzen?

Warum konzentriert sich die Kerntechnik bis heute auf die Elektrizitätserzeugung, die nur mit gewaltiger Energieverschwendung (etwa drei Viertel der eingesetzten Energie gehen verloren!) und mit einem aufwendigen Erzeugungs- und Verteilungssystem (Kraftwerke, Überlandleitungen) möglich ist? Obwohl heute nur etwa 12 % der Sekundärenergie als Elektrizität den Verbraucher erreicht und Elektrizität nur in sehr beschränktem Maße Gas, Flüssig- und Festbrennstoffe substituieren kann (maximal 25 % der Sekundärenergie)?

Sollte nicht das Sekundärenergieangebot den geforderten Energiedienstleistungen (Wärme, Licht, Kraft, Kommunikation usw.) bestmöglichst angepaßt werden?

Bedeutet das nicht den Aufbau gut integrierter Mischsysteme, die auch Abwärme- und Abfallnutzung mit einschließen müssen?

Müssen nicht alle Systemoptimierungen außer Kosten auch Gesichtspunkte der Gesamtoptimalität, der Verwundbarkeit, der Abhängigkeit der Umwelt usw. berücksichtigen?

Wäre es nicht sinnvoll, zunächst einmal alle Verbrauchsprozesse zu optimieren und dann aufgrund des sich ergebenden kleineren Energiebedarfs die Dimensionierung des Verwandlungs- und Verteilungssystems vorzunehmen?

24. Verwundbarkeit und Störanfälligkeit

Sind nicht einige wenige Großanlagen mit wenigen großen Verteilungsschienen viel verwundbarer als viele kleinere Anlagen?

Bedeutet nicht der Ausfall einer Großanlage u. U. ein völliges Lahmlegen einer ganzen Region bzw. die Beeinträchtigung der Funktion eines ganzen Staatswesens?

Kann nicht der ähnlich einseitige Verlaß auf eine oder wenige Energietechnologien gleiche schwere Folgen haben?

Hat nicht bei Großanlagen und technologischer Eingleisigkeit nie ganz vermeidbares menschliches Versagen oder Fehlverhalten viel gravierendere Folgen als bei kleineren, diversifizierten, dezentralisierten Systemen?

Potenziert sich diese Gefahr nicht noch bei Kernkraftwerken durch die zwar winzige, aber immerhin vorhandene Gefahr von Unfällen katastrophaler Größenordnung?

Müssen wir wirklich erhöhtes Sicherheitsrisiko und gleichzeitig den Aufbau des erforderlichen Sicherheitsapparates auf uns nehmen, um im besten Fall nur einen kleinen Teil unseres Sekundärenergiebedarfs für wenige Jahrzehnte durch Kernenergie decken zu können?

Liefern wir uns durch Großtechnologien, technologische Eingleisigkeit und weitere erhöhte Abhängigkeit von importierten Primärenergien nicht in erhöhtem Maße dem Zufall, der Sabotage, der Erpressung, der Abhängigkeit und der Verwundbarkeit durch Aggression aus?

25. Kernenergie als Übergangslösung

Der Leichtwasserreaktor kann wegen Erschöpfung der Uranvorräte bestenfalls für einige Jahrzehnte, der Brutreaktor bestenfalls für einige Jahrhunderte einen Beitrag zur Energieversorgung leisten. Beide belasten aber auf Jahrtausende (Brutreaktor für eine Viertelmillion Jahre) die Gesellschaft mit schwersten Abfallproblemen. Dürfen wir uns dann aber aus kurzsichtigem Egoismus heraus auf diese Lösung einlassen?

Sollten wir nicht vielmehr unsere Mittel vor allem zur Entwicklung wirklich langfristig tragbarer Energiequellen (Sonnenenergie, Erdwärme, evtl. Kernfusion) verwenden?

Sollten wir nicht, um die notwendige Entwicklungszeit von mehreren Jahrzehnten zu überbrükken, zunächst die uns jetzt zur Verfügung stehende Energie weit besser nutzen als bisher?

Müssen wir nicht ohnehin irgendwann einmal zu einer besseren Energienutzung gelangen?

26. Trade-offs

Was gewinnen wir wirklich, was verlieren wir eigentlich heute und in der Zukunft durch den Übergang auf Kernenergie in großem Stil?

Was würden wir gewinnen bzw. verlieren bei anderen technologischen Lösungen (bei uns vor allem: Kohle)?

Was würden wir gewinnen bzw. verlieren, wenn wir unsere Mittel zur weit besseren Nutzung der Energie als bisher einsetzen würden, ohne den Primärenergieeinsatz weiter wesentlich steigen zu lassen?

27. Point of no return

Ist es uns klar, daß wir beim starken Ausbau der Kernenergie sehr rasch auf einen Punkt zutreiben, von dem es kein Zurück mehr gibt, selbst wenn sich dieser Weg als Irrweg erweisen sollte?

Dieser Punkt ist erreicht, wenn Kernkraftwerke überall im Land stehen, die nur noch als radioaktive Ruinen der Nachwelt überlassen werden können, wenn von Menschenhand geschaffenes Plutonium über eine Viertelmillion Jahre sicher gelagert werden muß, wenn konzentriert anfallende Abwärme möglicherweise die empfindlichen atmosphärischen Vorgänge und damit das Klima nachhaltig beeinflußt hat.

Abgesehen von diesen dramatischen Effekten: Führt die weitere Bereitstellung von immer mehr Energie trotz weiterhin schlechter Nutzung nicht zu einer Bewußtseinshaltung, die immer mehr verlangt, ohne sich um sparsamere oder bessere Nutzung zu kümmern?

Werden hier nicht unhinterfragt die Samen für zukünftige bewaffnete Konflikte gelegt? (Man denke an die Tatsache, daß führende Amerikaner die Ölpreiserhöhungen als casus belli betrachten und eine bewaffnete Intervention in den Ölstaaten verlangen.)

Sind die Konsequenzen bedacht, die weltweit entstehen müßten, wenn ärmere Länder den Weg der reichen Länder zu gehen verlangen, was ja ihr gutes Recht ist?

28. Abwärme, Umwelt und Klima

Haben nicht die Forschungen der letzten Jahre gezeigt, daß die Atmosphäre ein äußerst empfindliches System ist und daß deshalb das Klima durch relativ kleine Störungen (z. B. geringfügige Temperaturerhöhung oder örtliche Störungen) zum „Kippen" in ein anderes Klima (z. B. Eiszeit, Trockenzeit) gebracht werden kann?

Steht nicht zu befürchten, daß der konzentrierte Anfall von Abwärme bei Großkraftwerken, der über Naß- oder Trockenkühltürme in die Atmosphäre befördert wird, massive lokale und u. U. auch regionale oder globale Klimaveränderungen zur Folge haben kann, besonders wenn ein massierter Einsatz (wie z. B. im Oberrheingraben geplant) erfolgt?

29. Nutzung der Abwärme: Energiekaskaden

Da bei der Elektrizitätserzeugung 60–70 % der ursprünglichen Energiemenge als Abwärme anfällt und heute fast ausschließlich ungenutzt an die Umgebung (Flüsse, Atmosphäre) abgegeben wird, da aber der überwiegende Teil (80 %) des Energiebedarfs zur Wärmebedarfsdeckung benötigt wird: wäre nicht die bessere Nutzung der Abwärme eine vordringliche Aufgabe? Ganz besonders im Hinblick darauf, daß damit importierte und nicht erneuerbare Energieträger (Öl, Gas und Kohle) zum Teil einzeln ersetzt werden können? Sollten nicht Kraftwerke und technische Prozesse allgemein so ausgelegt werden, daß die Abwärme eines Prozesses als Nutzwärme auf niedrigerer Temperaturstufe für den nächsten Prozeß Verwendung findet?

Welche Möglichkeiten bestehen insbesondere bei der langfristigen Speicherung großer Wärmemengen (z. B. für Fernheizung vom Sommer in den Winter) und bei der Nutzung von Abwärme auf niedrigem Temperaturniveau für Fischzucht und Landwirtschaft?

30. Integrierte Systeme

Welche Möglichkeiten bestehen, um durch Hintereinanderschaltung und Kopplung verschiedener Prozesse alle Abwärmen auf höheren Temperaturstufen voll zu nutzen, so daß zuletzt Abwärme nur bei Umgebungstemperatur abgegeben wird?

Wie lassen sich die Prozesse der Energieumwandlung, Produktion, Wasseraufbereitung, Abwasserklärung, Müllbeseitigung, Raumheizung, Landwirtschaft usw. optimal kombinieren und integrieren, damit mit geringstmöglichem Gesamtenergieverlust gearbeitet werden kann?

31. Importabhängigkeit

Wie kann uns denn der steigende Anteil an Kernenergie – wie oft behauptet – von der Importabhängigkeit befreien, wenn selbst 1985 erst etwa 6 % der Endenergie aus Kernkraftwerken stammen wird und wenn alle Kernbrennstoffe importiert werden müssen?

Können wir davon ausgehen, daß der Import von Kernbrennstoffen aus den USA sicherer ist als die Öl- und Gaseinfuhr?

Welche Preise werden wir für Öl, Gas und Kernbrennstoffe in Zukunft zahlen können?

Wäre nicht stark verbesserte Energienutzung und damit Verbrauchsreduzierung die beste und billigste Strategie zur Verringerung der Importabhängigkeit?

Sollten wir nicht langfristig auch daran interessiert sein, daß die heutigen Erdölförderländer sich in den nächsten Jahrzehnten eine dauerhafte Existenzgrundlage als Energielieferanten z. B. von solar oder nuklear hergestelltem Wasserstoff aufbauen?

Überwiegen die Nachteile forcierter Energieautarkie (z. B. Einführung des Brüters) nicht u. U. bei weitem die einer gewissen – aber voll abgesicherten – Importabhängigkeit?

32. Bessere Nutzung

Hat nicht die Industrie in der BRD in den vergangenen 15 Jahren zur Schaffung des gleichen Produktes im Durchschnitt einen fast 40 % kleineren Energieaufwand benötigt? Können wir nicht annehmen, daß dieser Aufwand in den nächsten 25 Jahren noch einmal um 20 % verringert werden kann?

Kann nicht u. a. durch leichtere Kraftfahrzeuge, Güterverkehr auf der Bahn und andere Motoren (z. B. Diesel) der Kraftstoffverbrauch bei gleicher Transportleistung noch wesentlich gesenkt werden?

Läßt sich nicht besonders bei der Heizung durch Isolation, wärmeaustauschende Lüfter, Fernheizung, Wärmepumpen und solare Warmwasserbereitung der Energieverbrauch noch wesentlich senken?

Sollten diese Maßnahmen nicht mit hoher Priorität betrieben werden, da durch sie das Bruttosozialprodukt doch eher positiv beeinflußt, Investitionen gespart, Energieimporte vermindert, Abwärme- und Verschmutzungsprobleme verringert, Arbeitsplätze geschaffen werden?

Sollte man nicht der Tatsache mehr Beachtung schenken, daß bei 20 %iger Verbesserung der Energienutzung bei der Industrie, 30 %iger Verbesserung im Verkehr und 40 %iger Verbesserung bei Haushalten und Kleinverbrauchern selbst noch bei gleichbleibendem Primärenergieeinsatz die Energiedienstleistung um 50 % gesteigert werden kann?

Welche mit marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten zu vereinbarenden Steuerungsmittel (Investitionshilfen, Steueranreize usw.) stehen zur Verfügung, um Methoden der besseren Energienutzung beschleunigt einzuführen?

33. Energieverteilungssystem

Wieviel Energie muß überhaupt verteilt werden? Wieviel Energie kann rationell örtlich erzeugt werden?

Lassen sich nicht durch Gasfernleitungen sehr große Energiemengen weit umweltfreundlicher, kostengünstiger und verlustärmer transportieren als durch Hochspannungsleitungen?

Ist Gas dem Energiebedarfsspektrum – besonders zur Wärmeerzeugung – nicht weit besser angepaßt als Elektrizität? Sollten dann nicht vor allem die Synthesegaserzeugung und Gasverteilungssysteme vorangetrieben werden?

Hat man sich überlegt, daß beim geplanten Ausbau der Kernenergie zur Elektrizitätserzeugung die Verdrahtung der Bundesrepublik bis zum Jahre 2000 etwa das Vierfache des heutigen Umfangs annehmen wird?

34. Kernkraftwerksruinen

Stimmt es, daß Kernkraftwerke nach einer Betriebszeit von etwa 30 Jahren als nicht abtragbare radioaktive Ruinen zurückgelassen und abgesichert werden müssen?

Wenn das nicht der Fall ist, welche Schritte müssen bei der Außerbetriebnahme unternommen werden, und welche Kosten entstehen dabei?

Welche Zwänge schaffen wir für zukünftige Generationen (Ruinen, Sicherung und Bewachung usw.)?

Sollten, wenn überhaupt, Kernkraftwerke nicht nur unter Tage angelegt werden?

In welchem Maße gelten diese Fragen auch für Anreicherungs- und Wiederaufbereitungsanlagen, Zwischen- und Endlager?

35. Sicherheit der Brennstoffkette

Welche Gefährdungen von Gesundheit oder Umwelt treten bei der Anreicherung, der Brennelementeherstellung, bei Betrieb, Wartung, Wiederaufbereitung, Zwischenlagerung und Endlagerung auf? Welche aktuellen und potentiellen Gefährdungen bestehen?

Welche Unfallrisiken birgt der Transport zwischen den Stationen?

Welcher direkte und indirekte Sicherungsaufwand muß getrieben werden, um Risiken praktisch auszuschließen?

Mit welchem Sicherungsapparat und welchen dementsprechenden Kosten muß bei vollem Ausbau der Kernenergie gerechnet werden?

Wer überwacht die Überwacher?

Lassen sich der Aufwand und das trotzdem immer noch endliche Katastrophenrisiko denn gesellschaftlich rechtfertigen?

36. Plutonium und Langfristlagerung

Woher nehmen wir das Recht, wegen möglicher kurzfristiger Vorteile unsere Nachkommen für eine viertel Million Jahre mit einem gefährlichen, von uns geschaffenen radioaktiven Stoff und chemischem Gift zu belasten?

Gibt es geologisch sichere Schichten, die die langfristige Lagerung sicher gestatten?

Gibt es nicht genügend berechtigten Zweifel an der Annahme, daß in allen Ländern zu allen Zeiten nur völlig verantwortungsbewußte und verläßliche Menschen die Sicherung hochradioaktiver Stoffe übernehmen?

37. Unfallrisiko

Kann man den mathematischen Ergebnissen über geringe Unfallrisiken bei Kernkraftwerken eigentlich Glauben schenken, da doch (1) prinzipiell in diesen Rechnungen nur berücksichtigt werden kann, was vorher bedacht worden ist, und (2) sowohl bei Bau, Wartung und Betrieb der einzelnen Komponenten wie des gesamten Systems immer wieder das im Prinzip unberechenbare menschliche Element sowie der Zufall ihre Rolle spielen? Müssen wir uns nicht darüber im klaren sein, daß Versehen, Gewöhnung, Nachlässigkeit, Faulheit, Böswilligkeit und Sabotage auch die besten Sicherheitssysteme übertölpeln können?

Warum wird bei den Rechnungen nie berücksichtigt, daß ein einziger mittlerer Unfall allein durch Ausfall eines Kraftwerks u. U. Evakuierung einer Region und evtl. aus Sicherheitsgründen notwendiger Stillegung ähnlicher Kraftwerke ganze Regionen, ja einen ganzen Staat in ihren Funktionen über längere Zeiträume hin stark beeinträchtigen kann?

Kommt man bei der Berücksichtigung dieses „Systemrisikos" immer noch zu dem Schluß, daß die Gesellschaft dieses Risiko tragen sollte?

Vergißt man bei allen Risikostudien und Vergleichen mit Verkehrsunfällen usw. nicht die Tatsache, daß es sich bei der Kernenergie erstens um Unfallpotentiale ganz anderer Größenordnung handelt, die zweitens nicht freiwillig übernommen werden?

38. Werkstoffragen

Ist das Langfristverhalten von Werkstoffen unter Strahlen-, Wärme- und Wechselbelastung genau genug bekannt, um Anlagen zu bauen, die über eine Zeit von drei Jahrzehnten ohne Versagen kritischer oder weniger kritischer Teile betrieben werden können?

Sind kritische Komponenten auch immer gegen nicht vorhersehbares Versagen abgesichert?

39. Gesundheit

Warum bestehen immer noch Kontroversen zwischen Fachleuten über die bei Kernkraftwerken zu erwartenden Gesundheitsschädigungen durch radioaktive Emissionen?

Sollten die zulässigen Werte nicht auf die untersten allgemein als sicher akzeptierten Werte festgelegt werden, solange noch ernsthafte Kontroversen bestehen?

Könnten unter diesen Bedingungen heute Kernkraftwerke zugelassen werden?

Mit welchen Langfristschäden muß gerechnet werden, die besonders auch zukünftige Generationen betreffen können?

Sind die bestmöglichen kurzfristigen oder langfristigen Folgen und die noch weit schwerwiegenderen Konsequenzen von immerhin nicht ganz auszuschließenden schweren Unfällen eigentlich zu verantworten im Hinblick darauf, daß Kernenergie nur eine Übergangslösung für wenige Jahrzehnte sein kann und bei besserer Energienutzung u. U. nicht erforderlich wäre?

40. Verteilung der Förderungsmittel

Spiegelt die Verteilung der Förderungsmittel für Forschung und Entwicklung und die Zahl und Ausrüstung der vorhandenen Forschungsinstitutionen nicht eine völlig einseitige Bevorzugung der Kernenergie wider?

Sind hier nicht durch die Expertokratie politische Entscheidungen vorweggenommen und Sachzwänge geschaffen worden, ohne daß das breite Spektrum gesellschaftlicher Interessen voll im demokratischen Prozeß berücksichtigt worden ist?

Kommuniqué des Weltforums der Friedenskräfte in Moskau vom 14.–16. Januar 1977

(Wortlaut)

Die 500 Delegierten aus über 110 Ländern aller Kontinente, die vom 14. bis 16. Januar 1977 in Moskau zum Weltforum der Friedenskräfte zusammentrafen, erörterten eingehend aktuelle lebenswichtige Fragen der Sicherung, Vertiefung und Festigung des Prozesses der internationalen Entspannung und der Überwindung von Hindernissen auf dem Weg dorthin, sowohl auf weltweiter als auch auf regionaler Ebene.

Führende Vertreter einflußreicher politischer Parteien aus den meisten Ländern der Welt nahmen gemeinsam mit Vertretern internationaler, regionaler und nationaler Organisationen an dem Forum teil. Das verlieh dem Forum besondere Bedeutung. Es widerspiegelte ein breites Spektrum politischer Parteien und Organisationen sowie anderer gesellschaftlicher Kräfte, die einen Dialog und Meinungsaustausch über die brennendsten Probleme der Gegenwart führten. Der Dialog fand in 13 Diskussionsgruppen statt. Jede von ihnen behandelte wichtige Aspekte der Entspannung: das Konzept der Entspannung, die Wege zu ihrer Festigung, die Überwindung der Hindernisse, die sich ihr auf dem Weg dorthin entgegenstellen ebenso wie die Verbindung, die besteht zwischen der Entspannung und den wichtigsten internationalen Problemen unserer Zeit: die Abrüstung, die nationale Unabhängigkeit und Befreiung, das neue internationale Wirtschaftssystem, die demokratischen Freiheiten und die Menschenrechte. Die Hauptaufmerksamkeit konzentrierte sich auf die neue Rolle, die die Weltöffentlichkeit und die Probleme der Zusammenarbeit der Friedenskräfte spielen.

Der Dialog zwischen Vertretern von Parteien, Gewerkschaften, Friedensbewegungen, Frauen-, Jugend-, wissenschaftlichen, kulturellen und anderen Organisationen und Religionsgemeinschaften, die unterschiedliche politische Ansichten und ideologische Überzeugungen haben, ergab weitgehende Übereinstimmung in den behandelten dringenden Fragen.

Die Weltöffentlichkeit werde ein immer bedeutenderer Faktor für die Lösung internationaler Probleme und für den Kampf um Frieden und nationale Unabhängigkeit, um die Entspannung zu stärken, stellte das Forum fest. Die Weltöffentlichkeit verleiht den Friedensinitiativen der Regierungen neue Impulse zur Stärkung der UNO und der vollen Verwirklichung ihrer Abkommen und Beschlüsse, die zu internationaler Sicherheit und nationaler Unabhängigkeit führen und mithelfen, die Entspannung zu erweitern und zu festigen. Die Teilnehmer am Forum betonten, daß es lebensnotwendig ist, die Entspannung zu festigen und ihr universellen Charakter zu verleihen. Die Entspannung hat zur Verminderung der Gefahr einer weltweiten nuklearen Katastrophe geführt, obwohl sie diese Gefahr nicht völlig bannen konnte. Die Teilnehmer betrachten die Entspannung als den Weg zu einem dauerhaften und gerechten Weltfrieden. Es gibt keine Alternative zur internationalen Entspannung. Die friedliche Koexistenz ist die einzige vernünftige und annehmbare Grundlage für die Beziehungen zwischen den Staaten, insbesondere im Zeitalter der Kernwaffen.

Das Wettrüsten hemmt nicht nur die Beschleunigung des Entspannungsprozesses, sondern droht auch die Entspannung zu stören oder sogar aufzuhalten. Es gilt allen Auffassungen von einer Unvermeidlichkeit des Wettrüstens, einer Unmöglichkeit der Abrüstung, eines „Wohlstands durch Rüstung" sowie jeglicher Gleichgültigkeit und gefährlicher Gewöhnung an das Leben auf Bergen von Waffen entschieden entgegenzutreten.

Es ist notwendig, jetzt – solange es noch nicht zu spät ist – eine Einstellung des Wettrüstens zu erreichen, welches die explosive Situation andauern läßt.

Es gilt vor allem, die vorhandenen Konflikt- und Spannungsherde durch friedliche und gerechte Lösungen aus der Welt zu schaffen und die Bildung neuer Konfliktherde zu verhindern. Die Anwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen muß ausgeschlossen werden. Der Einsatz nuklearer und anderer Massenvernichtungswaffen muß verboten, ihre Weiterverbreitung muß eingestellt werden. Die Entwicklung neuer, noch gefährlicherer Waffen und Waffensysteme muß verboten werden.

Es ist ein Gebot der Stunde, dem Wettrüsten Einhalt zu gebieten und mit der Reduzierung der Rüstungen und Streitkräfte zu beginnen, um die allgemeine und vollständige Abrüstung herbeizuführen. Die Entwicklung und Stabilisierung der internationalen Entspannung schafft neue günstige Bedingungen für die Lösung der vordringlichsten Probleme der Gegenwart: Ernährungs-, Rohstoff-, Energieprobleme, Umweltschutz, gegenseitig vorteilhafte wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit, Anwendung der Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution zum Nutzen der Zivilisation, zum Wohle der Menschheit. Zugleich festigt jeder Erfolg im Kampf um die Lösung dieser Probleme die internationale Entspannung.

Die Entwicklung und Stabilisierung der Entspannung schafft neue günstige Bedingungen für den Sieg der Völker im Kampf um nationale Befreiung, für die Sicherung ihres souveränen Rechts, den Entwicklungsweg ihrer Länder selbständig ohne Einmischung von außen zu wählen, für die Festigung der Unabhängigkeit der Entwicklungsländer und für eine neue internationale Wirtschaftsordnung, für die Beseitigung aller kolonialistischen, rassistischen und faschistischen Regime. Zugleich festigt jeder Erfolg im Kampf um nationale Befreiung die internationale Entspannung.

Die Stabilisierung der Entspannung schafft neue günstige Bedingungen für den sozialen Fortschritt und die volle Gewährleistung der ökonomischen, sozialen, staatsbürgerlichen, politischen und kulturellen Freiheiten und der Menschenrechte sowie die Abschaffung aller Formen von Diskriminierung der Rasse, Nationalität, Sprache, Religion und des Geschlechts. Zugleich stärkt jeder auf diesen Gebieten erzielte Erfolg die internationale Entspannung.

Der Kampf für den Frieden und der Kampf für die Lösung dieser lebenswichtigen Probleme sind organisch miteinander verbunden. In unserer Zeit ist die Entspannung der Hauptweg zu Frieden und Fortschritt. Erfolge auf diesem Weg werden nicht von selbst erzielt. Sie erfordern zielstrebige und konsequente Aktionen, kühne und überlegte Entscheidungen, realistische und konstruktive

Initiativen. Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und eine Reihe bilateraler Verhandlungen und Abkommen der letzten Jahre waren ermutigende Beispiele solcher erfolgreicher und zukunftsweisender Aktivitäten von Regierungen.

Die Teilnehmer des Forums würdigten die gewachsene Rolle und Verantwortung der Weltöffentlichkeit als einen realen Faktor des Entspannungsprozesses. Sie unterstrichen die Bedeutung gemeinsamer Aktionen breitester gesellschaftlicher Kräfte für den Schutz der bisher zur Sicherung des Friedens erreichten Ergebnisse, die durch den militärisch-industriellen Komplex und die reaktionären und militaristischen Kräfte immer heftigeren offenen und heimlichen Angriffen ausgesetzt sind. Sie regten neue Friedensinitiativen an.

Die Teilnehmer des Forums einigten sich auf die Fortsetzung des Dialogs und der Zusammenarbeit. Aus diesem Grund plant man, Studiengruppen zu bilden und Seminare, Symposien und Konferenzen über eine Reihe von Fragen abzuhalten. Bezüglich gewisser Probleme wurde eine Einigung über gemeinsame Aktionen erzielt. Sie forderten alle politischen Parteien, Organisationen und Bewegungen, alle Friedenskräfte auf, sich diesen lebenswichtigen Initiativen zur Einstellung des Wettrüstens anzuschließen, um dem Krieg einen Riegel vorzuschieben und zur Lösung der wichtigsten Aufgabe – die Entspannung unumkehrbar zu machen – beizutragen.

*

Anhang

Auf dem Weltforum der Friedenskräfte wurde ein internationales Verbindungsforum der Friedenskräfte gebildet. Folgende Persönlichkeiten wurden zu Mitgliedern dieses Verbindungsforums gewählt:

Präsident: Romesh Chandra, Generalsekretär des Weltfriedensrates

Vizepräsidenten: V. G. Afanasiew (UdSSR), Vorsitzender des Sowjetischen Komitees für den Weltkongreß der Friedenskräfte, Chefredakteur der Prawda, Abgeordneter des Obersten Sowjet. – Clodomiro Almeyda (Chile), Exekutiv-Sekretär der Unidad Popular, früherer Außenminister, Mitglied des Sekretariats des Zentralkomitees der Sozialistischen Partei Chiles. – Edith Ballantyne (Kanada), Generalsekretär der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit. – Arthur Booth (Großbritannien), Vorsitzender des Internationalen Friedensbüros. – Sean Mac Bride (Irland), Präsident des Internationalen Friedensbüros. – Vasco Cabral (Guinea Bissau), Wirtschaftsminister. – Apolinar Diaz Callejas (Kolumbien), Senator der Liberalen Partei. – Jozef Cyrankiewicz (Polen), Präsident des Polnischen Friedenskomitees. – Giovanni Fontana (Italien), stellvertretender Transportminister, Mitglied des Parlaments, Christlich-Demokratische Partei. – Prof. Leo Gabriel (Österreich), Direktor des Friedensforschungszentrums an der Theologischen Fakultät der Universität Wien. – John Glebe (Australien), Sekretär der Gewerkschaft der Wasser- und Kanalisationsangestellten, Mitglied des Exekutivkomitees der Labour Party. – Alex Kitson (Großbritannien), Mitglied des National-Exekutivkomitees der Labour Party, Transport- und allgemeine Arbeitergewerkschaft. – Khaled Mohi-El-Din (Ägypten), Leiter der Nationalen Progressiven Unionspartei, Mitglied des Parlaments. – Knud Nielsen (Dänemark), Vorsitzender des Rates der Weltföderation der Weltföderalisten. – V. P. Sathe (Indien), Mitglied des Parlaments, Kongreß-Partei, Vorsitzender des Indischen Parlaments. – Ulf Sundqvist (Finnland), Mitglied des Parlaments, Generalsekretär der Sozialdemokratischen Partei. – Tullio Vecchietti (Italien), Mitglied des Politbüros der Kommunistischen Partei Italiens. – Pierre Vermeylen (Belgien), Minister, Mitglied des Büros der Sozialistischen Partei Belgiens.

Exekutivsekretär: Oleg Kharkhardin (UdSSR), Vizepräsident des Sowjetischen Friedenskomitees.

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

100 Ideologischer Klassenkampf

Editorial. Statt der Hundertfeier: Nachdenken über unsere theoretische Praxis

Wolfgang Fritz Haug	Was ist ideologischer Klassenkampf?
Frank Niess	Zur Soziologie und Geschichte des Antikommunismus
Matthias Greffrath	Das endgültige Ende der Ideologie? Schelskys Weg von der „Technokratie" zum „Klassenkampf"

Sozialismus-Diskussion (III)

Wolfgang Abendroth	Vorschläge zur Sozialismus-Diskussion
Ken Coates	Industrielle Demokratie – neue Perspektiven der britischen Arbeiterbewegung
...	
Frigga Haug	Aufträge der Leser an die Zeitschrift. Ergebnisse der Leserumfrage.

Tagungsbericht: Internationaler Hegelkongreß

Einzelpreis 9,– DM, im Abo. 7,50 DM,
Schüler und Studenten 7,– DM, im Abo. 6,– DM

ARGUMENT-SONDERBÄNDE AS

Vorschau auf das Programm für 1977

AS 13 **Kritik der Frankreichforschung**
Handbuch

AS 14 **„Humanisierung" der Lohnarbeit?**
Zum Kampf um die Arbeitsbedingungen

AS 15 **Kritische Psychologie (II)**

AS 16 **Staat und Monopole (II)**
Probleme der materialistischen Staatstheorie

AS 17 **Jahrbuch für kritische Medizin**
Band 2

AS 18 **GULLIVER**
Deutsch-englische Jahrbücher, Band 2

AS 19 **Automationsarbeit (II): Methode**
Projekt Automation und Qualifikation

AS 20 **Argument-Register 1–100**

Einzelpreis 15,50 DM, im Abo. 12,– DM; für Schüler und Studenten 11,– DM, im Abo. 9,– DM.

Argument-Verlag · 75 Karlsruhe 21 · Postfach 21 0730

„Beendet das Wettrüsten" – Aufruf des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit

(Wortlaut)

Die Einstellung des Wettrüstens ist dringlichstes Gebot unserer Zeit. Auf allen Kontinenten drängen Millionen von Menschen mit unterschiedlichen Weltanschauungen und politischen oder religiösen Überzeugungen, Gewerkschafter, Kirchenvertreter, Politiker und Wissenschaftler auf seine Beendigung. Sie fordern, mit der Abrüstung zu beginnen, damit die Menschheit ihre dringenden Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben bewältigen kann.

Denn das Wettrüsten schafft keine Sicherheit, sondern bedroht den Weltfrieden und gefährdet Entspannung und Verständigung.

Es verhindert soziale Sicherheit, Reformen und einen wirksamen Kampf gegen Hunger, Elend, Krankheit und Armut.

Niemand kann sich auf Dauer die Fortsetzung des Wettrüstens leisten. Unsere Welt braucht ein Gleichgewicht des Vertrauens und nicht des Schreckens, braucht Zusammenarbeit und nicht Konfrontation.

Neue Möglichkeiten sind entstanden.

– Die gesamteuropäische Konferenz von Helsinki und die Verträge zwischen Ost und West zeigen, daß man sich trotz unterschiedlicher politischer Positionen über wichtige Fragen einigen kann. Ab 15. Juni 1977 beraten in Belgrad Vertreter der 35 Signatarstaaten der KSZE in Helsinki, wie der Entspannungsprozeß jetzt gefestigt und fortgesetzt werden kann.

– Zwischen den USA und der UdSSR wurden ein Abkommen über die Verhütung eines Atomkrieges und erste Vereinbarungen zur Begrenzung der strategischen Rüstung getroffen. Sie erklären, daß es im Atomzeitalter keine Alternative zur friedlichen Koexistenz in ihren Beziehungen zueinander geben kann.

– Die überwältigende Mehrheit der Staaten in den Vereinten Nationen fordert, eine Weltabrüstungskonferenz einzuberufen, den Waffenexport zu stoppen und die Herstellung neuer Massenvernichtungswaffen, den militärischen Mißbrauch der Umwelt, alle Atomwaffentests und die chemischen Waffen zu verbieten. Sie fordert, daß die großen Militärmächte ihren Rüstungsetat um zehn Prozent senken und die freiwerdenden Gelder für soziale Reformen und den Kampf gegen Hunger und Elend in der Welt einsetzen.

– In Wien verhandeln 19 Staaten aus Ost und West über die Verringerung der Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa. Es ist vorgeschlagen, daß alle Staaten zunächst für die Dauer der Verhandlungen ihre Rüstungshaushalte nicht erhöhen.

Alle bisherigen Erfahrungen machen deutlich, daß Übereinkommen möglich sind, wenn keine einseitigen Vorleistungen verlangt und die Fragen in den Vordergrund gestellt werden, die im allseitigen Interesse liegen und lösbar sind.

Unser Land kann durch Entspannung und Abrüstung nur gewinnen. Es steht vor der Entscheidung:

– Entweder werden die Rüstungsausgaben eingefroren oder Inflation und Haushaltskrise verschärfen sich;

– entweder werden mit eingesparten Rüstungsgeldern neue Arbeitsplätze geschaffen, demokratische Reformen ermöglicht, mehr soziale Sicherheit gewährleistet, der Umweltschutz, das Bildungs-, Gesundheits- und Verkehrswesen verbessert oder die dafür benötigten Steuergelder werden für immer mehr Rüstung und neue Waffensysteme vergeudet;

– entweder wird der Wildwuchs der Rüstung beseitigt oder wirtschaftlicher und politischer Machtzuwachs der Rüstungsindustrie und reaktionärer Generäle gefährden zunehmend die Demokratie.

Der Kurswechsel zur politischen Entspannung wurde erfolgreich eingeleitet. Jetzt muß ein Durchbruch zur militärischen Entspannung folgen. Die ungezügelte Fortsetzung des Wettrüstens nutzt allein den Gegnern der Entspannung. Sie nutzt allein denen, die am Wettrüsten verdienen, die deshalb Konfrontation nach innen und außen verschärfen, die alte Vorurteile schüren, mit Feindbildern des Kalten Krieges die Aufrüstung rechtfertigen und damit Frieden, Demokratie und Fortschritt aufhalten.

Wir fordern den Stopp des Wettrüstens:

– Keine weitere Erhöhung des Rüstungshaushaltes und Verzicht auf alle neuen Rüstungsprojekte;

– einen konstruktiven Beitrag für die Wiener Verhandlungen über die Verringerung von Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa;

– die Rüstung entsprechend den UNO-Resolutionen zunächst um zehn Prozent zu senken, um die freiwerdenden Gelder für wirtschaftliche und soziale Aufgaben bei uns und in den Entwicklungsländern zu verwenden.

Wir appellieren an alle Bürger unseres Landes, sich tatkräftig einzusetzen für die Einstellung des Wettrüstens in Ost und West.

Wir rufen auf, dafür einzutreten, daß der Rüstungshaushalt der Bundesrepublik nicht weiter erhöht wird.

Wir rufen auf, mitzuarbeiten in Abrüstungsinitiativen und teilzunehmen an den Demonstrationen in:

Bremen, Essen, Frankfurt, München am 21. und 22. Mai 1977: „Bendet das Wettrüsten"

Die Erstunterzeichner dieses Aufrufs sind:

Horst Bingel, Schriftsteller – Prof. Dr. Ernst Bloch – Herbert Borghoff, Gewerkschaftssekretär, Neubeckum – Prof. Dr. Klaus Brake – Klaus Bretthauer, Betriebsratsvorsitzender, Hanau – Martha Burschmann, Düsseldorf – Helmut Bublitz, Betriebsratsvorsitzender, Gelsenkirchen – Helmut Buck, Gewerkschaftssekretär, IG Metall, Reutlingen – Dr. Ernst Busche, Sprecher der Bürgeraktion Garlstedter Heide – Franz Josef Degenhardt – Dr. Karlheinz Deschner, Schriftsteller – Lottemi Doormann, Sprecherin der Elterninitiativen Schulnotstand in der BRD – Ingeborg Drewitz, Schriftstellerin – Dr. Heinz Düx, Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht Frankfurt – Konrad Elsässer, 1. Vorsitzender des Christlichen Friedensdienstes – Thomas Engel, Regisseur – Willi Engels, Betriebsratsvorsitzender, Solingen – Thomas Erdner, Gewerkschaftsfunktionär, GEW Hamburg – Ernst Faber, Betriebsratsvorsitzender, Willich – Anne-Marie Fabian – Prof. Dr. Walter Fabian – Kurt Feldmann, Neumünster – Hansjörg Felmy, Schauspieler – Helmut Friedrich, Betriebsratsvorsitzender, Fliesteden – Richard Fritzsche, Vorsitzender der Vertrauenskörperleitung, Velbert – Ernst-Fritz Fürbringer, Schauspieler – Wolfgang Gehrke, Dortmund – Prof. Dr. H. Gollwitzer – Wolfgang Grunewald, Betriebsratsvorsitzender, Frankfurt/M. – Helga Hirsch, Stellv. Betriebsratsvorsitzende, Hamburg – Heinz Hofmann, Betriebsratsvorsitzender, Lüdenscheid – Prof. Dr. Horst Holzer – Prof. Dr. Jörg Huffschmid – Mechthild Jansen, Bonn – Prof. Dr. Gerhard Kade – Alma Kettig, Witten – Dietrich Kittner – Prof. Dr. Arno Klönne – Oberkirchenrat i. R. Dr. h. c. Heinz Kloppenburg – Helmuth Knoch, Gewerkschaftssekretär, Witten – Gabriele Krajetzki, Jugendbildungsreferentin, Bochum – Prof. Dr. Walter Kreck – Hans Werner Krusenbaum, Gewerkschaftssekretär, Mülheim/Ruhr – Prof. H. J. Krysmanski – Prof. Dr. Reinhard Kühnl – Albert Lehmann, Gewerkschaftsfunktionär, DGB Raunheim – Steffen Lehndorff, Köln – Peter Löwen, Marburg – Pastor Konrad Lübbert, Vorsitzender des Versöhnungsbundes – Heinz Lukrawka, Betriebsratsvorsitzender, Dinslaken – Wolf E. Mache, Gewerkschaftssekretär, Nürnberg – Klaus Mannhardt – Hansjörg Martin, Schriftsteller – Gunnar Matthiessen, Köln – Hartmut Meinert, Betriebsratsvorsitzender, Velbert – Harald Meinke, Gewerkschaftsfunktionär im DGB Hamburg – Pfarrer Friedhelm Meyer – Willy Millowitsch, Schauspieler und Regisseur – Dr. h. c. Herbert Mochalski, Vizepräsident der Christlichen Friedenskonferenz – Heinz Mührmann, Stellv. Betriebsratsvorsitzender, Altena – D. Martin Niemöller – Willi Orzykowski, Betriebsratsvorsitzender, Hannover – Kathleen Pedersen, Gewerkschaftsfunktionärin GEW Schleswig-Holstein – Hans Quest, Schauspieler und Regisseur – Prof. Dr. theol. Ranke-Heinemann – Klaus Rauterberg, Sprecher der Bürgeraktion Nordhorn-Range – Josef Reding, Schriftsteller – Heinz Reichwaldt, Staatssekretär a. D. – Prof. Dr. Helmut Ridder – Werner Rieß, Gewerkschaftssekretär, Frankfurt – Dr. Joseph Rossaint – Dr. Erika Runge, Regisseurin und Autorin – Artur Sahm, Gewerkschaftsfunktionär, DGB Burgdorf – Engelbert Schallmoser, Vorstandsmitglied der vds – Josef Shavier, Betriebsratsvorsitzender, Köln – Karl H. Schneider, Betriebsratsvorsitzender, Rodgau – Waldemar Schultze, Gewerkschaftssekretär, Koblenz – Hans Seichter, Betriebsratsvorsitzender, Delmenhorst – Eckart Spoo – Wolfgang Stephan, Betriebsratsvorsitzender, Speyer – Prof. Dr. Fritz Straßmann – Maria Strauch, Stellv. Betriebsratsvorsitzende, Hannover – Prof. Dr. Gerhard Stuby – Pfarrer i. R. Horst Symanowski – Rolf Thetard, Betriebsratsvorsitzender, Düsseldorf –

Horst Trapp, Frankfurt – Franz Treml, Bundesjugendsekretär der Deutschen Postgewerkschaft – Gösta von Uexküll, Publizist – Dieter Utzerath, Bundesjugendsekretär ÖTV – Willi Vogt, Gewerkschaftssekretär, Bielefeld – Dieter Wortmann, Betriebsratsvorsitzender, Velbert – H.-Helmuth Wüstenhagen, Vorsitzender des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz e. V.

(Funktionsangaben dienen nur der Information)

Zustimmungserklärungen bitte senden an die Adresse: Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit, Vorgebirgstr. 115, 5000 Köln 51 (Spendenkonto: Postscheckkonto des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit, Köln Nr. 613 12-508).

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Helga Deppe-Wolfinger, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Vorgebirgstraße 183, 5000 Köln 51, Telefon 36 22 41.
Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,80 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,30), zuzüglich DM 0,40 Porto. Das Einzelheft kostet DM 5,30. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Porto (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 56,–; öS 375,–; hfl 54,–; bfrs 792,–; FF 108,–; £ 13,20; Lit 19 500,–; dkr 127,50; nkr 127,50; skr 92,–; Yen 6600; $ 22,40. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Vorgebirgstraße 115, 5000 Köln 51, Telefon 36 25 01. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Zentralsatz Dieter Noe, Köln. Druck: Plambeck & Co., Neuß. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.

Autoren dieses Heftes

TEUFEL, Dieter, geb. 1952, Studium der Biologie, Chemie und Physik, Mitarbeiter der Arbeitsgemeinschaft Umweltschutz an der Universität Heidelberg. * * * *BISPINCK, Reinhard,* geb. 1951 in Solingen, Studium der Volkswirtschaft, Soziologie und Sozialpolitik in Köln, wissenschaftlicher Angestellter, freie Mitarbeit bei Presse, Funk und Fernsehen, Mitarbeiter der pressearbeitsgemeinschaft (pag). * * * *WILHELM, Klaus,* geb. 1950 in Rheine, Studium der Volkswirtschaft, Soziologie und Sozialpolitik in Köln, freie Mitarbeit bei Presse, Funk und Fernsehen, Mitarbeiter der pressearbeitsgemeinschaft (pag). * * * *DEPPE, Dr. Frank,* geb. 1941, Professor für Politische Wissenschaften an der Universität Marburg; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. * * * *PONOMARJOW, Boris,* ist Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU und Sekretär des ZK der KPdSU. * * * *GRÜNEWALD, Guido,* geb. 1952, Studium der Geschichte und der Sozialwissenschaften an der Universität Köln, Mitglied im Bundesvorstand der DFG/VK. * * * *MEYER, Dr. Gert,* geb. 1943 in Swinemünde, Studium der Philosophie in Frankfurt/M. und Marburg. * * * *RONDI, Hans,* geb. 1932 in Hamburg, Journalist; Zeitschriftenveröffenlichungen. * * * *GRANSOW, Bettina,* MA, geb. 1949 in Braunschweig, Studium der Sinologie und der Soziologie an der FU Berlin. * * * *SUFFA-FRIEDEL, Frank,* geb. 1950 in Heinersdorf/Thüringen, Studium der Sinologie und Philosophie an der FU Berlin.

Bemerkungen

Dieser Ausgabe liegen eine Werbekarte des Monitor-Verlags und ein Prämienangebot des Pahl-Rugenstein Verlags für die Werbung von „Blätter"-Abonnenten bei, die wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

G 1800 EX
Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

Pahl-Rugenstein Verlag
Vorgebirgstraße 115
5000 Köln 51

WOLFERTS
GERTRUD

0995
42758

PARKSTR. 16

5620 VELBERT 1

Es schrieben bisher u. a.:

Wolfgang Abendroth
Ulrich Albrecht
Frank Allaun
Günther Anders
Stefan Andres
Hans Apel
Manfred v. Ardenne
Otmar Frhr. v. Aretin
Geoffrey Barraclough
Hans Werner Bartsch
Wolf Graf v. Baudissin
Arno Behrisch
Max Bense
Frank Benseler
Wilhelm R. Beyer
Charles Bloch
Heinrich Böll
Bogislaw v. Bonin
Dieter Boris
William Borm
Lenelotte v. Bothmer
Wilfried Frhr. v. Bredow
Wilhelm M. Breuer
Fenner Brockway
Zbigniew Brzezinski
Vittorio de Caprariis
Eberhard Czichon
Wolfgang Däubler
Frank Deppe
Hans Ulrich Deppe
Karlheinz Deschner
Roshan Dhunjibhoy
Ingeborg Drewitz
Klaus Ehrler
Bernt Engelmann
Hans Magnus Enzensberger
Walter Fabian
Ossip K. Flechtheim
Friedrich Wilhelm Foerster
Gertrud v. le Fort
Erich Fried
Erich Frister
Klaus Fritzsche
Georg Fülberth
John Kenneth Galbraith
Hans-Jochen Gamm
Albrecht Goes
Werner Goldschmidt
Helmut Gollwitzer
Wilfried Gottschalch
Walter Grab
Heinrich Grüber
Max von der Grün
Dshermen Gwischiani
Wilmont Haacke
Sebastian Haffner
George W. F. Hallgarten
Hildegard Hamm-Brücher
Heinrich Hannover
Frigga Haug
Friedrich Heer
Ernst Henry
Werner Otto v. Hentig
Sebastian Herkommer
Joachim Hirsch
Werner Hofmann
Hans Heinz Holz
Alfred Horné
J. L. Hromadka
Jörg Huffschmid
Nikolai Inosemzew
Hans Joachim Iwand
Hans Henny Jahnn
Walter Jens
Wsewolod Jeschow
Gerhard Kade
William K. Kapp
Matti Kekkonen
Robert M. W. Kempner
Klemens Keplicz
Hans Hellmuth Kirst
Arno Klönne
Heinz Kloppenburg
Oswald A. Kohut
Walter Kreck
Erich Küchenhoff
Reinhard Kühnl
Helmut R. Külz
Manfred Lachs
Bernard Lavergne
Sidney Lens
Carlo Levi
Albert J. Luthuli
Gérard Lyon-Caen
Werner Maihofer
Iwan Maiski
L. L. Matthias
Gunnar Matthiessen
Ernst May
Seymour Muelman
Daniil Melnikow
Jutta Menschik
Eberhard Menzel
Thomas Metscher
Jules Moch
Wayne Morse
Friedrich Müller
Wolf-Dieter Narr
Oswald v. Nell-Breuning
Gustav Obermair
László Márton Pákozdy
Linus Pauling
Helveg Petersen
Wolfgang Pfaffenberger
Claudia Pinl
Ulf Preuss-Lausitz
Ulrich K. Preuß
Karin Priester
Helge Pross
Adam Rapacki
Harold Rasch
Albert J. Rasker
Hermann Rauschning
Marcel Reding
Michael Regus
Gerhard Reintanz
Rolf Rendtorff
Helmut Ridder
Renate Riemeck
Rainer Rilling
Henry Rolin
Peter Römer
Roman Rudenko
Wolfgang Ruge
Hans Karl Rupp
Bertrand Russell
Theo Schiller
Josef Schleifstein
Richard Schmid
Robert Scholl
Helga Schuchardt
Seiei Shinohara
William L. Shirer
Ulrich Sonnemann
Dorothee Sölle
Ilse Staff
A. S. Graf v. Stauffenberg
May Steenbeck
Gerhard Stuby
Horst Symanowski
Jerzy Sztucki
Bassam Tibi
Thomas Torsvig
Dragoljub Trailović
Dimitris Th. Tsatsos
Grigori Tunkin
Imre Vajda
Fritz Vilmar
Heinrich Vogel
Karsten D. Voigt
Roderich Wahsner
H. Günter Wallraff
James P. Warburg
Günther Weisenborn
Ryszard Wojna
Michail Woslenski
Hans-Helmuth Wüstenhagen
Erich Wulff
Konni Zilliacus
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

Autoren dieses Heftes

TEUFEL, Dieter, geb. 1952, Studium der Biologie, Chemie und Physik, Mitarbeiter der Arbeitsgemeinschaft Umweltschutz an der Universität Heidelberg. * * * *BISPINCK, Reinhard,* geb. 1951 in Solingen, Studium der Volkswirtschaft, Soziologie und Sozialpolitik in Köln, wissenschaftlicher Angestellter, freie Mitarbeit bei Presse, Funk und Fernsehen, Mitarbeiter der pressearbeitsgemeinschaft (pag). * * * *WILHELM, Klaus,* geb. 1950 in Rheine, Studium der Volkswirtschaft, Soziologie und Sozialpolitik in Köln, freie Mitarbeit bei Presse, Funk und Fernsehen, Mitarbeiter der pressearbeitsgemeinschaft (pag). * * * *DEPPE, Dr. Frank,* geb. 1941, Professor für Politische Wissenschaften an der Universität Marburg; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. * * * *PONOMARJOW, Boris,* ist Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU und Sekretär des ZK der KPdSU. * * * *GRÜNEWALD, Guido,* geb. 1952, Studium der Geschichte und der Sozialwissenschaften an der Universität Köln, Mitglied im Bundesvorstand der DFG/VK. * * * *MEYER, Dr. Gert,* geb. 1943 in Swinemünde, Studium der Philosophie in Frankfurt/M. und Marburg. * * * *RONDI, Hans,* geb. 1932 in Hamburg, Journalist; Zeitschriftenveröffenlichungen. * * * *GRANSOW, Bettina,* MA, geb. 1949 in Braunschweig, Studium der Sinologie und der Soziologie an der FU Berlin. * * * *SUFFA-FRIEDEL, Frank,* geb. 1950 in Heinersdorf/Thüringen, Studium der Sinologie und Philosophie an der FU Berlin.

Bemerkungen

Dieser Ausgabe liegen eine Werbekarte des Monitor-Verlags und ein Prämienangebot des Pahl-Rugenstein Verlags für die Werbung von „Blätter"-Abonnenten bei, die wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.